

DIALOG GLOBAL



**Internationaler Kongress
zu Modellen des
Bürgerhaushalts**

Dokumentation

Impressum:

Herausgeber:
InWEnt gGmbH –
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Friedrich-Ebert-Allee 40, D-53113 Bonn
Fon +49/228/4460-1 600, Fax +49/228/4460-1 601
info@service-eine-welt.de, www.service-eine-welt.de
V.i.s.d.P.: Anita Reddy

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, D-53113 Bonn
Fon +49/228/99515-0, Fax +49/228/99515-113
info@bpb.de, www.bpb.de
V.i.S.d.P.: Svetlana Alenitskaya

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 24
Projektkoordination: Christian Wilhelm, Svetlana Alenitskaya

Texte: Heike Wülfing, Bonn
Redaktion: Christian Wilhelm, Svetlana Alenitskaya
Fotos: Bundeszentrale für politische Bildung und private Archive der Referierenden

Titelgestaltung: Dreimalig Werbeagentur, Köln
Layout und Satz: Dreimalig Werbeagentur, Köln
Druck: Heggendruck GmbH, Leverkusen
100% Recyclingpapier. Innenseiten Recymago, Umschlag Recysatin

ISSN 1610-91 63

7.01-0010-2010

Bonn, November 2010

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger
Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“
wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz
und das Ministerium für Generationen, Familie,
Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Dialog Global

Heft 24

Internationaler Kongress zu
Modellen des Bürgerhaushalts

Dokumentation

Herausgeber:

InWEnt gGmbH - Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Bundeszentrale für politische Bildung

November 2010

Inhalt

Vorwort	5
I. Begrüßungen und Eröffnungsvorträge	
Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, bpb	6
Dr. Béatrice von Hirschhausen, Centre Marc Bloch, CM	8
Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt gGmbH (Deutschland): Herausforderungen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit	10
Dr. Anja Röcke, Humboldt-Universität und Dr. Carsten Herzberg, Centre Marc Bloch: Verfahren und Modelle des Bürgerhaushalts und ihre Umsetzung in Deutschland	13
Kurzfilm: „Deine Stadt – Dein Geld“, Film über den Kölner Bürgerhaushalt	22
II. Arbeitsforen Erster Tag, Donnerstag 21. Januar 2010	
II. Forum I: Bundesweite und Internationale Beispiele	24
Andreas Hoge, Bürgermeister von Steinfurt: Bürgerhaushalt im Rahmen des Konjunkturpaktes	24
Lena Langlet, Swedish Association of Local Authorities and Regions (Schweden): Bürgerhaushalte in Schweden	27
Dr. Ernesto Ganuza, Consejo Superior de Investigaciones Científicas (Spanien): Bürgerhaushalte in Spanien: Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern	30
Kommentar: Nicolas Bach, Institut Nexus	33
II. Forum II: Repräsentative Demokratie, Föderalismus und politische Bildung	35
Tisch 1: Ulrike Löhr, Rechtsanwältin: Bürgerhaushalte im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland	35
Tisch 2: Christa Widmaier, Gutachterin: Politische Bildung und Bürgerhaushalt	37
Tisch 3: Prof. Dr. Jochen Franzke, Universität Potsdam: Bürgernahe Beteiligung- Welche Herausforderungen?	38
Tisch 4: Prof. Dr. He Baogang, Deakin University (China/Australien): Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt aus China	39
Arbeitsergebnisse der Tischgruppen	44
II. Forum III: Soziale Gerechtigkeit und Gender Budgeting	45
Manfred Köhnen, Gleichstellung bewegen: Grundlegendes zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting	45
Graciela Ciciliani, Stadtverwaltung Rosario (Argentinien): Möglichkeiten und Chancen des Gender Budgeting im Bürgerhaushalt	49
Fishbowl-Diskussionsrunde	51
II. Forum IV: Medien, Modernisierung und Evaluation	53
Prof. Dr. Helmut Klages, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer: Evaluation von Bürgerhaushalten	53
Ruth Jackson, PB Unit (Großbritannien): Qualitätskriterien des Bürgerhaushalts in England	54
Michaela Maurer, KGSt: Verwaltung und Einführung von Bürgerhaushalten	57
Prof. Dr. Norbert Kersting, Stellenbosch University (Südafrika): Modernisierung, Governance und Partizipation	58
Diskussion mit dem Podium	61
III. Plenum	
Film über Bürgerhaushalte aus dem globalen Süden:	
Fissel im Senegal – Ein 100% partizipativer und transparenter Haushalt	64
Dr. Giovanni Allegretti, Centro Estudos Sociais (Portugal): Internationale Kooperationsnetzwerke zum Bürgerhaushalt. Möglichkeiten der Kooperation für Kommunen	66
IV. Arbeitsforen Zweiter Tag, Freitag 22. Januar 2010	
IV. Forum I: Bundesweite und Internationale Beispiele	71
Christina Emmrich, Bürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg: Bürgerhaushalt in Großstädten: Berlin-Lichtenberg	71
Dr. Ernesto Ganuza, Consejo Superior de Investigaciones Científicas (Spanien): Sevilla: Porto Alegre in Europa?	74
George Matovu, MDPEA (Zimbabwe): Bürgerhaushalte in Afrika	75

Kommentar: Josh Lerner, New School for Social Research (New York, USA)	81
IV. Forum II: Repräsentative Demokratie, Föderalismus und politische Bildung	83
Tisch 1: Thomas Ködelpeter, Ökologische Akademie e.V.:	
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Erfahrungen aus der Praxis	83
Tisch 2: Dr. Anja Röcke, Europäisches Hochschulinstitut:	
Bürgerhaushalt der Gymnasien in der französischen Region Poitou-Charentes	85
Tisch 3: Giovanni Allegretti, Centro Estudos Sociais (Portugal):	
Stärkung der Demokratie durch Kooperation: Beispiel Portugal und Kapverdische Inseln	87
Arbeitsergebnisse der Tischgruppen	89
IV. Forum III: Soziale Gerechtigkeit und Gender Budgeting	91
Steve Floros, Director Toronto Community Housing (Kanada):	
Bürgerhaushalt bei der Wohnungsverwaltung: Toronto	91
Nils Scheffler, selbstständiger Dipl.-Ing. Raumplanung, Bereiche Stadtentwicklung & Stadtplanung:	
Politikferne Zielgruppen erreichen	95
Prof. Dr. Leonardo Avritzer (Brasilien): Die sozialen Effekte der Bürgerhaushalte in Brasilien	97
Fishbowl-Diskussion	99
IV. Forum IV: Medien, Modernisierung und Evaluation	100
Dr. Oliver Märker, ZebraLog GmbH: Die Möglichkeiten des Internets für den Bürgerhaushalt.	100
Jürgen Behrendt, Stadtverwaltung Köln: Erfahrungen der Stadt Köln mit dem Internet	102
Prof. Dr. He Baogang, Deakin University (China/Australien): Losverfahren als Instrument der Mobilisierung?	105
Podiumsdiskussion	108
V. Abschlussplenum	
Impulse und Perspektiven für den Bürgerhaushalt in Deutschland – Berichte aus den einzelnen Gruppen und Diskussionen	111
VI. Anhang	
Programm	117
Liste der Referentinnen und Referenten	120
Liste der Teilnehmenden	121
Abkürzungsverzeichnis	126
Publikationen	127
Über uns	132
InWEnt – Kompetent für die Zukunft	133

Vorwort

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer
des internationalen Kongresses
zu Modellen des Bürgerhaushaltes,**

die Möglichkeiten der Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen der gewählten Parlamente sind leider zu wenig bekannt. Sie werden auch nur selten genutzt. Neben der Form des Bürgerbegehrens hat sich jedoch der Bürger- und Beteiligungshaushalt in den letzten Jahren international in vielen Kommunen als effiziente Möglichkeit etabliert. Daher war die Zeit reif, die verschiedenen Erfahrungen, Elemente und Instrumente weltweit zusammen zu tragen, auszuwerten und auf ihre Übertragbarkeit hin zu überprüfen. Kommunen, die das Instrument Bürgerhaushalt in Zukunft einführen wollen, können viel von den „alten Hasen“ lernen, die damit seit Jahren erfolgreich arbeiten.

Zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der konzeptionellen Hilfe des Centre Marc Bloch führte daher die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt diesen Kongress durch. Er bot eine Plattform für den intensiven Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaftler/innen, Kommunalverwaltung und -politik und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Dank verschiedener nationaler und internationaler Vorträge im Plenum und in thematisch abgegrenzten Foren konnten sich die Teilnehmenden mit zahlreichen unterschiedlichen Bürgerhaushalts-Modellen und -Instrumente auseinandersetzen. Sie leiten sich aus der spezifischen politischen und gesellschaftlichen Situation eines Landes und einer Region ab. Aber äußere und innere Umstände wandeln sich. Daher profitieren auch erfahrene Kommunen von den Beispielen anderer für die Weiterentwicklung ihrer Methoden. Transparenz und Akzeptanz waren hierbei wichtige Stichwörter in der Diskussion. Der Bürgerhaushalt kann dazu beitragen, dass die immer prekäreren kommunalen Haushaltslagen besser verstanden werden. Zum anderen kann er helfen, dem Stadtrat den Willen der Bevölkerung deutlich zu machen, wofür die raren Mittel genutzt und wo gespart werden sollte.

Der Kongress hat gezeigt, dass der globale Süden in einigen Fällen weiter ist als Deutschland. So gibt es international

gute Beispiele, wo es gelingt, alle Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund, mit Behinderung, Männer und Frauen, Jugendliche und Senioren gleichermaßen zu beteiligen. Der globale Erfahrungsaustausch könnte in Zukunft zu neuen Modellen führen, in denen die Verteilung von Ressourcen, der Zugang zu Bildung, Wissen und politischer Einflussnahme eine wichtige Rolle spielt.

Wir hoffen, Ihnen mit der Dokumentation dieses Kongresses und unserer Internetplattform www.buergerhaushalt.de, eine gute Unterstützung bei der zukunftsfähigen Gestaltung Ihrer Kommune zu geben. Nutzen Sie unseren Beratungs- und Vermittlungsservice auch für den internationalen Erfahrungsaustausch.



Ihre

Anita Reddy

**Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt /
InWEnt gGmbH**

I. Begrüßungen und Eröffnungsvorträge

**Thomas Krüger,
Präsident der Bundeszentrale
für politische Bildung**



Sehr geehrter Frau Reddy,
sehr geehrte Frau Dr. von Hirschhausen,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Hoge,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

Ich begrüße Sie sehr herzlich zum Internationalen Kongress zu Modellen des Bürgerhaushaltes. Der Kongress bietet ein spannendes Programm, an dem namhafte Vertreterinnen und Vertreter aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, politische Bildung und Zivilgesellschaft teilnehmen. Ich danke Ihnen allen, dass Sie heute nach Berlin gekommen sind, um über die Chancen und Möglichkeiten des Bürgerhaushaltes zu diskutieren.

Die Bundeszentrale für politische Bildung ist bislang eine einzigartige Einrichtung in Europa. Sie wurde 1952 gegründet. Nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft etablierte man in Deutschland eine staatliche Organisation mit der Aufgabe, bei den Bürgerinnen und Bürgern ein demokratisches Bewusstsein zu wecken und Menschen zu einem verantwortungsvollen politischen Handeln zu befähigen. Dieser Aufgabe kommen wir heute durch Print- und Onlineveröffentlichungen, Fortbildungen und Konferenzen nach, aber auch mit innovativen Projekten, die die Veränderung des Verhältnisses zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern hin zu teilnahmeorientierten partizipativen Strukturen unterstützen. Daher liegt es ganz auf unserer Linie, dass wir uns auch beim Thema Bürgerhaushalt nachhaltig engagieren.

Das tun wir seit 2003. In diesem Jahr haben wir die Einführung des Bürgerhaushaltes in Berlin-Lichtenberg koordiniert und moderiert. Der Bürgerhaushalt in Berlin-Lichtenberg gilt als wichtiges Modell in Deutschland. Dabei kam es uns – und hoffentlich auch den Partnern – zu Gute, dass wir gemäß unseres Auftrags zu Kontroversität und Überparteilichkeit verpflichtet sind. Da wir als neutrale Organisation anerkannt sind, können wir Akteure unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und gesellschaftlicher Hintergründe an einen Tisch bringen.

Und Sie als Experten und Expertinnen wissen, wie wichtig der parteiübergreifende Konsens bei der Einführung eines Bürgerhaushaltes ist.

„Demokratie braucht Bürgerbeteiligung, Meinungsaustausch und transparente Entscheidungen“, so lautet ein Zitat aus dem Grußwort von dem ehem. Innenminister Schäuble für unsere Internetseite www.buergerhaushalt.de. Weiter sagt er: „Sie sind das beste Mittel gegen Politikmüdigkeit und Demokratieverdrossenheit.“

Bürgerbeteiligung wird bei der bpb groß geschrieben. Immer wieder sprechen wir mit innovativen Projekten unterschiedliche Menschen an. Dabei versuchen wir verstärkt auch junge Leute in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Zusammen mit jungen Studenten/innen haben wir ein Planspiel zum Bürgerhaushalt entwickelt, das zum ersten Mal beim Festival für junge Politik Berlin 08 (mit 10.000 Teilnehmenden) eingesetzt wurde und heute sowohl von der jüngeren als auch von der älteren Generation angenommen wird.

Mit Vertretern und Vertreterinnen von einem anderen Partizipationsprojekt, dem teamGLOBAL, diskutieren Sie im Workshop über Themen wie Gender Budgeting und zur sozialen Gerechtigkeit. Das teamGLOBAL setzt sich vor allem für die Bildung für nachhaltige Entwicklung ein und verfolgt das Ziel, junge Leute zu einem verantwortungsvollen Handeln und zur Mitwirkung zu befähigen.

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten der Bürgerpartizipation auf allen politischen Ebenen. Die Erfahrung zeigt aber, dass diese Möglichkeiten meist zu wenig genutzt werden und die Bürgerinnen und Bürgern insgesamt zu wenig über sie wissen.

Eine der Voraussetzungen für die erfolgreiche Bürgerbetei-

ligung ist das Vorhandensein von Kompetenzen, die die Menschen befähigen, aktiv mitzuwirken. Daher gehört der Bürgerhaushalt zu einer der effizientesten Methoden der Bürgerbeteiligung, weil hier jede/rein/e kompetente/r Experte oder Expertin ist. Die unmittelbaren alltäglichen „empirischen“ Beobachtungen der Bürgerinnen und Bürger sind gefragt. Beim Bürgerhaushalt werden Bürgerinnen und Bürger aktiv an der kommunalen Entscheidungsfindung beteiligt und treten in einen unmittelbaren Kommunikationsprozess mit Verwaltung und Politik. Die Kommunen dagegen holen sich die beste Expertise, die es gibt: nämlich die der unmittelbar Betroffenen. So gewinnen auch Verwaltung und Politik an Bürgernähe und zusätzlicher Legitimation. Die Bürgerinnen und Bürger gewinnen ihrerseits Vertrauen in Politik und Verwaltung durch die erlebte unmittelbare Möglichkeit der Einflussnahme auf wichtige strategische und operative finanzpolitische Entscheidungen. Auf diese Art und Weise wird unsere bewährte repräsentative Demokratie weiter entwickelt, eben durch das intensive Zusammenspiel der Bürgerinnen und Bürger einerseits und der Politik andererseits.

Dieser Prozess erfordert nicht nur Willen, Bereitschaft und Mut, sondern auch Geduld. Es geht darum, sich gegenseitig ernst zu nehmen und auf Augenhöhe zu kommunizieren. Für die Kommunen bedeutet das aber auch, Entscheidungen zuzulassen, die man selbst vielleicht anders getroffen hätte. Letztlich ist es aber genau dieses Spannungsfeld aus den unterschiedlichen Sichtweisen und Interessenslagen von Politikern und Bürgern, das diese Diskussion so interessant macht. Und sie werden in den nächsten zwei Tagen merken, dass es sich durchaus lohnt!

Die persönliche Betroffenheit spielt in der Regel eine große Rolle, um Interesse an den politischen Themen zu wecken. Der Bürgerhaushalt kann dadurch auch Menschen erreichen, die nicht zur klassischen Klientel der politischen Bildung gehören. Auch die E-Partizipation hat sich erfolgreich im Prozess des Bürgerhaushaltes etabliert. Es ist nun an der Zeit, sich den Qualitätskriterien für die Bürgerhaushaltsprozesse zu widmen.

Natürlich haben nicht alle Kommunen die gleichen Voraussetzungen und Möglichkeiten. Aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Der Bürgerhaushalt kann selten eins zu eins von einer Kommune auf die andere übertragen werden. Aber bestimmte Elemente, Instrumente, Erfahrungen kön

nen und sollen ausgetauscht, übernommen, revidiert und angepasst werden. Umso wichtiger ist ein Austausch zwischen denjenigen, die den Bürgerhaushalt bereits etabliert haben, und denjenigen, die ihn erst einführen möchten. Da die gesellschaftliche Situation und die äußeren und inneren Umstände sich ständig ändern, können auch die „erfahrenen“ Kommunen voneinander profitieren.

Eines erscheint mir wichtig und sollte allen Interessierten klar sein: Partizipation muss von allen Beteiligten gewollt sein, sie darf und kann nicht verordnet werden. Man kann jedem nur den Mut wünschen, in den Prozess einzusteigen und erfolgreich zu werden, wozu auch gehört, sich von Misserfolgen nicht entmutigen zu lassen!

An dieser Stelle möchte ich herzlich unserem Kooperationspartner, der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von InWEnt danken, mit der zusammen wir nicht nur diesen Kongress organisiert haben. Seit einigen Jahren realisieren wir zusammen die Internetplattform www.buergerhaushalt.de und unterstützen das bundesweite Netzwerk zum Bürgerhaushalt in Deutschland. Vielen Dank auch an das Centre Marc Bloch, das uns zum ersten Mal inhaltlich im Rahmen des Kongresses zur Seite steht. Vielen Dank auch den Damen und Herren vom Büro für kulturelle Angelegenheiten aus Berlin, die uns organisatorisch unterstützen sowie den Kolleginnen und Kollegen der bpb.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die politische Bildung muss sich – und dies verdeutlicht die Thematik des Kongresses – neue Wege erschließen, um Demokratie zu stärken: Stärker als je zuvor sollten wir uns um eine Diskussion mit internationalen Partnern bemühen. Auch in dieser Hinsicht werden die Ergebnisse dieses Kongresses unsere Arbeit mit wertvollen Informationen bereichern – die übrigens alle zusammengefasst und in einer Dokumentation veröffentlicht werden. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und spannende Diskussionen in den nächsten beiden Tagen!

**Dr. Beatrice von Hirschhausen,
Stellvertretende Direktorin des Centre
Marc Bloch**



Sehr geehrte Frau Anita Reddy,
Sehr geehrter Herr Thomas Krüger,
Sehr geehrte Damen und Herren,

als stellvertretende Direktorin des Centre Marc Bloch, möchte ich Sie im Namen unserer Direktorin, Professorin Pascale Laborier, ganz herzlich begrüßen und Ihnen sagen, wie sehr wir uns auf die heutige Veranstaltung freuen.

Die Mitwirkung unserer Forschungseinrichtung an diesem umfangreichen Programm bietet uns die Möglichkeit, die Ergebnisse und Facetten unserer Forschungsarbeit einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wofür wir uns sehr freuen. Ich möchte dies auch zum Anlass nehmen, mich im Namen des Centre Marc Bloch bei der Bundeszentrale für politische Bildung und bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH für die Einladung zu bedanken. Es war eine sehr fruchtbare und effektive Zusammenarbeit, die wir gerne jederzeit fortsetzen. In diesem Sinne möchte ich insbesondere Herrn Thomas Krüger und Frau Svetlana Alenitskaya bei der bpb sowie Frau Anita Reddy und Herrn Christian Wilhelm bei InWEnt herzlich danken. Für unsere Arbeitsgruppe, welche die Forschung über die Bürgerhaushalte in Europa durchgeführt hat, war die Mitwirkung an der Vorbereitung ein schönes und anregendes Erlebnis.

Wie Sie vielleicht wissen, hat sich am Centre Marc Bloch

in den letzten Jahren das Forschungsgebiet „Partizipative Demokratie und Krise der Repräsentation“ zu einem wichtigen Forschungsschwerpunkt entwickelt und sich damit in die Diskussion im europäischen Raum eingebracht. Dieser Arbeitskreis sowie das von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Forschungsprojekt „Bürgerhaushalte in Europa“ werden von Prof. Yves Sintomer geleitet. Yves Sintomer musste leider sehr kurzfristig aus gesundheitlichen Gründen absagen; er bedauert es sehr und bittet dafür um Entschuldigung.

Die Kernelemente und die wichtigsten Ergebnisse dieses Projekts werden Ihnen aber von Carsten Herzberg und Anja Röcke, die intensiv an dem Projekt mitgewirkt haben, präsentiert.

Ich möchte hier kurz auf einige Charakteristika des Projekts eingehen, welches aus unserer Sicht auch charakteristisch für die Arbeit am Centre Marc Bloch ist und mir somit auch die Gelegenheit gibt, unsere Institution kurz vorzustellen: Zum Ersten wird das Projekt von einem deutsch-französischen Forschungsteam in Zusammenarbeit mit vierzehn Forscherinnen und Forschern aus acht europäischen Ländern durchgeführt. Wie in diesem Projekt liegt auch die grundlegende Besonderheit unseres deutsch-französischen Forschungszentrums für Sozialwissenschaft im Versuch einer deutsch-französischen Integration. Dieser bilaterale wissenschaftliche, intellektuelle und politische Anspruch wird dabei gleichzeitig als Teil einer breiteren europäischen Perspektive verstanden. So kooperiert das Zentrum mit wissenschaftlichen Einrichtungen und Forscherteams in verschiedenen weiteren europäischen Ländern, namentlich in Ungarn, Polen und Tschechien.

Zweitens hat das Projekt die Problematik der Bürgerhaushalte interdisziplinär betrachtet und die Werkzeuge der Soziologie, der Politikwissenschaft und der Geschichte verwendet. Auch am Centre Marc Bloch sind, seiner interdisziplinären Ausrichtung entsprechend, viele sozialwissenschaftliche Fächer vertreten, insbesondere Geschichte, Landeskunde, Philosophie, Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Sozialanthropologie, Sozialgeographie, Soziologie und die Wirtschaftswissenschaft.

Drittens werden unsere Projekte - wie auch unsere heutige Tagung - in intensiver Kooperation mit anderen Partnern entwickelt. So organisiert das Centre Marc Bloch im

Rahmen seiner verschiedenen Themenschwerpunkte regelmäßig wissenschaftliche Tagungen; darüber hinaus tritt es auch als Mitorganisator auf.

Und Last but not least ist es diesem Projekt gelungen, Doktoranden und Postdoktoranden erfolgreich zu integrieren und auszubilden. Die Förderung von Nachwuchswissenschaftlern hat am Centre Marc Bloch einen besonderen Platz. Die etablierten Forscher und Forscherinnen unseres Instituts nehmen neben ihren eigenen Forschungsarbeiten die Aufgabe wahr, Studierende und Doktoranden individuell zu betreuen und zu beraten. Eingebettet in eine internationale und interdisziplinäre Perspektive und zwischen Forschung und Bildung angesiedelt, arbeiten wir am Centre Marc Bloch noch ein paar Tage am Schiffbauerdamm, bevor wir dann Anfang Februar in unser neues Quartier in Stadtmitte umziehen und uns dort in der direkten räumlichen Nähe des Instituts für Geschichte der Humboldt Universität befinden werden.

Wir freuen uns sehr auf Ihr Kommen und Ihre Beteiligung und wünschen allen Teilnehmern und Vortragenden einen anregenden und spannenden Kongress.

**Anita Reddy,
Leiterin der Servicestelle Kommunen in der
Einen Welt / InWEnt gGmbH**



Sehr geehrter Herr Krüger,
sehr geehrte Frau Dr. von Hirschhausen,
sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
liebe Referentinnen und Referenten,
sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlich Willkommen zum ersten internationalen Bürgerhaushaltskongress in Deutschland. Ich freue mich, Sie heute im Namen von InWEnt und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hier in Berlin zu begrüßen. Die Karavellen, die die europäischen Entdecker zu Beginn der Neuzeit nach Amerika brachten, kommen nun zurück! An Bord haben sie eine Innovation: den Bürgerhaushalt. Er bringt Bürgerinnen und Bürger auf der einen Seite und PolitikerInnen und Verwaltung auf der anderen Seite zusammen. So beschreibt die von uns beauftragte und in Kürze erscheinende internationale Studie „Vom Süden lernen: Bürgerhaushalte weltweit – eine Einladung zur globalen Kooperation“ bildhaft eine mir sehr sympathische Entwicklung.

Es ist eine Erfolgsgeschichte: Während sich 1999 die Bürgerhaushalte in Europa noch an einer Hand abzählen ließen, ist ihre Anzahl im Jahr 2009 auf mehrere Hundert angestiegen. Diese Entwicklung ist auch deswegen bemerkenswert, da es sich um ein Verfahren handelt, das in den Ländern des globalen Südens erfunden wurde. Ein solcher auf die Institutionen des politischen Systems bezogener

Export ist bis heute die Ausnahme. Bürgerhaushalte sind in sehr unterschiedlichen Gesellschaften, Kulturen und politischen Systemen zu finden. Sie stehen zum überwiegenden Teil für eine Demokratisierung der Gesellschaft, Stärkung der Bürgergesellschaft, „good governance“ oder für eine Vertiefung der repräsentativen Demokratie. Aber auch zur Bekämpfung von Korruption oder einer ersten Öffnung bislang verschlossener Strukturen. Aufgrund unterschiedlicher Voraussetzungen und Formen bieten sich Bürgerhaushalte für einen weltweiten Dialog an. Das ist gelebtes Globales Lernen! Indem wir mehr über die verschiedenen Verfahren und ihren Ursprung erfahren, lernen wir auch etwas über die Gesellschaft des jeweiligen Landes, die Region oder die Stadt.

Die brasilianische Millionenstadt **Porto Alegre** war ein Wegbereiter für den *Orcamento Participativo*, den Bürgerhaushalt, der bereits im Jahr 1989 dort eingeführt wurde. Ziel war es damals unter anderem, die Korruption innerhalb der Verwaltung zu bekämpfen. Dies kann man als gelungen bezeichnen. Auch weitere Erfolge können sich durchaus sehen lassen: das Engagement der Bevölkerung und die Alphabetisierungsrate sind deutlich gestiegen. Die europäische Stadt, die am meisten von Porto Alegre übernommen hat, ist die andalusische Stadt Sevilla. Sevilla gilt in Spanien, wo um die 50 Bürgerhaushalte existieren, als eines der ambitioniertesten Beispiele, was vor allem auf die konsequent angewendeten Verteilungskriterien zurückzuführen ist. Der Bürgerhaushalt umfasst hier ein Budget von ca. 14 Mio. Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren: Der Zusammenhang von Entwicklungszusammenarbeit und der Einführung von Bürgerhaushalten ist groß. In **Afrika** beispielsweise sorgten zunächst Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sowie internationale Organisationen für die Einführung von Bürgerhaushalten. Anschließend hat sich auch ein Austausch zwischen Europa und Afrika entwickelt. Inzwischen ist Afrika ein Kontinent, der reich an sehr unterschiedlichen Beispielen des Bürgerhaushalts ist. Das könnte in Zukunft zu neuen Modellen führen, in denen Demokratisierung als ein wesentliches Thema erfasst wird, die aber auch die Verteilung von Ressourcen, den Zugang zu Bildung, Wissen und politische Einflussnahme einbeziehen. Dies hat dazu geführt, dass auch kontinentale Netzwerke entstanden sind, welche die sehr dynamische Verbreitung

von Bürgerhaushalten unterstützen. Das jüngste gute Beispiel hierfür ist der fünfte afrikanische Städtegipfel „Africities“ vom 16. bis 20. Dezember in Marrakesch, an dem ich teilnehmen konnte. In lebhafter Erinnerung ist mir der Bürgerhaushalts-Workshop mit einem Bericht aus Madagaskar: Dort starteten 2008 sechs ländliche Gemeinden Pilotprojekte zum Bürgerhaushalt. Beraten wurden sie dabei von zwei Dutzend zivilen und professionellen Organisationen, - das war ein spektakulärer Einstieg. In drei Gemeinden eines Bergbaugebietes diskutierte die Verwaltung mit ihren Bürgern sogar über die jährlichen Einnahmen aus dem Bergbau. Das hatte es noch nie gegeben.

Blickt man weiter auf Asien, findet man hier die jüngsten Bürgerhaushalte. Die Entwicklung hat vor allem seit dem Jahr 2005 begonnen. In vielen Fällen knüpfen diese Beispiele nicht an bisherige Formen der Bürgerbeteiligung an, sondern stehen für einen Neuanfang. Interessanterweise ist aber auch hier ein Austausch mit Porto Alegre zu beobachten, zumindest spielt das brasilianische Beispiel in der Diskussion als Referenz eine wichtige Rolle.

Weltweit gehen Schätzungen heute von über 2.000 Bürgerhaushalten aus.

Was können wir nun vom Süden lernen, von Kommunen wie Porto Alegre oder Regionen wie Kerala in Indien?

Der Blick in den Süden zeigt uns, dass es beim Bürgerhaushalt auch um soziale Gerechtigkeit und Stärkung der Entscheidungsmacht von Bürgerinnen und Bürgern geht – um bürgerschaftliches „Empowerment“. Es geht um Einfluss auf entscheidende Maßnahmen der kommunalen Entwicklung, um die Zukunft der jungen Generation in den Städten. Es geht nicht nur um mehr Bürgernähe oder aber eine Legitimierung sozialer Einschnitte und Kürzungen. Im Gegenteil geht es um soziale Verbesserungen, um Ausbildung, Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung: In Deutschland fallen einem dazu auf Anhieb die Dringlichkeit von Schulrenovierungen, die Beteiligung von MigrantInnen, die Reduktion von Jugendarbeitslosigkeit und Kinderarmut ein, denen man auf kommunaler Ebene begegnen muss.

Demokratie wagen – Mut zu mehr Dialog!

Es ist erschreckend: Nur noch fünf Prozent (!) der Bürgerinnen und Bürger glauben, dass sie Politik durch Wahlen maßgeb

lich mitbestimmen können. Bei der letzten Bundestagswahl waren die Nichtwähler erstmals die stärkste der Parteien! Unser demokratisches System ist damit mehr und mehr in Frage gestellt.

Das Konzept des Bürgerhaushalts, so hoffen viele, kann helfen verlorenes Terrain zurück zu gewinnen und das Interesse und die Wahlbeteiligung der Bürgerschaft wieder zu erhöhen. Unsere Studie kann dies bislang für Deutschland aber nicht bestätigen. Die Effekte eines Bürgerhaushaltes lassen sich schwer verallgemeinern. Zum einen hängen sie vom jeweiligen Modell ab, zum anderen vom letztendlichen Willen der politisch Verantwortlichen. Eine Transparenz und ein Mitentscheiden bei wirklich zentralen Fragen des Haushalts und kostspieligen Projekten einer Kommune wird selten in Betracht gezogen. Die Empfehlungen aus der Bürgerschaft dienen dem Rat einer Stadt nur selten bei seinen Entscheidungen als Kompass, auch wenn einige Vorschläge umgesetzt werden.

Wir leben nicht in Porto Alegre oder in Sevilla. Ein Bürgerhaushalt ist bei uns in Deutschland nicht als Mitbestimmungsinstrument, sondern als Beratungsinstrument gedacht und angelegt. Die Verbindung von Bürgerhaushalt und sozialer Gerechtigkeit findet bislang nicht wirklich statt. Bei uns geht es mehr um Verwaltungsmodernisierung und verbesserte Bürgernähe. Es entscheidet der repräsentativ gewählte Rat, ob und wenn ja, wie die Vorschläge der Bürgerschaft in den Haushalt einfließen.

Das ist auch richtig so, aber ein Bürgerhaushalt sollte meines Erachtens auch als ein wichtiger Teil des Prozesses zur Stärkung einer eigenverantwortlichen Bürgerschaft angesehen werden. Wir brauchen ein bürgerschaftliches Empowerment im globalen Süden wie auch im Norden: Bürger und Bürgerinnen sollen durch echte Partizipation real an Einfluss gewinnen. Dafür müssen konkrete Mittel und Hilfen, Schulungen und Austauschmöglichkeiten bereit gestellt werden. Partizipation und Projekte sollen direkt vor Ort ansetzen und die Lebensqualität dort verbessern helfen.

Das dies ohne Gesichtsverlust der Parteien möglich ist, zeigen so ausgezeichnete Beispiele wie die Bürgerkommune der Stadt Nürtingen, die bereits seit 1991 das bürgerschaftliche Empowerment mit der Formel „Beteiligungsförderung mal Engagementförderung“ zum städtischen Gesamtkonzept erhoben hat. Hier engagiert sich knapp die Hälfte der

Nürtinger Bevölkerung. Man hat sich abgewandt von der defizitorientierten Wahrnehmung hin zu einer stärkeorientierten Wahrnehmung gemäß dem Motto: Der kompetente Bürger nimmt seine Belange selbst in die Hand.

Bürgerhaushalte und weitere Formen der Bürgerpartizipation können meines Erachtens daher sehr wohl helfen, dem Vertrauensverlust in die Politik und Verwaltung entgegen zu wirken und Demokratie zurück zu gewinnen. Diese Re-Demokratisierung kann zu einem mitreißenden Projekt werden. Nutzen wir die Erfahrungen und die Kreativität der Kommunen des Südens als Inspirationsquelle!

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Sie dabei. Seit 2002 verbreiten und stärken wir den Bürgerhaushalt als eines unserer Zukunftsthemen bundesweit. Wir beraten Kommunen und vermitteln Experten, welche die Kommunen bei der Einführung eines Bürgerhaushalts begleiten. Mit einem Bürgerhaushaltsnetzwerk, das sich einmal jährlich zum Erfahrungsaustausch trifft, unterstützt die Servicestelle weiterhin die Verbreitung dieses Modells. Wir laden Sie gerne ein, Mitglied in diesem Netzwerk zu werden.

Eine wichtige Neuerung war die Onlineplattform buergerhaushalt.de, die die Servicestelle seit 2007 zusammen mit der Bundeszentrale für politische Bildung betreibt. Sie ist die Informationsplattform für Bürgerhaushalte in Deutschland und bietet aktuelle Nachrichten zu deutschen und internationalen Bürgerhaushalten.

Wir hoffen, dass der Kongress Ihnen ermöglicht sich als Bürgerhaushaltskommune oder -initiator internationale Anregungen zu holen.

Ganz besonders möchte ich mich auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Centre Marc Bloch bedanken, mit denen wir gemeinsam diesen hochinteressant besetzten Kongress veranstalten.

Lassen Sie uns also die verschiedenen internationalen Ansätze genauer studieren und ausprobieren, haben wir **Mut zu mehr Dialog und Demokratie!** Machen wir uns die „Nürtinger Formel“ zu Eigen, laden wir Experten aus Madagaskar zum Erfahrungsaustausch ein! Nehmen wir die Einladung zu einer globalen Kooperation an!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit

**Dr. Anja Röcke, Humboldt-Universität,
und Dr. Carsten Herzberg, Centre Marc Bloch
(unter Mitwirkung von Yves Sintomer):
Verfahren und Modelle des Bürgerhaushalts
und ihre Umsetzung in Deutschland**



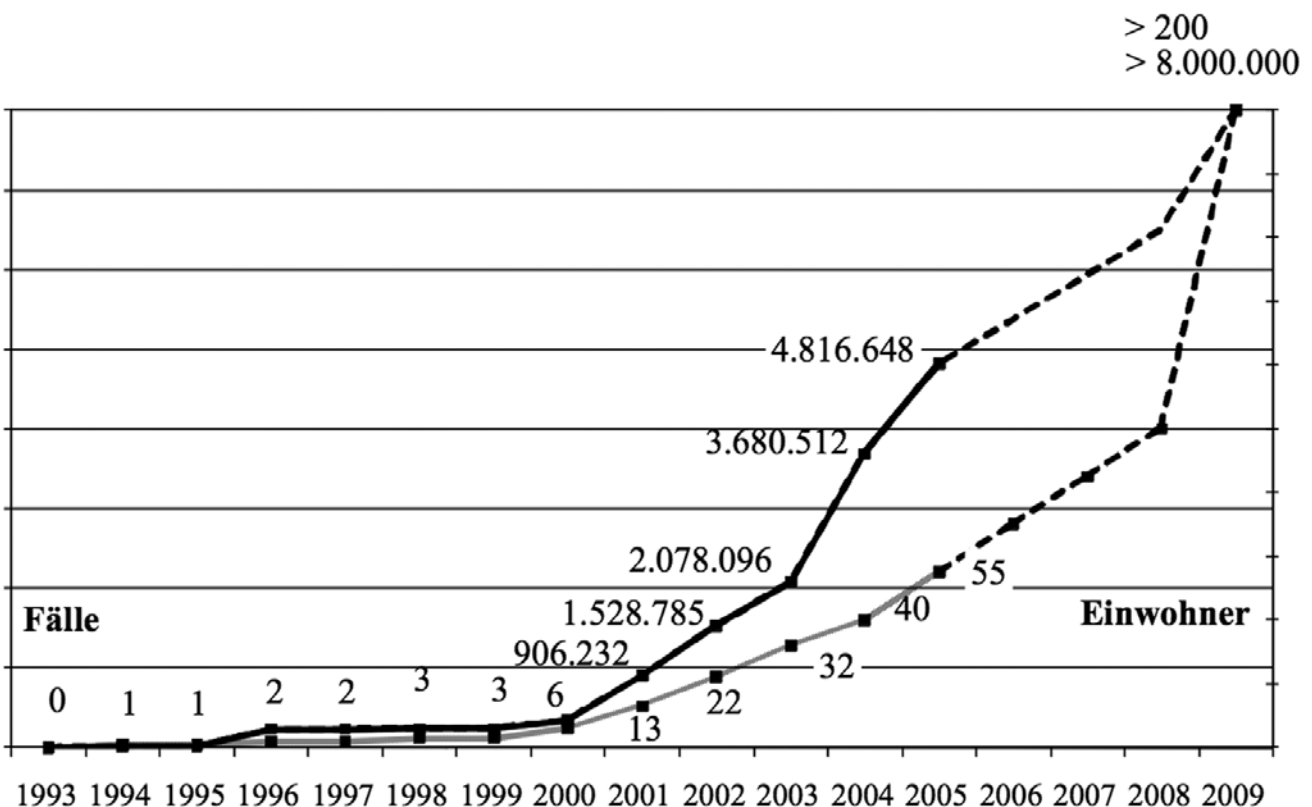
Wir freuen uns, an diesem Kongress mitzuwirken und Ihnen die thematische Einführung vorstellen zu können. Zunächst soll die Ausgangsfrage nach einer Definition des Bürgerhaushalts beantwortet werden. Durch den Bürgerhaushalt können Bürgerinnen und Bürger an der **Definition** des öffent-

lichen Haushalts, den Ressourcen, deren Verteilung und der Art der Dienstleistungen teilnehmen. Ein wichtiges Kriterium ist die Transparenz des Haushalts. Der Bürgerhaushalt wurde im brasilianischen Porte Alegre konzipiert. Daneben gibt es andere Einflüsse wie beispielsweise den Bürgerhaushalt von Christchurch in Neuseeland. Seit dem Anfang des neuen Jahrtausends kann auch eine verstärkte Verbreitung von Bürgerhaushalten in Europa beobachtet werden.

Anders als bei anderen Partizipationsinstrumenten gibt es beim Bürgerhaushalt kein festgelegtes Verfahren, er wird in unterschiedlichen Kontexten eingesetzt, mit widersprüchlichen Zielen und ideologischen Grundlagen. Deshalb stellen sich folgende Fragen:

- Wie können wir vom Süden lernen?
- Was sind die Herausforderungen des Lernprozesses?
- Ist der Bürgerhaushalt nur eine Mode? Markiert er einen globalen Trend?
- Wie kann man seine Ausbreitung erklären?

Der Bürgerhaushalt dient in der Forschung als Ausgangspunkt, um Bürgerbeteiligung und Demokratie insgesamt besser zu verstehen.



Bei einer Konferenz, die sich mit dem Transfer von Verfahren, Lernprozessen und Wirkungen beschäftigt, scheint es sinnvoll, für den Bürgerhaushalt eine weitergehende Definition zu finden. Diese sollte offen genug für verschiedene Ansätze sein, gleichzeitig müssen die jeweiligen Verfahren aber auch eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweisen, damit die Beispiele überhaupt vergleichbar sind. Es soll deshalb eine praxisorientierte Definition vorgeschlagen werden, die nicht nur von den Veranstaltern verwendet wird, sondern inzwischen auch von vielen Kommunen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aufgegriffen wurde. Nach dieser Definition müssen fünf Kriterien erfüllt sein, damit von einem Bürgerhaushalt gesprochen werden kann:

1. **Die finanzielle und/oder budgetäre Dimension** muss diskutiert werden; in einem Bürgerhaushalt geht es um das Problem begrenzter Ressourcen
2. **Die Ebene der Gesamtstadt muss einbezogen sein** oder die einer dezentralisierten Ebene eines Bezirks mit einer gewählten Vertretung und einer gewissen Selbstverwaltungskompetenz
3. **Es muss sich um einen wiederholten Prozess handeln** (ein Treffen oder ein Referendum über finanzielle Themen sind keine Beispiele für einen Bürgerhaushalt)
4. **Der Prozess muss eine spezifische Form öffentlicher Deliberation beinhalten** (die Öffnung von Verwaltungsgremien oder Organen der klassischen repräsentativen Demokratie für „einfache“ Bürgerinnen und Bürger stellt keinen Bürgerhaushalt dar)
5. **Es muss Rechenschaft über die Ergebnisse stattfinden**
Diese Kriterien gelten für das CMB Projekt und sind nicht als allgemeingültige Definition zu betrachten.

Wie sehen Bürgerhaushalte in **Europa konkret** aus? Die **Zentren des Bürgerhaushalts in Europa** liegen vor allem in Italien, Spanien, Portugal, Deutschland und Großbritannien. Die Einwohnerzahl der beteiligten Kommunen variiert sehr stark, von mehreren 1000 bis zu über 700.000 Einwohnern wie in Sevilla.

Was sind die wichtigsten **Unterschiede** zwischen den europäischen Verfahren und dem Modell von Porto Alegre? Die meisten europäischen Bürgerhaushalte sind top-down implementiert. In Europa spielt die Mittelschicht eine größere Rolle als in Lateinamerika und es sind nur geringe Effekte

von Verteilungsgerechtigkeit festzustellen, zudem besteht keine Verbindung mit Gender-Mainstreaming. Meistens handelt es sich um rein konsultative Verfahren, selten nur existiert ein Regelwerk. Generell besteht eine eher geringe Autonomie der Zivilgesellschaft. Doch die „institutionelle Phantasie“ in Europa ist groß: neue Technologien wie das Internet werden eingesetzt und es kommt zur Mischung mit anderen Verfahren.

Modelle der Partizipation in Europa

Warum entwickelten wir eine Typologie? Um Grundverfahren darzustellen und eine Zuordnung zu ermöglichen, haben wir **zwei Arten** von Typologien entwickelt: eine **Verfahrenstypologie**, die sich auf den Bürgerhaushalt selbst bezieht und eine **globale Typologie** über die Partizipation allgemein.

Die **globale Typologie** orientiert sich an Max Webers Gedanken der **Idealtypen**.

Idealtypen ermöglichen ein besseres Verständnis der realen Verfahren. Die realen Beispiele des Bürgerhaushalts sollen deshalb hier immer nur als eine Annäherung an die idealtypischen Modelle und Verfahren gesehen werden. Durch die Entwicklung einer Typologie wird auch die **Zuordnung** erleichtert. Dies ist bei der Unterscheidung der vielen verschiedenen Bürgerhaushalte in Europa hilfreich. Die Betrachtung des angewandten **Verfahrens** im Vergleich zu den idealtypischen Modellen kann helfen, bestehende Partizipationsverfahren in eine bestimmte Richtung zu entwickeln.

Die **Verfahrenstypologie** des Bürgerhaushalts basiert auf **vier Kriterien**.

1. Wie sind Veranstaltungen organisiert? Sind sie offen für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder nur einem bestimmten Kreis zugänglich?
2. Die deliberative Qualität der Verfahren, das heißt Umfang und Gegenstand der Diskussion und darum, ob eine Hierarchisierung von Vorschlägen stattfindet oder die Diskussionen im großen oder kleinen bzw. überschaubaren Rahmen stattfinden. Von Bedeutung ist auch, ob es um Haushalt im Allgemeinen, um Projekte oder um Investitionen etc. geht.
3. Ein drittes Kriterium betrachtet die Art der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Rolle der Zivilgesellschaft im Verfahren. Es geht hier also um die

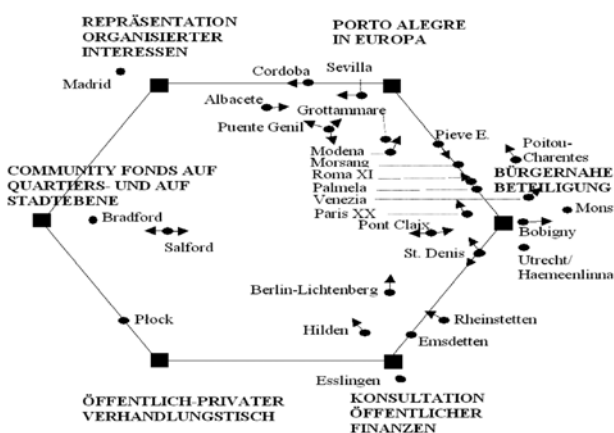
Beteiligung bereits aktiver Bürgerinnen und Bürger, einzelner per Zufallsauswahl bestimmter, aller (Vollbefragung) oder organisierter Gruppen.

4. Nicht zuletzt ist die Herkunft zu berücksichtigen: Manchmal basieren Bürgerhaushalte auf Verfahren, die bereits im heimischen Kontext benutzt werden, wie es z.B. bei den Bürgerversammlungen in Deutschland der Fall ist. In anderen Fällen kann der Bürgerhaushalt sich deutlich von den bestehenden Traditionen abheben und einen Bruch mit der bisherigen Partizipationspraxis darstellen.

Diese idealtypischen Verfahren dienen dazu, die konkreten Entwicklungen vor Ort besser verstehen, klassifizieren und vergleichen zu können. Mit ihrer Hilfe lassen sich die Ziele eines Bürgerhaushalts besser identifizieren und eine entsprechende Ausrichtung des Verfahrens in der eigenen Kommune erleichtern.

Aus diesen vier Kriterien können **sechs Idealtypen** zusammengesetzt werden, die im folgenden Schaubild dargestellt sind.

- Porto Alegre
- Bürgernahe Beteiligung
- Konsultation öffentlicher Finanzen
- Öffentlich-privater Verhandlungstisch
- Community Fonds auf Quartiers- und auf Stadtebene
- Repräsentation organisierter Interessen



Die sechs Verfahrenstypen des Bürgerhaushalts in Europa und beispielhafte Kommunen.

Für die zweite, von uns entwickelte Typologie, die globale **Typologie der Partizipation in Europa** wurden **fünf Kriterien** herangezogen: der Kontext, Ideologien und „Framing“ (Art und Weise der ideologischen Darstellung des Verfahrens), das Verfahren, die Dynamik des kollektiven Handelns und die Beziehung zwischen der „partizipativen“ Politik zur konventionellen Politik.

So konnten **sechs idealtypische Modelle der Bürgerbeteiligung** identifiziert werden, die allgemeine, nicht konkrete Modelle benennen:

1. Partizipative Demokratie
2. Bürgernahe Demokratie
3. Partizipative Modernisierung
4. Partizipatives Public-Private-Partnership
5. Community Development
6. Neo-Korporatismus



Die Städte sind den Modellen zugeordnet. Die Pfeile zeigen in die Richtung, in die sich der jeweilige Bürgerhaushalt entwickelt.

Wir möchten nun die Modelle der Globaltypologie kurz erläutern.

1. Das Modell der **partizipativen Demokratie** kennzeichnet sich sowohl durch eine starke Politisierung als auch lokale Regierung. Hier ist eine Artikulation von „Top-down“ und „Bottom-up“ festzustellen. Die Zivilgesellschaft agiert autonom, es geht um Mitbestimmung, nicht um reine Konsultation. Linke Parteien und Bewegungen sind aktiv an der Implementierung des Bürgerhaushalts beteiligt. Es gibt einige Effekte der sozialen Gerechtigkeit. Zur Verwaltungsmodernisierung besteht eine schwache Verbindung. Die Kombination zwischen konventioneller und partizipativer Politik ist prinzipiell möglich. Ein bekanntes Beispiel für dieses Modell ist der Bürgerhaushalt in Porto Alegre. In Europa gibt es einige Fälle dieses Modells in Italien (Grottammare) und Spanien (Sevilla, Cordoba, Albacete).

2. Das Bürgerhaushaltsmodell der **Bürgernahen Demokratie** zeigt ebenfalls eine starke lokale Regierung. Hier wird jedoch „Top down“, rein konsultativ und vor allem auf der Quartiersebene verfahren. Es gibt ein „selektives Zuhören“ (keine formalen Regeln) und eine nur geringe Autonomie der Zivilgesellschaft. Dieses Modell findet vor allem auf der mikro-lokalen Ebene („proximité“) statt. Parteien unterschiedlicher Couleur sind an der Implementierung beteiligt. Es wird kein Effekt auf soziale Gerechtigkeit erzielt und eine Verwaltungsmodernisierung findet besonders auf Quartiersebene statt. Hier kann eine Instrumentalisierung der partizipativen Politik konstatiert werden. Beispiele für dieses Modell finden sich in Form von Quartiersbeiräten und Gemeinwesenfonds vor allem in Frankreich, Portugal und Italien.

3. Für das Modell der **Partizipativen Modernisierung** ist Partizipation nur eine sekundäre Dimension der Verwaltungsmodernisierung. Es findet keine Politisierung statt, wengleich verschiedene Parteien an der Implementierung beteiligt sind. Das Verfahren ist ein „Top-down“-Prozess mit geringer Autonomie der Zivilgesellschaft, in dem es nicht um „Empowerment“ geht, sondern Konsensorientierung und Konsultation angestrebt wird. Es wird kein Effekt für soziale Gerechtigkeit angestrebt. Beispiele finden sich in den Nutzer- bzw. Kundenbeiräten oder Nutzer- bzw. Kundenpanels und Planungszellen. Die deutschen Bürgerhaushalte repräsentieren dieses Modell.

4. Im Kontext des **Partizipativen Public-Private-Partnership** Modells (PPPP) ist die Bürgerschaft nur ein Akteur neben Firmen, Staat und internationalen Organisationen. Hier sind die lokale Regierung und die Zivilgesellschaft eher schwach, es dominiert eine starke Marktlogik. Angewandt wird ein „Top-down“-Verfahren, mit geringer Autonomie der Zivilgesellschaft. Auch hier sind „Empowerment“ und Effekte auf soziale Gerechtigkeit nicht im Fokus, sondern eine Konsensorientierung. Parteien unterschiedlicher Couleur (eher konservativ bzw. „Third way“) sind engagiert. Es gibt eine schwache Verbindung zwischen den Modellen PPPP und der Verwaltungsmodernisierung. Das Verfahren des „Privat-/öffentlichen Verhandlungstisches“ bietet Beispiele für dieses Modell.

5. Im Modell des **Community Development/Gemeinwesenentwicklung** können Bürgerinnen und Bürger mitbestimmen und Projekte selbst umsetzen. Das Partizipationsverfahren existiert „parallel“ zur lokalen Politik (Regierung). Sowohl ein starker Markt als auch ein dynamischer Gemeinwesen-Sektor sind hier kennzeichnend und es gibt eine reale Autonomie der Zivilgesellschaft. „Top-down“ und „bottom-up“-Organisation werden gekoppelt. Erzielt werden einige Effekte für soziale Gerechtigkeit („affirmative action“) und „Empowerment“. Zur Verwaltungsmodernisierung existiert nur eine schwache Verbindung. Die partizipative Politik ersetzt die konventionelle Politik. Beispiele sind Community Development Corporations und „Community Fonds auf Quartiers- und Stadtebene“ beim Bürgerhaushalt.

6. Im Zentrum des **Neo-Korporatismus**-Modells stehen Beiräte organisierter Interessen wie Gewerkschaften, Arbeitgeber, Vereine, Kirchen und Universitäten. Hier sind unterschiedliche politische Strömungen an der Implementierung des Bürgerhaushalts beteiligt. Ein starker Staat wählt seine Partner aus und geht nach einem „Top-down“-Verfahren vor. Die Autonomie der Zivilgesellschaft ist eher gering. „Empowerment“ ist kein Kennzeichen dieses Modells, sondern Konsensorientierung.



Partizipation und Modernisierung – Ein deutscher Beitrag zur internationalen Debatte

Der Verdienst der deutschen Beispiele in der internationalen Diskussion ist es, auf den Zusammenhang von Partizipation und Modernisierung des öffentlichen Sektors hinzuweisen. Während vor allem in angelsächsischen Ländern die öffentliche Hand durch private Akteure ersetzt wurde, geht es bei dem von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) entwickelten Neuen Steuerungsmodell um die Verbesserung der Handlungsfähigkeit des öffentlichen Sektors. Er sollte „fit“ gemacht werden, um im Wettbewerb mit privaten Anbietern bestehen zu können: „Konkurrieren statt privatisieren“. Neben einer Modernisierung der Binnenstruktur der Verwaltung, der Einführung eines internen Wettbewerbs und Vergleichs (Benchmarking) ist Partizipation eine dritte Säule. Bürgerinnen und Bürger sollten zunächst als Kunden schneller und bequemer bessere Dienstleistungen erhalten. Innerhalb dieser dritten Säule hat uns unsere Forschung über die Bürgerhaushalte erlaubt, die Bürgerin und den Bürger selbst als Akteur der Modernisierung zu entdecken und die Perspektive einer partizipativen Modernisierung zu entwickeln.

Die Bürgerschaft als Modernisierer – Kriterien einer partizipativen Modernisierung

Zur Evaluation einer partizipativen Modernisierung können in Bezug auf den Bürgerhaushalt folgende Punkte einer Untersuchung unterzogen werden:

- Die Verbesserung von öffentlichen Dienstleistungen durch Bürgerexpertise.
- Partizipation als Beschleuniger von verwaltungsinternen Prozessen.

- Die Erbringung von Dienstleistung durch ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern.
- Mehr Koordination und Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen der Verwaltung.
- Direkte Hinweise für Einsparungen im öffentlichen Haushalt.
- Eine Anpassung der Verwaltungsstruktur gemäß den Bedürfnissen der Bürgerschaft.
- Eine bürgerschaftliche Kontrolle von Verwaltungshandeln.

Die Entwicklung der Bürgerhaushalte in Deutschland

Einer der ersten deutschen Bürgerhaushalte wurde 1998 in Mönchweiler durchgeführt. Verschiedene Akteure kommen aus der Verwaltungsberatung: die Bertelsmann Stiftung, die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), die Hans Böckler Stiftung etc. sowie verschiedene Netzwerke wie „Kommunen der Zukunft“ (1998-2002) und Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen (2000-2004). Das Vorbild für das nordrhein-westfälische Projekt war der neuseeländische Bürgerhaushalt von Christchurch und nicht Porto Alegre. So lag der Schwerpunkt dieses Bürgerhaushalts auf der Information über den öffentlichen Haushalt. Auch waren Dienstleistungen und Investitionen Gegenstand des Interesses. Es ging um Nutzerfeedback, nicht um die Stärkung sozialer Gerechtigkeit, auch war die Autonomie der Bürgerschaft gering. Bei der Mobilisierung von Teilnehmenden wurde hier nach dem Zufallsprinzip verfahren.

In der ersten Phase (1998-2004) ist ein Verlauf von Bürgerhaushalten zu beobachten, der in der Literatur mit dem Dreiklang „Information-Konsultation-Rechenschaft“ zusammengefasst wird: In der **Informationsphase** werden die Einnahmen und Ausgaben des öffentlichen Haushalts via Broschüren, Internet etc. erklärt. In der **Konsultation** werden entweder per Zufallsauswahl Teilnehmerinnen und Teilnehmer oder in Form von Bürgerversammlungen, Informationen über öffentliche Dienstleistungen und/oder Fragebögen und andere Arten der Vorschlagssammlung mobilisiert. Abschließend erfolgt in der **Rechenschaft** die individuelle und/oder kollektive Berichterstattung über die Umsetzung der Vorschläge.

In der ab dem Jahr 2005 beginnenden **zweiten Entwicklungsphase der Bürgerhaushalte in Deutschland** werden neue Akteure aktiv: Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt** trägt zur Einführung des Beispiels Porto Alegre in die deutsche Diskussion bei. Die **Bundeszentrale für politische Bildung** lässt in Kooperation mit den bildungspolitischen Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien ein Verfahren für Großstädte entwickeln. **Bürgerinnen und Bürger** sowie lokale Initiativen der Zivilgesellschaft beginnen sich für den Bürgerhaushalt zu engagieren. Zudem tragen Beratungsunternehmen zur Professionalisierung und Verbreitung bei. **Berlin-Lichtenberg** knüpft an den Neuerungstrend an. Es geht weiterhin um die Evaluation von Dienstleistungen, aber es wird erstmalig ein „Voting“ eingeführt. Dadurch hierarchisieren die Bürger und Bürgerinnen ihre Vorschläge. So gibt es eine klare Liste zu den einzelnen Vorschlägen.

Als **digitaler „turn“** kann die neuste Entwicklung bezeichnet werden, die Beteiligung via Internet. Sie ist zu einem wichtigen Standbein der Bürgerhaushalte in Deutschland geworden. Die Entwicklung begann in Esslingen, führte über parallel in Bürgerversammlungen stattfindenden Online-Diskussionen in Lichtenberg und anderen Städten und erreichte schließlich internetzentrierte Beispiele wie Köln und Hamburg. Beispiele wie Köln trugen zur Effizienzsteigerung der Partizipation bei. Nicht selten ist die Internetbeteiligung größer als eine Face-to-Face-Beteiligung.

Ein vorläufiges Fazit

Aus einer internationalen Perspektive sehen wir uns heute folgenden **offenen Fragen** und **Herausforderungen** gegenüber: Wofür steht Partizipation? Gilt Bürgerbeteiligung als Werkzeug gegen neoliberale Globalisierung und des „good Governance“ bzw. der Verwaltungsmodernisierung? Geht es vielleicht um die persönliche Profilierung von Politikern?

Obwohl in Europa ähnliche allgemeine Kontext-Bedingungen herrschen gibt es **keine europäische Konvergenz der Partizipationsmodelle**. Doch es gibt allgemeine Tendenzen wie die immer wichtiger werdende Deliberation und Partizipation. Auch die Verbindung von Bürgerbeteiligung und Verwaltungsmodernisierung ebenso wie neue Kenntnisse und Professionalität in der

Zivilgesellschaft sind in Europa oft zu finden. Doch es besteht keine Konvergenz in Richtung eines einzigen Modells oder eines einzigen Verfahrens, stattdessen entwickeln sich hybride und nationale Modelle. Es gilt, Antworten auf die Fragen nach den „best practices“ der Partizipation allgemein und des Bürgerhaushalts insbesondere zu finden, sowie zu ermitteln, welches Verfahren/Modell in welchen Kontext passt.

Deutschland im europäischen Vergleich: Eine partizipative Modernisierung ist möglich! Denn hier finden sich eine Dienstleistungsverbesserung durch Feedback der Bürgerschaft, mehr Koordination der Fachbereiche und die Beschleunigung von Verwaltungsabläufen. **Überraschend** ist dabei, dass die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück bleiben, obwohl die deutschen Beispiele die Verbindung von Partizipation und Modernisierung andeuten und vor allem im Bereich der Einbindung von Bürgerwissen gute Erfahrungen vorliegen. Wie ist dies zu erklären?

Zunächst ist zu sagen, dass aufgrund unserer Beobachtungen für eine partizipative Modernisierung folgende drei Faktoren ausschlaggebend sind, die in Deutschland nur zum Teil erfüllt sind:

- Eine ausreichende Deliberation. Nur wenn Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einer ausführlichen, über mehrere Treffen geführten Diskussion haben, können sie detaillierte Vorschläge zur Verbesserung von Verwaltungshandeln entwickeln.
- Die Einbeziehung zentraler Fragen der Haushaltspolitik. Nur wenn grundlegende Fragen in die Diskussion einbezogen werden, kann eine partizipative Modernisierung auch eine grundlegende Wirkung entfalten. Partizipation sollte sich demnach nicht auf die Umsetzung kleinteiliger Maßnahmen beschränken.
- Eine gute Vorbereitung der Verwaltung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssten sich im Vorhinein überlegen, welche Informationen sie von den Bürgern zur Optimierung von öffentlichen Dienstleistungen erfragen müssen.

Die **Hypothese für Deutschland** lautet: **Die zentrale Wirkung der Bürgerhaushalte in Deutschland liegt in der Verbesserung der Beziehung zwischen Verwal-**

tung und Mandatsträgern auf der einen Seite und der Bürgerschaft auf der anderen. Wichtig ist dabei vor allem Vertrauensbildung – dies kann vor allem durch die Umsetzung kleinerer Projekte und Maßnahmen erreicht werden, die großen Fragen der Finanzpolitik werden allerdings nicht zur Disposition gestellt.

Daraus ergibt sich eine weitere Hypothese oder Frage: Gibt es eine Arbeitsteilung zwischen Bürgerhaushalt und Referendum? Anders als die meisten anderen Kommunen in Europa, haben die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die Möglichkeit, ein Referendum einzuleiten und damit verbindliche Entscheidungen herbeizuführen. Um grundlegende Fragen zu ändern, bedient man sich demnach Bürgerentscheiden. Dies ist der Grund dafür, warum Mandatsträger hierzulande einen Bürgerhaushalt zur Verbesserung der Kontaktpflege anbieten. Die Angst, weitere Macht abgeben zu müssen, ist weit verbreitet.

Wie wir sehen, haben sich die hiesigen Bürgerhaushalte in der Vergangenheit kontinuierlich weiterentwickelt. Diese Konferenz bietet allen eine Chance, Anregungen zu erhalten, um diesen Weg weiter zu beschreiten.

Die Ergebnisse unserer Forschung können in ausführlicher Form in folgenden Publikationen nachgelesen werden:

- Sintomer/Herzberg/Röcke (2010): Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie, Wiesbaden, VS-Verlag
- Herzberg (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune, Hamburg, VSA-Verlag

Diskussion

Frage: Sie stellten die unterschiedlichen Typen des Bürgerhaushalts vor, jedoch scheint es sich eher um gegensätzliche Typen zu handeln. PPPP scheint eher das Gegenteil eines Bürgerhaushalts zu sein: Hier geht es um den Entzug der Öffentlichkeit, wie dies bei Privatisierungsverträgen der Fall ist.

Dr. Anja Röcke: PPPP und Bürgerhaushalt bilden nicht unbedingt einen Widerspruch. Anhand des Beispiels der polnischen Stadt Plock kann dies belegt werden: Hier gab es einen Fonds, der zur einen Hälfte von der Privatwirt-

schaft und zur anderen von staatlicher Seite gestellt wurde. Es geht bei dem Modell PPPP nicht um die Legalisierung von Privatisierung, sondern es gibt die Gelder, die aus der Privatwirtschaft kommen. Zudem handelt es sich hier um einen Idealtyp, der real nicht existiert, sondern nur annähernd erreicht wird.

Josef Ahlke: Zum Schaubild der Typologien: Wie haben sich die Bürgerhaushalte, die mit Pfeilen gekennzeichnet sind, weiterentwickelt? Welche Tendenzen gibt es? Bewegen sich die verschiedenen Typen aufeinander zu?

Dr. Carsten Herzberg: Bei den deutschen Beispielen gibt es eine Bewegung hin zur bürgernahen Demokratie, um die Kontaktpflege zu verbessern. Zunächst gab es zentrale Bürgerforen, jetzt werden insgesamt mehr und auch dezentrale Foren organisiert. Zu Spanien wird sich Ernesto Ganuza äußern. Generell hat sich dort die Zahl der Beispiele stark vermehrt und es gibt Tendenzen zur Mischung der Modelle Neo-Korporatismus und Partizipativer Demokratie. Ein einheitlicher Trend, eine Bewegung der Modelle hin zu einer Mitte, ist in Europa jedoch nicht festzustellen.



Prof. Dr. Leonardo Avritzer: Bei der Gegenüberstellung des europäischen und des brasilianischen Modells habe ich eine Frage in Bezug auf das Thema Modernisierung: Ich stimme nur zum Teil mit Ihrer Aussage überein, dass der Bürgerhaushalt in Porto Alegre kein Beispiel für Modernisierung sei. Die Modernisierung kommt auf eine andere Art und Weise zum Vorschein. Warum? Weil Haushalte in Brasilien sehr an Clans orientiert und durch das Prinzip von Gefälligkeiten der Verwaltung für verschiedene Gruppen gekennzeichnet waren. Mit der Einführung

von Bürgerhaushalten wurde in der Haushaltsplanung Brasiliens eine Art Modernisierungsprozess eingeläutet. In diesem Zusammenhang wurde jedwede Form von privaten Verhandlungen oder Abmachungen vom Haushaltsplanungsprozess ausgeschlossen. Hierbei handelt es sich um eine stark ausgeprägte Tendenz zur Modernisierung, auch wenn diese im Vergleich zum europäischen Modernisierungsprozess der Verwaltung ganz anders ausfällt.

Dr. Carsten Herzberg: Ich gebe Ihnen Recht, der Bürgerhaushalt hat auch in Porto Alegre zu einer Modernisierung der Verwaltung beigetragen. Zur Entwicklung unserer Idealtypologie stand jedoch ein anderer Punkt im Vordergrund. Die Spezifität der Beispiele, aus denen wir den Idealtyp „Porto Alegre in Europa“ abgeleitet haben, bestand in den Aspekten soziale Gerechtigkeit und Teilung von Macht.

Ich möchte auch auf den praktischen Nutzen der Typologie hinweisen. Sie kann von den Akteuren vor Ort benutzt wer-



den um, eigene Verfahren weiter zu entwickeln. Wenn ich mit meinem Bürgerhaushalt ein bestimmtes Ziel erreichen möchte, wie z. B. Modernisierung der Verwaltung, soziale Gerechtigkeit oder eine bürgernahe Quartiersentwicklung, dann kann ich aus der Typologie ablesen, welche konkreten Instrumente ich dafür einsetzen muss. Auf diese Weise kann unsere Karte der Idealmodelle als eine Art Kompass herangezogen werden. Wenn Bürgerschaft, Politik und Verwaltung sich einig sind, was sie mit einem Bürgerhaushalt erreichen möchten, können sie anhand der Kombination der Idealtypen ihr eigenes Verfahren zusammensetzen.

Frage: Als Stadtrat einer kleinen Kommune in der Nähe von Köln arbeite ich mit einem kommunalen Nothaushalt. Das strukturelle Defizit unserer Stadt erlaubt keine freiwilligen Leistungen. Welche Ansätze gibt es in Anbetracht der globalen Finanzkrise für einen Bürgerhaushalt? Welche Spielräume gibt es? Kann man überhaupt einen Bürgerhaushalt unter diesen Umständen durchführen oder sollte man gerade dann aktiv werden?

Dr. Carsten Herzberg: Die Finanzkrise der Kommunen ermöglicht nur scheinbar keinen Bürgerhaushalt und die deutschen Kommunen haben eine gute Lösung gefunden. Es geht nicht um die Verwendung von mehr Geld sondern um den Einsatz des vorhandenen. Hier sind viele Beispiele zur Neugestaltung innerhalb eines gleichen oder geringeren Budgets zu nennen, die dem Gestaltungswillen der Bürgerinnen und Bürger Ausdruck verleihen.

Frage: Ich möchte aus der Perspektive des Lokalen Agenda-Prozesses an die Aussage zur finanziellen Lage der Kommunen anknüpfen. Wir müssen darauf achten, dass der



Bürgerhaushalt nicht für zuvor gemachte Fehler verantwortlich ist und die Bürgerschaft sich partizipativ an der Defizitausgleichung beteiligen muss.

Zwei Fragen zu den Kriterien und Zielen des Bürgerhaushalts, da mir in diesem Kontext zwei Stichworte zu fehlen scheinen: Erstens die ökonomische Alphabetisierung: Die Krise führt uns vor Augen, dass wir völlig unzureichende volks- und globalwirtschaftliche Kenntnisse haben. Der Bürgerhaushalt könnte einen Beitrag zur Bildung leisten. Wo ist die Bildungsdimension auf den Listen verortet? Zweitens ist der Aspekt der Weiterentwicklung der Demokratie in den Listen für mich so nicht ersichtlich, wo finde ich dies wieder?

Anita Reddy: Der Beitrag zur Bildung ist ein relevanter Aspekt des Bürgerhaushalts, denn wenn sich Bürgerinnen und Bürger an einem Bürgerhaushalt aktiv beteiligen, handelt es sich um ein tieferes Interesse am gesellschaftlichen und politischen Kontext als das allgemein vorhandene. Der Bürgerhaushalt vermittelt die Funktionen des Haushaltes an die Bürgerschaft, dies ist gelebte partizipative Demokratie und damit politische Bildung. Zur Demokratisierung durch den Bürgerhaushalt: Im Modell des Community Development wird diese Thematik aufgegriffen, denn hier geht es um die Zusammenarbeit mit kleinen Bürgergruppen, also um das Empowerment der Bürgerschaft.

„Deine Stadt – Dein Geld“ – Film über den Kölner Bürgerhaushalt

In der Millionenstadt Köln müssen sich Stadtverwaltung und Politik, wie in jeder Stadt, mit den unterschiedlichsten Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner auseinandersetzen. „Um die richtigen **Prioritäten für die Bürgerinnen und Bürger** zu setzen, ist die Stadt Köln bei knappen Geldmitteln darauf angewiesen, zielgenauere Lösungen zu erreichen“, erklärt **Guido Kahlen, Stadtdirektor von Köln**. Die Stadt lud deshalb die Bürgerinnen und Bürger ein, ihr Expertenwissen aus den eigenen Stadtteilen einzusetzen. Dazu der **damalige Oberbürgermeister Fritz Schramma**: „Kommunalpolitik ist immer noch stärker lokal zu sehen: Es geht um einzelne Stadtteile, kleine Bezirke und schließlich die eigene Straße. Wir bringen so die Politik vom Rathaus in das Haus des einzelnen Bürgers.“ In Köln ist man mit Hilfe des Internets auf die Bürgerinnen und Bürger zugegangen. Als erste deutsche Millionenstadt startete die Stadt Köln im Herbst 2007 ihren Bürgerhaushalt. In der Beteiligungsphase konnten alle Kölnerinnen und Kölner vier Wochen lang Vorschläge zu den Bereichen Sport, Grünflächen, sowie Straßen, Wege und Plätze einreichen.

Ein **Beispiel** aus dem kinderreichen Stadtteil Klettenberg: Ein Betonspielplatz war für viele hier ein Anlass sich am Bürgerhaushalt zu beteiligen. „Ende der 70er Jahre wurde hier eine Betonlandschaft geschaffen, die sich für die Kinder als völlig ungeeignet zum Spielen herausstellte. Deshalb habe ich mich am Bürgerhaushalt beteiligt,“ so Beate Zimmermann, die wie alle Kölner und Kölnerinnen durch die vorab versandte Informationsbroschüre auf den Bürgerhaushalt aufmerksam gemacht wurde.

Die **Eingabe des Vorschlags** ist einfach zu handhaben und dank des **Webs 2.0** können Kommentare, Diskussionen und Bewertungen genau verfolgt werden. Jeder registrierte Teilnehmer und jede Teilnehmerin hat zu jedem Vorschlag genau eine Stimme zur Abgabe, mit der er zustimmen oder ablehnen kann. Damit entsteht nicht nur ein Wettbewerb um die besten Ideen, sondern auch eine Rangliste, die die Verwaltung direkt erhält. **Peter Michael Soénius**, Stadtkämmerer: „Durch das Bewertungssystem gibt es eine Art soziale Kontrolle in der Rangliste, denn es kommen nur die Themen auf die vorderen Plätze, die von einer breiten Basis befürwortet werden.“ Die Verwaltung verpflichtete

sich, die 100 ersten Vorschläge aufzulisten, zu prüfen und dem Kölner Stadtrat zeitnah zum Beschluss vorzulegen.

Zurück nach Klettenberg: der Betonspielplatz landete auf den vorderen Plätzen der Vorschlagsliste. Seine Umgestaltung in eine moderne, kindgerechte Spielanlage brauchte nur neun Monate: vom Vorschlag, über die Ratsentscheidung bis zur Neugestaltung. Eine **zeitnahe Umsetzung**, die einen Beschluss erfahrbar macht.

Mit der elektronischen Partizipation, kurz **E-Partizipation**, gelingt, was mit den herkömmlichen Methoden der Bürgerbeteiligung, wie etwa der Bürgerversammlung nicht möglich ist: viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt mit vertretbarem Aufwand zu erreichen. Je vertrauter und alltagsbezogener die Themen, desto mehr Menschen können in den Bürgerhaushalt mit einbezogen werden und desto kompetenter sind ihre Kommentare.

Ein Teil des Erfolgs wird auch die gute **Öffentlichkeitsarbeit** sein, die via Plakaten, Informationsbriefen, Bürgerversammlung und dem Internet stattfand. Wichtig war auch die ausführliche Berichterstattung der Kölner Medien, um so die Bevölkerungsgruppen einzubeziehen, die das Internet nicht nutzen. **Ralf Huttanus**, Amtsleiter E-Government und Online-Dienste: „Man muss darauf achten, bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht auszuschließen, die technikfern oder -feindlich sind. Wir bieten durch ein Call-Center die telefonische Beteiligung an und akzeptieren auch schriftliche Vorschläge. Doch die Internetplattform ist die Referenzplattform, auf der sich sämtliche Vorschläge wieder finden.“

Durch die aufmerksame Begleitung der Presse wurde die öffentliche Wahrnehmung des Bürgerhaushalts sehr gefördert. Die Bewertung der Presse in der Rückschau stellt **Helmut Frangenberg**, Lokalredaktion Kölner Stadtanzeiger, dar: „Der Anfang ist gemacht und erfolgreich gewesen. Gefehlt hat die Möglichkeit über die einzelnen, sehr kleinen Politikbereiche hinaus Einfluss auf das Thema Geldverteilung zu nehmen.“ Doch einerseits muss der Bürgerhaushalt für alle Beteiligten überschaubar bleiben und zur konkreten Politikgestaltung führen, andererseits muss die Stadt sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, wichtige Themen auszusparten. Um zu ermitteln, was die Bürgerschaft bewegt, wurde eine Umfrage durchgeführt, die die Themen des Bürgerhaushalts ergab. Der Journalist kritisiert, dass die Bürgerschaft nicht entscheiden darf, wo und wie viel zu Gunsten welches anderen Projektes ein-

gespart oder ausgegeben werden soll: „Wenn es geschafft werden sollte, auch die **„großen Fässer“** aufzumachen und gleichzeitig das Verfahren handhabbar zu halten, ist dies eine große Chance für eine positive Großstadtentwicklung.“

Das **Verfahren des webbasierten Ansatzes** zum Bürgerhaushalt der zweiten Generation wurde im **Fraunhofer Institut für Intelligente Analyse und Informationssysteme** in St. Augustin entwickelt. Anders als in früheren Verfahren werden die Bürgerin und der Bürger nicht mehr nur einbezogen, um zu vermitteln, dass aufgrund knapper Haushaltskassen gespart werden muss. Die auf den Technologien des **Web 2.0 basierenden neuen Beteiligungsverfahren** zielen vielmehr auf das **Erfahrungswissen der Bürgerschaft**. Mittels online-moderierter Diskussionsforen wird ihre Expertise für genutzt. Der Leitgedanke ist: durch leichte Verständlichkeit wird es allen ermöglicht, sich einzubringen. **Dr. Josef Wehner**, Fraunhofer Institut, erklärt: „Wir haben ein Verfahren gewählt, das sich an dem schon existierenden Petitionsverfahren orientiert und das sehr leicht bedienbar ist.“ Dafür erweist sich das Internet gegenüber herkömmlichen Instrumenten wie Bürgeranhörungen oder Befragungen als überlegenes Medium. **Dr. Oliver Märker**, Zebralog, entwickelte das Verfahren mit und leitete die Moderation des Kölner Bürgerhaushalts vom Computer aus: „Ich kann mich zu jeder Zeit beteiligen, ich kann einen Kommentar schreiben oder nur lesen, es bestehen mehr Möglichkeiten sich zu beteiligen als dies beispielsweise eine Bürgerversammlung zulässt.“ Das Internet wird von über 90 Prozent der Vorschlagenden favorisiert. Dazu Dr. Josef Wehner: „Die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit ebenso wie die daraus entstehende Beteiligungskultur bieten eine neue Qualität, die ohne das Internet nicht vorstellbar wären.“ Dies mögen die **Gründe für die hohe Beteiligung** in Köln gewesen sein: knapp 5000 Bürgervorschläge wurden eingereicht und von den Moderatoren auf die Plattform gestellt. Der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern erzielte am Ende mehr als **10.000 aktive Teilnehmende**, über 52.000 Bewertungen und mehr als 2,6 Millionen Aufrufe von mehr als 100.000 Kölnerinnen und Kölnern – vielleicht auch ein Resultat des **anonymen Zugangs** und des **garantierten Datenschutzes**. **Dr. Oliver Märker** führt aus: „Die Leute mussten sich zwar registrieren, aber sie keinerlei Angaben über ihre Person machen. Wir wollten dies nicht, um keine potentiellen Teilnehmenden zu verlieren.“

Auch für die Stadtverwaltung erweist sich das Internet erneut als hilfreiches Medium, denn hier können die Diskussionen verfolgt und die Vorschläge verwertet werden. Für die anschließende Phase der **Auswertung** bietet sich die Möglichkeit, auf ein strukturiertes Produkt zurückzugreifen, denn mit Verfahrensende befinden sich die Vorschläge in einer vorstrukturierten Form, die die Auswertung erheblich erleichtern.

Die Stadt möchte ab 2009 den Dialog zur ständigen Bürgerbeteiligung via Internet ausbauen, dann lassen sich auch die **Verfahrenskosten erheblich reduzieren**. Beim ersten Bürgerhaushalt kalkulierte die Stadt noch 30 Cent je Bürgerin und Bürger, inklusive Infobroschüre, Werbung und Bürgerversammlung. Auf dem Weg zum Routinebetrieb lassen sich die Kosten auf ein Drittel senken. Stadtdirektor Guido Kahlen erklärt: „Dieser Weg ist unumkehrbar, weil sich die Menschen über diese Form der qualifizierten Bürgerbeteiligung anders mit ihrer Stadt identifizieren. Sie artikulieren ihre Sorgen und drücken sich auch nicht vor Sparvorschlägen. Dieser Dialog führt zu einem neuen Zusammenarbeiten von Bürgerschaft und Politik. Ohne die Beteiligung der Zivilgesellschaft an den Topthemen können wir diese Stadt nicht in die Zukunft führen.“ Die **nachhaltige Beteiligung der Bürgerschaft** wird davon abhängen, inwieweit Politik und Verwaltung diese Beteiligungsidee fördern. Dabei geht es um mehr als nur die technischen Möglichkeiten des Internets, es gilt, die Technik in den Routinebetrieb der Kommunen zu übernehmen. Ralf Huttanus spricht sich dafür aus: „Vor dem Kölner Bürgerhaushalt galt es als schwierig einen Bürgerhaushalt in einer Großstadt durchzuführen. Wir haben bewiesen, dass dies gut möglich ist und haben andere – auch Bund und Land – dazu angeregt, darüber nachzudenken. Budgetberatung ist eine der vornehmsten Dinge der Demokratie, die hier auf eine breite Basis gestellt wird und durch die klare Aufgabenteilung - die Bürgerschaft schlägt vor, der Rat entscheidet - wirkt man der Politikverdrossenheit entgegen.“

Der Film ist online als Download verfügbar:

Deutsche Fassung: http://www.iais.fraunhofer.de/fileadmin/user_upload/Abteilungen/MP/videos/DSDG_fuer_Download.wmv / **Englische Fassung:** http://www.iais.fraunhofer.de/fileadmin/user_upload/Abteilungen/KD/videos/Deine_Stadt_Dein_Geld_en.wmv

II. Forum I: Bundesweite und internationale Beispiele

Impulsvorträge mit Kommentaren
und anschließender Diskussion
Moderation: Volker Vorwerk, buergerwissen



Forum I widmete sich an beiden Veranstaltungstagen der Betrachtung der deutschen und internationalen Beispiele des Bürgerhaushalts. Am ersten Tag wurde das deutsche Beispiel des Bürgerhaushalts aus Steinfurt vorgestellt. Danach ging es um die noch jungen Bürgerhaushalte in Schweden. Darauf folgte ein Blick in den Süden Europas: Wie werden in Spanien Bürgerinnen und Bürger zur Partizipation am Bürgerhaushalt mobilisiert? Im Anschluss an die Vorträge wurden die Fragen des Publikums beantwortet. Nach Erörterung aller Fragen fasste abschließend ein Kommentator die Vorträge und Diskussionsbeiträge zusammen.

Andreas Hoge, Bürgermeister von Steinfurt: Bürgerhaushalt im Rahmen des Konjunkturpaketes



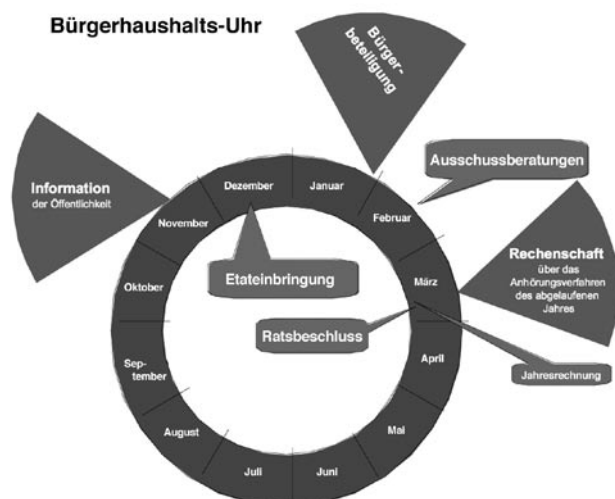
Steinfurt ist eine mittelgroße Gemeinde im Münsterland mit knapp 34.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. In den vergangenen 20 Jahren musste Steinfurt immer wieder einen Nothaushalt anmelden. Auch in Jahr 2010 befindet sich Steinfurt im Nothaushalt. Trotz enger Spielräume wird der Bürgerhaushalt seit dem Jahr 2005 in Steinfurt durchgeführt, denn es gibt noch immer freiwillige Ausgaben – hier ungefähr drei Prozent – die für den Bürgerhaushalt zur Verfügung stehen.

Das seit 2005 formalisierte **Verfahren** des Bürgerhaushalts in Steinfurt ist ein fester Bestandteil der jährlichen Haushaltsaufstellung. Zuerst stellt die Verwaltung einen Haushaltsentwurf auf, der den Vertreterinnen und Vertretern der Politik zur Verfügung gestellt wird. Direkt danach wird die Bürgerschaft zur Diskussion über den Entwurf eingeladen. Die Steinfurter werden durch eine erläuternde Haushaltsbroschüre, die an alle Haushalte verteilt wird, über die aktuelle Haushaltslage informiert. 2000 Steinfurter und Steinfurterinnen (Zufallsauswahl aus der Einwohnermeldedatenbank, ab dem 16. Lebensjahr) erhalten eine persönliche Einladung zum Forum des Bürgerhaushalts, hinzu kommen Presseeinladungen, die sich an jeden richten, der interessiert ist mitzuwirken. An den Veranstaltungen über den Bürgerhaushalt in Steinfurt nehmen durchschnittlich 100 bis 200 Personen teil.

Die Veranstaltung des Bürgerhaushalts findet im Rathaus statt, der **Ablauf** ist festgelegt: Nach einem Einführungs-

vortrag durch den Bürgermeister und die Kämmerin werden die verschiedenen Themenbereiche vorgestellt. Danach folgen die Einteilung der Bürgerinnen und Bürger in vier bis sechs Gruppen und ein Durchlauf („Gallerywalk“) der Themenstände. Dort werden Kurzvorträge durch Fachleute präsentiert und Lösungsvorschläge in Begleitung fachfremder Moderatoren erarbeitet. Dabei werden Pro und Contra der vorgestellten Maßnahme diskutiert, die Lösungsvorschläge zusammengestellt und durch alle Teilnehmenden bewertet. Vertreterinnen und Vertreter der Politik dürfen teilnehmen, sich aber nicht äußern.

Als **Ergebnis** des Bürgerforums werden die erarbeiteten Vorschläge der Politik zur Beratung des Haushalts in den Ausschüssen und im Rat übermittelt. Die Politik ist verpflichtet, über die Beratungsergebnisse zu den Vorschlägen aus dem Bürgerforum Rückmeldung zu geben und die Ergebnisse zu begründen. Hierüber wird jeder Teilnehmende des Bürgerforums abschließend informiert. Nach Einbringung der Vorschläge in die Fachausschüsse entscheidet der Stadtrat nach ungefähr zwei Monaten über die Vorschläge.



Das **Verfahren** ordnet sich im Jahresablauf: zuerst die **Information** der Öffentlichkeit, dann die **Etateinbringung**, die **Bürgerbeteiligung** mit Bürgerforen, **Beratung** in den Ausschüssen, der **Ratsbeschluss**, die **Rechenschaft** über das Anhörungsverfahren des abgelaufenen Jahres und die **Jahresrechnung**.

Fragen



Frage: Wie lange verweilen die Gruppen an den Themenständen? Wie konkret werden die Themen vorbereitet und wer erarbeitet sie? Wie haben Sie beim ersten Mal die Fragestellungen ermittelt?

Andreas Hoge: An den Ständen erfolgt nach einem sieben bis achtminütigen Fachvortrag eine Diskussion, je Stand wird eine halbe Stunde Verweildauer eingeplant. Die Mitarbeiter der fachlich betroffenen Abteilungen bereiten in Zusammenarbeit mit einer begleitenden externen Moderation die Vorträge vor. Beim ersten Mal schlug die Stadt Themen vor, die bekanntermaßen für die Bürgerschaft Steinfurts interessant waren und die tatsächlich beeinflussbar waren. Seit diesem ersten Bürgerforum werden an den Ständen Ideen der Bürgerinnen und Bürger gesammelt.

Frage: Wie hoch sind die Kosten für den Bürgerhaushalt in Steinfurt?

Andreas Hoge: Wir berechnen keine Personalkosten, für den Druck der Bürgerhaushaltsbroschüre und deren Versand werden insgesamt 8.000 Euro verwendet.

Frage: Wie erfolgt die Auswahl der Vorschläge? Wie ist das Verhältnis von Gesamthaushalt zu den freien Mitteln des Bürgerhaushaltsvolumens?

Andreas Hoge: Alle Maßnahmen waren aufgelistet und wurden von den Bürgerinnen und Bürgern votiert. Dies war deckungsgleich mit dem, was der Stadtrat entschied. Der Gesamthaushalt beläuft sich auf 65 Millionen Euro, die freien Mittel liegen bei ungefähr drei Millionen Euro. Um die viereinhalb Millionen Euro des Bürgerhaushalts zu er-

reichen, wurden zusätzlich fünf bis sechs Prozent aus dem Haushalt zur Verfügung gestellt.

Frage: Kann eine Gemeinde im Nothaushalt einen Bürgerhaushalt durchführen und diesen damit als pflichtige Aufgabe umqualifizieren?

Andreas Hoge: Für Nordrhein-Westfalen kann ich dies bestätigen. Laut Auskunft des nordrhein-westfälischen Innenministeriums kann ein Paragraph der Gemeindeordnung zur Informationspflicht der Bevölkerung so gedeutet werden, dass jede Kommune die Mittel für einen Bürgerhaushalt einstellen kann.

Volker Vorwerk: Nur in Berlin und Nordrhein-Westfalen ist dies vorgesehen. In der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung ist es laut Paragraph 80 Absatz 2 vorgesehen, dass zwischen der Einbringung des Haushaltsentwurfes in den Rat und der Beschlussfassung eine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist. In den meisten anderen Bundesländern ist die Auslegung erst, nachdem der Rat entschieden hat möglich.

Frage: Gab es von der Bürgerschaft im Rahmen des Konjunkturpakets II auch Vorschläge zur Entschuldung?

Andreas Hoge: Direkte Entschuldungsvorschläge wurden nicht vorgestellt, doch die Bürgerinnen und Bürger verfolgen das Minimalziel der Vermeidung von Neuschulden.

Frage: Wie haben Sie den Bürgerhaushalt durchgesetzt? Macht ein Bürgerhaushalt einen Rat nicht überflüssig?

Andreas Hoge: Ich habe meine Kandidatur mit dieser Frage verknüpft... Der Rat einer Stadt repräsentiert einen Querschnitt der Bürgerschaft, es sind die wenigsten, die dem Bürgerhaushalt negativ gegenüberstehen. Zudem ist die Einbindung eines Bürgerhaushalts in der Kommune in Kombination mit anderen Prozessen besonders erfolgreich und stärkt so auch die Bürgerbeteiligung in anderen kommunalen Bereichen.

Frage: Wie kommt es generell zur Etablierung eines Bürgerhaushalts?

Volker Vorwerk: Ein Bürgerhaushalt braucht Fürsprecher: sei es die Oberbürgermeisterin oder der Kämmerer oder auch der Anstoß durch lokale Agenda-Prozesse. Interessant ist, dass das gesamte politische Spektrum als Befürworter

des Bürgerhaushalts in deutschen Kommunen vertreten ist.

Andreas Hoge: Ich möchte ein negatives Beispiel aus einer nordrhein-westfälischen Kommune ergänzen: im Rahmen eines Bürgerhaushalts wurde ein Vorschlag der Bürgerschaft abgelehnt, daraufhin kam es zu einem Bürgerentscheid, der das Votum des Rates nichtig machte.

Frage: Ich stehe dem Bürgerhaushalt auch kritisch gegenüber, denn politikferne Gruppen sind oftmals von der Partizipation ausgeschlossen. Hingegen können sich im Rahmen der Bürgerhaushalts-Prozesse auch partizipatorische Eliten bilden, die Reformen blockieren.

Volker Vorwerk: Auch ein Bürgerhaushalt kann diese Probleme nicht lösen, aber wir sind alle angehalten, innovative Ideen und Verfahren zu entwickeln.

Andreas Hoge: Ich kann hier auf die Stadt Essen hinweisen, die in einem Arbeiterviertel versuchte, alle Bildungsschichten zu aktivieren. Eine schwierige, aber nicht unlösbare Aufgabe.

Frage: Wie müssen sich Bürgerhaushalte angesichts der knappen kommunalen Finanzen weiterentwickeln?

Andreas Hoge: Trotz der Finanznot besteht ein Bedarf für einen Dialog mit der Bürgerschaft. Darum kann ein Bürgerhaushalt auch Diskussionen über Strukturabbau, Steuererhöhungen oder weitere unerfreuliche Maßnahmen beinhalten. Zudem stehen auch in „Nothaushalten“ immer noch freie Geldmittel zur Verfügung, die für einen Bürgerhaushalt verwendet werden können.

Lena Langlet, schwedischer Verband für Gemeinden und Regionen (Schweden): Bürgerhaushalte in Schweden



Vielen Dank für die Einladung zu dieser Veranstaltung – In Schweden stehen wir beim Thema Beteiligungshaushalt erst am Anfang der Entwicklung. Unsere Organisation SALAR ist der schwedische Verband für Gemeinden und Regionen¹. Alle 20 Provinziallandtage und 290 Gemeinden in Schweden sind Mitglieder unseres Verbandes. Unser Verband ist zu 100 Prozent mitgliederfinanziert und erhält keine staatlichen Zuschüsse. Ziel unserer Arbeit ist es, die Gemeinden zu unterstützen. In Schweden sind die Gemeinden von der gesamtstaatlichen Ebene unabhängig und durch eine starke Selbstverwaltung gekennzeichnet. SALAR wird von den Politikern unserer Mitgliedsgemeinden und -regionen geleitet. Alle vier Jahre veranstalten wir einen Kongress, auf dem wir unsere Ziele für die nachfolgenden vier Jahre definieren. 2007 wurde auf dem Kongress der Beschluss gefasst, dass „SALAR in seiner Tätigkeit die Bemühungen seiner Mitglieder bei der Entwicklung von neuen Formen der Bürgerbeteiligung, von Auswahl- und Integrationsmöglichkeiten des Bürgerdialogs in Regierungsführungsprozessen und in der Organisationsentwicklung unterstützen wird.“

Zu jenem Zeitpunkt rief **SALAR das Sonderprojekt „Bürgerdialog“** ins Leben, im Rahmen dessen wir heute mit 188 Gemeinden und 19 Provinziallandtagen zusammenarbeiten. Neben Seminaren und Konferenzen, Büchern und

Informationsblättern arbeiten wir mittels zweier Netzwerke, dem Wissensnetzwerk und dem Arbeitsnetzwerk, wobei das Wissensnetzwerk in zwei Unternetzwerke – eines für Politiker und eines für Beamte – unterteilt wird. Wir arbeiten mit zehn Arbeitsnetzwerken zusammen, zum Beispiel mit dem Bürgerforennetzwerk mit Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), dem Netzwerk für den Dialog mit der Jugend und dem Netzwerk für Bürgerhaushalte.

Die **Grundlage** unserer Tätigkeit kann mit der in anderen westlichen Staaten verglichen werden: Politikverdrossenheit gepaart mit einer besonderen Form von Selbstbewusstsein. Dies ist eine Herausforderung für die Gemeinden, denn die Bürger sehen in der Gemeinde oftmals nur eine Dienstleistungseinrichtung und nicht eine demokratische Institution und haben daher Schwierigkeiten, den Dringlichkeitsbedarf zu erkennen.

PB in Sweden

- Haninge - 76 000 inhabitants
- Hudiksvall - 37 000 inh.
- Uddevalla - 52 000 inh.
- Örebro - 279 000 inh.
- Fredrikstad - 72 000 inh.



Die ersten vier schwedischen Bürgerhaushaltsprovinzen sowie das norwegische Fredrikstad, das dem schwedischen Netzwerk beigetreten ist, da in Norwegen kein vergleichbares Netzwerk existiert.

Der Beginn unseres Bürgerhaushaltsprozesses geht auf das Jahr 2008 zurück, als wir die Gemeinden einladen, sich an dieser Entwicklung zu beteiligen. Das Projekt wurde von Giovanni Allegretti unterstützt, der auch an diesem Kongress teilnimmt. Unsere Aufgabe besteht darin, die Gemeinden bei ihrer Arbeit anzuregen und zu unter-

¹ http://gap.skl.se/startpage_en.asp?C=6390

stützen. Diese haben sich bei den Bürgerhaushalten für unterschiedliche Ansätze entschieden, indem sie verschiedene Zielgruppen und verschiedene Formate ansprechen. Drei dieser Gemeinden – **Uddevalla, Örebro und Fredrikstad** – arbeiten mit jungen Menschen, die nicht in den politischen Prozess in Schweden involviert sind.

In **Haninge** beschäftigt sich der Bürgerhaushalt mit städtischer Gestaltung, und zwar mit einem Park im Zentrum der Stadt. Und schließlich **Hudiksvall**, wo das gesamte Investitionsbudget in den Bürgerhaushalt einfließt und der Prozess sich noch im Entwicklungsstadium befindet.

Die erste schwedische Gemeinde, die einen Beteiligungshaushalt durchführte, war **Örebro**. Sie luden ihre **Zielgruppe (Studenten)** ein und stellten diesen 250.000 schwedische Kronen (ca. 26.000 Euro) zur Verfügung, was einen Teil des Investitionsbudgets für Umwelt und Verkehr darstellte. Der Startschuss fiel im Januar 2009, als man versuchte, junge Menschen für das Projekt zu begeistern. Im Februar konnten sie dann ihre Vorschläge ausarbeiten. Die Abstimmung über die eingereichten Vorschläge fand im März statt und die feierliche Eröffnung des umgesetzten Siegvorschlages, die Umgestaltung eines Strandes, schließlich im Juli, sechs Monate nach Projektstart. Bei der darauf folgenden Auswertung des Projektes sprachen **beide Seiten, sowohl Studenten als auch Politiker**, von den **sehr guten Erfahrungen**, die sie machen konnten. Folglich wurde in Örebro ein neuerliches Projekt mit der **gleichen Zielgruppe, aber dem doppelten verfügbaren Betrag** beim Investitionsbudget, 500.000 schwedische Kronen (ca. 52.000 Euro), gestartet. Der Beginn im Jahr 2010 fiel wiederum auf den Januar, und diesmal geht es darum, Wege zu finden, den Fluss Svartån umzugestalten.

Fredrikstad und **Uddevalla** arbeiten im Rahmen eines von **der EU geförderten transnationalen Projektes** mit dem Namen „wir wollen – wir können – wir entscheiden“ zusammen, in dem Bürgerhaushalte eines der Themen sind. Bei der **Zielgruppe** konzentrieren sie sich ebenfalls auf die jungen Leute, die über die Verwendung von öffentlichen Mittel entscheiden können.

Die Entwicklung begann im Frühjahr 2009 mit einer Umfrage unter jungen Leuten zu einem **Ereignis** bzw. einer besonderen Maßnahme, die in beiden Städten umgesetzt werden sollte.

The inauguration!



The vice mayor and the four students behind the proposal

Eröffnung des ersten Bürgerhaushaltsprojektes in Örebro, eines neu gestalteten Strandes, im Juli 2009.

Da der erste Versuch ein Fehlschlag war, musste die Umfrage in Fredrikstad im Herbst ein zweites Mal durchgeführt werden. In Uddevalla konnten jedoch Vorschläge 13- bis 19-jähriger Jugendlicher erfolgreich gesammelt werden. Der Jugendrat in Uddevalla unterstützte den Prozess, indem er Schülern das Projekt erklärte und diesen durch Anregungen half, sich mit guten Beispielen und Ideen am Projekt zu beteiligen. Letztendlich waren es 21 Vorschläge, die eingereicht wurden und aus denen sechs Vorschläge ausgewählt wurden. Junge Leute hatten daraufhin zwei Wochen Zeit, **im Internet ihre Stimmen abzugeben**. Durchsetzen konnte sich am Ende der Vorschlag zur Veranstaltung eines Stand-Up-Comedian-Tages.

Uddevalla hatte danach mit dem **Problem** zu kämpfen, dass **zwischen der Entscheidung und der Umsetzung** des Siegerprojektes **viel Zeit verging** – Der Stand-Up-Comedian-Tag wird nun erst ein Jahr nach der Wahl veranstaltet. Um während dieser Zeit des Wartens das Interesse unter der Jugend aufrechtzuerhalten, wurde im November 2009 eine Matchmaking-Konferenz abgehalten. Politiker stellten jungen Leuten die Frage: Worauf würdet ihr gern Einfluss nehmen? Die Antwort war eindeutig: Sie wollen nicht nur auf eine geplante Maßnahme, sondern **auf den gesamten Budgetierungsprozess der Gemeinde Einfluss nehmen**. Darüber hinaus sprechen sich junge Leute dafür aus, dass ein reguläres Forum eingerichtet werden sollte, um die Kommunikation und den Kontakt zu Politikern nicht abreißen zu lassen.

In **Haninge** konnte das Bürgerhaushaltsprojekt bis jetzt noch nicht umgesetzt werden. Das Thema des Projektes ist hier

der Park Eskilsparken, der sich inmitten von Haninge befindet und ausgebaut werden soll. Der Bürgerhaushaltsprozess wurde seit langer Zeit geplant und soll nun Schritt für Schritt umgesetzt werden:

1. Am Tag der offenen Tür am 23. Januar sollen Vorschläge unterbreitet und Diskussionen mit Anwesenden geführt werden.
2. Ausarbeitung der Ideen in der Zeit von Februar bis März.
3. Abstimmung am 25. April über das Internet
4. Formalisierung der Bürgerentscheidung
5. Feedback-Picknick im Juni
6. Die Ideen werden im Sommer umgesetzt.

Der Bürgermeister von Haninge möchte aufgrund der im September anstehenden Wahlen die Umgestaltung des Parkes bis spätestens August beendet haben.

In **Hudiksvall** befindet man sich immer noch in der **Planungsphase** des Prozesses. Dort wurde beschlossen, dass der Bürgerhaushalt ein Teil des Lenkungsprozesses sein sollte und die Leute somit auf ein Investitionsbudget in Höhe von insgesamt 110 Millionen schwedischer Kronen (ca. 11,5 Mio. Euro) Einfluss haben. Daher wird dies ein langwieriger Prozess werden, an dem sich starke politische Parteien mit unterschiedlichen und kontroversen Positionen beteiligen werden. Der Kernpunkt bei Hudiksvall: Der **Bürgerhaushalt wird ein integrierter Teil des Regierungsprozesses sein.**

Um andere schwedische Gemeinden bei der Durchführung von Bürgerhaushalten zu unterstützen, entwickelte unser Verband einen Budget-Rechner anhand des Hamburger Modells². Wir entwickelten den Budget-Rechner, der als ein Open-Source-Tool von sämtlichen interessierten Gemeinden verwendet werden könnte. Momentan sind es rund 10 Gemeinden, die unseren Rechner nutzen wollen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, wir hoffen, dass wir die Gelegenheit haben werden, aus Ihren Erfahrungen zu lernen!

Fragen

Frage: Wird bei Ihnen das Internet auch dazu benutzt, Vorschläge zu sammeln und zu bewerten, so wie wir es in Köln, Trier oder Lichtenberg handhaben?

Lena Langlet: Bis jetzt lief bei uns über das Internet nur die Abstimmung ab, aber wir wenden verschiedene Instrumente an, um hier die Partizipation entsprechend zu organisieren.

Frage: Werden die Bürgerhaushalte von allen politischen Parteien oder Organisationen unterstützt? Warum hat die Idee des Bürgerhaushaltes so lange gebraucht, um in Schweden anzukommen? Glauben Sie, dass das Interesse für Bürgerhaushalte in Schweden ansteigen wird? Wie wird die Zukunft der Bürgerhaushalte in Schweden aussehen?

Lena Langlet: In Schweden glaubten wir, in der besten Demokratie der ganzen Welt zu leben – dies könnte ein Grund sein. Wenn wir aber einen Blick auf die Herausforderungen für die politischen Parteien werfen, sehen wir, dass die Leute in den Parteien alt sind – junge Leute haben kein Interesse an Politik. Beim Rückblick auf die EU-Parlamentswahlen haben wir das Bild der neuen erfolgreichen Partei mit dem „Piraten“ vor Augen. Der Erfolg dieser Partei versetzte den alteingesessenen Parteien einen Schock und machte ihnen klar, dass sie das Vertrauen der Menschen verloren hatten. Zwischen den Politikern und den Bürgern klappt eine große Lücke, und wenn es darum geht, die Kommunikation zwischen diesen Interessengruppen – gemeint sind besonders auch die jungen Leute – zu verbessern, wird die Idee der Bürgerhaushalte Erfolg haben.

Frage: Welche Parteien sind an Bürgerhaushalten interessiert?

Lena Langlet: Beim Blick auf unser Netzwerk lassen sich eher konservative Parteien erkennen. Es scheint jedoch eher eine Frage des Alters denn der politischen Orientierung zu sein, da junge Politiker eher Interesse zeigen, den Dialog mit jungen Leuten zu suchen, als die älteren.

Frage: Das Problem von Uddevalla – die lange Zeit zwischen der Entscheidung und der Umsetzung – führt zu einem anderen Problem: Wenn zwischen den einzelnen Schritten zu viel Zeit verstreicht, dann kommt dem Bürgerhaushaltsprozess die Idee der Kontinuität abhanden. Die Menschen denken nun an ein losgelöstes Ereignis und nicht an einen sich regelmäßig wiederholenden Prozess.

Lena Langlet: Deshalb wurde dort der Ablauf abgeändert; dieser nimmt nun nur noch ein halbes Jahr in Anspruch.

² <http://www.buergerhaushalt-hamburg.de/discoursemachine.php?page=planning&menucontext=1>

Man hat in Uddevalla versucht, den Kontakt zu den Menschen nicht abreißen zu lassen und sie über den Fortlauf des Prozesses auf dem Laufenden zu halten. Dennoch müssen wir darüber reden, wie man die Leute das ganze Jahr über in den Lenkungsprozess einbindet.

Dr. Ernesto Ganuza, Consejo Superior de Investigaciones Científicas (Spanien)
Bürgerhaushalte in Spanien:
Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern



Ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier über Bürgerhaushalte in Spanien zu sprechen. Ich möchte Ihnen etwas über zehn unterschiedliche Testprojekte auf dem Gebiet der Bürgerhaushalte erzählen. Lassen Sie mich bitte zuerst etwas über die **Grundzüge** des Bürgerhaushaltsprinzips in Spanien sagen. Bei sämtlichen Bürgerhaushalten handelt es sich in Spanien um deliberative Prozesse, die mit öffentlichen Entscheidungsprozessen unter Beachtung fachlicher Gesichtspunkte und Kriterien für soziale Gerechtigkeit in Verbindung stehen. Obgleich es unterschiedliche Bürgerhaushaltsmodelle gibt, haben sie alle gemein, dass es immer darum geht, Entscheidungen zu treffen.

Alle Modelle der Bürgerhaushalte folgen in Spanien eindeutigen Regeln, die von den Teilnehmern und der Verwaltung aufgestellt worden sind. Bei den meisten Bürgerhaushalten leistet man entsprechende Aufklärungsarbeiten, um Informationen über die Haushalte weiterzugeben. Über einen Verantwortlichkeitsprozess werden nach Ende eines Bürgerhaushaltszyklus Antworten zur öffentlichen Entscheidungsfindung geliefert. Zumeist wird hier eine neue Struktur, wie etwa der Bürgerhaushaltsrat, geschaffen, wo die Mitglieder öffentliche Entscheidungen überwachen können.

Die Typologie der spanischen Bürgerhaushalte ist durch drei Modelle gekennzeichnet:

1. REPRÄSENTATIVES MODELL: Die Funktion der Teilnehmer ist ziemlich eingeschränkt und deliberativ. Die

Teilnehmer sind über einen extrem langen Zeitraum in das Projekt involviert. Wer gehört zur Zielgruppe? Aufgrund der zeitlichen Verpflichtungen können nur organisierte und fachkundige Bürger am Prozess teilnehmen. Diesem Modell steht gewöhnlich die Sozialdemokratische Partei Spaniens voran.

2. ADMINISTRATIVES MODELL: Hier besteht die Rolle der Teilnehmer darin, nur ihre Wünsche und Vorschläge einzureichen, ohne eine deliberative Funktion zu übernehmen. Es liegt an der Verwaltung, die eingereichten Vorschläge nach Priorität zu ordnen. Die Teilnehmer sind nur sehr kurz in den Prozess eingebunden. Zur Zielgruppe gehören alle Leute, sowohl einfache Bürger als auch aktiv tätige.
3. PARTIZIPATORISCHES MODELL: Die Funktion der Teilnehmer ist hier ebenfalls eingeschränkt und deliberativ. Die Zeit der Einbindung der Teilnehmer kann unterschiedlich ausfallen: Man kann verhältnismäßig kurz oder lang ins Projekt involviert sein, für eine Dauer, die im Vergleich zu den oben genannten genau dazwischen liegt, jedoch niemals länger, als beim repräsentativen Modell. Gemeinhin sind wie auch beim administrativen Modell alle Bürger der Stadt aufgefordert, sich an dem Modell zu beteiligen.

Warum nehmen nicht alle Leute an der Durchführung von Bürgerhaushalten teil? Dazu gibt es drei Hypothesen: die erste besagt, dass die Leute einfach nicht teilnehmen wollen; hier fehlt es an persönlicher Motivation. Der zweite Grund ist ein Mangel an Geld, politischen Ressourcen, Kompetenzen, Zeit usw.. Kurz gesagt, die Leute können es einfach nicht tun. Und der dritte Punkt ist, dass niemand die Leute zur Teilnahme auffordert; demnach eine fehlende Mobilisierung.

Ich möchte Ihnen zeigen, was für die spanische Verwaltung Mobilisierung bedeutet: Nun, wer nimmt teil? Wer ist in den Versammlungen anwesend? Wer hält während der Versammlungen Reden?

Welche **Wege beschreitet die Verwaltung, um die Bürger dafür zu gewinnen?** Als **Hilfsmittel** müssen hier **fünf Punkte** genannt werden:

- Traditionelle Kanäle der Partizipation (Vereinigungen und assoziative Strukturen)

- Werbung (im lokalen Fernsehen, Radio und in Zeitungen)
- Zufällige Auswahl
- Neue Technologien (Internet, SMS)
- Partizipationswege wie Motivationsgruppen, Partizipationsversammlungen usw.

Unter Beachtung der **drei unterschiedlichen Zielgruppen** – einfache Leute (weniger an Politik interessiert), aktive Bürger (die auf diesem Gebiet bereits über Erfahrung verfügen und an Politik interessiert sind) und organisierte und fachkundige Bürger – **wirken die genannten Instrumente auf unterschiedliche Weise.**

Über die traditionellen Kanäle lassen sich recht erfolgreich bereits organisierte oder fachkundige Bürger gewinnen, weniger die aktiven oder einfachen Bürger. Über die Werbung lässt sich in erster Linie das Interesse der einfachen Bürger wecken, dabei hauptsächlich der engagierten und nur teilweise der organisierten Bürger. Über die zufällige Mobilisierung können einfache Leute gewonnen werden. Mithilfe der neuen Technologien lassen sich recht gut engagierte Bürger erreichen, während organisierte Bürger und Fachleute sich hierüber nicht besonders gut ansprechen lassen; die einfachen Leute kann man auf diesem Wege nicht erreichen. Über Partizipationswege kann eine geringe Zahl von einfachen Bürgern gewonnen werden, eine mittelgroße Zahl von engagierten Gruppen und eine hohe Anzahl von organisierten Bürgern und Fachleuten. Somit weiß man, wie bereits engagierte Leute aber auch Bürger mit für Bürgerhaushalte neu entfachtem Interesse gewonnen werden können.

Wer wird letztlich mobilisiert? Hinsichtlich der Bevölkerungszahl der Städte lässt sich sagen, dass in Städten mit weniger als 100.000 gemeldeten Einwohnern die Beteiligungsquote bei 13 oder 14 Prozent liegt, während in Großstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern die Quote ca. 0,3 Prozent beträgt.

Nun einige Informationen zum **soziodemographischen Profil** unserer Teilnehmer: Bezüglich des **Geschlechts** lässt sich feststellen, dass Männer und Frauen gleichstark vertreten sind. Hier bestehen beim Engagement keine signifikanten Unterschiede. Wenn wir die bereits vorhandene

Erfahrung bei Bürgerhaushalten vergleichen, so haben hier die Frauen die Oberhand über den Männern.

Beim Blick auf das **Alter** der beteiligten Bürger fällt auf, dass die jungen Leuten im Alter zwischen 14 und 29 Jahren mit einer geringeren Quote beteiligt sind, als ihr Anteil an der Bevölkerung es vermuten lässt. Andererseits sind Bürger, die älter als 60 Jahre sind, mit einer Quote beteiligt, die höher ist als ihr Anteil an der Bevölkerungsstruktur. Leute zwischen 30 und 44 Jahren sind in den Meetings überrepräsentiert.

Beim Blick auf das **soziopolitische Profil** der Teilnehmer können wir erkennen, dass mehr als 70 Prozent der an der Durchführung eines Bürgerhaushaltes teilnehmenden Bürger bereits in irgendeiner Form von Vereinigungen, zum Beispiel in der eigenen Wohngegend oder in sozialen bzw. anderen Vereinigungen, engagiert sind. In Bezug auf die gesamte Bevölkerung Spaniens liegt der Beteiligungswert an jedweder Form von Vereinigungen bei ca. 30 bis 35 Prozent.

Der prozentuale Anteil der Teilnehmer, die an **lokaler Politik interessiert sind**, liegt bei ca. 75 Prozent, während er in Spanien generell ca. 35 bis 40 Prozent beträgt. Daher kann man davon ausgehen, dass die Bürger, die sich an der Durchführung von Bürgerhaushalten beteiligen, tatsächlich an Politik interessiert sind.

Bezüglich der **politischen Weltanschauung** der Teilnehmer werden in Spanien die meisten Bürgerhaushalte unter der Federführung der Sozialdemokraten sowie der postkommunistischen Partei durchgeführt und nur 15 Prozent unter der Leitung der konservativen Partei realisiert. Die in die Durchführung von Bürgerhaushalten involvierten Bürger sind ideologisch nahe der Position der linken Parteien anzusiedeln. Wenn man die Entwicklung der Bürgerhaushalte jedoch über Jahre hinweg betrachtet, erkennt man, dass sich die politischen Weltanschauungen der Teilnehmer verändern. Zu Beginn war unter den Teilnehmern der Bürgerhaushalte ein Übergewicht aus dem Lager der linken Parteien zu verzeichnen, aber inzwischen hat sich das Verhältnis nach sechs Jahren zu einem Mehranteil der Teilnehmer aus dem rechtem Flügel verlagert.

Das Mobilisierungsprofil in öffentlichen Versammlungen zeigt, dass während der Versammlungen von Männern mehr Reden gehalten und mehr Vorschläge

gemacht werden als von Frauen. Man muss jedoch dabei die unterschiedliche Rollenverteilung bei diesen Versammlungen berücksichtigen. Die Gewinnung von Bürgern, die bereits Mitglieder anderer Organisationen sind, verläuft ähnlich den zuletzt genannten. Diese Leute sprechen in den Versammlungen weder mehr noch schlagen sie mehr vor als andere Bürger, die nicht gewohnt sind, in solchen Vereinigungen engagiert zu sein.

In Bezug auf den soziologischen Einfluss bei der Mobilisierung der Leute für die Bürgerhaushalte lassen sich verschiedene Variablen erkennen. Das **Geschlecht** spielt in Bezug auf öffentliche Veranstaltungen nur eine untergeordnete Rolle, **Alter** und **Bildung** üben jedoch einen beträchtlichen Einfluss aus. Andererseits beeinflussen Alter und Bildungsniveau nur geringfügig den Grad der Aktivität bei öffentlichen Veranstaltungen. Die **Weltanschauung** spielt zwar eine große Rolle bei der Frage, wer überhaupt zu den Veranstaltungen geht, fällt aber innerhalb der Veranstaltungen selbst nicht weiter ins Gewicht.

Das **Interesse für Politik** spiegelt sich in hohem Maße sowohl in der Teilnahme als auch in der Übernahme der aktiven Rollen bei öffentlichen Versammlungen wider. Dasselbe gilt auch für Bürger mit Erfahrung auf dem Gebiet der Bürgerhaushalte; eine bereits vorhandene Mitgliedschaft in einer zivilen Organisation hat jedoch keinen hohen Einfluss auf die deliberative Funktion.

Fragen

Giovanni Allegretti: Sie konnten feststellen, dass Frauen bei den Bürgerhaushalten nicht in dem Maße aktiv sind wie die Männer. Warum reichen Frauen weniger Vorschläge ein als Männer? Lässt sich diese Aussage belegen? Und welche Vorschläge sind dabei einfallsreicher? Ich habe in Portugal und Brasilien die Erfahrung gemacht, dass Frauen zwar seltener Reden halten, aber für ihre Vorschläge dennoch mehr Stimmen abgegeben werden als für die der Männer.

Dr. Ernesto Ganuza: Während es in Sevilla möglich ist, die eingereichten Vorschläge zurückzuerfolgen, lässt sich dies in anderen spanischen Städten nicht umsetzen. Nur in Sevilla ist jeder Teilnehmer verpflichtet, seinen Vorschlag zu kennzeichnen.

Prof. Dr. Leonardo Avritzer: Ich kann gewisse Parallelen zu den Ergebnissen meiner Untersuchungen in Brasilien bezüglich des Geschlechts der Teilnehmer erkennen: Auch in Brasilien sind unter den Teilnehmern der Bürgerhaushalte die Frauen in Unterzahl. Bei den Bürgerhaushaltsstrukturen lassen sich Gliederungen dahingehend beobachten, als dass Männer öfter entsendet werden als Frauen. In Bezug auf die Mitgliedschaft verhält es sich in Brasilien genau so, auch beim Vergleich des Aspektes einer Mitgliedschaft in einer Organisation, des Einflusses auf die Mobilisierung usw... Der einzige Unterschied, den ich erkennen kann, ist das Bildungsniveau: Gebildete Leute halten in den Versammlungen viel öfter Reden als die Bürger mit einem niedrigeren Bildungsgrad. Warum weisen diese beiden Länder vergleichbare Formen der Partizipation auf?

Dr. Ernesto Ganuza: Bürgerhaushalte stellen eine einzigartige Erfahrung dar. Es hat den Anschein, als hätten sowohl in Spanien als auch in Brasilien die Leute die Chance erkannt, die sich ihnen durch die Teilnahme an den Bürgerhaushalten bietet.

Dr. Anja Röcke: Mit welchen Problemen haben die Bürgerhaushalte in Spanien zu kämpfen? Welche deutschen Aspekte könnten für die spanischen Bürgerhaushalte als Inspiration dienen?

Dr. Ernesto Ganuza: Eines unserer Probleme ist die Tatsache, dass die Standpunkte der Teilnehmer durch ihre politischen Ansichten geprägt sind.

Das zweite Problem hängt damit zusammen, dass die Bürgerhaushalte in Spanien für die Regierung nur eine Randerscheinung sind, da die Bürger nur über drei bis vier Prozent des Haushalts mitbestimmen können.

Der Konflikt zwischen den Vereinigungen und den Bürgerhaushalten ist ein weiterer kritischer Aspekt. Bürgerhaushalte sind durch die Bedeutung „mit Beteiligung“ gekennzeichnet und schließen alle Menschen ein. Die meisten Vereinigungen wollen dies nicht und kämpfen daher gegen die Bürgerhaushalte an.

Was könnte man sich von den deutschen Bürgerhaushalten abschauen? Die Art und Weise, wie Sie die Leute dazu bringen, sich am finanziellen Gleichgewicht zu beteiligen, könnte sich auch für Spanien als sehr interessant erweisen.

Frage: Zum Alter: Gibt es eine besondere Art und Weise, auf die vor Allem junge Leute für die Teilnahme an Bürgerhaushalten gewonnen werden?

Dr. Ernesto Ganuza: In einigen spanischen Städten gibt es spezielle kleinere Projekte, die dazu dienen, Kinder unter 14 Jahren für die Teilnahme an Bürgerhaushalten zu gewinnen. Was aber Jugendliche älter als 14 Jahre angeht, so werden hier keine besonderen Mittel angewandt, um sie für uns zu begeistern. Sie vertrauen Politikern nicht und auch den Prozessen nicht. Aber wenn sie einmal doch zu den Bürgerhaushaltsversammlungen gekommen sind, sieht man sie schier elektrisiert ob des dynamischen Prozesses der Bürgerhaushalte.

Kommentar: Nicolas Bach, Institut Nexus



Bürgermeister Hoge schilderte, wie ein Bürgerhaushalt konkret gestaltet sein kann. Dabei wurde deutlich, dass das Verfahren kein unveränderlicher Monolith ist, sondern sich an die äußeren Gegebenheiten anpasst. Das Beispiel zeigte klar, dass es nicht den einen Bürgerhaushalt gibt, sondern eine ganze Bandbreite von Modellen, die sich weiterentwickeln.

Lena Langlet stellte uns eine schöne Initiative vor, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, partizipative Verfahren, damit auch den Bürgerhaushalt, in den Kommunen bekannter zu machen. Hier wird aus einer krisenhaften Situation die Demokratie von unten her reformiert. Den Kommunen wird bei der Durchführung ihrer partizipativen Verfahren Beistand geleistet. Auch hier wurde deutlich, dass auch die

Bürgerhaushalte in Schweden deutlich variieren. Dies betrifft sowohl die Art und Weise ihrer Organisation als auch die Charakteristik des jeweiligen Verfahrens.

Ernesto Ganuza schilderte einen für jedes partizipative Verfahren wichtigen Aspekt: die Mobilisierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Wenn wir von **Partizipation** sprechen, kann man zwischen der Beteiligung von Betroffenen und dem Einbezug breiter Teile der Bevölkerung unterscheiden. Wenn man ein solches Verfahren wie den Bürgerhaushalt durchführt, gilt es zunächst einige Frage zu beantworten: Wen und was wollen wir mit dem Bürgerhaushalt erreichen? Was macht Bürgerbeteiligung aus? Ein wesentlicher Punkt ist die Aktivierung lokalen Wissens, das Fachwissen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger ist in einen Prozess einzubringen, um dann positive Effekte sowohl für die Verwaltung als auch für die Politik zu erreichen. Verschiedene Perspektiven sollen einfließen, vor allem auch nicht professionelle Perspektiven berücksichtigt werden. Denn hier handelt es sich nicht um Fachausschüsse, in denen Expertenwissen verlangt ist. Dies soll auch dem gesamten Prozess und den Ergebnissen eine höhere Legitimität geben, was vor allem für strittige Fragen von besonderem Interesse ist. Die Frage, ob es nicht gerade in einer Krisensituation angemessen ist, Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen, lässt sich deshalb nachdrücklich bejahen.

Die **Mobilisierung** der Teilnehmenden ist für alle Beteiligungsverfahren von entscheidender Bedeutung, weil sie die Ergebnisse eines Prozesses stark beeinflussen kann. Handelt es sich um eine homogene oder heterogene Gruppe? Ein breites Spektrum von Teilnehmerinnen und Teilnehmern lässt ein anderes Ergebnis erwarten als eine spezifische Gruppe. Deshalb stellt sich für alle Beteiligungsverfahren, also auch den Bürgerhaushalt, eine entscheidende Frage: Wie kann ich meine Teilnehmerauswahl so gestalten, dass die Gruppe möglichst heterogen ist? Einige Ansätze wurden hier schon genannt: die spezielle Ansprache bestimmter Gruppen, es wurden Kombinationen von allgemeiner Publikmachung durch Zeitungen, Briefwurfsendungen und stichprobenhaften persönlichen Anschreiben von Personen durch Zufallsauswahl, die meines Erachtens nach die beste

Variante bieten, um eine möglichst breite Beteiligung der Bürgerschaft sicher zu stellen.

Eine der **zentralen Fragen** bei der Organisation eines Bürgerhaushalts ist: Wie schafft man es, eine breite Gruppe einzuladen, um so einen breiten Bevölkerungsteil in den Prozess einzubinden, und wie gelingt es, auch tendenziell passive Gruppen einzubinden? Während des Prozesses stellt sich die Frage, wie wird die Expertise, das lokale Wissen der Bürgerinnen und Bürger dem Prozess zugänglich gemacht? Auch da gibt es viele, verschiedene Varianten, die ebenfalls das Ergebnis eines partizipativen Prozesses maßgeblich beeinflussen können. Was für Informationen erhalten die Bürgerinnen und Bürger? Diese sollten möglichst allgemeinverständlich und neutral sein. Wie findet die Willensbildung statt? Wollen wir mit Kleingruppenarbeit eher deliberativ vorgehen, wollen wir mit Online-Foren einer breiten Masse zeitunabhängig ermöglichen an dem Prozess teilzunehmen, wollen wir mittels Fragebögen jeden einzelnen nach seinen Vorstellungen befragen? Ich ende mit vielen offenen Fragen, die Sie zu weiteren Fragen und Diskussion anregen mögen.

II. Forum II: Repräsentative Demokratie, Föderalismus und politische Bildung

World Café,

Moderation: Ralf Elsässer, CIVIXX



Hier stellten Expertinnen und Experten allen Forumsteilnehmenden zunächst Themen vor, die dann in kleinen Tischgruppen mit regelmäßig wechselnder Zusammensetzung der Teilnehmenden diskutiert wurden. Die jeweiligen Diskussionsergebnisse wurden von den Gruppen aufgegriffen und weitergeführt. Am Ende des Forums stellte jede der Tischgruppen ihre Resultate vor, die der Moderator zusammenfassend notierte.

Tisch 1: Ulrike Löhr, Rechtsanwältin: Bürgerhaushalte im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland



Einleitend stelle ich kurz den **Staatsaufbau** der Bundesrepublik Deutschland dar. Wir leben in einem Bundesstaat mit 16 Ländern. Artikel 20 des Grundgesetzes formuliert die Gewaltenteilung: hier sind die Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern geteilt, die Hauptaufgaben obliegen dem Bund. Laut Artikel 83 GG, zur Gesetzesausführung, führen die Länder die Bundesgesetze als eigene Angelegenheiten aus.

Artikel 28 GG bildet die Basis für die verschiedenen Kommunalverfassungen in der Bundesrepublik Deutschland. Diese regeln den Aufbau, die Struktur, die Zuständigkeiten, die Rechte und Pflichten der kommunalen Organe wie Verwaltung, Rat, Bürgermeister usw., sowie die Basis der kommunalen Finanzwirtschaft und die staatliche Aufsicht über die Kommunen.

Zur Stellung der **Bürgermeisterinnen und Bürgermeister**: Die Bürgerinnen und Bürger wählen mehrheitlich die Bürgermeister in einem eigenen Wahlverfahren für die Dauer von sechs Jahren in die Leitung der hauptamtlichen Verwaltung und zugleich in den Vorsitz des Rates. Im Verhältnis zum Rat ist es die Aufgabe der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, dessen Beschlüsse vorzubereiten, unter seiner Kontrolle auszuführen und ihn über alle wichtigen Angelegenheiten zu unterrichten. In der Leitung der Verwaltung ist die Bürgermeisterin oder der

Bürgermeister in vollem Umfang alleinverantwortlich. Zur Verwaltungsleitung gehört auch das Recht, den Haushalt aufzustellen. Der Bürgermeister leitet den von ihm bestellten Entwurf dem Rat zu und die Entscheidung über die Verabschiedung des Haushalts trifft dann der Rat.

Zur Stellung der **Kämmerin und des Kämmerers**: In kreisfreien Städten muss ein Stadtkämmerer bestellt werden. Er entscheidet über überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen. Der Entwurf der Haushaltssatzung mit ihren Anlagen wird vom Kämmerer aufgestellt und dem Bürgermeister zur Bestätigung vorgelegt. In der Beratung des Rates kann der Kämmerer seine abweichende Auffassung vertreten

Über die **Rolle des Rates**: Der Gemeinderat ist das „kollegiale Verwaltungsorgan“ der Gemeinde. Als Verwaltungsorgan ist er sowohl rechtsetzend als auch exekutiv, d. h. gestaltend, entscheidend und ausführend für die Gemeinde tätig. Der Rat ist für alle Angelegenheiten der Gemeinde zuständig. Die Ausführung der Entscheidungen ist die Aufgabe der hauptamtlichen Verwaltung. Der Entwurf der Haushaltssatzung ist vom Rat in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen.

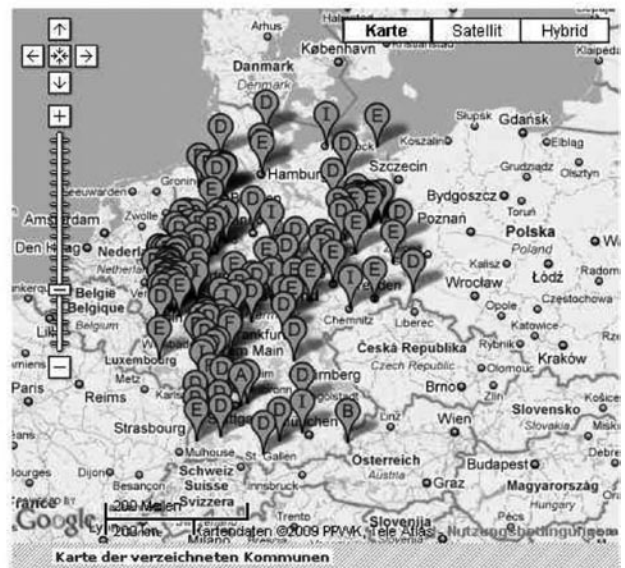
Hinsichtlich des Budgetrechts liegt das Letztentscheidungsrecht über den Haushaltsplan beim Rat und kann diesem auch nicht genommen werden.

Zur Stärkung der **Legitimität der politischen Entscheidungen** ist z.B. im Bundesland Nordrhein-Westfalen gem. § 80 Abs. 3 der Gemeindeordnung eine formelle Beteiligung der Bürger vorgesehen: Nach Zuleitung des Entwurfs der Haushaltssatzung an den Rat ist dieser bekannt zu geben und öffentlich auszulegen. Innerhalb von mindestens vierzehn Tagen können Einwohner oder Abgabepflichtige Einwendungen erheben.

Ist in diesem Kontext die repräsentative Demokratie versus der Bürgerbeteiligung, der „Bürgerkommune“, zu sehen? Gerade in Zeiten der kommunalen Finanzkrise kann Bürgerbeteiligung von großer Bedeutung sein.

Zur **Unterstützung bei der Einführung von Bürgerhaushalten** brauchen wir keine gesetzlichen Grundlagen.

Der Gesetzgeber sollte sich auf Mindestregelungen beschränken. Die vorhandenen Rechtsgrundlagen reichen, um einen Bürgerhaushalt einführen zu können. Das Vorgehen sollte den örtlichen Rahmenbedingungen entsprechen. Wichtig ist die Bereitschaft von Rat und Verwaltung, um aus eigener Überzeugung in einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu treten und später Rechenschaft abzulegen.



Die Karte zeigt die deutschen Kommunen, die aktiv in Sachen Bürgerhaushalt, sind: <http://www.buergerhaushalt.org/karte/> (Abgerufen: 5. Januar 2010)

Wichtig für die weitere Förderung von Bürgerhaushaltsverfahren könnten **finanzielle Anreize** wie etwa das Förderprogramm für die Realisierung im Bundesland Thüringen sein. Bedeutend ist auch: Bürgerhaushalte sollten auch durch Kommunen in der Haushaltssicherung oder in der vorläufigen Haushaltswirtschaft realisiert werden können.

Weitere **Beispiele** aus der **Bundes- und Landesförderung von Projekten** sind der „Kommunale Bürgerhaushalt“ der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Bürgerhaushaltsbegleitende Forschungsprojekte und interkommunale Kooperationen und Erfahrungsaustausche.

Tisch 2: Christa Widmaier, Gutachterin: Politische Bildung und Bürgerhaushalt



Politische Bildung soll dazu beitragen, das **demokratische Bewusstsein** in der Bevölkerung zu fördern, die **Bürger zu motivieren** und befähigen, mündig aktiv und kritisch am politischen Leben teilzunehmen. Dadurch werden Kenntnisse, Einblick und Verständnis in gesellschaftliche Zusammenhänge politischer, sozialer, kultureller, ökonomischer und ökologischer Prozesse vermittelt.

Die **Ziele** des Bürgerhaushaltes sind vielfältig: er leistet einen wesentlichen Beitrag zur Bürgerkommune und schafft ein neues, partnerschaftliches Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik. Der Bürgerhaushalt zielt auf gemeinsame Anstrengungen und einen Dialog zur Lösung der Probleme der Kommune. Er entwickelt Entscheidungshilfen für die Politik und ermöglicht gleichzeitig eine Modernisierung der Verwaltung.

Die **Rahmenbedingungen** des Bürgerhaushaltes sollten so gestaltet sein, dass die Kommune als Lebensraum der Bürgerinnen und Bürger ihnen eine direkte Betroffenheit und damit ein Interesse am Bürgerhaushalt bietet. So wird die Bürgerschaft sensibilisiert und mobilisiert. Bei der Mobilisierung werden unterschiedliche Methoden angewendet, die nach unterschiedlichen Charakteristika differenziert werden, so dass beispielsweise Alter, Geschlecht, Herkunft, Bildungsstand, Einkommen etc. miteinbezogen werden.

Faktoren, die den **Prozess** der politischen Bildung **positiv beeinflussen**, sind:

- Partnerschaft zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Verwaltung und Politik
- Dialog auf Augenhöhe
- Nachvollziehbare Entscheidungen
- Transparenz über Haushalt und politische Entscheidungen und Rechenschaft über den Umgang mit den Empfehlungen
- Bürgerhaushalt als Prozess

Die Rollen der verschiedenen Akteure sind klar erkennbar: Die Bürgerinnen und Bürger erarbeiten Vorschläge und setzen gegebenenfalls auch die Prioritäten. Zudem kontrollieren sie die Umsetzung der Vorschläge. Die Politik setzt sich mit den Vorschlägen auseinander, diskutiert mit der Bürgerschaft über die Vorschläge und leistet der Bürgerschaft Rechenschaft über die Umsetzung der Vorschläge. Die Verwaltung stellt als Experten Informationen bereit und organisiert den Prozess des Bürgerhaushalt mit.

Bei erfolgreicher Durchführung des Bürgerhaushalts-Prozesses, nehmen die Bürgerinnen und Bürger eine neue Rolle ein:

- Sie werden durch adäquates Vorgehen von Verwaltung und Politik motiviert, sich kundig zu machen, sich einzumischen, sich zu informieren, Lernprozesse über Stadtentwicklung, Haushaltsplanung, das Funktionieren der Verwaltung können stattfinden.
- Die aktive Teilnahme an Entscheidungen im direkten Lebensumfeld fördert Bewusstsein und Kompetenzen für demokratisches Handeln und politische Partizipation – „Demokratie lernen“. Hier sei beispielhaft auf Schülerinnen und Schüler sowie Jugendliche in deutschen und lateinamerikanischen Städten im Rahmen von Austauschprogrammen verwiesen.
- Das gegenseitige Kennenlernen von Mitgliedern der Verwaltung, Politik und den Bürgerinnen und Bürgern kann dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und bei allen beteiligten Akteuren Grundlagen zum Verständnis über Prozesse politischer Sachverhalte und Meinungsbildung in der Kommune zu legen.

Das **Potential für die politische Bildung** von Bürgerinnen und Bürgern liegt in der Motivation, sich zu informieren und einzumischen. Es finden Lernprozesse statt, die das Verständnis über Stadtentwicklung, Haushaltsplanung und Funktionen der Verwaltung beinhalten. So wird politische Mitwirkung und Teilhabe gelebt und Verständnis über Prozesse politischer Meinungsbildung geschaffen. Zudem werden bei allen Akteuren Vorurteile abgebaut.

Um politische Bildung in diesem Kontext zu fördern und nachhaltig umzusetzen, müssen bestimmte **Rahmenbedingungen** gegeben sein. Eine zentrale Rolle spielen Rechenschaftspflicht und Transparenz von Politik und Verwaltung sowie entsprechende Evaluierungs- und Monitoringprozesse – möglichst unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Politische Bildung verfolgt Empowerment-Strategien mit den Zielen: „Demokratie lernen“, Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten für Individuen und Gruppen sowie Selbstbestimmung und Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu fördern.

So entsteht eine win-win-Situation für Bürgerinnen und Bürger, da mehr Transparenz und Mitsprachemöglichkeiten geschaffen werden. Es werden Lernprozesse, neue Kompetenzen und ein Vertrauenszuwachs geboten. Sie können sich besser mit ihrer Stadt identifizieren und entwickeln mehr Engagement.

Für die Politik geht es um die Versachlichung der Haushaltsdebatte und darum, eine höhere Legitimation zu erreichen. Sie erhält neue Anregungen und neue Bürgerkontakte. Die Identifikation der Bürgerschaft mit ihrer Stadt bietet dazu eine Entscheidungshilfe für die Politik.

Die Verwaltung gewinnt mehr Information und Bürgernähe. Es entwickelt sich gegenseitiges Verständnis und Transparenz sowie mehr Bürgerengagement.

Tisch 3:

Prof. Dr. Jochen Franzke, Universität Potsdam: Herausforderungen der bürgernahen Beteiligung im Bürgerhaushalt



Zusammengefasst lassen sich, aus meiner Sicht, vor allem drei Herausforderungen diskutieren, die mit der Zielsetzung verbunden sind, Bürgerhaushaltsprozesse „bürgernah“ oder „bürgerfreundlich“ zu gestalten.

Erstens zeigt sich die „Bürgernähe“ solcher Verfahren im **Grad der Einbeziehung von bislang nicht organisationsgebundenen Bürgerinnen und Bürgern**. Je dezentraler und näher an den „Nachbarschaften“ (in Berlin würde man „Kieze“ sagen) die Bürgerhaushalte sind, umso eher kann dies gelingen. Die Mitwirkung einer signifikanten Anzahl dieser Bürgerinnen und Bürger ist ein klares Zeichen für eine hohe deliberative Qualität partizipativer Haushalte. Allerdings ist diese Herausforderung nicht so leicht umzusetzen.

Wie müssen die Aktivitäten eines Bürgerhaushaltes – beispielsweise die öffentlichen Veranstaltungen oder der Internetauftritt – ausgestaltet werden, um für die Bürgerschaft „barrierefrei“ zugänglich zu sein? Welche Anreize tragen dazu bei, die bekannten Hemmschwellen der Mitwirkung zu überwinden?

Zweitens gehört die **Einbeziehung der organisierten Bürgerschaft** in den Bürgerhaushalt zu den Herausforderungen dieses Beteiligungsverfahrens. Hier besteht ein bestimmtes Dilemma. Der Bürgerhaushalt ist einerseits auf die Mitwirkung der vielen bestehenden lokalen Vereine und Verbände angewiesen, diese geben dem Verfahren Stabilität, bringen ihr Expertenwissen ein und können vielfach mit den teilnehmenden Kommunalpolitikern und Verwaltungsvertretern auf gleicher Augenhöhe sprechen. Andererseits besteht die

nicht zu unterschätzende Gefahr einer Unterwanderung der Bürgerhaushalte durch gut organisierte Interessengruppen wie Vereine, Feuerwehr, Parteien und andere, die über diesen Weg versuchen, ihre Partikularinteressen durchzusetzen.

Wie kann dieses Dilemma gelöst oder mindestens begrenzt werden? Wie kann der Bürgerhaushalt genutzt werden, um bislang wenig beachtete bestimmte organisierte Interessen stärker einzubeziehen (z. B. Nachbarschaftsvereine, Migrantengruppen)?

Drittens ist es für eine reale und wirksame Beteiligung der Bürger am Bürgerhaushalt nötig, eine **ausreichende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern zu mobilisieren, die bereit und fähig sind, längerfristig an diesem partizipativen Projekt mitzuwirken**. Deren Auswahl ist Aufgabe der beteiligten politischen Akteure. Dabei ist es eine Frage der Attraktivität vor allem der öffentlichen Veranstaltungen, um solche Bürger zu interessieren.

Wie kann diese spezifische Gruppe aktiver Bürger herausgefunden und zusammengeführt werden? Ist eine spezielle Qualifizierung dieser Personen notwendig? Welche Möglichkeiten der Mitwirkung aktiver Bürger im Bürgerhaushaltsverfahren können genutzt werden (z. B. Mitwirkung in Steuerungsgremien des Bürgerhaushaltes, als Multiplikator in bestimmten sozialen bzw. ethnischen Gruppen oder bei Moderation von Veranstaltungen)? Welche Verfahren bieten sich an, um diese spezifische Gruppe aktiver Bürger herauszufinden und zusammenzuführen?

Zusammenfassend lässt sich die These aufstellen, dass der Gefahr von Bürgerhaushalten „ohne Bürgerin und Bürger“ (als PR-Veranstaltung der lokalen Politik und Verwaltung) nur begegnet werden kann, wenn diese bürgernah angelegt sind, eine hohe deliberative Qualität angestrebt wird und diese ein attraktives Forum auch für bislang wenig kommunalpolitisch aktive Bürgerinnen und Bürger bieten. Dazu bedarf es sinnvoller Steuerungsinstitutionen, in denen die politisch Verantwortlichen, die Vertreter der beteiligten Verwaltungseinheiten, die aktiven Bürgerinnen und Bürger und die Vertreter der „Organisierten Interessen“ eingebunden werden.

Tisch 4:

Prof. Dr. He Baogang, Australian National University (China/Australien): Erfahrung mit dem Bürgerhaushalt aus China: Ein Überblick



Eine kurze Geschichte der Bürgerhaushalte: Bürgerhaushalte wurden erstmals 1989 in Porto Alegre (Brasilien) von der Arbeiterpartei durchgeführt. Diese Entwicklung lässt sich in drei Abschnitte einteilen: die Testphase in mehreren Städten (1989 – 1997), die Konsolidierungsphase (1997 – 2000) und seit 2000 die Verbreitung der Bürgerhaushalte auf der ganzen Welt. Schätzungen zufolge wurden bis 2008 in ca. 2000 städtischen Gemeinden auf der ganzen Welt Bürgerhaushalte eingeführt.

Während das brasilianische Modell der Bürgerhaushalte erst in den späten 1990ern den Weg nach **China** fand³, gab es in chinesischen Dörfern bereits zu Beginn der 90er Jahre eine andere Form der Bürgerhaushalte⁴. Diese war jedoch

³ Zhongguo fazhan yanjiu jijin hui (China Development Research Foundation), „Zhongguo fazhan yanjiu jijin hui fu bu xi canyu shi yusuan kaochao baogao (Konzept)“ („Report der China Development Research Foundation zu Bürgerhaushalten in Brasilien“), 2006; Chen Jiagang, „Canyu shi yusuan de lilun yu shijian“ („Theorie and Praxis bei Bürgerhaushalten“), *Jingji shehui tizhi bijiao (Vergleichende wirtschaftliche und soziale Systeme)*, Vol.130, Nr.2 (2007), S. 52-57.

⁴ Cai Binghua and Yuan Shaozhi, „Tuijin cunwu gongkai he minzhu guanli de xin qidian: dui mishan shi guanche luoshi zhongban shiqi hao wenjian de diaocha yu sikao“ („Förderung der Offenheit der Dorfkonten und ein neuer Ansatzpunkt für demokratische Verwaltung: Untersuchung und Analyse der Umsetzung des Dokuments Nr. 17 in der Stadt Mishan“), *Zhongguo minzheng (Zivilverwaltung in China)*, Nr.1 (2005), S. 35-37; Feng Yuxia, „Guanyu cunwu gongkai he minzhu guanli zhidu jianshe de sikao“ („Reflexion der Offenheit der von Dorfkonten und der Aufbau eines demokratischen Verwaltungssystems“), *Dangzheng ganbu luntan (Cadres Tribune)*, Nr. 10 (2007), S. 238-239

nicht unter dem Namen „Bürgerhaushalte“, sondern eher als „die Offenheit der Dorfkonten“ oder als „demokratische Verwaltung von Dorfkonten“ bekannt. Auf Dorfebene sind gegenwärtig Tausende von Bürgerhaushalten zu finden. In größeren Ortschaften und Gemeinden gibt es mehr als ein Dutzend Bürgerhaushaltsprojekte. Auf der Großstadtebene bzw. der nationalen Ebene existieren dagegen nur einige wenige Bürgerhaushalte. Bei einigen dieser Projekte handelt es sich lediglich um Fassadenmalerei, einige haben tatsächlich einen substantiellen Wert, andere wiederum sind eine Mischung aus beidem. Die Zahl der Bürgerhaushaltsprojekte ist im Vergleich zur Anzahl der Dörfer und Gemeinden immer noch sehr gering. Die Bürgerhaushalte stehen in der Tat erst am Anfang ihrer Entwicklung. Es gibt viele Probleme im Zusammenhang mit Bürgerhaushaltsexperimenten. Aber dennoch ist die Richtung der Bürgerhaushalte klar definiert: Es werden immer mehr Bürgerhaushaltsexperimente begonnen.

Definition: In China lassen sich Bürgerhaushalte auf Grundlage dreier **logischer Herangehensweisen** unterschiedlich erklären.

1. Unter einer **administrativen Herangehensweise** eröffnen Bürgerhaushalte den Bürgern die Möglichkeit, ihre Prioritäten und Meinungen darzulegen, und versuchen, die Wahl des Volkes mit den Plänen der Regierung in Einklang zu bringen. Dabei wird die Verteilung der Haushaltsmittel geprüft, die Prioritäten bei den Projekten festgelegt und ein modernes System für öffentliche Finanzen errichtet. Die Prinzipien der Bürgerhaushalte sind Transparenz der Haushaltsplanung und Gleichberechtigung bei der Verteilung öffentlicher Mittel. Sie stellen ebenfalls ein administratives Programm dar, um eine Verwaltungsdemokratie aufzubauen.

2. Unter der **Herangehensweise der politischen Reformen** werden Bürgerhaushalte als ein Instrument zur Einführung einer lokalen Demokratisierung in China betrachtet. Diese Herangehensweise fügt der Definition von Bürgerhaushalten die Eigenschaft eines Mittels zur Mitwirkung nicht nur für gewöhnliche Leute zu, sondern auch für Abgeordnete, die vorher vom Haushaltsprozess ausgeschlossen wurden. Volksabgeordnete werden gemeinhin als Bürger oder als Vertreter der Bürger angesehen. In dem einzigartigen politischen System Chinas sind Abgeordnete jedoch nur macht-

lose Marionetten. In der Tat ist es so, dass eine politische Beteiligung Abgeordneter an diesem Programm beides wäre, vertretbar und zentral, da das Hauptziel der Bürgerhaushalte hier ist, das hiesige Volkskongresssystem zu reformieren. Diesem Verständnis zufolge tragen Projekte dieser Art in China zu Recht die Bezeichnung Bürgerhaushalte.

3. Die dritte Herangehensweise an Bürgerhaushalte ist die, dass diese einen **Prozess darstellen, in dem Bürger und NGOs (Nichtregierungsorganisationen) über die Verwendung eines Budgets entscheiden können**, da die Bevölkerungsbeteiligung einen der wichtigsten Punkte bei Haushaltsentscheidungsprozessen darstellt. Auch wenn diese Definition sehr nah am brasilianischen Verständnis anzusiedeln ist, ist sie nicht die bestimmende Herangehensweise ob der tatsächlich vorherrschenden Politik. Bemerkenswert ist, dass die Rahmenbedingungen sich im Verständnis und dem Prozess der Bürgerhaushalte widerspiegeln. In China, wo eine Demokratisierung auf Regime-Ebene nicht stattfindet, wurden Bürgerhaushalte als Strategie zur lokalen Demokratisierung eingeführt. Chinas Bürgerhaushalte sind deutlich leitungszentrierter als die in Brasilien, wo es der Plan der Arbeiterpartei war, über Bürgerhaushalte Wählerstimmen zu gewinnen.

Anreize und Beweggründe: Im Zusammenhang mit Haushaltsprozessen sind ernstzunehmende Probleme existent. Zu diesen Problemen ist vorwiegend Folgendes zu zählen: Überkonzentration der Budget-Macht auf nur wenige Personen, Mangel an Transparenz, Mitwirkung der „Kleinen Leute“ bei der Prüfung und Überwachung des Haushaltssystems, Vetternwirtschaft, Einfluss von Interessengruppen, Mangel an sozialer Gerechtigkeit, keine uneingeschränkte Berücksichtigung der Bedürfnisse von benachteiligten Gruppen. Die Willkür der Führungskräfte hebt oftmals die Kontrolle durch den Gesetzgeber auf. Der Topf mit dem Sonderhaushalt ist ein Quell der Korruption.

Beim Umgang mit diesen **Problemen** hat die chinesische Regierung Haushaltsreformen durchgeführt, darunter Trennung der Einnahmen und Ausgaben der Sonderhaushaltstöpfe, Zentralisierung der Ausgabenverwaltung und der Regierungskontendienste, Beseitigung mehrfacher dezentraler Konten und Einrichtung eines Kontenweitergabesystems. Darüber hinaus richtete der Nationale

Volkskongress (NVK) 1998 das Haushaltsarbeitskomitee des NVK ein und die regionalen Volkskongresse haben inzwischen versucht, deliberative Reform im Bereich der Haushaltsplanung durchzuführen⁵.

Es werden weitere die Bürger betreffende Reformen benötigt, um sich des allgegenwärtigen Problems annehmen zu können, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung im Staatshaushalt oftmals nicht berücksichtigt werden. Eine empirische Untersuchung von drei verarmten Provinzen ergab, dass die Gelder aus den Haushalten für die Bezahlung regionaler Beamter ausgegeben werden, anstatt für Leistungen an der Bevölkerung verwendet zu werden⁶.

Zusätzlich verstärkt wurde diese **Verlagerung** von staatlichen zu öffentlichen Haushalten hin durch die sich verändernde Landschaft der politischen Ökonomien. In einigen Provinzen oder Gemeinden, wie zum Beispiel Zhejiang, stellen die Steuerzahlungen privater Unternehmen mehr als 70 Prozent des lokalen Haushaltes dar⁷. Folglich stellt sich die Frage, inwieweit diese Gelder für öffentliche Zwecke gebraucht werden. Dies verdeutlicht, wie sehr eine größere Bürgerpartizipation, mehr Transparenz, Konsens und Deliberation von Nöten sind.

Die **Anreize für die Einrichtung von Bürgerhaushalten in China** wären eine Eindämmung der Korruption, eine Verbesserung der Regierungsführung, der Erhalt von Offenheit und Transparenz, die Bereitstellung von Sozialleistungen für Anwohner und die Möglichkeit der Nutzung der Ergebnisse von Bürgerhaushalten, um Widerstand zu brechen.⁸ Wenn man die Transparenz erhöht, schafft man für Regierungsbeamte automatisch einen Schutz gegen Korruptionsvorwürfe. Für den Fall, dass eine Entscheidung schwer zu fällen ist, wird Führungskräften mithilfe der Bürgerhaushalte die Möglichkeit eröffnet, die Verantwortung weiterzugeben und somit späteren Anschuldigungen aus dem Wege zu gehen⁹. Eine Beteiligung der Bürger bietet einen Schutzschild für Beamte, die schwere Entscheidungen bezüglich des Haushaltes zu treffen haben.

Veranstalter der Bürgerhaushalte: Es lassen sich viele Akteure benennen, die die Rolle der Veranstalter übernehmen. **Internationale Förderprogramme** sind von großer Bedeutung. Die Weltbank hat die Verbreitung der Bürgerhaushaltsidee auf der ganzen Welt vorangetrieben, weiterentwickelt und gefördert. Die Ford Foundation stellte die nötigen Mittel für die Forschung und Konferenzen zur Verfügung und übernahm sogar die Kosten während der Testphase der Bürgerhaushalte.

Eine weitere treibende Kraft ist der **bürokratische Pluralismus**. Verschiedene Regierungsorganisationen stehen in Konkurrenz um Ressourcen und Einflussphären. Das chinesische Finanzministerium hat den Versuch unternommen, ein modernes Finanzsystem aufzubauen, in dem Bürgerhaushalte eine kleine Rolle spielen. Der Nationale Volkskongress und die regionalen Volkskongresse konnten ihre Funktionsweise weiterentwickeln und verbessern; Haushaltskomitees wurden eingerichtet, Abgeordnete wurden bei Prüfungen und in Deliberationsprozessen eingesetzt und Haushalte müssen nun veröffentlicht werden.

Bei den meisten Bürgerhaushaltsprojekten handelt es sich um Top-Down-Prozesse mit begrenztem Input von unten nach oben. Darin unterscheiden sich die Bürgerhaushalte von dem Modell in Brasilien. Die Bürgerhaushalte in China werden durchgeführt, ohne dass ein Zweiparteiensystem beachtet werden muss, womit auch etwaiger Wahldruck nicht aufkommen kann. Chinas Einparteiensystem enthält einen internen Wettbewerbsmechanismus, der sich auf die Entwicklung der Bürgerhaushalte auswirkt. Zwar spielt die Kommunistische Partei Chinas, KPCh, eine zentrale Rolle bei der Unterstützung, Genehmigung und Überwachung der Bürgerhaushaltstests, die wichtigen Entscheidungen werden aber oftmals durch die lokalen Parteiorganisationen getroffen.

Auch **chinesische NGOs** haben inzwischen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der bürgerlichen Gesellschaft über ihre Mitarbeit bei den Bürgerhaushalten übernommen¹⁰.

⁵ Dali Yang, *Remarking the Chinese Leviathan*. Stanford: Stanford University Press, 2004, S. 235-248

⁶ Rong Wang, „County Government Budgeting in China: A Case Study“, in *Economics of Education Research (Beida)*, November 2003, Vol. 1, Nr. 1, <http://www.gse.pku.edu.cn/BeidaEER/200301.asp>, aufgerufen am 17. Oktober 2008.

⁷ Interview von Baogang He mit regionalen Beamten in Zeguo und in anderen Gemeinden im März 2005.

⁸ Kevin J.O'Brien und Li Lianjiang, *Rightful Resistance in Rural China*. Cambridge: Cambridge University Press, 2006.

⁹ R. Kent Weaver, „The Politics of Blame Avoidance.“ *Journal of Public Policy*, 1986, 6: 371-398

¹⁰ Yang Ziyun, „Gongmin shehui tuidong canyu shi yusuan gaige“ („Zivilgesellschaft treibt die Reform der Bürgerhaushalte voran“), *Zhongguo Gaige (China-Reform)*, Vol.310, Nr.7 (2009), S.55-57.

Action Aid International China, AAIC, die chinesische Zweigstelle von Action Aid International, konnte bereits einige Bürgerhaushaltsprojekte auf Dorf-Ebene organisieren¹¹. Das China and the World Institute, CWI, hatte bei einem Bürgerhaushaltsversuch in der Gemeinde Xinhe eine beratende Funktion inne. Gelehrte der Deakin University und der Stanford University haben ebenfalls das Bürgerhaushaltsprojekt in Zeguo unterstützt. Die Wirklichkeit sieht jedoch so aus, dass **die Rolle der Zivilgesellschaft in China eingeschränkt ist**. Obwohl einige NGOs sich an Bürgerhaushaltsprojekten beteiligt hatten, bleibt die Zivilgesellschaft losgelöst betrachtet bei der Weiterentwicklung der Bürgerhaushalte in China ineffektiv und untätig.

Die Bürgerhaushaltsmodelle in China **variieren immens** bezüglich der Muster, Institutionen, Prozeduren und Methoden. Eine Einteilung dieser lässt sich nach Thema, Territorium und Mitwirkenden vornehmen.

- Themenbezogene Bürgerhaushalte können im Kern Elemente, wie zum Beispiel Investitionen, Gesundheit, Straßenbau oder Subventionen, enthalten.
- Gebietsbezogene Bürgerhaushalte beschäftigen sich mit unterschiedlichen Verwaltungsebenen, wie Dörfer, Gemeinden oder Städte.
- Bürgerhaushalte, die sich an mitwirkenden Personen orientieren, können sich auf Bürger allgemein, Frauen, Arme, Arbeitslose oder sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen beziehen.

Selbstverständlich sind hierbei Mischformen möglich, und die Haushalte lassen sich darüber hinaus als einnahmengenerierend, ausgabenverteilend oder budgetüberwachend kategorisieren. Während die Bürgerhaushalte in Dörfern alle drei Aspekte enthalten, beschränken sich die Bürgerhaushalte der Gemeinden zumeist auf die ausgabenverteilenden Aspekte.

Bürgerhaushalte beinhalten gewöhnlich folgende **Prozessstufen**: Entscheidung der Verwaltung über die Durchführung eines Bürgerhaushaltes und über das zuge-

hörige Thema, Entscheidung über den Budgetrahmen, Sammeln von Informationen, Einreichung von Vorschlägen und Abstimmungen über die eingereichten Vorschläge, Konsultation von Fachleuten, Bürgerversammlungen und Beratungen, endgültige Regierungsentscheidung, Umsetzung des ausgewählten Vorschlages.

Ein geeignetes Beispiel zum Aufzeigen der mannigfaltigen Muster der Bürgerentscheide ist das **Deliberationsforum** in Zeguo¹². Der Prozess des Deliberationsforums steht für die Meinung der Öffentlichkeit, die sie hätte, wenn sie besser informiert werden würde. Das Deliberationsforum lässt sich als eine sozialwissenschaftliche Studie beschreiben¹³. Es enthält folgende Elemente bzw. Prozeduren:

- Eine wissenschaftliche Zufallsprobe der für einen ganzen Tag für die Deliberation versammelten Gemeinde;
- Betrachtung von 30 (2005) und 35 (2006) Infrastrukturprojekten mit Auswirkung auf die Zukunft der Gemeinde und des Gesamtbudgets für 2008 und 2009;
- Austeilung von sorgsam ausgewähltem Informationsmaterial an die Teilnehmer;
- Es wurden kleine von ausgebildeten Moderatoren geleitete Gruppendiskussionen durchgeführt und die in den Gruppen herausgearbeiteten Fragen in zwei großen Diskussionsrunden mit zwölf verschiedenen Experten vorgebracht;
- Zwei Befragungen vor und nach der Deliberation.

Probleme: Hochwertige Bürgerhaushalte erfordern von den Bürgern, dass sie die Finanzzahlen verstehen und sich ein besonderes Fachwissen aneignen, jedoch fehlt ihnen oftmals das notwendige Finanzwissen. Daher wurde eine Kurzfassung der Informationsmaterialien zur Verfügung gestellt. Das Deliberationsniveau und der Diskussionsrahmen sind miteinander verknüpft. Der Anstieg des Umfangs der Bürgerhaushalte führte jedoch zum Abfall des Deliberationsniveaus. Die Teilnehmer empfanden die Zahlen als zu überwältigend, als dass sie hätten vollständig besprochen werden können. Einen ausgeglichenen Haushalt

¹¹ siehe <http://www.actionaid.org/china/>

¹² Lin Long and Hu Guoqiang, „Guanzhu zhengfu qiandai zi zhuan ti baodao: Yusuan gaige zhi zeguo shiyan“ („Eine Besonderheit der Verantwortung für Regierungshaushalte: Die Haushaltsreform in Zeguo“) *Minzhu yu fazhi (Demokratie und Rechtsordnung)*, No.10 (2008).

¹³ Eine detaillierte Beschreibung zum diesem Fall ist bei Baogang He, *Deliberative Democracy: Theory, Method and Practice*, Beijing: China's Social Science Publishers, 2008, Kapitel 11 und 12 zu finden.

zu erreichen ist eine schwierige Aufgabe, wenn man dem Druck aus der Bevölkerung und den Interessen anderer ausgesetzt ist. Dies ist ein universelles Problem, mit dem alle Bürgerhaushalte zu kämpfen haben: eine Mehrzahl von Methoden und Praktiken im Hinblick auf ausgeglichene Haushalte.

Alle Lokalregierungen haben die behördliche Ermessensbefugnis, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Die Forderung danach engt die Macht des Populismus ein und grenzt die Bevollmächtigung der Bürgerhaushalte ab. Die Entscheidung, diese Testprojekte durchzuführen, wurde von Parteisekretären gefasst; der gesamte Prozess befindet sich unter Kontrolle der Verwaltung. Folglich wurden mit diesen Versuchen die Kräfte der Zivilgesellschaft weder gefördert noch nützlich gemacht und die Rolle des Bürgers eingeschränkt.

Perspektiven und Rückschlüsse: Mithilfe der Bürgerhaushaltsversuche in China konnte Transparenz und Fairness gefördert werden, den Abgeordneten und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, Haushalte zu diskutieren, zu untersuchen und zu überwachen, sowie die Kommunikation zwischen Regierung und Bürgern verbessert werden. In einigen Fällen konnte dank der Bürgerhaushalte der lokale Volkskongress verjüngt und eine eingeschränkte Entwicklung von Verwaltungsreformen in Gang gesetzt werden. Bürgerhaushalte führen jedoch nicht zu substantiellen Veränderungen der Machtstrukturen. Sowohl das System als Ganzes als auch die Natur der Haushaltsprozesse blieben die gleichen, und in den meisten Fällen handelt es sich bei den Haushalten um staatliche Haushalte und nicht um öffentliche.

Die überwiegende Mehrheit der Bürgerhaushalte findet auf lokaler Ebene, insbesondere in Dörfern, statt. Aber es scheint so, als sei es schwierig, Bürgerhaushalte auf höhere Regierungsebenen auszudehnen. Eine schwierige Frage bleibt bestehen: Wie lassen sich mithilfe der Bürgerhaushalte nationale und globale Fragen in Bezug auf die Erweiterung des Wissensstands der Bürger erörtern?

In den nächsten Jahren werden wir noch mehr Bürgerhaushaltsexperimente und dazu einen ansteigenden Anteil der teilnehmenden Bürger sehen. Eine weitere Verbreitung der Bürgerhaushaltsexperimente wird zurzeit vom Nationalen Volkskongress gutgeheißen. Man kann davon

ausgehen, dass die Regierung in den nächsten zehn Jahren Gesetze und Vorschriften in Bezug auf Bürgerhaushalte erlässt. In der Zukunft wird der Kurs der Bürgerhaushalte sicherlich auf den Verwaltungsbereich ausgerichtet sein.

Auch wenn gegenwärtig auf dem Gebiet der Bürgerhaushalte eine Globalisierung zu beobachten ist, dürfte es für China schwierig genug werden, selbst ein nationales Netzwerk von Bürgerhaushalten einzurichten. Bürgernahe Beteiligungshaushalte können ausschließlich bei nicht-politischen Sachverhalten, wie etwa bei Fragen der Finanzbildung oder der Frauenbeteiligung, problemlos entwickelt und gefördert werden. Für NGOs erweist es sich immer noch als extrem schwierig, Bürgerhaushalte ohne die Unterstützung der Regierung zu organisieren und für diese zu werben. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass bei den chinesischen Bürgerhaushaltsexperimenten die administrative Herangehensweise sich für gewöhnlich gegen die anderen Modelle durchsetzt.

Arbeitsergebnisse der Tischgruppen



An den einzelnen Tischen des Forums wurden Gruppengespräche zu den zuvor präsentierten Themen geführt. Daran anknüpfend wurden beispielsweise auch die Erfahrungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus deutschen Städten wie Bremen-Tenever, Ludwigsburg und Offenbach besprochen. Auch Aspekte von Bürgerhaushaltsprojekten außerhalb Deutschlands, die der beiden polnischen Nichtregierungsorganisationen, Center of Promotion an Development of Civil Initiatives aus Lodz und der association of Leaders of Local Civic Groups aus Warschau sowie des Vertreters einer Hausverwaltungsgesellschaft im kanadischen Toronto wurden beraten.

Die Besetzung der Gruppen wechselte mehrere Male während der Diskussionszeit, dabei notierte der jeweilige Tischmoderator die Ergebnisse der Gruppen und trug diese nach Beendigung der Diskussionszeit im Forum vor. Der Moderator sammelte die Punkte auf einer zentralen Liste, die am zweiten Veranstaltungstag fortgeschrieben wurde.

Im Folgenden werden einige der wesentlichen **Diskussionsergebnisse** der Tischgruppen des ersten Tages zusammengefasst und aufgelistet:

- Es gilt die bereits bestehenden vielfältigen Beteiligungschancen und -möglichkeiten der Bürgerschaft an der kommunalen Politik zu nutzen.
- Die Solidarität der Bürgerkommune soll politisches Leitbild sein.
- Für die politische Bildung ist eine viel stärkere Vernetzung und Koordination der verschiedenen beteiligten Akteure von Bedeutung.

- Gute Beispiele aus anderen Städten und Staaten sind wichtig, um die eigene Bevölkerung vom Konzept des Bürgerhaushalts zu überzeugen.
- Es darf keine Parteienkonkurrenz geben, denn parteiübergreifende Ansätze sind zur Durchführung eines Bürgerhaushalts zweckdienlicher.
- Eine Umsetzungsstrategie mit Maßnahmen, Zeitplan und Finanzierung ist notwendig.
- Das Verfahren sollte Top-down- und Bottom-up-Ansätze miteinander verknüpfen.
- Die Umsetzung der Bürgerhaushaltsprojekte ist zeitnah zu realisieren, um die Beteiligung der Bürgerschaft dauerhaft zu sichern.
- Die kommunale Haushaltskrise – „Haushaltssicherung“ – schließt die Durchführung eines Bürgerhaushalts nicht aus, sondern kann vielmehr die Ressourcen des Bürgerwissens und Engagements produktiv nutzen.
- „Föderalismusreform 3“ – die Finanzen sollten bundesweit so geregelt sein, dass Länder und Kommunen wieder Spielraum haben, dann entwickelt sich auch der Bürgerhaushalt weiter.
- Die Bürgerschaft sollte auch bei den Pflichtaufgaben mehr Einfluss erhalten.
- Eine gründliche Information sowie die umfassende Mobilisation der Bürgerschaft sind elementar für den Erfolg eines Bürgerhaushalts.
- Statt komplexer und abstrakter Fragestellungen sollte ein Bürgerhaushalt auf niedrighschwellige Projekte mit lokalem Bezug fokussieren, um das Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu wecken und dauerhaft zu erhalten.

II. 3. Forum III: Soziale Gerechtigkeit und Gender Budgeting

Workshop,

Moderation: Marlene Grauer und
Florian Rister, teamGLOBAL



Dieses Forum wurde an beiden Tagen in drei Arbeitsschritte unterteilt: Zunächst wurden die Vorträge präsentiert, danach fanden eine Fishbowl-Diskussion und abschließend eine moderierte Diskussionsrunde statt.

Bei der Fishbowl-Methode (auch Innen-/Außenkreis-Methode) diskutiert eine kleine Gruppe von Teilnehmenden des Plenums im Innenkreis (im „Goldfisch-Glas“) exemplarisch die Thematik, während die übrigen Teilnehmenden in einem Außenkreis die Diskussion beobachten. Möchte ein Teilnehmender aus dem Außenkreis zur Diskussion beitragen, kann er mit einem Mitglied des Innenkreises die Plätze tauschen.

Der erste Vortrag führte die Teilnehmenden in das Konzept des Gender Budgeting ein. Dabei wurden die Termini Gender und Gender Mainstreaming eingehend erläutert, um einen einheitlichen Wissensstand zu ermöglichen. Der darauf folgende Vortrag illustrierte die Praxis des Gender Budgeting im Bürgerhaushalt der argentinischen Kommune Rosario.

Manfred Köhnen, Gleichstellung bewegen: Grundlegendes zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting



Gender Mainstreaming und Gender Budgeting – Einführung

Der Begriff ‚Gender‘ bezeichnet heute das soziale Geschlecht. Er kommt von dem lateinischen Begriff ‚genus‘, der vielfach auch für die Bezeichnung des grammatischen Geschlechts verwendet wird. Seine Bedeutung beinhaltet die kulturell festgelegten Geschlechterrollen in Abgrenzung zum biologischen Geschlecht. Diese kulturelle und soziale Festlegung von Geschlecht bedeutet keineswegs, dass diese Bedeutungen „einfach“ gewählt werden könnten. Auf der Ebene der einzelnen Personen sind Vorstellungen von Geschlecht sehr wichtig für unsere Identität, weil sich die meisten Menschen als Frauen oder Männer definieren. Dieser Umstand hat in vielen Bereichen des Alltags unbewusst Einfluss auf den sozialen Umgang miteinander. Dabei ist es meist hilfreich, dass die Vorannahmen über das Geschlecht nicht in jeder Interaktion neu verhandelt werden müssen: Sie sind in der Regel ungewusstes Wissen. Dieses Wissen zu hinterfragen ist unbequem und für manche auch psychologisch heikel. Widerstand gegen Gender Mainstreaming und Gender Budgeting resultiert oft aus dieser psychologischen Konstellation.

Auf der gesellschaftlichen Ebene ist dieses soziale Wissen über Geschlecht, ist Gender tief in unsere Kultur und in unseren Institutionen verankert.

Gender ist immer schon im Mainstream. Gender Mainstreaming bedeutet, diesen Umstand zu überprüfen und

dort neu zu regeln, wo es zu Benachteiligung und zu Ineffizienz kommt. Die verbreitete kulturelle Wahrnehmung von Menschen lässt sich durch drei Punkte charakterisieren: Geschlecht wird dual, polar und hierarchisch gedacht¹⁴.

1. Es sind **duale Geschlechterrollen** festgelegt. Geschlecht wird in unserer Kultur immer nur zweiwertig gedacht: Mann und Frau. Wenn Sie versuchen, allgemein gültige Adjektive für „männlich“ und „weiblich“ zu finden, dann werden sie meist feststellen, dass diese nur für eine bestimmte soziale Schicht, für eine Altersgruppe, für eine bestimmte Kultur zutreffen.
2. Geschlechter werden meist als **gegensätzlich, polar gedacht**. Das bedeutet, dass die Beschreibung des einen Geschlechts in Abgrenzung zum anderen vorgenommen wird, wie z.B. bei den Eigenschaften (stark / schwach).
3. **Und schließlich werden Geschlechter häufig hierarchisiert**. Positionen werden nach Geschlecht verteilt und Geschlecht wird Tätigkeiten (Frauen- / Männerberufe) unbewusst zugeschrieben. Arbeitskulturen und Organisationsstrukturen werden auf diese Weise nachhaltig geprägt.

In der Folge hat das Geschlecht von Individuen einen starken Einfluss auf ihre Lebenslagen, ihre Wahrnehmung und ihre Prioritätensetzungen.

Gender Mainstreaming ist eine Strategie, die zunächst keine konkreten inhaltlichen Zielvorgaben umfasst. Es bedeutet vor allem, dass alle an Entscheidungen beteiligten Akteurinnen und Akteure bei allen Entscheidungen auf sämtlichen Ebenen eine geschlechterbezogene und –differenzierte Sichtweise einnehmen mit dem Ziel, die Gleichstellung der Geschlechter zu befördern. Frauen und Männer sollen dabei nicht Stereotyp, sondern in ihrer Vielfalt berücksichtigt werden. Das Gleichstellungsziel wird systematisch in alle Verfahren und Instrumente integriert. Die Idee dahinter ist, dass Förderpolitik zum Beispiel für Frauen im Erwerbsleben nicht ihre Wirkung entfalten kann, wenn gleichzeitig diskriminierende Mechanismen in Bewerbungsverfahren und anderen Personalentwicklungsverfahren weiter bestehen. Das **Ziel** ist die Gleichstellung beider Geschlechter. Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen erfordert Veränderungen der Lebenssituation für beide Geschlechter. Neu ist, dass Männer bei Gender Mainstreaming Adres-

saten und Akteure von Gleichstellung sind. Geschlechtergerechtigkeit kann nur hergestellt werden, wenn bestehende Ungerechtigkeiten abgebaut werden. Gender Mainstreaming ersetzt daher nicht Frauenpolitik, sondern ergänzt sie und regt oft auch dazu an, geschlechterspezifische Fördermaßnahmen zu entwickeln.

Im Rahmen von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting Prozessen sollten möglichst konkrete Gleichstellungsziele in den einzelnen Fachpolitiken benannt werden. Auf diese Weise dienen sie der Orientierung der Fachverantwortlichen in der Verwaltung und sie werden der politischen Diskussion zugänglich.

Das Verhältnis von **Gender Mainstreaming und Gender Budgeting** definiert der Europarat so: Gender Budgeting ist Gender Mainstreaming in der Finanzpolitik.

Es bedeutet die Überprüfung und Umgestaltung der Finanzpolitik mit dem Ziel der Gleichstellung. Für eine sinnvolle Umsetzung sollten auf der Fachebene Gleichstellungswirkungsanalysen durchgeführt werden, deren Ergebnisse in einer verdichteten Form im System der öffentlichen Haushalte dokumentiert werden sollten. Dies erfordert eine engere Zusammenarbeit von Finanz- und Fachabteilungen bzw. Politiken. Ähnlich der „normalen“ Haushaltspolitik liegen dabei auf Fachebene sehr differenzierte Informationen vor, wie zum Beispiel die Stellenzahl einer Einrichtung, welche Veranstaltungen sie durchführt. Und im Zuge von Gender Budgeting käme hinzu, welche Gleichstellungsziele wie erreicht werden sollen und wie erfolgreich die Einrichtung dabei ist. Auf höheren Hierarchieebenen, wie dem Bundestag können nur stark aggregierte Informationen verwendet werden. Was kostet der Etat der Einrichtung gesamt? Gleiches gilt für die Informationen zur Gleichstellungswirkung.

Für die Gender Budgeting Einführung wird empfohlen, jedes Jahr einen Anteil Haushaltsposten in das Gender Budgeting Verfahren einzugliedern. Auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass nach einer festgelegten Zeit alle Titel überprüft wurden.

Der **Haushaltsprozess** ist in Deutschland untergliedert in **drei Phasen**: die Erstellung des Haushalts, seinen Vollzug und seine Kontrolle. Während der **Erstellung** des Haushalts

¹⁴ Stiegler, Barbara (2004): Geschlechter in Verhältnissen. Denkanstöße für die Arbeit in Gender Mainstreaming Prozessen. Friedrich Ebert Stiftung. Download unter: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/02613.pdf>.

Aggregation von Genderinformationen (nach Färber u.A. 2007)



Je höher die Hierarchieebene, desto mehr müssen die Genderinformationen verdichtet werden¹⁵.

sollte eine erste grobe Klassifizierung (1) der ausgewählten Haushaltsposten nach Gleichstellungsrelevanz erfolgen, um für diese Haushaltsposten dann Gleichstellungsziele und Zielzahlen (2) also Indikatoren festzulegen. Der **Haushaltsvollzug** ist die Phase, in der ggf. notwendige Daten erhoben und die Gleichstellungswirkungsanalysen (3) durchgeführt werden sollten. Die **Haushaltsprüfung**

erfolgt in Deutschland lediglich mit Blick auf die Rechtmäßigkeit und wird vom jeweiligen Rechnungshof ausgeführt. In dieser Phase des Haushalts sollten die Fachabteilungen überprüfen, ob das anvisierte Soll erreicht wurde (Soll/Ist Abgleich (4)). Daraus lassen sich im letzten Schritt die notwendigen Handlungsempfehlungen (5) ableiten, die anschließend umgesetzt werden können.

Eine der Pionier-Institutionen des Gender Budgeting war das Sekretariat des Commonwealth. Deren Mitarbeiterinnen unterscheiden sieben Instrumente des Gender Budgeting, die auf verschiedenen Ebenen der öffentlichen Haushalte mit der Bewertung ansetzen¹⁷.

1. Geschlechtsdisaggregierte Nutzenanalyse
2. Analyse öffentlicher Ausgaben
3. Bewertung politischer Strategien
4. Analyse des Steueraufkommens
5. Analyse des Einflusses des öffentlichen Haushaltes auf Zeitnutzung
6. Ansatz einer mittelfristigen Finanzplanung
7. Geschlechterbewusste Haushaltserklärung

Gender Budgeting im Budgetkreislauf



Budgetkreislauf (Römische Ziffern)¹⁶ mit Gender Budgeting-Schritten (Arabische Ziffern).

¹⁵ Färber u.A. 2007

¹⁶ vgl. Frey/Köhnen 2007

¹⁷ vgl. Dr. Frey nach Budlender / Sharp / Allen 1998 www.gender-budgets.de

Für eine sinnvolle Verbindung von **Gender Budgeting und Bürgerhaushalt**¹⁸ gibt es vor allem zwei Ansatzpunkte:

1. **Die Haushaltsinformationen** sind geschlechterdifferenziert und gleichstellungsorientiert aufzubereiten
2. **Die Beteiligungsverfahren** sind so zu gestalten, dass alle Zielgruppen gleich gut erreicht werden.

Die **Aufbereitung der Haushaltsinformationen** ist wichtig, damit die Bürgerinnen und Bürger sie bei der Diskussion über den Bürgerhaushalt angemessen berücksichtigen können. Bei der Vorbereitung durch die Verwaltung sollten folgende Fragen berücksichtigt werden: Sind die Haushaltsposten so ausgewählt worden, dass gleichstellungsrelevante Themen berührt werden? Wer sind die Zielgruppen? Was sind die Gleichstellungsziele? Wie wirken welche Haushaltsposten / Produkte auf Geschlechterverhältnisse?

Die gendersensible Organisation der **Beteiligungsverfahren** ist wichtig, um sicher zu stellen, dass alle Zielgruppen gleichermaßen erreicht werden. Bürgerbeteiligungsverfahren, die hauptsächlich auf das Internet als Beteiligungsinstrument setzen, erreichen tendenziell gut gebildete Männer mittleren Alters. Währenddessen sind ältere Menschen, Frauen mittleren Alters und bildungsferne Schichten tendenziell unterrepräsentiert. Auch die Werbung für die Beteiligungsverfahren kann durch die Gestaltung Einfluss auf die Beteiligung der verschiedenen Zielgruppen haben. Insgesamt ist es wichtig, die folgenden **Fragestellungen** zu berücksichtigen: Welche Verfahren erreichen welche Zielgruppen? Werden benachteiligte Gruppen angemessen beteiligt? Sind die Ziele des Mitteleinsatzes Gegenstand der Beteiligung? Sind die Informationen über den Haushalt und Gleichstellungswirkungen für alle verständlich?

Als ein **Beispiel** für ein gelungenes Beteiligungsverfahren kann der Projektbeirat „Stadtumbau Ost“ des Berliner Bezirks Lichtenberg gelten. Hier stellte sich die Herausforderung, dass Stadtentwicklung ein sehr komplexes und längerfristiges Thema ist. Die traditionellen Beteiligungsformen in der Stadtentwicklung bestehen aus Fragebögen und Anhörungen mit den Anwohnenden. Der partizipative Gehalt dieser Beteiligungsverfahren ist gering.

Die Bürgerinnen und Bürger, die „mal eben so“ beteiligt werden, haben keine Gelegenheit, sich zu qualifizieren und auf dem Niveau des Sachverstands der Verwaltung zu argumentieren. Daher wurde beim Projektbeirat Stadtumbau Ost das Modell einer längerfristigen, qualifizierten Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung implementiert. Dabei wurden die Bürgerinnen und Bürger durch Weiterbildungen qualifiziert und arbeiteten kontinuierlich an den verschiedenen Projekten mit. Dieser Beirat wurde geschlechtersensibel moderiert und verwendete für seine Arbeit eine Gender-Checkliste. Um Frauen und Männer in ihrer Vielfalt zu erreichen, wurden gezielt verschiedene lokale Gruppen angesprochen wie Jugendlichen-, SeniorInnen-, MigrantInnen- und Behinderteninitiativen. Mittlerweile wurde das Prinzip des Projektbeirats auf die Stadtentwicklung in Lichtenberg insgesamt übertragen.

¹⁸ vgl. Färber, Christine (2009): Geschlechtersensibler Beteiligungshaushalt

Graciela Ciciliani, Stadtverwaltung Rosario (Argentinien): Möglichkeiten und Chancen des Gender Budgeting im Bürgerhaushalt



1996 begann der von der Lokalverwaltung von Rosario (Argentinien) initiierte Dezentralisierungsprozess. Die Stadt ist in sechs Stadtbezirke unterteilt. Der Bürgerhaushalt wurde erstmals 2002 durch eine Gemeindeverordnung durchgeführt. Er stellt eine Verbindung zwischen der direkten Beteiligung der Bürger und der Wahl von Abgeordneten her, ebenso wie die Lokalverwaltung vor ihren Mitbürgern und unter Beachtung der Regierungsverpflichtung verantwortlich ist, die beschlossenen Prioritäten entsprechend fortzuführen und umzusetzen.

Wie wird in Rosario ein Bürgerhaushalt beschlossen? Eine Beschlussfassung besteht aus vier Stufen:

- erste Phase der bezirksbezogenen Versammlungen
- danach Abhalten der Bezirksbürgerratsversammlungen
- eine zweite Phase der Projektauswahl und
- schließlich die Abschlussversammlung

Die **erste Phase** der bezirksbezogenen Versammlungen besteht aus Versammlungen, in denen die Bedürfnisse und Besorgnisse des Stadtbezirks diskutiert und kenntlich gemacht werden. Die Abgeordneten des Bezirksbürgerrates werden gewählt. Im März und April eines jeden Jahres werden ca. 50 Bezirksversammlungen abgehalten. Es werden ungefähr 500 Frauen und Männer durch ihre Mitbürger in die Position der Gemeinderäte gewählt.



Wahl der Bezirksbürgerräte in Rosario.

Wenn die erste Phase abgeschlossen ist, beginnen die **Bezirksbürgerräte**, regelmäßig Versammlungen unter der Koordinierung der Bezirksdirektoren abzuhalten. Was sind die Aufgaben der Bezirksbürgerräte? Ihre Aufgabe besteht darin, dafür zu sorgen, dass die in den bezirksbezogenen Versammlungen besprochenen Bedürfnisse und Besorgnisse sich in Projekten widerspiegeln, sowie die Umsetzbarkeit und die Kosten dieser Projekte mit den kommunalen Stellen abzuklären. Die Räte legen die Liste der Projekte fest, die für die zweite Phase berücksichtigt werden und überprüfen die Umsetzung der im vorangegangenen Jahr ausgewählten Projekte.

Wie sind die Bezirksbürgerräte organisiert? Sie enthalten drei Arbeitskomitees: die sozialen Projekte, die städtebaulichen Projekte und die Bürgerbeteiligungskommission.

In der **zweiten Phase** werden die Projekte an einem einzigen Tag ausgewählt, wobei die Projektauswahl in allen Stadtbezirken gleichzeitig stattfindet. Die Bürger entscheiden, welche der vom Bezirksbürgerrat ausgewählten Projekte priorisiert behandelt werden sollen. Die Projekte mit den meisten Stimmen in den Bezirken – bis zum im Gemeindehaushalt zugewiesenen Gesamtbetrag – werden in das Projekt für Kostenkalkulation und Aufwandsabschätzung der Gemeinde Rosario aufgenommen. Seit 2006 ist bei der Auswahl der Projekte die Abstimmung auf elektronischem Wege Teil der zweiten Phase.

In der **Abschlussversammlung** wird die Leistungsbilanz für das abgelaufene Jahr präsentiert. Sämtliche Projekte und Aufgaben, die im darauf folgenden Jahr umzusetzen sind, werden in einer von den Gemeinderäten abgehaltenen Versammlung vorgestellt.



Geschlechter und Bürgerhaushalte in Rosario, Argentinien

Der Einbezug der Geschlechterperspektive in sämtliche Haushaltsanalysen bedeutet, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse, Vorzüge, Rechte und Pflichten von Männern und Frauen in der Gesellschaft zu berücksichtigen sind. Das politische Engagement der Lokalbehörden von Rosario für die Gleichberechtigung der Geschlechter war bei der Durchführung von Bürgerhaushalten von Anfang an vorhanden. Eine Mindestanzahl von Frauen unter den Gemeinderäten ist in der Allgemeinen Sekretariatsresolution 006/2003 festgelegt: „Die Versammlungsteilnehmer, die zur Wahl der Räte berechtigt sind, können für höchstens drei Kandidaten ihre Stimme abgeben, müssen aber dabei die Verhältnismäßigkeit der Geschlechter zu einem Drittel beachten.“ Seit 2004 führt der Bereich Frauen zusammen mit dem Bürgerhaushaltsteam das so genannte Programm „Bürgerhaushalte und Aktivität der Frauen“ durch.

Das Programm entwickelt **Trainingsmaßnahmen für die Gemeinderäte** zu folgenden Themen: Frauenidentität, soziales Engagement von Frauen, gesellschaftliche Fragen, die Frauen betreffen und Aufbau von Projekten.

In sämtlichen veröffentlichten Informationsmaterialien über Bürgerhaushalte werden eine geschlechtergerechte Sprache und keine stereotypen Darstellungen verwendet.

Die **Zielsetzung** bei den programmbezogenen Tätigkeiten ist:

- Förderung der Beteiligung von Frauen an der Gestaltung von Öffentlichkeitsbereichen.
- Aufzeigen dieser Entwicklung durch das Brechen von Stereotypen
- Analyse der Frauenperspektive in den Bürgerhaushalten, Schulungsmaßnahmen für Frauen mit dem Ziel, dass sie besser die Festsetzungen der Prioritäten und die Zuweisung von kommunalen Ressourcen beeinflussen können.

Daher wurden die Frauen unter den Bürgerhaushaltsräten geschult, um geschlechterspezifische Bedürfnisse in ihren Bezirken ebenso wie geschlechterspezifische öffentliche Richtlinien für Frauen in Führungspositionen bestimmen zu können.

Der zwischen 2005 und 2009 entwickelte Plan der Gemeindeverwaltung für die Umsetzung der Chancengleichheit und die Gleichbehandlung von Männern und Frauen basiert auf der „**Beteiligung von Frauen an der Gestaltung von Öffentlichkeitsbereichen**“. Die im Zusammenhang damit stehenden Aufgaben werden durchgeführt, um die Frauenpräsenz in den verschiedenen Stufen des Prozesses zu unterstützen und zu pflegen sowie die Ansprüche der Frauen und die geschlechterbezogene Perspektive in jedes Projekt einfließen zu lassen. Bis jetzt wurden die folgenden Aufgaben ausgeführt:

- Parität in den Bezirksbürgerräten
- Einrichtung von Spielräumen für Kinder
- Programm „Bürgerhaushalte und Aktivität von Frauen“
- Verwendung einer geschlechtersensiblen Sprache und keiner stereotyper Abbildungen

Um eine gleichberechtigte Eingliederung von Frauen und Männern in den Bezirksbürgerräten zu gewährleisten, müssen die wahlberechtigten Bürger bei den Ratswahlen für eine Frau und einen Mann eine Stimme abgeben.

Um die Anzahl der an der ersten Phase der Bürgerhaushalte teilnehmenden Frauen zu erhöhen, wurden Spielräume eingerichtet, in denen Kinder der bei den Versammlungen anwesenden Frauen vom geschulten Personal beaufsichtigt werden können.

Seit **2006** arbeiten die **Lokalbehörden von Rosario** mit **UNIFEM** auf dem Gebiet des „Gender Responsive Budgets“-Programms (Programm zur geschlechterspezifischen Verteilung von öffentlichen Geldern) zusammen. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Wertschätzung und Stärkung der geschlechterspezifischen Strategien bereits in den Bürgerhaushalten. UNIFEM und die Gemeinde von Rosario haben ein Abkommen über die Bewältigung verschiedener Aufgaben im Rahmen des „**Gender-Sensitive Budgets**“ **Programms** (Programm über Haushaltsentscheidungen mit geschlechterspezifischen Auswirkungen) unterzeichnet:

- 1) Schulung der Fachgruppen der Bürgerhaushalte zu geschlechterspezifischen Themen

- 2) Schulung der Fachgruppen zum Thema des Gender-Sensitive-Budgets.
- 3) Sensibilisierung der männlichen Mitglieder der Fachgruppen für Geschlechterperspektiven und für ein positives Verhalten in Bezug auf die Gleichberechtigung der Geschlechter.
- 4) Reflektion der sozialen und politischen Positionen der weiblichen Räte in öffentlichen Haushalten.
- 5) Stärkung der Geschlechtertransversalität im Bürgerhaushaltsprogramm.
- 6) Stärkung von Artikulations- und Koordinationsfeldern zwischen dem Bereich Frauen und dem Bürgerhaushalt.
- 7) Verstärkung der im PIO 2005-2009 unter „Beteiligung der Frauen an der Gestaltung von Öffentlichkeitsbereichen“ aufgeführten Aktivitäten.

Die **Einwirkung des Bürgerhaushalts** kann jedes Jahr neu spezifiziert werden.

- 2003: Keine geschlechterspezifischen Vorschläge
- 2004: Drei geschlechterspezifische Vorschläge innerhalb der sechs Bezirke Keiner dieser Vorschläge wurde ausgewählt.
- 2005: Vorstellung von sechs geschlechterspezifischen Projekten. Alle sechs Vorschläge wurden ausgewählt.
- 2006: In allen Bezirken wurden geschlechterspezifische Projekte vorgestellt und ausgewählt. Innerhalb der ganzen Stadt wurden 15 Projekte ausgewählt.
- 2007: Wie bereits im letzten Jahr wurden in sämtlichen Bezirken geschlechterspezifische Projekte vorgestellt und ausgewählt. Die Anzahl der Projekte ist vergleichbar mit der Zahl der ausgewählten Projekte anno 2006, aber diesmal wurden den Projekten mehr Gelder zur Verfügung gestellt.
- 2008: Geschlechterspezifische Projekte wurden in jedem Bezirk vorgeschlagen und ausgewählt. Insgesamt wurden 17 Projekte mit einer bemerkenswerten Steigerung der zugewiesenen Gelder ausgewählt.

In Anbetracht der Erfahrungen des Bürgerhaushaltes in Rosario sehen wir uns vor einer offenen Entwicklung. Die Erfahrung dieser Jahre brachte uns dazu, einige Fragen zur Diskussion zu stellen, die mit der geschlechterspezifischen Arbeit Hand in Hand gehen...

- Die Beteiligung von Frauen an Bürgerhaushalten ga-

rantiert nicht automatisch eine Gleichberechtigung der Geschlechter.

- Geschlechterperspektive bedeutet nicht nur, Projekte zu konzipieren, sondern auch eine wesentliche Veränderung der Beziehung zwischen Männern und Frauen des Gemeinderats bei Diskussionen und während der Entscheidungsprozesse.
- Das politische Engagement der Führungskräfte einschließlich fortwährender Gespräche und Schulungen ist unbedingt notwendig und sollte sich in der Bereitstellung innovativer Instrumente äußern, damit Frauen in der Lage sind, eine Gleichberechtigung der Geschlechter zu erreichen.

Unsere Schlussfolgerung ist somit die, dass: Wenn wir unser Engagement in Bürgerhaushalte verstärken, stärken wir gleichzeitig unsere Demokratie!

Fishbowl-Diskussionsrunde

Zunächst gab es für alle Beteiligten die Möglichkeit zum Austausch über ihre eigenen Projekte und zu weiteren Fragen an die Referierenden. Im Diskussionsverlauf versuchten die Teilnehmenden zu klären, wie Gender Budgeting in den deutschen und auch europäischen Bürgerhaushalten integriert werden kann. Die dabei gesammelten Impulse wurden von dem Moderatorenteam an einer Pinnwand zusammengetragen und geclustert. Im zweiten Schritt wurde die Fishbowl-Runde aufgelöst und in einer einfachen Diskussion wurden die gesammelten Aspekte in detaillierterer Form weiter erörtert. Gleichzeitig wurden Bezeichnungen für die einzelnen Cluster gefunden und Zusammenhänge zwischen den Gruppen verdeutlicht. Diese vier Hauptthemen wurden diskutiert:

Kommunikation

- Notwendigkeit einer gender-gerechten Kommunikation des Bürgerhaushalts an die Bürgerinnen und Bürger, um die Gefahr der einseitigen Beteiligung zu vermeiden und an die örtliche Verwaltung.
- Eine adäquate Kommunikation an die Bürgerschaft kann sichergestellt werden durch: transparente Umsetzungsprozesse, sichtbare Ergebnisse wie die gelungene Implementation von Projekten und Projektbudgets,

die bereits bei der Abstimmung, z. B. im Internet öffentlich gemacht werden.

Verwaltung

- Fortbildungen der Verwaltungsbelegschaft in Gender Mainstreaming und Gender Budgeting
- Aufschlüsselung der einzelnen Haushaltstitel nach Genderkriterien
- Gender-gerechte Gestaltung der Bedarfsanalyse des Haushalts
- Sammlung und Analyse von statistischen Daten – auch – nach Genderkriterien

Internetbeteiligung & Gender Budgeting

- Grad der Anonymisierung bei Internetabstimmungen: Erfahrungen in verschiedenen Bürgerhaushalten zeigen, dass ein hoher Grad an persönlicher Anonymität die Zahl der Teilnehmenden erhöht, aber gleichzeitig die Erhebung von sozial-statistischen Daten die Zahl der Teilnehmenden nicht signifikant senkt

Chancengleichheit & Gender Budgeting

Die Frage, ob das Gender Budgeting auch andere marginalisierte Gruppen mit einbeziehen sollte, konnte nicht abschließend geklärt werden. Am zweiten Forumstag wurde diese Frage weiter diskutiert.

II. 4. Forum IV: Medien, Modernisierung und Evaluation

Podiumsdiskussion,

Moderation: Benno Trütken, forum b



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Forums wurden mit Vorträgen in die zentralen Themen Medien, Modernisierung und Evaluation von Bürgerhaushalten eingeführt. Wie auch in den anderen Foren wurden sowohl deutsche Erfahrungen und Entwicklungen vorgestellt als auch weiterführende Fragestellungen und Lösungen aus anderen Staaten. Dies waren am ersten Tag Berichte von Bürgerhaushalten in Großbritannien und Afrika. Bei den afrikanischen Bürgerhaushalten ging es vor allem um die Aspekte der Modernisierung, Good Governance und Partizipation. Die Vorträge aus Deutschland boten einen Einblick in die Evaluation von Bürgerhaushalten und in die kommunale Praxis des Partizipationsinstrumentes in Deutschland. Nach den Impulsreferaten wurde im Plenum diskutiert, anschließend folgte eine Diskussion mit allen Teilnehmenden des Forums.

Prof. Dr. Helmut Klages, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer: Evaluation von Bürgerhaushalten



Warum soll ein Bürgerhaushalt implementiert werden?

Ein Bürgerhaushalt bietet für die Bürgerinnen und Bürger die Chance zur aktiven Beteiligung an der Gestaltung des gemeinsamen Lebensraums – dies ist **lebendige Demokratie**. Er gibt den kommunalen Entscheidern in Rat und Verwaltung die Möglichkeit, nicht an der Bürgerschaft vorbei, sondern mit ihrem Einvernehmen zu planen und zu entscheiden. Zudem ist der Bürgerhaushalt eine Chance für die kommunalen Entscheider, eine von den Bürgerinnen und Bürgern mitgetragene Haushaltssicherung zu erzielen.

Werden die Chancen bereits ausreichend genutzt?

Überwiegend noch nicht: denn die „Konsultation“ ist in Wirklichkeit oft nur ein „Vorschlagswesen“, das heißt, dass es – ungeachtet positiver Einzelwirkungen – keine Bürgerbeteiligung an Haushaltsplanung und -aufstellung gibt. Die Bürgerhaushalte von Porto Alegre, Christchurch und Freiburg in den Jahren 2009 und 2010 sind Gegenbeispiele hierfür. Oft werden nur besonders aktive Teilgruppen der Bürgerschaft beteiligt und die durch Bürgerbeteiligung beeinflussten Haushaltsanteile liegen teils lediglich im Promille-Bereich. Hinzu kommt eine oft noch mangelnde Verfahrenstransparenz und -verbindlichkeit. Hieraus resultiert, soweit dies einzeln oder insgesamt zutrifft, eine geringe Bedeutung des Bürgerhaushalts sowohl für die Mehrheit der Bürgerschaft als auch für die Entscheider!

Was kann und sollte getan werden?

Bürgerbeteiligung reicht über das „Vorschlagswesen“ hinaus: Die **Beteiligung der Bürgerschaft an der Prioritäten-Entscheidung** zwischen den verschiedenen Aufgabenbereichen, innerhalb der Aufgabenbereiche und zwischen Programmen und Projekten sollte realisiert werden! Auch ist die ausgewogene Beteiligung der gesamten Bevölkerung im Sinne einer allgemeinen Zugänglichkeit, der Gleichheit der Mitwirkungschancen und der Einbeziehung aller Gruppen, also eine **Repräsentativität**, anzustreben! Die Verfahrenstransparenz und Verbindlichkeit muss gesichert sein, denn die **Institutionalisierung** ist wesentlich!

Wie ist dies machbar?

Mein Vorschlag, der bereits von einer großen Stadt aufgegriffen wurde, gestaltet sich so: In einem **ersten Schritt** wird eine Repräsentativbefragung (Bürgerpanel) durchgeführt, dabei geht es um die Abfragung von Zufriedenheiten, von Wichtigkeiten und die Ermittlung der Differenzen. So entsteht eine **Prioritätenliste**. Im zweiten Schritt werden die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger mit den bisherigen Haushaltsansätzen abgeglichen. Daraus werden Folgerungen, die auch Einsparungen beinhalten, für den neuen Haushalt abgeleitet. **Danach** werden Einzelvorschläge der Bürgerinnen und Bürger – gegebenenfalls dezentral, gegebenenfalls mit eigenen Budgets – ermöglicht. **Abschließend** kommt es zur Haushaltsaufstellung.

Ruth Jackson, PB Unit (Großbritannien): Qualitätskriterien des Bürgerhaushaltes in Großbritannien



Werte, Prinzipien und Normen der Bürgerhaushalte

Die ersten Pilotprojekte der Bürgerhaushalte wurden in Großbritannien 2006 gestartet. Sie wurden von Department for Communities & Local Government (Amt für Gemeinden und Kommunalverwaltung) finanziert. Inzwischen existieren mehr als 80 verschiedene Initiativen, denen bis zu 2,4 Millionen Pfund (ca. 2,9 Millionen Euro) zur Verfügung gestellt werden. In Großbritannien gibt es eine Strategie für nationale Politik, in der die Behandlung von Weißbüchern geregelt ist. Wir sprechen hier von **vier Hauptmodellen**, die sich herauskristallisiert haben.

Die **Bürgerhaushalte haben sich in Großbritannien anders entwickelt als im restlichen Europa**; sie sind nicht Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen und werden als Empowermentstrategien betrachtet. Sie sind in hohem Maße durch eine zentralistische Kontrolle gekennzeichnet. Nicht alle Dienstleistungen werden durch die Gemeindeverwaltung bzw. die verschiedenen Zweige der Gemeindeverwaltung überwacht.

Was ist eine PB Unit (Bürgerhaushaltsverband)? Dieses Wohltätigkeitsprojekt wurde durch das Department for Communities and Local Government finanziert, um die Einführung der Bürgerhaushalte in Großbritannien zu fördern. Die PB Unit ist landesweit tätig mit zurzeit laufenden Projekten in Wales, Schottland und Nordirland. Die PB Unit hat in Zusammenarbeit mit Fachleuten die Werte, Prinzipien und Normen der Bürgerhaushalte entwickelt.

Worauf zielen die Werte ab? Es sind drei Schwerpunkte zu nennen: Förderung von Projekten zur Schaffung exzellenter Bürgerhaushaltsverfahren, die einen wirklich langfristigen Nutzen bieten. Die Bürgerhaushalte werden als eine von vielen Empowermentstrategien betrachtet und die Werte ermöglichen ihnen, sich von den anderen Strategien abzuheben. Die Unterstützung der Regierung für die Bürgerhaushalte ist gut, es besteht jedoch die Gefahr, dass die lokalen Behörden diese als eine Pflichtaufgabe ansehen und an den Ergebnissen nicht ernsthaft interessiert sind. Die Werte helfen, die „Good Practise“ zu gewährleisten.

Der **Hintergrund** der Werte ist unterschiedlicher Natur. Die National Reference Group (Gruppe mit Einfluss auf die national-strategische Politik) kam 2007 zu dem Beschluss, dass Wertdefinitionen von Nöten sind. Eine kleine Gruppe von Fachleuten und Experten kam Anfang 2008 zusammen und traf eine Übereinkunft zu den grundlegenden Parametern der Bürgerhaushaltswerte. Die Prinzipien und Normen wurden durch die PB Unit 2008 hinzugefügt, die das erste Dokument diesbezüglich veröffentlicht hatte. Es basierte auf gemeinschaftsentwickelnden Werten.

Die Werte sind die folgenden:

Transparenz: Bürgerhaushaltsprozesse wurden entwickelt, um den Bürgern ein umfassendes und eindeutiges Wissen zu öffentlichen Haushalten in ihrer Umgebung zu liefern, selbst wenn diese Bürger keine direkte Mitsprache bei diesen Haushalten haben.

Zugänglichkeit: Teilnehmer sollen einen guten und ungehinderten Zugang zu Bürgerhaushaltsprozessen haben.

Deliberation: In Bürgerhaushaltsprozessen sollten Bürger unabhängig von persönlichen Ansichten aufgenommen und in tatsächliche Beratungen über Haushaltsentscheidungen einbezogen werden.

Empowerment: Bürgerhaushaltsveranstaltungen befassen sich schwerpunktmäßig damit, die einheimische Bevölkerung zur Entscheidung über Dienstleistungen auf lokaler Ebene und somit zur Mitgestaltung an ihrer Umgebung zu befähigen, indem Bürgern bestimmte Teile von öffentlichen Geldern zur Verfügung gestellt werden.

Lokale Eigenverantwortung: Anwohner sollten soweit möglich in die Festlegung von Haushaltsprioritäten und die Auswahl von Projekten für öffentliche Ausgaben in ihrer Umgebung einbezogen werden.

Beteiligung an Mainstream-Projekten: Mit der Zeit soll-

te die Entwicklung sich dahingehend vollziehen, als dass Anwohner auch in Entscheidungen über große Mainstream-Budgets einbezogen werden.

Unterstützung für die repräsentative Demokratie: Partizipationsmechanismen, wie z. B. die Bürgerhaushalte sollen die repräsentative Demokratie unterstützen und diese nicht untergraben.

Gemeinsame Verantwortung: Bürgerhaushalte sollen auf der Basis gemeinsamer Absichten und Verpflichtungen aller Interessengruppen aufgebaut sein.



Weitere Informationen sind in der Neuerscheinung „Unpacking the values“ („Auspacken der Werte“) zu finden.

Seit dem Beginn der Einführung von Bürgerhaushalten in Großbritannien hat das Bewertungsproblem an Bedeutung gewonnen. Am Anfang hatte die PB Unit für gewöhnlich der Auswertung keinerlei Bedeutung beigemessen und überließ diesen Aspekt den einzelnen Initiativen. In den letzten zwei Jahren begannen wir jedoch zu verstehen, dass durch das exponentielle Wachstum der Bürgerhaushaltszahl und -modelle in Großbritannien eine gesamt-nationale Perspektive bei der Auswertung ebenso benötigt wird wie die regionale.

Entwicklung der PB Unit-Auswertung: Bei der Analyse der verfügbaren Unterlagen aus bereits vorhandenen, von Initiativen durchgeführten Auswertungen kam die PB Unit zum Ergebnis, dass es nicht möglich war, diese miteinander zu vergleichen. Die Qualität, Menge, und Art der Daten unterschieden sich in beträchtlicher Weise, und die meisten Auswertungen waren in Wirklichkeit eine Schilderung der Prozesse mit einigen qualitativen Aussagen darüber, wie erfolgreich bestimmte Aspekte des Prozesses in den Augen der Veranstalter gewesen sind.

Wir waren der Auffassung, dass die Bereitstellung einer **gesamtnationalen Perspektive der Bürgerhaushalte in Großbritannien** und eine **einheitliche Datenhaltung von großer Wichtigkeit waren** und eine gewisse **Führung bei der Selbstevaluierung** von Nöten war. Wenn wir jedoch einfach Instrumente und Führung bereitgestellt hätten, ohne vorher die Ansichten von Fachleuten und von sonstigen Interessengruppen erfragt zu haben, hätten wir riskiert, etwas anzubieten, was keineswegs hilfreich war, daher nicht gebraucht wurde und nicht verwendet worden wäre.

Angesichts des **freiwilligen Charakters der Bürgerhaushaltsinitiativen in Großbritannien** war die **Bereitstellung von Instrumenten** für sie, die sie selbst als nützlich und hilfreich ansehen würden, der einzige Weg für die PB Unit, die **Initiativen anzuspornen**, eine einheitliche Datenhaltung zu verfolgen. Daraufhin haben wir in Zusammenarbeit mit Beratern der Bradford University und der Confédération Fiscale Européenne (CFE) eine Reihe von Interviews mit unterschiedlichen Interessengruppen aus vier Bürgerhaushaltsgebieten durchgeführt und darüber hinaus Fragebögen mit gleichen Fragen an die Veranstalter von 60 weiteren Initiativen geschickt – und 20 davon vollständig ausgefüllt zurückerhalten. Danach führten wir einen Workshop mit anderen Interessengruppen durch, wie z. B. mit Akademikern, Beratern und Auswertungsexperten, um zu erfahren, wie wir ihrer Meinung nach weiterverfahren sollten. Nachdem wir aus all diesen Quellen die erforderlichen **Informationen erhalten** haben, **entwickelten wir einen Lösungsentwurf für die Selbstevaluierung der Initiativen** und dazu **eine Reihe von Instrumenten**, die an den allgemeinen Prozesszyklus der Bürgerhaushalte angepasst sind. **Gegenwärtig testen wir den Entwurf und die Instrumente** im Rahmen einer Zusammenarbeit mit fünf Initiativen.

Sonstige Evaluierungsforschung: Das Department for Communities and Local Government, die für die Bürgerhaushaltspolitik und die Finanzierung der PB Unit zuständige Regierungsabteilung, hat zwei Projekte über die Evaluierungsforschung, in denen Bürgerhaushalte enthalten sind, in Auftrag gegeben.

Das erste war eine systemische Prüfung von schriftlichen Belegmaterialien für sechs unterschiedliche Empowerment-Instrumente, wovon eines die Bürgerhaushalte waren. Die Prüfung wurde an den Universitäten von De Montford und Southampton durchgeführt, wobei die schriftlichen Belegmaterialien für die Bürgerhaushalte sich hauptsächlich auf Materialien konzentrierten, die nicht aus Großbritannien stammten. Nichtsdestotrotz waren die **Ergebnisse bei den Bürgerhaushalten positiv**, besonders im Vergleich zu den anderen fünf Initiativen. Unter Verwendung der Booleschen Analyse konnten sie sechs mögliche Faktoren ermitteln, die einen Einfluss darauf haben, wie erfolgreich eine Bürgerhaushaltsinitiative gestalterische Veränderungen herbeiführen könnte. Da dazu keine Feldversuche durchgeführt wurden, können wir nicht sicher sagen, dass diese Ergebnisse bestätigt sind, obwohl wir aufgrund von Anhaltspunkten davon ausgehen, dass sie vermutlich richtig sind. An beiden Universitäten, sowohl in De Montford als auch in Southampton, werden Bürgerhaushalte weiterhin erforscht.

Das zweite ist eine nationale Evaluierung von Bürgerhaushalten in England. Die Evaluierung konzentriert sich auf 34 von der Regierung als Pilotprojekte festgelegte Gebiete und nicht auf alle Initiativen in Großbritannien. Aus diesen 34 Gebieten wurden acht Fallstudien für weitere detaillierte Analysen ausgewählt. Die Evaluierung wurde von SQW consulting¹⁹ durchgeführt. Die Instruktionen von Communities and Local Government (CLG)²⁰ fokussierten sich auf die Kosten-Nutzen-Analyse, insbesondere aus finanziellen Gesichtspunkten. Die Evaluierung wird gegenwärtig durchgeführt und SQW hat vor kurzem die Entwicklung einer Aufstellung von Ausgangsbedingungen für Informationen beendet, mit denen eingehende Daten verglichen werden sollen. Auch hier sind die ersten Forschungsergebnisse nur Anhaltspunkten gleichzusetzen, wiewohl wir uns mit der Begründung für eine rigide Kosten-Nutzen-Analyse beschäftigen, insbesondere in solch einem frühen Entwicklungsstadium der Bürgerhaushalte in Großbritannien.

¹⁹ <http://www.sqw.co.uk/>

²⁰ <http://www.communities.gov.uk/corporate/>

**Michaela Maurer, KGSt:
Verwaltung und Einführung von
Bürgerhaushalten
Beteiligung der Bürger an der Erstellung des
kommunalen Haushalts – Utopie?**



Beispiele nicht nur in Deutschland zeigen, das es eine sinnvolle und konstruktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Erstellung eines kommunalen Haushaltes gibt. Die **Art der Beteiligung und die Durchführung** des Beteiligungsprozesses sind von **Kommune zu Kommune unterschiedlich**.

Das **Ziel**, einen von der Bürgerschaft aktiv mitgestalteten und damit auch in seinen Konsequenzen akzeptierten Haushalt von den politischen Gremien verabschieden zu lassen, **ist bei allen Kommunen gleich**.

Die **Realisierung** einer zukunftsfähigen Entwicklung hängt entscheidend von der **Mobilisierung und Beteiligung** einer Vielzahl gesellschaftlicher Akteure ab. Gleichzeitig werden in deutschen Städten und Gemeinden die finanziellen Spielräume immer enger. Bei der Haushaltsplanung sind oft schmerzliche Einschnitte notwendig, die der Bevölkerung schwer zu vermitteln sind. Für die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen bedeutet dies, dass gewohnte Angebote eingeschränkt, gestrichen, Gebühren erhoben oder erhöht werden: Angesichts der prekären Haushaltslage können Kriterien zur Prioritätensetzung nicht mehr unter Ausschluss der Öffentlichkeit entwickelt werden. Wenn Bürgerinnen und Bürger ausgeschlossen werden, dürfte ihre Bereitschaft, Belastungen zu verstehen und zu akzeptieren, eher gering sein. Nicht nur aus diesen Gründen ist es an der Zeit alle Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungsprozessen,

was mit ihren Steuergeldern passiert und was zukünftiges kommunales Haushalten heißt, zu beteiligen.

Die **Aufgabe** einer nachhaltigen politischen Bildung ist es vor allem hier die Jugendlichen abzuholen und in die Entscheidungsprozesse zu integrieren. Wie knappe Ressourcen in ‚ihrer‘ Kommune verwendet werden sollen, müssen sie – die Jugend – mitentscheiden!

Das **Wissen** darüber, wie Beteiligungsprozesse an der Haushaltsaufstellung effektiv und möglichst gewinnbringend zu gestalten sind, ist **noch bruchstückhaft**. Bislang gibt es keine Verfahrenskennzahlen und Kriterien anhand derer Verfahren systematisch – unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Rahmenbedingungen der Kommunen – geplant und durchgeführt und im Hinblick auf Aufwand und Nutzen evaluiert werden können. Hinzu kommt der Umstand, dass unter den kommunalen Entscheidungsträgern neue Ansätze wie der Bürgerhaushalt bislang nicht oder zu wenig bekannt sind, beziehungsweise teilweise mit Ängsten, falschen Vorstellungen und Erwartungen behaftet sind, was dazu führen kann, dass die Potenziale solcher Beteiligungsverfahren nicht ausgeschöpft werden (können). Zudem ist der Haushalt für den Bürger schwer verständlich.

Andererseits hat der **Bürgerhaushalt viele kommunale Anknüpfungspunkte**. Er lässt sich nahtlos mit der Reform der Kommunalverwaltung seit Beginn der 1990er Jahre und den vielfältigen Ansätzen zur Bürgerbeteiligung verknüpfen. Die Entwicklung der Kommunalverwaltung von der „Ordnungskommune“ über die „Dienstleistungskommune“ zur „Bürgerkommune“ ist geprägt von einer Steigerung von Effektivität, Bürgerorientierung und -nähe, sowie Effizienz und Wirtschaftlichkeit der öffentlichen Verwaltung. Diese Merkmale bieten vielfältige Ansatzpunkte für die Umsetzung eines Bürgerhaushalts.

Die **Erfahrungen** vieler Kommunen zeigen, dass Bürgerhaushalte umsetzbar und finanzierbar sind. Wesentliche **Erfolgsfaktoren und Herausforderungen** sind die Darstellung der Chancen und Grenzen der Mitwirkungsmöglichkeit. Eine der größten Unstimmigkeiten im Zusammenhang mit einem Bürgerhaushalt besteht darin, dass Bürgerinnen und Bürger und Vertreter der Politik die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerschaft falsch verstehen. Das haushaltspolitische Entscheidungsrecht des

Gemeinde- bzw. Stadtrates bleibt unangetastet. Es geht darum, einen Dialog zu initiieren und das Wissen und die Ressourcen der Bürgerschaft in die Gestaltung der kommunalen Gegenwart und Zukunft einzubeziehen.

Die **Auswahl der sinnvollen Verfahren und Methoden** ist wesentlich, denn eine Kommune mit 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern benötigt andere Methoden der Beteiligung als eine Kommune mit 100.000 oder mehr Menschen. **Es gibt nicht das Verfahren!** Die Ziele und Struktur der Kommune sind bei der Auswahl der geeigneten Methoden in die Überlegungen mit einzubeziehen. Es muss vermieden werden, dass die Erwartungen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger in eine falsche Richtung laufen und es keine „verwertbaren“ Anregungen von Seiten der Bürgerschaft gibt, der gesamte Prozess in ein unrealisierbares Wunschkonzert ausartet oder nur „die üblichen Verdächtigen“ aktiv sind und Lobbygruppen das Geschehen dominieren.

Eine **vielfältige Beteiligung** der Einwohnerinnen und Einwohner ist zwar wünschenswert, doch die bisherige Beteiligung der „allgemeinen“ Bürgerschaft an der kommunalen Haushaltsaufstellung ist marginal. Vor allem Bürgerinnen und Bürger, die nicht in einer bestimmten Struktur oder Lobbygruppe organisiert sind, werden häufig wenig bis gar nicht aktiv angesprochen oder einbezogen. Das Ziel eines Bürgerhaushaltes ist es, den Kreis der Beteiligten deutlich zu erweitern und potenziell jeder Bürgerin, jedem Bürger die Möglichkeit zu bieten, sich einzubringen und die Situation mitzugestalten.

Trotz des hohen Aufwands, die Bürgerhaushalte erfordern, können sie **Erfolgsstrategien für einen sachgerechteren Haushalt** sein, die Akzeptanz von schwierigen Haushaltsentscheidungen erhöhen und insgesamt die **Glaubwürdigkeit der Demokratie** stärken. Die Bürgerinnen und Bürger finden zu dem ‚Wir-Gefühl‘ – unsere Stadt, unser Dorf – zurück, die frühe Integration der Jugendlichen führt zu einer Bindung an Kommune und Gesellschaft. Es lohnt sich!

Prof. Dr. Norbert Kersting: Stellenbosch University (Südafrika): Bürgerhaushalte und direkte Demokratie



Das neue Instrument garantiert stets ein Teamwork, das unterschiedliche Betrachtungsweisen bietet und somit bessere Ergebnisse im Vergleich zu individueller Arbeit oder einem Engagement von Fachleuten ermöglicht. Das Grundprinzip lautet „Steigerung der Vielfalt durch Einbeziehung“. In diesem **Zusammenhang spielt die Auswahl der Teilnehmer eine entscheidende Rolle**. Sollten nur die unmittelbar Betroffenen in die Arbeit einbezogen werden oder auch noch weitere gesellschaftliche Gruppen? Sollten Fachleute zu Rate gezogen werden oder kann ein Laie die Aspekte seines täglichen Lebens einbeziehen? In diesem Zusammenhang scheint eine Rückbesinnung auf die Grundidee der Regierungsführung mit der Einbeziehung von verschiedenen organisierten und unorganisierten Mitwirkenden sowie von Politikern und der Verwaltung wichtig zu sein²¹.

Die neuen politischen Beteiligungsinstrumente basieren auf einer kollektiven Intelligenz. Sie sind auf eine vollständige Einbeziehung ausgerichtet und versuchen, Kommunikationsbarrieren abzubauen. Gleichzeitig orientieren sie sich unter anderem an der Theorie des kommunikativen Handelns (Habermas-Theorie) und folglich an die Theorie der deliberativen Demokratie. Wissen wird als „wertvolle Information“ wahrgenommen. Bezugslose Aktivitäten einzelner Gruppen werden als äußerst proble-

²¹ Kersting, N. et al 2009: Local governance reform in global perspective. Wiesbaden: VS Verlag. Reihe: Urban and Regional Research International (URI).

matisch angesehen. Dank des Abbaus von Hierarchien, der Akzeptanz von Argumenten, des gegenseitigen Respekts und einer Konsensorientierung werden im Diskurs optimale Ergebnisse erzielt. Das zentrale Kriterium für den Erfolg findet sich insbesondere in der Veränderung des Blickwinkels, genannt **„Cross Pollinating“** (gegenseitiger Wissensaustausch). Über das Zusammenbringen von verschiedenen Wissensarten sollte der Anstieg einer einzigartigen Rationalität erreicht werden. Neben dem Expertenwissen werden die Erfahrung der verschiedenen Interessengruppen sowie das Wissen der betroffenen lokalen Gruppen eingebracht.

Dialogorientierte Verfahren werden kritisiert, dass sie als politische Netzwerke Konfliktentscheidungen ausschließen, die auf dem Einwilligungsprinzip aufgebaut sind. Dementsprechend werden problematische Themen, die ernsthafte negative Veränderungen für bestimmte Gruppen zur Folge hätten, gar nicht erst aufgenommen. Vielmehr wird in Ländern, wie zum Beispiel Deutschland, in denen Bürgerentscheide und Initiativen durchgeführt werden, der Schwerpunkt teilweise auf Privatisierung gelegt, um diesem vorzubeugen²². Neue deliberative Diskursinstrumente werden somit als wenig hilfreich angesehen, wenn starke Konflikte ausgetragen werden. Einerseits wird argumentiert, dass in Konfliktfällen eine unbeabsichtigte Homogenität auftritt, infolge derer einzelne Teilnehmer oder gar ganze Gruppen den Beteiligungsprozess verlassen. Solche Konflikte könnten eine Tabuisierung erfahren und innerhalb der Gruppe nicht mehr diskutiert werden. In solchen Fällen ist darauf zu achten, dass die Verhandlungsgespräche nicht zu abstrakten intellektuellen Argumentationen werden. Für den Beteiligungsprozess bedeutet dies, dass Interessengruppen nicht mehr klar und deutlich vertreten werden, Vereinbarungen können nicht mehr getroffen werden und Ausgleichsmaßnahmen sowie andere Instrumente werden zum Tabu. Daher wird bei reinen Konfliktfällen zwischen zwei unterschiedlichen Interessen gefordert, Meinungsumfragen oder Mehrheitsentscheidungen (über Bürgerentscheide) anzustreben. Andere Strategien der Konfliktvermeidung bestehen in der Verschiebung des Dialogs hin zu abstrakten Themen. Die Diskussion könnte

dann von Akademikern dominiert werden, so dass andere Gruppen nicht länger mitwirken. Gleichwohl zeigt die Praxis der Bürgerhaushalte, dass überaus konfliktreiche Probleme mithilfe von dialogorientierten Instrumenten gelöst werden können.

Oftmals wird kritisiert, dass Bürgerhaushalte zu spät durchgeführt werden und für die entsprechenden Auftraggeber vielmehr die Funktion eines symbolischen Instrumentes erfüllen. Der Moment der politischen Interventionen innerhalb des politischen Zyklus ist daher entscheidend. Dies bedeutet, dass eine sehr frühe Beteiligung innerhalb des Entscheidungsprozesses von großer Wichtigkeit ist. Findet eine Beteiligung vor dem Gesetzgebungsverfahren statt (Kennzeichnung der Probleme, Festlegung der Agenda)? Findet sie während des Gesetzgebungsverfahrens (Formulierung politischer Grundsätze) oder als Feedback für politische Entscheidungen (Auswertungen) statt? Hierbei gehört das richtige Timing der Einbeziehung ebenfalls zu den Evaluierungskriterien. Dies schließt ein pro-aktives Verhalten der Bürger und eine zeitgemäße Einbindung in den prälegislativen politischen Prozess ein, d. h. Diskursinstrumente sollten vor der Legislativphase im politischen Kreislauf stattfinden.

Die politische Partizipation wird kaum eine vollständige Einbindung erreichen. Ferner werden Mitwirkende aus der Politik zum Teil ausgetauscht, auf der Bildfläche erscheinen neue junge Wähler und Bürger. Aus diesem Grund sind politische Partizipationsprozesse oftmals redundant und iterativ. Dies ist besonders problematisch, da die politische Verwaltung oftmals jahrzehntelang mit politisch aktiven Generationen konfrontiert wird. Daher berühren politische Partizipationen nicht immer die Interessen von politischen Parteien, Parlamenten oder Administrationen. Politische Teilnehmer und Organisationen scheinen einen institutionellen Abwehrmechanismus entwickelt zu haben, um die Einflussnahme von Außen zu reduzieren. Vor allem stellen fortwährend institutionalisierte (!) Partizipationswege, wie zum Beispiel von Bürgern initialisierte **Bürgerentscheide**, für traditionelle Politiker eine Art Damoklesschwert dar. Sie haben einen großen Einfluss auf prälegislative Entscheidungsprozesse und führen genau an diesem Punkt Reak-

²² Kersting 2004: Die Zukunft der lokalen Demokratie. Modernisierungs- und Reformmodelle. Frankfurt: Campus.

tionen von Politikern herbei und beugen so vor, dass diese unerwünschte Themen nicht zur Debatte gelangen lassen („non-decisions“).

Die zukünftige Entwicklung wird ein starkes Zusammenwirken von Beratungen, dialogorientierten Debatten und maßgeblichen Bürgerentscheiden hervorbringen. Trotz je nach Möglichkeit starker Präemptiveffekte aus von unteren Ebenen initiierten Bürgerentscheiden kann es durchaus zu Rückschlägen kommen und Politiker können versuchen, Entscheidungen in den Bürgerentscheiden einzubetten. Bürgerentscheide müssen nicht zwangsläufig mit einem intensiven, positiven, dialogorientierten Prozess im Vorfeld von Wahlen in Verbindung stehen. Wenn dieser Dialog nicht stattfindet, stellen Bürgerentscheide häufig den Anfangspunkt späterer konfliktgeladener Debatten dar. In diesem Fall hätte das Wechselspiel von direkter und repräsentativer Demokratie nicht die gewünschte Wirkung. Politiker zögern oftmals nicht, unbequeme Bürgerentscheide abzulehnen, wenn eine entscheidende Menge der Bevölkerung dies unterstützt. Die Rechtmäßigkeit von Bürgerentscheiden ist umstritten. Häufig kritisiert werden die geringe Beteiligung und der unzureichende Diskurs im Vorfeld. Dieser nach dem Bürgerentscheid stattfindende Diskurs birgt in sich ein großes Konfliktpotenzial und könnte mithilfe ausführlicher Gespräche im Vorfeld vermieden werden. Diese „fehlerhafte Abfolge“ könnte in Zukunft vermieden werden, wenn im Vorfeld von Bürgerentscheiden formalisierte dialogorientierte Prozesse, wie zum Beispiel Bürgerhaushalte, implementiert werden können. Dies könnte eine Veränderung der Bürgerentscheide bewirken, zum Beispiel in Form von einer Senkung der Teilnehmerzahl. Zudem könnten diese Entscheidungen, die dem Partizipationsprozess vorausgehen, Probleme der Bürgerentscheide lösen. Daher ist es nicht weiter verwunderlich – wie der Diskurs im Vorfeld von Bürgerentscheiden zeigt – dass es häufig zu einer Änderung der Fragestellung kommt. Der ursprüngliche Referendumstext kann jedoch entsprechend den Vorschriften nicht mehr geändert werden. Eine intensive Diskussion innerhalb der Bürgerhaushaltsprozesse oder vergleichbarer Partizipationsinstrumente könnte zu einer Objektivierung der Fragenformulierung im Vorfeld der

Bürgerentscheide beitragen. Insofern können dialogorientierte Instrumente ein wichtiges Vernunftpotenzial für direkte Demokratie herausbilden²³.

Aufgrund der stark institutionalisierten Natur der Entscheidungsprozesse handelt es sich bei Bürgerentscheiden um ein starkes, legitimes Element für verbindliche Entscheidungen. Zukünftige institutionelle Techniken müssen eine intelligente Mischung von beratenden, diskursiven Dialogelementen und verbindlichen Bürgerentscheiden zum Ziel haben. In der Gesamtheit könnten diese themenorientierten Instrumente direkter Demokratie zu einem wichtigen zusätzlichen Element der repräsentativen Demokratie und folglich auch einer guten Staatsführung werden²⁴.

Letztlich sorgen die neuen dialogorientierten Verfahren dafür, dass das Vertrauen zwischen den verschiedenen Konfliktparteien gestärkt wird. Die neuen politischen Partizipationsinstrumente sind „Studienorte der Demokratie“. Die Partizipationsinstrumente haben eine Strahlwirkung auf andere politische Institutionen und Organisationen, wie zum Beispiel auf Parteien und Parlamente ebenso wie auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Bereiche, zum Beispiel auf die Arbeit, Familie oder die Wohngegend. In diesem Zusammenhang stärken sie den gegenseitigen Respekt, die Empathie und eine demokratische Konsensfindung. Aus diesem Grund leisten diese erprobten dialogorientierten Partizipationsinstrumente ihren Beitrag zur weiteren Demokratisierung und zur Umwandlung und Erneuerung der Demokratie.

²³ Kersting et al 2008 Kersting, N. 2008 Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften (Hrsg.) Lehrbuch mit Beiträgen von Philippe Schmitter, James Fishkin, Harrison Owen u.a.

²⁴ Kersting, N. et al 2009

Diskussion mit dem Podium

Im Anschluss an die Vorträge richteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Plenum Fragen an die Referentinnen und Referenten. Die lebhafte Diskussion wird zusammengefasst dargestellt, Einzelaspekte können hier nicht wiedergegeben werden.

Frage: Welche Hürden sind bis jetzt bei den „best practice“-Modellen der Bürgerhaushalte aufgefallen?

Antwort: Jede Kommune wendet den Bürgerhaushalt anders an. Die Entwicklung eines funktionierenden Bürgerhaushaltes, der flächendeckend angewandt wird, braucht Zeit und den Willen von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft, denn alle Akteure sollten ihr Verhalten konstruktiv verändern.

Frage: Wachsen in England lokale Projekte? Wollen die Bürgerinnen und Bürger mehr Bürgerhaushalte?

Ruth Jackson: Ja, es gibt ein immer stärkeres Verlangen nach Dienstleistungen auf lokaler Ebene. Das erste Interesse gilt allerdings nur dem eigenen direkten Lebensumfeld, die



Menschen sind nicht daran interessiert zu kontrollieren, wie das Budget in anderen Bereichen ausgegeben wird. Dies führt ein Problem der Beteiligung in England vor: Es findet eine Selbstselektion statt, deshalb ist der Bürgerhaushalt in England nicht repräsentativ. Eine Verbesserung könnte durch die direkte Ansprache und Befragung der Menschen erreicht werden.

Ein Vergleich mit Deutschland ist schwierig, da die kommunalen Strukturen stark divergieren.

In Südafrika beteiligen sich nur diejenigen an Bürgerhaus-

halten, die Zeit dafür haben. Sie gehören also nicht zu der Gruppe der Minderbemittelten.

Frage: Wo ist **Modernisierung** der Kommunen in der Verwaltung am stärksten erkennbar?

Antwort: Die Stadt **Solingen** bietet ein gutes Beispiel: Die Miteinbeziehung und Mitverantwortlichkeit der Kommune findet hier auf demokratische Weise durch die Methode des Vorschlagswesens und der Befragung von Prioritäten statt. Dadurch konnte man in Zeiten der Krise Sparoptionen finden, ohne die Prioritäten der Bürger zu tangieren. So wurde ihre Lebensqualität am wenigsten beeinträchtigt und die Kommune konnte trotzdem modernisiert werden.

Frage: Wurde das „große Fass“ – die Frage, wie viel Entscheidungsspielraum man den Bürgern lässt – überhaupt geöffnet? Ist es nicht so, dass Bürgerbeteiligung nur in kleinem Rahmen durchgeführt wurde?

Prof. Dr. Helmut Klages: Es gibt hierzu **drei kommunale Vorstöße**, die ich Ihnen für Deutschland nennen kann: In **Nürtingen** wurde eine Alternative zum Bürgerhaushalt angewendet, mit der Einrichtung von themenorientier-



ten Foren und verschiedenen Aufgabenbereichen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung und die Bürgerinnen und Bürger diskutieren auf mittelfristiger Ebene die Leitideen der städtischen Politik. Dies ist eine langfristige Methode.

In **Groß-Umstadt** gibt es eine Bürgerversammlung, die über das „ob“ und „wie“ des Haushalts informiert. Nach einer anschließenden Diskussion werden die Anregungen der Bürgerinnen und Bürger gesammelt, doch hier fand keine Institutionalisierung, Rechenschaft und selektive

Aufnahme der Vorschläge statt. In einer zweiten Phase wurde die Idee ausgebaut: Nun können die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorschläge schriftlich einreichen und bekommen Rückmeldung vom Stadtrat.

In **Freiburg** wurde die Prioritätenbefragung für den Bürgerhaushalt 2009/2010 mit drei Methoden zur Gewährleistung der Repräsentativität durchgeführt: Es fand eine Bürgerbefragung, ein Online-Dialog und ein Bürgerforum statt. Die Zusammenführung der Prioritätsmeldungen ergab eine weitestgehende Übereinstimmung der Ergebnisse: die Senkung der Ausgaben im Kulturbereich. Die Schwachstelle dieses Bürgerhaushaltes ist die fehlende Rückmeldung zu den „Forderungen“ der Bürgerschaft und deren Umsetzung. Übrigens gaben 95 Prozent der Teilnehmenden an, dass die Methode der schriftlichen Befragung die beste sei.

Michaela Maurer: Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am Haushalt ist ein großer Schritt. In der Praxis ist er meistens nur eine Zwischenlösung, denn die Bürgerschaft entscheidet nicht über das volle Haushaltsvolumen.

Frage: Zur Untersuchung der **Evaluationskriterien und Langzeiteffekte:** Gibt es im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger überhaupt die unterstellte Verbesserung des Lebensstandards, die sich auf die Zufriedenheit auswirkt?

Ruth Jackson: Langzeiteffekte sind nicht untersucht worden, aber Kurzeffekte lassen Positives erwarten. In England findet sehr wohl eine subjektive Verbesserung des Lebensstandards statt. Vor allem zeigt sich durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit eine größere Bürgerbeteiligung am Gemeinwesen.

Prof. Dr. Helmut Klages: Ein ständiger Kommunikationsprozess von Befragungen während des Bürgerhaushaltes gibt die Möglichkeit zu evaluieren, in welchen Bereichen die Bürgerinnen und Bürger zufriedener geworden sind und wo neue Bedürfnisse aufkommen. Zwischenevaluationen bezeugen Wirkungen.

Frage: Wie kann sichergestellt werden, dass auch **Menschen, die keine modernen Technologien nutzen**, erreicht werden?

Prof. Dr. Helmut Klages: Das Problem lässt sich **methodisch lösen**. In der Tat ist die Diskrepanz zwischen einer technologisch orientierten Bevölkerung und anderen, nicht technikaffinen Menschen groß. In Köln beteiligte sich je-

der 100. aktiv im Onlineverfahren: dies ist eine zu geringe Quote für ein „Empowerment“. Hier können **direkte Befragungen** dieser nicht internetaffinen Bürgerinnen und Bürger und auch derjenigen, die nicht lesen und schreiben können, Abhilfen schaffen.

Frage: Welche Ansätze sind bisher untersucht worden? Wie erreicht man in Großbritannien die **Minderheiten** der Bevölkerung?

Ruth Jackson: Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass Bürgerhaushalte unter dem Druck stehen, größere Teilnehmerzahlen generieren zu müssen. Es besteht keine Notwendigkeit, Menschen statisch auszuwählen; viel wichtiger ist den Personen einen Zugang zu gewähren, die sich tatsächlich beteiligen wollen, anstatt ihre Anzahl zu beschränken.

Prof. Dr. Norbert Kersting: In England sind die Kommunen anders organisiert, dort gibt es eher Räte und keine Parlamente. Lange Zeit wurde auch in englischen Kommunen nur Verwaltungsarbeit geleistet und Bürgerentscheide fehlten gänzlich.

In Deutschland wird auf einer Minderheitenbeteiligung beharrt, die in Großbritannien nicht gefordert wird. Systemisch betrachtet steht Deutschland auf kommunaler Ebene zwischen England und der Schweiz.

Frage: Worin liegt der **Wert des Bürgerhaushaltes?**

Antwort: Seine Stärke liegt weniger in den greifbaren Dingen, sondern vielmehr darin, dass Bürgerinnen und Bürger so beginnen, sich am **kommunalen Gemeinwesen zu beteiligen**. Zudem entsteht ein Selbstwert für die **Wahlbeteiligung**: Diese verbessert sich mit zunehmender Partizipation. Also profitieren sowohl die **politische Kultur** als auch die Bürgerinnen und Bürger von der Implementierung eines Bürgerhaushaltes.

Frage: Bringt der Bürgerhaushalt eine **Modernisierung der Kultur in der Verwaltung?**

Prof. Dr. Helmut Klages: Die Bürgerinnen und Bürger bringen gute Ideen ein, die tatsächlich zur Verbesserung von Verwaltungswirkung und Modernisierung führen können. Dies setzt allerdings auch Änderungen in der Verwaltung voraus, sowie einen Qualifikationsprozess bei

den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Einige Fragestellungen konnten noch nicht abschließend beantwortet werden:

- Wie erreicht man Empowerment und Modernisierung?
- Wie weit möchte man die Bürgerschaft tatsächlich an Entscheidungen, die den Haushalt betreffen, beteiligen?
- Welches ist die beste Methode, um viele Vorstellungen zu vereinen? Ist dies die Form der Befragung, wie von Prof. Klages beschrieben?

Die Podiums- und Plenumsteilnehmenden fanden abschließend Übereinstimmung darin, dass es **kein einheitliches Verfahren** zur Implementierung eines Bürgerhaushalts gibt. Die Kommunen sollten **in kleinem Umfang** mit der Durchführung eines Bürgerhaushalts beginnen und diesen dann in der Praxis **Schritt für Schritt weiterentwickeln**. Das Forum mündete in der Forderung, dass Bürgerhaushalte sich nicht mit wenigen, marginalen Teilen des Haushalts zufrieden geben sollten, sondern auch **darüber hinausreichende Teile des kommunalen Haushalts mitgestalten** sollten.

Film über Bürgerhaushalte aus dem globalen Süden: Fissel im Senegal – Ein 100% partizipativer und transparenter Haushalt

Übersetzung: Karin Casanova
Regie: Rodrigo Saez y Martín Toulotte,
Jahr: 2007

Der Film zeigt die jüngsten Entwicklungen von partizipativen Haushalten in Afrika. Am Beispiel der senegalesischen Gemeinden Fissel werden spezifische Charakteristika des afrikanischen Bürgerhaushaltes deutlich. In Fissel wurde im Jahr 2003 ein Bürgerhaushalt aufgestellt. Die NRO „innovation environnement développement, IED, Afrique“²⁵ unterstützte das Vorhaben.

Die senegalesische Landgemeinde Fissel im Département M'bour zählt 28 zum Teil weit voneinander entfernte Dörfer mit insgesamt 42'000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Wie jede Landgemeinde hat Fissel einen Gemeinderat, dessen Kompetenzen ähnlich dem eines Bürgermeisters sind. In dieser Region des Senegals gibt es eine rege Tradition bürgerschaftlichen Engagements. Im Jahr 2001 richtete die Zivilgesellschaft gemeinsam mit IED Afrique eine Anfrage für die Einführung eines Bürgerhaushalts an den Gemeinderat.

Der Direktor von IED Afrique meint dazu: „Die Initiierung des Prozesses lief über die zivilgesellschaftlichen Organisationen und nicht über den Gemeinderat. In Vorbereitung eines Bürgerhaushalts war es unser erstes Anliegen, die Bevölkerung über die zukünftige Entwicklung ihrer Gemeinde nachdenken zu lassen.“ Die Initiative RECODEF, Regroupement communautaire pour l'auto-développement de Fissel, bietet für solche Partizipationsverfahren eine Ausbildung für Bürger an. **Sara Diouf, Koordinatorin der Initiative RECODEF**, erklärt das Projekt: „Insgesamt wurden für die Workshops 14 Moderatoren in zwei Themenbereichen – dem Einfluss der Dezentralisierung auf die lokale Entwicklung und der Frage nach der Einbindung der Bevölkerung – ausgebildet.“ Während der Umsetzung wurde ein drittes Thema aktuell: die Einrichtung eines Evaluationssystems. Nach Abschluss des Ausbildungsgangs haben wir die Dörfer besucht, dabei ist die Idee entstanden, einen Bürgerhaushalt einzurichten.“

Die Gemeinderätin Khady Sene führt aus: „Der Bürger-

haushalt entspricht der politischen Überzeugung des Bürgermeisters. Einen Haushalt aufzustellen ist einfach. Der Bevölkerung über den Haushalt Rechenschaft abzulegen ist um einiges schwieriger. Der Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderates kamen überein, den Haushalt zusammen mit der Bevölkerung aufzustellen und diesen zu begründen. Dieser Entschluss war der Ausgangspunkt des Projektes. In einem nächsten Schritt besuchten wir die Bevölkerung in den Dörfern und erklärten, was ein Haushalt ist und welche Projekte in den Dörfern zuletzt umgesetzt worden waren. Wir haben die Bevölkerung nach ihren Bedürfnissen gefragt und sie ermutigt, sich für die Umsetzung ihrer Bedürfnisse zu engagieren.“

Wie wurde diese Arbeit vor Ort organisiert? Zuerst wurde in allen 28 Dörfern ein Dorfforum veranstaltet. Hierzu erklärt **Yacine Diouf, die Vorsitzende der Frauengruppe GPF**, Groupement de Promotion Féminine, das Vorgehen: „Wir haben die Dorfbewohner in Gruppen arbeiten lassen. In jeder Gruppe gab es einen Vorsitzenden und einen Berichtersteller, die im anschließenden Plenum von der Diskussion in der Gruppe berichteten. Interessant war, dass in den verschiedenen Gruppen über sehr ähnliche Themen diskutiert wurde. Das Thema Wasser zum Beispiel wurde sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen und den Jugendlichen diskutiert. Wir haben anschließend die Prioritätenlisten der einzelnen Gruppen überarbeitet. Ähnliche Themen wurden zusammengefasst, andere gestrichen. Diese Prioritätenlisten bilden die Grundlage für das darauf folgende Forum, an dem alle Dorfbewohnerinnen und Bewohner teilnehmen. Dort wird unter der Anleitung eines Moderators diskutiert, bis sich die Dorfbewölkerung einig ist, welches Problem am dringendsten gelöst werden muss. Dieses wird als erste Priorität notiert. Dann geht man zur zweiten Priorität und fährt auf diese Weise fort, bis man die zehn dringendsten Probleme eines Dorfes aufgeschrieben hat. Diese Prioritätenliste wird anschließend in einen Dorf-Aktions-Plan übertragen.“

In jedem Dorfforum werden zwei Vertreter gewählt, die das Dorf im Delegiertenforum vertreten. **Yacine Diouf** erklärt: „Das Vorgehen im Delegiertenforum ist dasselbe wie in den Dorfforen. Man fasst Vorschläge zusammen, schaut wie viele Dörfer die gleichen Prioritäten haben. Bei den anschließenden Diskussionen versuchen die Dorfdelegierten sich gegenseitig von ihren Prioritäten zu überzeugen. Im Laufe der Diskussion wird klar, welches die dringendsten Probleme

²⁵ <http://www.iedafrique.org/>

sind und eine zehn Punkte-Prioritätenliste wird erstellt.“ Nun treffen sich im Gemeindeforum die Dorfdelegierten mit dem Gemeinderat. Sie berichten dem Rat von den Prioritäten und der Rat beurteilt die Umsetzbarkeit der einzelnen Posten entsprechend der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Im Anschluss daran wird ein Ausschuss zur Begleitung der Projektumsetzung gewählt.

Die Gemeinderätin **Khady Sene** erläutert: „Jedes Dorf schickt einen Delegierten oder eine Delegierte in diesen Ausschuss. Zurzeit sind alle Mitglieder des Ausschusses Repräsentanten der Zivilbevölkerung, keiner ist gewählter Politiker. Das ist wichtig, denn die Aufgabe des Ausschusses ist es, die Umsetzung des Aktionsplanes zu überwachen. Wir versuchten die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass man ihr Rechenschaft über den Stand der Umsetzung abzuliefern habe.“ Der Präsident des Gemeinderats, der Bürgermeister, erklärt der Bevölkerung im Detail die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde.

Weshalb funktioniert die Einrichtung eines Bürgerhaushalts ausgerechnet in der Landgemeinde Fissel?

Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung liegt in der **Persönlichkeit und politischen Überzeugung des Bürgermeisters**, der seine Rolle so versteht: „Ich bin gewählt worden und habe deshalb ein Mandat der Bevölkerung. Meine Aufgabe ist es, der Landgemeinde zu dienen. Ich bin kein Chef, sondern ein Diener. Ich habe dazu aufgerufen, die Bevölkerung nach ihren Anliegen und Problemen zu fragen, um gemeinsam mit ihr passende Lösungen zu finden.“

Neben der Überzeugung des Bürgermeisters ist die **Ausbildung von zivilgesellschaftlichen Akteuren** durch IED Afrique von Bedeutung. Der Direktor der NRO erklärt: „Wir sind dabei, ein Programm zur Förderung von Fachwissen aufzubauen. In unserem ersten Ausbildungsgang ging es um den Dezentralisierungsprozess selber. Im Gegensatz zu früheren Projekten wurden aber nicht nur Politiker ausgebildet. Ein entscheidender Fehler früherer Projekte war nämlich, dass die Bevölkerung nicht ausgebildet wurde. Jetzt wurden 14 Moderatoren anhand verschiedener mit der Bevölkerung abgestimmter Kriterien ausgewählt und ausgebildet, um die Dorfforen anzuleiten.“

Wie könnte die Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten wie sie in Fissel geschieht auf andere Regionen übertragen werden? **Bara Gueye, Direktor von IED-Afrique:** „Der Direktor des Amtes für Dezentralisierung

hat oft an den Sitzungen des Bürgerhaushalts von Fissel und von Niagianau teilgenommen. Erst als Helfer, dann zunehmend als Vertreter des Staates. Wir arbeiten zurzeit eng mit dem Amt für Dezentralisierung zusammen, damit der Bürgerhaushalt Teil der Partizipationsförderung wird. Ziel ist es, den Bürgerhaushalt im Gesetz zu verankern.“

Der Bürgerhaushalt ist auch deshalb wichtig, weil so die **Partizipation der Frauen** ermöglicht wird. **Yacine Diouf** erklärt, weshalb das öffentliche Engagement von Frauen in Fissel nicht selbstverständlich ist: „In unserer Tradition soll eine Frau in Anwesenheit von Männern nicht das Wort ergreifen. Sind sie unter sich, sind sie sehr wohl in der Lage, ihre Bedürfnisse ganz klar zu formulieren. Deshalb werden die Arbeitsgruppen nach Geschlechtern getrennt.“

Trotz der Erfolge des Bürgerhaushalts ist man in Fissel weit davon entfernt, alle **Schwierigkeiten** beseitigt zu haben: so beispielsweise die ausbleibenden Steuerzahlungen. Die **Vorsitzende des Haushaltsausschusses** erklärt: „Um die finanzielle Kontinuität zu gewährleisten, sind wir auf die Einnahmen durch die Gemeindesteuer angewiesen. Die Steuereinnahmen sollten fünf Millionen betragen – bis heute haben wir nur 250.000 erhalten.“ Der **Dorfvorsitzende** macht einen **Vorschlag zur Lösung dieses Problems**: „Offensichtlich bereitet die Zahlung der Gemeindesteuer Probleme. Wir müssen die Bevölkerung dazu anhalten, sich bei Zahlungsproblemen entweder an die Gemeinde, an die Präfektur oder einen anderen Akteur zu wenden.“ Leider können mit den finanziellen Mitteln, die der Landgemeinde Fissel zur Verfügung stehen, nicht alle elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung gedeckt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die Gemeinschaft nicht über alle Bereiche bestimmen kann, die sie betrifft und so auf die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren angewiesen ist.

Dazu der **Bürgermeister**: „Wir teilen der Bevölkerung mit, welches unsere Kompetenzbereiche sind und welche nicht, ebenso auch welche Ausgaben nicht durch den Haushalt der Gemeinde gedeckt sind. Wir versprechen der Bevölkerung, dass wir ihre Anliegen auch gegenüber der Regierung vertreten.“

Der Bürgerhaushalt als Gemeinschaftswerk von Bevölkerung und Gemeinderat ist wichtig, denn er leistet einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung und Entwicklung der ländlichen Bevölkerung von Fissel.

Online-Version des Films:

http://www.oidp.net/es/v_mediateca3.php

**Dr. Giovanni Allegretti,
Centro Estudos Sociais (Portugal):
Internationale Kooperationsnetzwerke
zum Bürgerhaushalt. Möglichkeiten der
Kooperation für Kommunen**



Meine Aufgabe besteht heute darin, einen Punkt zu analysieren, der **Optimismus** verbreiten könnte. Dabei handelt es sich um die Arbeit und Ergebnisse von nationalen und internationalen Bürgerhaushaltsnetzwerken. Welche Möglichkeiten

eröffnen sich bei der Arbeit mit diesen Netzwerken? Der Bürgerhaushalt kann ein wichtiges Thema sein, aber es muss nicht unbedingt das einzige sein. Diese von der Nutzung anderer fortschrittlicher Verwaltungsinstrumente zu trennen könnte sich als Fehler erweisen, etwa zu Zeiten von kritischen Situationen, wie der aktuellen Wirtschaftskrise.

In der nachfolgenden Karte sind alle Länder der Welt aufgeführt, wo Beispiele für Bürgerhaushalte zu finden sind (weiße Punkte). Die roten Punkte stehen für Länder, in denen ebenfalls nationale Diskussionsplattformen über Bürgerhaushalte vorhanden sind. Die gelben Punkte markieren Länder, in denen entsprechende Plattformen im Aufbau befinden.

Eine pluralistische Welt unterschiedlicher Bürgerhaushalterfahrungen – wo lassen sich Beispiele für Bürgerhaushalte sowie Räume für Austausch und Dialog zwischen diesen finden ...

MAP of COUNTRIES WITH PB and NATIONAL PLATFORMS (formal/informal – top down/bottom up)



Die zurzeit vorhandenen Netzwerke unterscheiden sich sehr voneinander. Ein spezielles „**Dachnetzwerktreffen**“ findet im März 2010 in Rio de Janeiro während des fünften UN-Weltstädteforums statt und wird definitiv dieses breite Spektrum an ungleichen Erfahrungen zu Tage bringen. In manchen Fällen arbeiten Netzwerke unter einer formalen Struktur. Dies trifft zum Beispiel auf **Schweden** zu, wo der Nationale Verband für Gemeinden und Regionen (SALAR-SKL) innerhalb eines mittelfristigen Projekts zur „Stärkung der Demokratie und des gesellschaftlichen Dialogs“ ein spezielles Netzwerk eingerichtet hat. Ein anderes Netzwerk, das auf einer eher formalen Grundlage basiert, ist das „Rede Brasileira de OP“ in **Brasilien**, das im Oktober 2007 gegründet wurde und heute aus 27 miteinander kooperierenden Gemeinden besteht²⁶.

In **Spanien** unterstützen wir einen zweigleisigen Dialog: Auf der einen Seite befindet sich ein nationales Netzwerk spanischer Städte mit dem Namen „Red Estatal de Presupuestos Participativos de España“, das am 4. Juli 2008 gegründet wurde und Testprojekte mit Bürgerhaushalten durchführt²⁷. Dies ist ein gut organisiertes Netz mit jährlich stattfindenden Treffen, die von verschiedenen Städten im Rotationsprinzip veranstaltet werden. Auf der anderen Seite gibt es darüber hinaus innerhalb des spanischen Gemeindeverbandes eine formal arbeitende Gruppe, die sich mit Bürgerhaushalten beschäftigt. Die zweite Arbeitsgruppe ist jedoch nicht so gut organisiert, weniger produktiv und wird seltener wahrgenommen, obwohl sie vom institutionellen Standpunkt betrachtet ein sehr wichtiges Instrument ist.

In **anderen Ländern** sind Netzwerke vom Willen und den Kapazitäten der für die Gelderverteilung zuständigen Stellen abhängig, wie dies zum Beispiel in **Deutschland** der Fall ist, wo an der Einrichtung eines festen ständigen Netzwerkes gearbeitet wird. Es wird auch deswegen als ein Netzwerk angesehen, weil „Netzwerk“ eine breit gefächerte Bedeutung hat und möglicherweise der Begriff „Netzwerk“ in solchen Fällen einfach formalisiert werden muss.

Die Netzwerke, die sich im Aufbau befinden, machen ihre ersten Schritte oftmals innerhalb einer „Entwicklungspartnerschaft“ mit zum Beispiel NGOs oder Ressourcenquellen. Andere Beispiele lassen sich unter anderem in **Portugal** finden, wo eine Gesellschaft vom Zentrum für Gesellschaftsstudien an der Universität von Coimbra und der NGO In-Loco der Veranstalter von drei jährlich organisierten nationalen Treffen zu portugiesischen Bürgerhaushalten war. In diesem Fall konnte eine sinnvolle Starthilfe durch das EU-finanzierte „EQUAL“-Programm gewährt werden, wodurch das nationale Schulungsprojekt mit dem Namen „Bürgerhaushalte in Portugal: Mehr Beteiligung für eine bessere Demokratie“ seinen Ursprung fand.

Auch der **Senegal** konnte eine wichtige, durch die NGO „Enda TM“ unterstützte Bürgerhaushaltsbewegung ins Leben rufen. In **Kamerun** wurden dank der Arbeit der NGO „ASSOAL“ ein Dutzend Bürgerhaushalte erfolgreich durchgeführt. Damit pflegen sie zwar eine Art „künstlichen“, aber dennoch überaus wichtigen Dialog zwischen den Beispielen und haben die Rolle eines Zeugen der Veränderungen inne. Eine wichtige Institution **Lateinamerikas** ist **CIGU**²⁸, Centro Internacional de Gestion Urbana. Es ist seit einigen Jahren als ein wichtiger Angelpunkt bei der Förderung städtischer Reformen und lokaler verwaltungsspezifischer Innovationen tätig und beschäftigt sich insbesondere mit Partizipationsansätzen. Als die UN die Entscheidung traf, sie zu schließen, beschloss eine Vielzahl von Mitwirkenden, eine NGO zu gründen, die ihre Arbeit fortführen konnte. Seit dieser Zeit spielt die CIGU eine wichtige Rolle bei der Förderung von Bürgerhaushalten als ein Hauptinstrument für Innovationen im Bereich der Lokalpolitik, und dies dank transnationaler Programme auch in Europa und Afrika. Einer der wichtigsten Partner von CIGU war MDP-ESA²⁹, die englischsprachige Zweigstelle eines panafrikanischen Ressourcenzentrums, dessen Arbeit durch mehrere Programme der Weltbank und des UN-HABITATS³⁰ unterstützt wird und die Entstehung einer Art informellen Netzwerks ermöglichte, das in verschiedenen afrikanischen

²⁶ www.pbh.gov.br/redebrasileiraop

²⁷ www.malaga.es / <http://redfal.org>

²⁸ <http://www.cigu.org/cgi-bin/cigu>

²⁹ <http://www.mdpafrica.org.zw/>

³⁰ <http://www.unhabitat.org/>

Gemeinden eine Verbindung zwischen Politikern und Fachleuten herstellen konnte.

Für die **Länder der südlichen Halbkugel** waren einige Austauschprojekte der Europäischen Union von großer Wichtigkeit. Mithilfe der **deutschen und spanischen Kooperation** zum Beispiel ist es der **Dominikanischen Republik** möglich, an umfangreichen Programmen zur Verbreitung von Bürgerhaushalten mitzuarbeiten. **Spanien** hilft darüber hinaus auch dem **senegalesischen** Netzwerk aus 25 Einrichtungen, Bürgerhaushalte zu entwickeln. Eine **Schweizer Kooperation** über das SAHA-Programm³¹ ermöglichte die Errichtung eines ständigen Netzwerkes zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch auf **Madagaskar**. Es steht außer Frage, dass es viele Möglichkeiten des Austausches gibt, es ist jedoch nicht gesagt, dass sie die damit assoziierten Administrationskanäle durchlaufen.

Ein neues zeitgenössisches Phänomen stellen die **transnationalen Netzwerke** dar. Manchmal sind Bürgerhaushalte nicht ihr einziges Aufgabengebiet, sondern bilden nur einen Schwerpunkt. Einige internationale wie nationale Netzwerke stützen sich auf unterschiedliche Akteure der kommunalen Ebene: Somit sind es nicht nur die Bürgermeister und Räte, sondern auch NGOs, Universitäten und soziale Bewegungen, die mit vergleichbaren Akteuren anderer Gebiete zusammenarbeiten.

Es sollte betont werden, dass **unter den transnationalen Netzwerken** mehrere unterschiedliche Typologien zu finden sind. (1) **Netzwerke, deren Entstehung mit fachbezogenen Aspekten zusammenhängt**, und (2) **andere Netzwerke, die eher politisch orientiert sind**. Die Mehrheit der weltweiten Netzwerke konzentriert sich auf den politisch engagierten Bereich und ist durch eine ehrenamtliche Struktur gekennzeichnet.

Die unterschiedlichen Arten der **transnationalen Netzwerke** lassen sich in **formalisierte** und **immer noch informelle** Netzwerke einteilen. Einige davon sind mithilfe von Förderprogrammen entstanden und durch diese unterstützt worden. Es werden auch Überschneidungen zu finden sein, da die auf **politischem Engagement basierenden** Netzwerke gewöhnlich eher exklusiver Natur sind, da sie sich auf eine politische Weltanschauung stützen. Sie

sind hauptsächlich diskurs- und weniger praxisbezogen, dabei aber aufgrund einer eher inneren Geschlossenheit auch langlebig. Gleichzeitig sind die **auf Projekten basierenden Netzwerke** – wie den von der EU oder internationalen Einrichtungen finanzierten Projekten – durch einen eher einschließenden Charakter gekennzeichnet. Sie wählen ihre Mitglieder nicht danach aus, ob diese die gleiche politische Weltanschauung haben, oder nicht. Ihre Arbeitsergebnisse sind manchmal eher praxisbezogen, sie laufen jedoch mit dem Projektende und dem Finanzierungsende aus. Damit tendieren sie dazu, **kurzlebiger** zu sein, als die politisch engagierten Netzwerke. Das in Deutschland durchgeführte Projekt „Städte von morgen“ war eines dieser Art. Es wurde zu Beginn dieses Jahrhunderts beendet, hinterließ aber wahrscheinlich einige bilaterale Beziehungen zwischen den beteiligten Städten.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der kurzen Übersicht ziehen?

Erstens ist es wichtig, eine veränderbare **Geometrie und eine Mischung aus verschiedenen Akteuren** zu haben, die dabei helfen, die Zerbrechlichkeit und Unbeständigkeit der Netzwerke zu senken. Eine Diversität der Akteure sorgt normalerweise für mehr Kraft.

Zweitens müssen wir uns evolutionäre Netzwerke vorstellen, in denen **Bürgerhaushalte als einer der möglichen Bestände vorkommen, mit „einer politischen Seele und einem fachbezogenen Herzen“**. Beide Dimensionen sind wichtig und voneinander untrennbar, aber wenn die Entwicklung der Fachapparatur nicht gefördert wird, dann können keine sonderlich effektiven Ergebnisse erbracht werden. Eine Diskussion über Haushalte zu führen bedeutet eine Auseinandersetzung mit einem Thema, das von höchst fachbezogenen Inhalten gekennzeichnet ist, und gleichzeitig die Beschäftigung mit der „Demokratisierung der Politik“. Netzwerke müssten ein ausgewogenes Interpretieren dieser zwei Dimensionen fördern, damit das Stadtmanagement richtig zur Entfaltung kommen kann ... Und **letztlich** müssen die **Vernetzungsmechanismen nicht zwangsläufig „evolutionsorientiert“ sein**, das heißt, sie könnten zur Verbreitung der Ansicht beitragen, dass die „Mindestanforderungen einer konsulta-

³¹ http://www.deza.admin.ch/de/Home/Laender/Ost_und_Zentralafrika/Madagaskar

tiven Partizipation“ ausreichend sein könnten, um die Erwartungen vieler Einwohner zu erfüllen. Oftmals konnte bei den von der Weltbank oder sonstigen internationalen Einrichtungen insbesondere in Afrika durchgeführten Schulungsprogrammen zum Thema Bürgerhaushalte die Gefahr einer „Verwässerung“ der Idee einer engagierten und radikalen Partizipationshypothese, einer Verbreitung des „Light-Modells“ der Bürgerhaushalte (Sintomer, Herzberg, Allegretti, 2010) und einer Tendenz, diese als die „noble“ Form der Partizipation durchzusetzen, nachgewiesen werden.

Drei kurze Beispiele sollen zeigen, dass diese Netzwerke auch **Raum für die deutschen Gemeinden** bieten:

1. Der erste Fall ist ein fachliches und politisches sowie auf einem geförderten Projekt basierendes Netzwerk; es handelt sich um das **URBAL-Netzwerk für Bürgerhaushalte**³². Die Europäische Union entwickelte URBAL als ein Kooperationsprogramm, einen Ort des Dialogs zwischen europäischen und lateinamerikanischen Städten. Unter den zehn innerhalb der URBAL-Reihe geschaffenen und sich mit unterschiedlichen Themen befassenden Netzwerken war eines, die Nummer neun, speziell für Bürgerhaushalte bestimmt. Es ist 2009 ausgelaufen, aber es ist nicht zum Erliegen gekommen. Das Netzwerk der am URBAL Nr. 9 teilnehmenden Städte half dabei, eine Art „kritische Masse“ zu erstellen, die immer noch in dem neu verkündeten URBAL-Projekt tätig ist, das im letzten Jahr begonnen wurde.

2. Das zweite Beispiel ist **LAF/FAL**, das Kommunalverwaltungsforum für gesellschaftliche Eingliederung³³, ein „Migrationsnetzwerk“ von in Lateinamerika entstandenen Städten. Das LAF/FAL erblickte 2001 in brasilianischen Porto Alegre das Licht der Welt, um als Gastgeber für Kommunalvertreter zu fungieren, die am ersten Weltsozialforum teilgenommen hatten. Inzwischen wurden in unterschiedlichen Ländern sieben internationale und dazu mehrere regionale Versionen organisiert. Sie standen hauptsächlich im Zusammenhang mit europäischen oder ameri-

kanischen Sozialforumsveranstaltungen. Heute ist LAF/FAL ist eine Multitaskingstruktur mit vielen Akteuren, die in der Förderung der Erfahrungen sozialer Eingliederung und partizipativer Demokratie engagiert ist sowie in der Bereitstellung eines Treffpunktes zur Unterstützung des Dialogs zwischen lokalen/provinziellen/regionalen Einrichtungen auf der einen Seite und Organisationen aus der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen auf der anderen.

Das Forum existiert immer noch als ein Ort zur Unterstützung von Bürgerhaushalten, der Schwerpunkt hat sich jedoch verlagert: Bürgerhaushalte sind immer noch wichtig, aber nun im Verhältnis zu anderen Steuerungsinnovationen.

Die **Haupteinschränkungen** von LAF/FAL bestehen in der linksgerichteten Orientierung des „harten Kerns“ seiner Teilnehmer, der als eine „abgeriegelte Familie“ betrachtet werden könnte, die andere – mit einer abweichenden politischen Ansicht – von einer Teilnahme abhalten könnte. Darüber hinaus ist die Zahl der Veranstaltungen, die koordiniert werden müssen, dermaßen hoch, dass in Bezug auf Partizipation Investitionen erforderlich werden. Die dritte Einschränkung ist die Tatsache, dass es sich hier um ein „kopfloses“ und „informelles“ Netzwerk handelt, dessen Natur die Arbeit in Wahlperioden schwächer werden lässt. Andererseits sind zum Beispiel vielen Dokumenten Übersetzungen ins Englische beigelegt, womit ein Dialog mit afrikanischen oder amerikanischen Einrichtungen ermöglicht wird. Warum sollte man nicht von dieser Gelegenheit profitieren?

Die **wichtigsten positiven Aspekte** des FAL/LAF-Netzwerkes sind seine Migration um die Welt und die Bürgerhaushalte als eines seiner Schwerpunktthemen. Es baute Sub-Netzwerke und einen „formalisierten Zweig“ auf, der unter dem Schutz des Weltverbandes United Cities and Local Government (UCLG)³⁴ steht. Es bestehen enge Kontakte zum „Globalen Süden“ zum Zwecke des „Miteinander Lernens“. Das FAL entwickelte gute Richtlinien für Bürgerhaushalte, die in der „Malaga Charta“ und der „Antequera Declaration“ vereint sind. Zurzeit ist es mit dem Aufbau einer weltweiten Plattform für Bürgerhaushalte als einer Art „Dachorganisation“ beschäftigt.

³² http://ec.europa.eu/europeaid/where/latin-america/regional-cooperation/urbal/index_en.htm

³³ <http://esf2008.org/registrations/red-fal-foro-de-autoridades-locales-por-la>

³⁴ <http://www.cities-localgovernments.org/> Es trägt den Namen „Committee on Social Inclusion and Participatory Democracy“ (CISDP – „Komitee für soziale Eingliederung und partizipative Demokratie“) und hat seinen Sitz in Barcelona.

3. Als letztes Beispiel dient das **International Observatory of Participatory Democracy (Internationales Observatorium für Bürgerhaushalte)**³⁵, kurz **OIDP**, das ursprünglich eines der Sub-Projekte des URBAL-Programms gewesen ist. Heute ist es ein unabhängiges Netzwerk von Städten und Forschungseinrichtungen mit dem Sitz in Barcelona, von dessen Stadtverwaltung es finanziert wird. Seine **Haupteinschränkungen** sind einerseits die Zentralisierung in Barcelona und andererseits die Finanzierung von sehr vielen Veranstaltungen. Ein **wichtiger positiver Aspekt** ist eine eher offene Haltung gegenüber anderen politischen Meinungen. Es leistet in erster Linie konkrete fachliche Arbeit über thematische Gruppen und hat Englisch als die allgemeine formale Arbeitssprache installiert. Innerhalb der OIDP bestehen enge Kontakte zwischen dem Norden und dem „Globalen Süden“ zum Zwecke des „Miteinander Lernens“. Dies bezieht sich selbstverständlich auf die jährliche Konferenz des OIDP, die jedes Jahr abwechselnd im Norden und im Süden stattfindet. Das nächste Treffen ist das X. OIDP in Mexiko-Stadt im November 2010.

Diese **drei Erfahrungsberichte sind untrennbar**. Ihr verbindendes Element ist der Vorschlag der Vision einer „Stadt, die aktiv an der internationalen Domäne beteiligt ist“. Netzwerke werden als „multilaterale Bereiche“ konzipiert, in denen bilaterale Beziehungen aktiviert und verstärkt werden können und der Diskurs im Austausch von Versuchspraktiken Unterstützung finden kann. Sie waren imstande, diese „Überzeugungen“ unter Verwendung der Mittel der NGOs und nationaler Agenturen in die Kooperationen mit dem „Globalen Süden“ einfließen zu lassen, haben aber gleichzeitig einen „kommunalen Ansatz“ beibehalten, dessen Schwerpunkt auf den gegenseitigen Austausch zwischen lokalen Gebieten im weltweiten Szenario ausgerichtet ist.

Das Engagement einer jeden deutschen Stadt ist sehr wichtig, damit die Grenzen dieser Netzwerke überwunden werden können. Die vorherrschenden Sprachen sind auf der Landeszugehörigkeit der entsprechenden Mitgliederstädte begründet. Alle Mitgliedsstädte sind bereit, ihr Tätigkeitsspektrum zu erweitern und eine Kommunikation bezüglich anderer Länder zu führen. Ein Beitritt zu diesem Netzwerk kann für deutsche Städte von

Nutzen sein, da ihnen neue Kontakte, Austausch und Ideen zugänglich gemacht werden. Sie können einem helfen, die eigene Methodik zu verbessern, Meinungen über Kreativität und mögliche Fehler austauschen, einem das Gefühl geben, nicht allein, sondern ein Teil einer wichtigen kritischen Masse zu sein, die auf der ganzen Welt Dinge verändern könnte.

Bis heute waren die kritischen Massen verantwortlich für wichtige Aktivitäten in zentralistischen Staaten – siehe Korea, Peru, Dominikanische Republik, Großbritannien und Senegal – womit die Idee der Bürgerhaushalte weiter verbreitet werden konnte und neue Partnerschaften geschlossen wurden.

Der von der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt“ finanzierte „World Report“ zeigt eindeutig, dass sehr viele Möglichkeiten zur Verfügung stehen, besonders in Bezug auf den Dialog mit dem Süden. Es werden neue Instrumente eingesetzt, um mit der Unterstützung der von der UN und der EU finanzierten Programme Wissen in verschiedenen Sprachen weiterzugeben. Es gibt einige Handbücher zum Austausch von Erfahrungen, aber immer noch keines in deutscher Sprache. Vielleicht ist es an der Zeit, auch ein Handbuch auf Deutsch zu erstellen!

Vielen Dank für Ihre Geduld und für Ihre Aufmerksamkeit!

³⁵ http://www.oidp.net/angles/h_que.php

IV. Arbeitsforen des zweiten Tages, Freitag, 22. Januar 2010

Am zweiten Kongresstag wurden die Foren des ersten Tages mit veränderten thematischen Schwerpunkten wiederholt. Die Inputs und Diskussionen der Foren ergänzten und entwickelten die Forumsergebnisse des ersten Tages weiter.

IV. Forum I: Bundesweite und Internationale Beispiele

Impulsvorträge mit Kommentaren
und anschließender Diskussion
Moderation: Volker Vorwerk, buergerwissen



Forum I setzte die Erörterung von deutschen und internationalen Erfahrungen rund um den Bürgerhaushalt fort. Am zweiten Tag wurde der Bürgerhaushalt einer Großstadt, von Berlin-Lichtenberg, präsentiert. Es folgte ein Bericht aus dem spanischen Sevilla und endete mit einem Überblick über die afrikanischen Bürgerhaushalte. Nach der Diskussion der Publikumsfragen folgte ein zusammenfassender Kommentar.

Christina Emmrich, Bürgermeisterin von Berlin-Lichtenberg: Bürgerhaushalt in Großstädten: Berlin-Lichtenberg



Im Berliner Bezirk Lichtenberg wird der **Bürgerhaushalt bereits zum fünften Mal** durchgeführt. Lichtenberg setzt sich aus 13 Stadtteilen zusammen, in denen rund 252.000 Einwohnerinnen und Einwohner leben. In Lichtenberg gibt es 81 Kindertagesstätten, 49 Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, 150 Spielplätze, acht Seniorenfreizeitstätten, 23 Seniorenheime, 100 Sportvereine, 53 allgemeinbildende Schulen, drei Hochschulen, drei Berufsschulen, vier Bibliotheken, eine Musikschule, eine Volkshochschule sowie zahlreiche Kultureinrichtungen.

Derzeit werden **fünf Bürgerhaushalte gleichzeitig** bearbeitet; neben der Rechenschaft für das Jahr 2009 und den Sitzungen zum Haushalt 2010 geht es auch konkret um den nächsten für 2011 und die Planzahlen für die beiden darauf folgenden Jahre. Von Beginn an war es das Ziel, dass der Bürgerhaushalt keine „Top-down-Angelegenheit“ ist, sondern künftig von den Bürgerinnen und Bürgern übernommen wird. Die bisher gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass der Bürgerhaushalt als Teilbaustein der Bürgerkommune gilt, dass strukturelle Bedingungen gegeben sein müssen, dass die Verständlichkeit des Haushaltes, also die Wissensvermittlung, grundlegend ist und dass Transparenz und Verbindlichkeit wesentliche Elemente sind.

Deshalb ist es erklärtes **Ziel** des Bezirksamtes und der Bezirksverwaltung, den Weg zur Bürgerkommune zu beschreiben. Auch das Leitbild des Bezirksamtes Lichtenberg orientiert

sich auf die demokratische und selbstbewusste Teilhabe der Bürgerschaft an den bezirklichen Gestaltungsmöglichkeiten und auf die Schaffung der dafür notwendigen optimalen Bedingungen. Der Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements kommt deshalb eine grundlegende Rolle auf dem Weg zur Bürgerkommune zu. Als ein voraussetzendes Element für diesen Weg und als wichtiger Bestandteil der Gemeinwesenkonzeption hat sich der Bürgerhaushalt Lichtenberg entwickelt. Bürgerhaushalt und Bürgerkommune sind untrennbar mit Lichtenberg verbunden.

Überraschend ist, dass die **Übernahme durch die Bürgerschaft** bereits nach fünf Jahren erfolgt. Entscheidend für das Gelingen ist, dass der Bürgerhaushalt kein parteipolitisches Projekt ist. Zwar ist die Unterstützung durch die Parteien unerlässlich, jedoch darf das Projekt nicht durch die Parteien instrumentalisiert werden. Die Verwaltung als beteiligter Akteur ist von Anfang an einzubeziehen.

Der Haushalt muss **verständlich** sein, das heißt, es gibt eine lesbare Aufbereitung des gesamten Haushalts, eine Budgetanalyse. Die Bürgerinnen und Bürger werden umfassend und permanent über den Haushalt informiert. Die Diskussionen sind lebenslagenbezogen auf der Basis von Produkten und nicht haushaltstechnisch geführt. Dabei gibt es keine Tabu-Themen und Konflikte, Interessenunterschiede werden offen benannt.

Es herrscht **Transparenz** hinsichtlich des Beteiligungsverfahrens, der Haushaltssituation und – entscheidungen sowie des Umgangs mit den jeweiligen Vorschlägen. Verbindlichkeit besteht durch die öffentliche Rechenschaftslegung der Bezirksverordnetenversammlung gegenüber der Bürgerschaft, d.h. welche Vorschläge in den Haushaltsplan aufgenommen und welche abgelehnt werden, inklusive der Begründung. **Verbindlichkeit** herrscht auch hinsichtlich der Erläuterung des Bezirksamts zu Vorschlägen allgemeiner Art oder außerhalb der steuerbaren Aufgaben. Dabei ist es Pflicht der Verwaltung, eine regelmäßige Berichterstattung über die Art der Umsetzung von Vorschlägen der Bürgerhaushalte zu geben. Ebenso wird eine Soll-Ist-Analyse über die tatsächliche Realisierung der Vorschläge erstellt, die Umsetzung der Vorschläge im Rahmen der Haushaltswirtschaft in Abstimmung mit den

OE³⁶-Leitungen werden kontrolliert und es findet eine regelmäßige Berichterstattung der Öffentlichkeit über den Stand der Umsetzung statt. Diese lebendige und aktive Berichterstattung macht die Umsetzung sicht- und greifbar für die Bürgerschaft, dadurch steigt die Motivation, denn Ergebnisse werden erkannt.

Der für Deutschland charakteristische Top-Down-Prozess befindet sich in Lichtenberg auf dem Weg hin zur **Verantwortungsübernahme durch die Bürgerschaft**. Seit dem Bürgerhaushalt 2009 wurden die Träger der Stadtteilarbeit sukzessive in die Organisation und Durchführung des Prozesses eingebunden.

Mit dem aktuell in der Beschlussphase befindlichen Eckpunktepapier zum Bürgerhaushalt 2012 wird diese Verantwortlichkeit noch weiter entwickelt. Die Konzeption gibt Eckpunkte vor und überträgt die konkreten Ausgestaltungsmöglichkeiten des Diskussionsprozesses in den Stadtteilen den Stadtteilzentren.

Der stadtteilbezogene Dialog mit und zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik soll in verschiedensten Veranstaltungen stattfinden. Ziel ist es, Vorschläge für den Bürgerhaushalt zu erarbeiten und die Entwicklung der Stadtteilziele dabei zu gewährleisten. Als ein kontinuierlicher und dabei lebendiger Prozess angelegt, wird der Bürgerhaushalt von einer partizipativen Evaluation begleitet. Nach jedem Durchlauf wird ein offener Workshop mit beteiligten Akteuren und interessierten Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen fließen regelmäßig in den laufenden Prozess ein.

Was hat sich im Besonderen bewährt?

Die Aufstellung eines klaren Regelwerkes (Beteiligungsverfahren) und die Einhaltung dieser Regeln. Auch die Verdeutlichung, welcher Rahmen zur Diskussion gestellt wird, also Inhalt und Mittelumfang erläuternd. Ein 3-Wege-Verfahren mit einem deutlichen zeitlichen Vorlauf zur eigentlichen Haushaltsplanaufstellung und Veränderungen im Prozedere ermöglichen die Erstellung eines Regelwerkes, in dem sich alle beteiligten Akteure einbringen und wiederfinden können.

³⁶ OE: Abkürzung für Organisationseinheit

Das **3-Wege-Verfahren** setzt sich aus der schriftlichen Beteiligung, den Bürgerversammlungen, in Lichtenberg: Stadtteilkonferenzen und dem Online-Dialog im Internet zusammen. Die Vorschlagseinreichung auf schriftlichem Wege kann ganzjährig erfolgen, die Zuordnung erfolgt ins jeweils laufende Verfahren. Die Votierung findet auf schriftlichem Weg über die Haushaltebefragung im September/Oktober statt. Die Stadtteildiskussion findet in Lichtenberg in Form von Stadtteilkonferenzen statt, ab 2012 sollen von April bis Juli zusätzlich verschiedenste Veranstaltungen in den Stadtteilen genutzt werden. Unter www.buergerhaushalt-lichtenberg.de können von April bis Juli Vorschläge eingebracht und mit anderen Dialogteilnehmern/innen diskutiert werden. Die Internetvorschläge werden im September votiert. Die Haushaltebefragung soll zukünftig auch online ermöglicht werden.

Es findet eine jährliche **Soll-Ist-Analyse** des Beteiligungskonzeptes statt, deren Kriterien sind die Beteiligungswege, das Beteiligungsverfahren, die tatsächliche Beteiligung unter Berücksichtigung von Gesamtzahl und soziodemografischen Daten, die Produkte bzw. Leistungsfelder als Beteiligungsbasis, die sozialräumliche Wirkung und die Beteiligungsintensität der organisierten vs. nicht-organisierten Bürgerschaft, etc.. Der Bürgerhaushalt in Lichtenberg wird nicht aus einem „Sondertopf“ gespeist, hier wird der steuerbare Anteil des Haushalts dafür verwendet. Der Haushalt in Berlin-Lichtenberg umfasst 576 Mio. €, davon sind fast 90 Prozent Pflichtleistungen. Es verbleiben 32 Mio. €, die Gegenstand des Bürgerhaushalts sind. Bestandteil des Bürgerhaushaltes sind auch die pauschalen Investitionen (jährlich rd. 5 Mio. €).

Im vergangenen Jahr wurde erstmals auf einem Votierungstag abgestimmt. Dieser wurde durch die Soziokulturellen Zentren und freier Träger an verschiedenen Orten des Bezirkes durchgeführt. Dabei beteiligten sich 2600 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Vorschläge wurden auf den Stadtteilkonferenzen erarbeitet. Dafür besteht ein genau festgelegtes System: Es gibt 13 Stadtteilbezirke, in denen jeweils fünf Vorschläge gemacht werden können. Diese ergeben den Vorschlagspool, der zur Abstimmung gestellt wird. Weitere Vorschläge, die in den 13 Stadtteilen weniger Zuspruch erhalten haben, werden für die abschließende Liste nicht berücksichtigt.

Zurzeit diskutiert die Bezirksverordnetenversammlung die Vorschläge, die in den Haushalt 2011 aufgenommen werden sollen.

In der Verwaltung des Bezirksamtes Lichtenberg wird stetig an fünf Bürgerhaushalten parallel gearbeitet: Das heißt für 2010 z.B.

- Abschlussbericht über die Umsetzung der Vorschläge **2009**
- Kontrolle und Berichterstattung über die Umsetzung der Vorschläge **2010**
- Aufbereitung der Vorschläge **2011** für die Bezirksverordnetenversammlung und Einarbeitung in den Haushaltsplan 2011
- Koordinierung des Beteiligungsverfahrens für **2012** inkl. Moderation der Online-Beteiligung und Evaluation
- Konzeptionelle Vorbereitung des Beteiligungsverfahrens für **2013**

Der Bezirk Lichtenberg gibt für die Durchführung des Bürgerhaushalts jährlich 60.000 € aus. Sie werden für den Internetauftritt, Broschüren und für die Anmietung von Veranstaltungsräumen verwendet.

Das Instrument Bürgerhaushalt ermöglicht eine **Win-Win-Situation für alle Beteiligten**: Die Bürgerinnen und Bürger gewinnen mehr Transparenz, Mitsprache, bedarfsgerechte Prioritäten und sehen sich ernstgenommen. Die Politik gewinnt eine Versachlichung und höhere Qualität der haushaltspolitischen Diskussionen, mehr Legitimation sowie mehr Identifikation der Bürgerschaft mit dem Gemeinwesen. Die Verwaltung gewinnt mehr Informationen und Bürgernähe sowie mehr Transparenz in der Prioritätensetzung.

Dr. Ernesto Ganuza, Consejo Superior de Investigaciones Científicas (Spanien) Sevilla: Porto Alegre in Europa?



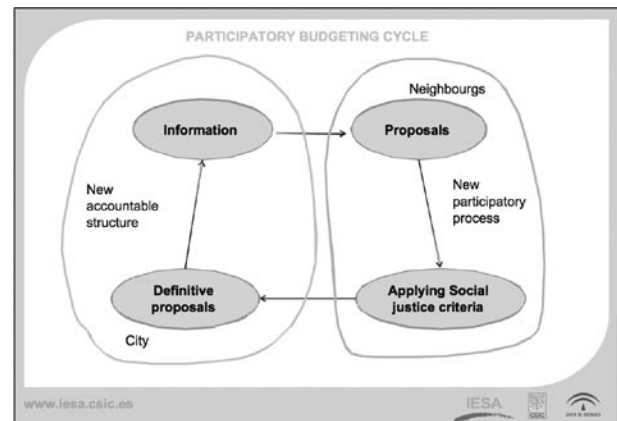
Porto Alegre wurde die Rolle des Anschauungsobjekts für das Welthandbuch zuteil: Es ist durchaus möglich, Bürger/innen in öffentlichen Entscheidungsprozessen einzusetzen und gleichzeitig sowohl eine administrative Effizienz als auch ein repräsentatives System aufrechtzuerhalten. In Spanien verstehen alle unter Bürgerhaushalten die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in öffentliche Entscheidungsprozesse. Dazu wenden viele Bürgerhaushalte – wie auch die in Sevilla – eine ähnliche Methodik an, um sich an die europäischen Demokratien anzupassen.

Nachfolgend werden die **Haupteigenschaften der Bürgerhaushalte in Sevilla** aufgezeigt. Es handelt sich um einen Entscheidungsprozess (Deliberation) mit einer allgemeinen Beteiligung und öffentlichen Versammlungen. Hier herrschen interne Regeln, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bestimmt werden. Der Prozess der Verteilung öffentlicher Gelder unterliegt den Kriterien für soziale Gerechtigkeit. Wir erkennen eine neue partizipatorische und verantwortungsvolle Struktur. Folglich ist es wichtig, alle interessierten Menschen darüber in Kenntnis zu setzen.

Der **neue Partizipationsprozess besteht aus**: öffentlichen Versammlungen und allgemeiner Beteiligung. Deliberationsvorschriften müssen eingehalten werden. Es werden Treffen zwischen Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern organisiert. In Diskussionen über die Kriterien für

soziale Gerechtigkeit kristallisieren sich die Prioritäten unter den Vorschlägen heraus, die die Lage der Anwohner verbessern, die unter schlimmsten Verhältnissen leben, oder aber einen positiven Einfluss auf das Leben verhältnismäßig vieler Menschen haben.

Dies führt zu einer neuen Verantwortlichkeitsstruktur: Zunächst wird eine Koordinationsstruktur innerhalb der Verwaltung erstellt. Ein Bürgerhaushaltsrat wird durch die Bürger bewertet und kontrolliert. Die Ergebnisse werden veröffentlicht und die Regierung kann dafür verantwortlich gemacht werden.



Die **Ergebnisse der Bürgerhaushalte** sind unterschiedlicher Natur: dies kann sich auf einen geringen Teil der öffentlichen Mittel auswirken. Es ist nicht leicht, die Ergebnisse im Hinblick auf Kriterien für soziale Gerechtigkeit aufzuzeigen, aber man kann sagen, dass Bürgerhaushalte dafür gesorgt haben, dass über Partizipation inzwischen eine andere Meinung als früher herrscht. Die neue Verantwortlichkeitsstruktur ist schwach und ist auf Politiker oder den Stadtrat angewiesen, in Sevilla war man jedoch in der Lage, ein überaus demokratisches Verfahren zur sozialen Kontrolle zu entwickeln. Die neue Partizipationsstruktur eröffnete einen Konflikt zwischen den alten und neuen Partizipationsmodellen (wer soll sich beteiligen?). Letztlich scheinen Bürgerhaushalte dennoch einen kleinen Raum für Experimente zu bieten, es ist jedoch dabei nicht möglich, eine Verwaltung nach dem Modell von Porto Alegre einzurichten.

Folglich bleiben einige Fragen offen: Wäre es möglich, eine ähnliche Methodik auf Europa zu übertragen? Lohnt

es sich, Bürgerinnen und Bürger in Gespräche zum Thema Öffentlichkeit einzubeziehen? Lohnt es sich, deliberative Instrumente einzusetzen? Lohnt es sich, Gespräche über Kriterien für soziale Gerechtigkeit zu führen, um öffentliche Mittel bewilligt zu bekommen? In welchem Ausmaß können Bürgerinnen und Bürger bei der öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden? Sollte es eine politische, konsumierende oder passive Funktion sein?

George Matovu, MDPESA (Simbabwe): Bürgerhaushalte in Afrika Die Erfahrung Afrikas auf dem Gebiet der Bürgerhaushalte



Meine Absicht ist es, mit Ihnen mein Wissen über Bürgerhaushaltsmechanismen in ausgewählten afrikanischen Ländern zu teilen. **Die Kernaussagen lauten:**

- In Afrika tauchen Bürgerhaushalte als ein effektives Instrument bei Kampagnen zur Umsetzung von guter Regierungsführung und zur Verbesserung der lokalen Einnahmen auf. Sie verändern von Grund auf die öffentliche Verwaltung überall dort, wo eine Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen und Regierungsführung akzeptiert und soziale Verantwortlichkeit zu einem Grundsatz wird.
- Es handelt sich dabei um eine indirekte kommunale Investition in grundlegende Infrastrukturen in armen Gegenden.

In einer Vielzahl von Staaten hat sich die Einnahmenseite von Lokalverwaltungen aufgrund von politischen Interferenzen und Armut innerhalb der Gemeinden nicht sonderlich positiv entwickelt. Recht häufig sind weder lokale noch nationale Politiker bereit, die eigenen Anhänger steuerlich zu belasten. Letztlich verlieren sie die darauf folgenden Wahlen. So wurde in Uganda die gestaffelte Steuer einfach abgeschafft, ohne dass von der Zentralregierung ein angemessener Ersatz zur Verfügung gestellt worden war.

Die **Bedeutung und Auswirkung von Bürgerhaushalten in Afrika** besteht in einem Mechanismus, der es möglich macht, dass sich **Bürger direkt und indirekt** an sämtlichen Phasen des Haushaltszyklus beteiligen, d.h. an der Haushaltsplanaufstellung, an der Entscheidungsfindung, an der Überwachung der Haushaltsausführung unter

Berücksichtigung erforderlicher Ausgaben und möglicher Einnahmequellen (Municipal Development Partnership – Eastern and Southern Africa (MDP-ESA³⁷)). Bürgerhaushalte verfolgen die Absicht, einer Gemeinschaft die Gelegenheit zu geben, sich zusammzusetzen und ihre unerfüllten Prioritäten und Herausforderungen zu besprechen sowie das vorhandene Potenzial innerhalb dieser Gemeinschaft herauszufinden, sich diesen Themen zu stellen. Es ist davon auszugehen, dass der Prozess über die Bestimmung und Priorisierung der Bedürfnisse hinausgehen und das Engagement in der Konzeptualisierung, der Kosten-, Einnahmen- und Ausgabenplanung, der Überwachung und Auswertung von Programmen bzw. Projekten einschließen wird.

In Hinblick auf den **allgemeinen Kontext der kommunalen Selbstverwaltung** lässt sich eine Bevölkerungsexplosion in Städten, Armut und ein Verfall von ländlichen Gebieten beobachten. Wir versuchen, die UN-Millenniumsziele (Millennium Development Goals) umzusetzen und haben zu diesem Zwecke so genannte Poverty Reduction Strategies Papers (Dokumente über Armutsbekämpfungsstrategien) zu Themen wie Wasser- und Abwasserversorgung, Wohnungsbau, Instandhaltung der Infrastruktur, HIV und AIDS erarbeitet. Die lokale Wirtschaftsentwicklung muss im Zusammenhang mit Kriminalität, Vandalismus, Gewalt und Sicherheit betrachtet werden. Der Aufbau eines Sozialwesens und die Verfügbarkeit gesellschaftlicher Mobilität gehören genauso zu unseren Zielen, wie eine verantwortungsbewusste Führung.

Wo in Afrika werden bereits Bürgerhaushalte durchgeführt und wie hoch ist deren Entwicklungsstand?

Bürgerhaushalte sind in Afrika immer noch eine recht neue Erscheinung. Von den 53 afrikanischen Staaten sind es soweit bekannt etwa 13 Staaten, in denen Bürgerhaushalte erprobt werden: Kamerun (Doula), Ghana (Tema), Malawi (Lilongwe, Blantyre), Mali (Bamako), Mosambik (Dondo, Maputo), Südafrika (Durban, Johannesburg, Buffalo), Senegal (Fissel and Matam), Gambia (Banjul), Burkina Faso (Ouagadougou), Tansania (Dar es Salaam, Mbeya, Singida), Uganda (Entebbe, Jinja, Soroti), Sambia (Kabwe, Kitwe) und Simbabwe (Mutoko, Bulawayo, Gweru, Kadoma).

Obwohl nicht eindeutig gesagt werden kann, in wie vielen Städten Bürgerhaushaltsprojekte stattfinden, zeigen aktuelle Trends, dass das Interesse für die Durchführung von Pilotprojekten stetig steigt.

Warum sollten Bürgerhaushalte gefördert werden?

Die **fachlichen Aspekte** bestehen darin, dass Bürgerhaushalte ein effektives Werbeinstrument zur Förderung von guter lokaler Regierungsführung darstellen – verantwortlich für die Bedürfnisse der Gemeinschaft, Transparenz und Rechenschaftspflicht. Sie sorgen für die Erhöhung von Haushalten insbesondere für die Ärmsten der Armen. So lassen sich eine öffentliche Ausgabentransparenz und -verantwortlichkeit erzielen sowie die Effizienz und die Wirksamkeit der Mittelaufteilung erhöhen. Es existieren einige **soziale Aspekte**, wie die Förderung der Eigenverantwortung für die Entwicklungspolitik. Man kann die soziale Verantwortung und das Mitspracherecht von traditionellen Randgruppen mittels einer gerechten Verteilung von Grundbedürfnissen verstärken, die da wären: Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung sowie Bereitstellung von Gesundheitseinrichtungen. Ebenfalls gibt es mit lokalen Präferenzen verbundene Entscheidungen. Bürgerhaushalte unterstützen die Wiederherstellung des Vertrauens in die lokale Verwaltung, was in einer deutlichen Ankurbelung lokaler Einnahmen mündet. Dies bietet einen Ansatz für eine ganzheitliche strategische Vision. In Bezug auf die **politischen Aspekte** wären zwei Punkte zu nennen: Bürgerhaushalte unterstützen die Vertiefung und Konsolidierung der lokalen Demokratie und treten für eine Senkung der politischen Apathie und der Gleichgültigkeit ein. Sie fungieren als Katalysator bei der Entspannung zwischen verschiedenen politischen Gruppen auf der Lokalebene.

Häufig gestellte Fragen zu unseren Bürgerhaushalten:

- Wer initiiert einen Bürgerhaushalt?
- Verändern Bürgerhaushalte die Funktion der Lokalregierungen bei der Haushaltsplanung?
- Wer nimmt an Bürgerhaushaltsprozessen teil?
- Nach welchen Gesichtspunkten werden in Bürgerhaushaltsprozessen die Prioritäten festgelegt?

³⁷ <http://www.mdpafrica.org.zw/>

- Sind Bürgerhaushalte ein Ersatz für gewählte Räte?
- Wenn eine Gruppe in der Gemeinschaft es nicht schafft, ihre Bedenken zu einem Thema entsprechend mitzuteilen, handelt es sich dann immer noch um einen Bürgerhaushalt?
- Halten sich alle Bürgerhaushalte grundlegend an das gleiche Verfahren?
- Wie lassen sich Bürgerhaushalte wirksam umsetzen?
- Führt Dezentralisierung zu einer verbesserten Wirkung von Bürgerhaushalten?
- Wirken sich Bürgerhaushalte auf die Bekämpfung von Armut aus?
- Inwieweit passen Bürgerhaushalte in das Konzept der guten Regierungsführung?

Es ist ein **Paradigmenwechsel** zu registrieren, da Bürgerhaushalte eine Verschiebung bewirkt haben, weg von den traditionellen Ansichten, dass Haushaltsvorbereitung, -ausführung und -überwachung eine Sache der kommunalen Schatzmeister und des Ressortleiters wären, hin zu einem durch Dialog, Verhandlungen und Überredungskraft charakterisierten Partizipationsprozess. Diese Verschiebung bewirkte eine Veränderung der Rolle von Verwaltungsmitarbeitern, die nun eher als Moderatoren von öffentlichen Konsultationsprozessen zur Steigerung der Bevölkerungsbeteiligung auftreten. Gemeindegliederung durch den Bürgermeister und die Führungskräfte zivilgesellschaftlicher Gruppen – Entebbe, Uganda. Die Einbindung geschieht mit der Absicht, (i) Anwohner zu mobilisieren und (ii) Mitglieder der Entebbe-Gemeinde zu erreichen – die alten und körperlich behinderten Mitglieder, die nicht in der Lage sind, an Bürgerhaushaltsversammlungen teilzunehmen. Bei uns befinden sich die Prozesse jedoch nicht auf dem Entwicklungsstand der Projekte in Brasilien, wo z. B. (i) durchdachte Repräsentations- und Partizipationssysteme auf unterschiedlichen Ebenen enthalten sind und (ii) bei der Bestimmung von gebietsrelevanten Investitionen auf GIS (wie in Porto Alegre) zurückgegriffen wird. Oder wie in Belo Horizonte, wo die Stadtleitung beschloss, einen Bürgerhaushalt in Digitalform durchzuführen. Die Bürger haben hierbei die Möglichkeit, über das Internet unter Benutzung eines der in mehreren Stadtgebieten eigens dafür aufgestellten Computers für die Aufgaben zu stimmen, die ihrer Meinung am dringendsten erledigt werden müssen.

In Hinblick auf die **unterstützenden nationalen Rahmenbedingungen**, wie etwa die rechtlichen, politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, können wir eine konstitutionelle und rechtliche Unterstützung für Dezentralisierung, Partizipation, und Inklusion sowie den politischen Willen und die Entschlossenheit, die öffentliche Verwaltung umzugestalten, bestätigen. Die Beteiligung an Haushaltsprozessen steht unter dem Schutz des Gesetzes. Das Subsidiaritätsprinzip und der Grundsatz des Ermessensspielraumes bei der Zuweisung von Ressourcen finden Akzeptanz. Es wurden allgemeine Richtlinien bezüglich lokaler Haushaltsprozesse erstellt. Der wirksame zwischenstaatliche Finanztransfermechanismus beruht auf einem entsprechenden Parlamentsbeschluss. Die Existenz von sich im Auftrieb befindlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie etwa des Malawi Economic Justice Network, des Uganda Debt Work oder des Institute for Democracy in South Africa, ist ein unmissverständlicher Indikator für die Dynamik. Von der internationalen Gemeinschaft ist ein starker Rückhalt zu verspüren. Der freie Zugang zu Informationen ist konstitutionell abgesichert.

Die Partizipationen werden durch nationale Vereinigungen der kommunalen Behörden vorangetrieben. Die Beteiligung der Bevölkerung an der Haushaltsplanung und -ausführung scheint in Staaten nachdrücklicher zu sein, in denen das Recht auf Zugang zu Informationen per Gesetz bestimmt ist, als in Staaten, wo die gesetzliche Grundlage dieses Rechts noch geschaffen werden muss. (Südafrika und Uganda auf der einen Seite und im Vergleich dazu Kenia und Nigeria auf der anderen). Zusammenfassend lässt sich Folgendes sagen:

„Man kann versuchen, die Partizipationsidee zu unterdrücken, aber man kann sie nicht völlig ignorieren oder leugnen.“

Wie ein Bürgerhaushalt vonstatten geht: Beginn mit dem Aufbau von Partnerschaften und Bündnissen mit unterstützenden Organisationen auf Grundlage einer umfassenden Kartographierung der wichtigsten Interessengruppen und die Durchführung einer Situationsanalyse. Festlegen von gemeinsamen Vorstellungen und Aufsetzen eines Gesellschaftsvertrages in Hinblick auf künftige Erwartungen. Daraufhin folgen Capacity Building-Aktivitäten (Vermittlung

von Handlungskompetenzen und Wissen) und die Bestimmung von klar definierten Regeln des Spieles, der Rollenverteilung und der Verantwortungsbereiche. Die Richtlinien für Bürgerhaushalte müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Für die Veröffentlichung der Haushaltsperiode sind die lokalen Medien zu nutzen. Ausarbeitung des Bürgerhaushaltszyklus, der Folgendes zu beinhalten hat: Gemeindeeinbindung, bewusste Einbeziehung von benachteiligten Gruppen bzw. Randgruppen, wie von Frauen, Kindern, Jugendlichen, Alten und Körperbehinderten; Sensibilisierung über Roadshows und über Medien; Einrichtung von Fachkomitees und Erstellung eines Haushaltsrahmenvertrages, Durchführung von Haushaltskonferenzen, Einberufung zusätzlicher Komitees und zum Schluss die Genehmigung (per Ratsbeschluss oder ministeriell).

- Bürgerhaushaltszeitplan, der eine kontinuierliche Dateneingabe in den Funktions- und Investitionshaushalt, eingebaute Überwachungsmechanismen und häufige Prüfungen der Haushalte durch sämtliche Interessengruppen ermöglicht.
- Im Vorfeld die Erstellung eines umfassenden 2- oder 3-Jahres-Entwicklungsplanes, in dem bestimmte durchzuführende Programme und Projekte festgelegt sind.

In Entebbe, Uganda, betreuen der Bürgermeister und seine Räte Capacity-Building-Workshops, die dafür sorgen sollen, dass sich die Bürger der Haushaltsprozesse bewusst werden. Darüber hinaus wird eine Vielzahl von Werbematerialien hergestellt und unter den Gemeindevertretern, Räten und Einwohnern von Entebbe weiträumig verteilt.



Ergebnis eines Bürgerhaushaltes: eine Ortsklinik in Nansana, Uganda.



Ergebnis eines Bürgerhaushaltes: Straßenreparatur in Mbeya, Tansania.

Studien zufolge kann ein **Bürgerhaushalt** – wenn **richtig umgesetzt** – Leistungen zum Vorteil der armen und benachteiligten Gemeinschaften umverteilen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung lokaler wirtschaftlicher Entwicklung beitragen, die lokale Demokratie stärken, innovative Lösungen und die gemeinschaftliche Solidarität fördern. Demnach haben Haushaltsakzeptanz und Eigenverantwortung der Bürger in Mutoko Rural District Council in Simbabwe zugenommen, wie die Senkung der Zahl der Massenproteste gegen Gebühren- und Nutzungsentgelterhöhungen durch die Ratsversammlung belegen. In der Gemeinde Singida in Tansania konnten die Gemeindeeinnahmen dank verbesserter Rechnungslegungspflicht und der Transparenz bei der Verwendung von Ressourcen gesteigert werden.

Welche Hindernisse müssen aus dem Weg zu einem effektiven Niveau der Bürgerhaushalte geräumt werden?

Politisch: Pilotprojekte zu Bürgerhaushalten sind in vielen Staaten Schwarzafrikas vorrangig von den Geldgebern geführt und nicht etwa von Gemeinschaften vorangetrieben, und auf der zentralstaatlichen Ebene herrscht oft Misstrauen gegenüber den von Geldgebern vorangetriebenen Bürgerhaushalten. In vielen Staaten handelt es sich zudem um einen Top-Down-Prozess. Auf der lokalen Ebene herrschen oftmals Spannungen zwischen offiziell gewählten Führungskräften und den Gemeinschaftsführern. In Mehrparteiendemokratien sind Spannungen deutlich ausgeprägter und führen zu einem unangemessenen politi-

schen Willen und einer Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Bürgerhaushalte.

Finanziell: Im Hinblick darauf, zu welchem Anteil die Haushalte und welche ihrer Aspekte (Transaktionen, Löhne und Gehälter, Investitionen) der Gemeinschaft zur Diskussion vorgelegt werden sollten (1 bis 100 Prozent), treten oft Spannungen auf. Innerhalb der Gemeinschaften herrschen ein Mangel an fachlichem Haushaltswissen und ein begrenztes Verständnis für lokale Einnahmen- und Ausgabenentscheidungen. Eine weit verbreitete Korruption auf lokaler und nationaler Regierungsebene nimmt vielen Bürgern die nötige Motivation zur Teilnahme an Bürgerhaushalten.

Partizipation: Benachteiligte Bürger gehören oft Randgruppen an. Vertretern der lokalen Politik fehlt oftmals die Erfahrung, um zu wissen, was Partizipationen mit sich bringen, und sie reagieren bei Fragen oft abwehrend und emotional.

Geschlecht: Kulturelle und traditionelle Haltungen sorgen weiterhin dafür, dass Frauen und die Jugend von einer effektiven Beteiligung an Bürgerhaushalten abgehalten werden. Kulturelle Probleme werden zusätzlich durch Sprachbarrieren, die zeitliche und örtliche Planung der Veranstaltungen der Bürgerhaushaltsforen und -konferenzen, die Lese- und Schreibfähigkeit und den Grad der Einbindung und der Informationsverbreitung verstärkt.

Institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen: In den existierenden Gesetzen wird nicht deutlich gemacht, was Partizipationen mit sich bringen. Steuerwesen und Leistungserbringung sind voneinander getrennt. Es mangelt an angemessenem Feedback in Bezug auf den Fortschritt laufender oder abgeschlossener Projekte. Eine langfristige Nachhaltigkeit kann nicht mit Gewissheit vorausgesagt werden.

Territorial: Intrakommunale Dezentralisation wird oftmals politisiert. Bei Entscheidungen über Kapitalinvestitionen werden oftmals wohlhabende Gebiete bevorteilt oder Gelder durch die politischen Führungsschichten entwendet und die entsprechenden Projekte somit zu einem teureren Klotz am Bein. Oftmals sind Steuerwesen und die Leistungserbringer nicht miteinander verbunden.

Die auftretenden **Grundsätze der Bürgerhaushalte in Afrika** sind vielseitig. Es handelt sich um einen integrativen Prozess für die Armen und andere sozial schwache

Gruppen. Wir müssen die lokalen Zusammenhänge und Kulturen kennen und mit Respekt behandeln sowie die Protagonisten erkennen und mit ihnen in partnerschaftlichen Kooperationen zusammenarbeiten. Die Auseinandersetzung mit der geschlechter- und kinderspezifischen Dimension der Haushalte ist ebenso wichtig wie die Unterstützung des Capacity Building mit der Absicht der Entmystifizierung öffentlicher Haushalte. Es müssen eindeutige Regeln, Funktionen und Verantwortungsbereiche geschaffen und für die Öffentlichkeit bestimmte Informationen wirklich – und zwar rechtzeitig – veröffentlicht werden. Einen großen Wert sollte man auf Ergebnisse legen und darüber hinaus eine unabhängige Rückkontrolle der tatsächlichen Ausgaben mit dem geplanten Haushalt fördern, ebenso wie die Überwachung und Evaluierung der Partizipationen.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich ziehen? Es bedarf starker und dauerhafter politischer Führung, damit Bürgerhaushalte die gewünschten Ergebnisse erzielen können. Der aktive Einsatz der bereits bestehenden traditionellen Führung kann dabei helfen, Unterstützung für eine partizipatorische Regierungsführung zu mobilisieren. Externe Berater, einschließlich Entwicklungspartner, sind in ihrer Funktion als Change Agents immens wichtig bei der Förderung der politischen Unterstützung für Bürgerhaushalte; sie sollten jedoch nach Protokoll handeln, um mögliche Spannungen und Unstimmigkeiten zu minimieren. Um den Erfolg von Bürgerhaushalten zu gewährleisten, sollte man unbedingt rechtzeitig die nationalen oder lokalen Reformverfechter ausfindig machen und diesen sämtliche für einen Erfolg benötigte Unterstützung und Tatkraft anbieten.

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat des Chief Executive Officer des Mutoko Rural District Council beenden: **„...die Verwendung regionaler Sprache und entsprechender Illustrationen bei der Erklärung von Haushalten hilft bei der Entmystifizierung der Haushalte und führt zu einem breiteren gemeinschaftlichen Verständnis und einer stärkeren Eigenverantwortung für lokale Haushalte und Pläne.“**

Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze

Herausforderung	Lösungsansatz
Sicherung der Eigentumsverhältnisse sowohl durch die Regierungs- als auch die Oppositionspartei	Erlangung von Buy-Ins von lokalen Politikern. Unpolitische Gestaltung von Bürgerhaushaltsforen. Förderung von Miteigentumsverhältnissen.
Sicherung des Vertrauens sowohl der reichen als auch der armen Leute	Gute Kommunikation und eine ergebnisorientierte Ausrichtung von Bürgerhaushalten. Unterstützung durch einflussreiche Bürger.
Beschäftigung mit Multiethnizität, Kulturen, Rassen und Berufen	Sensibles Vorgehen, mit Respekt für lokale Werte
Ergänzungswahl durch die Zivilgesellschaft	Vermeidung klientelistischer Praktiken
Sicherung angemessener Ressourcen und Technologien für Bürgerhaushalte	Institutionalisierung der Bürgerhaushaltsprozesse und Transparenz bei der Anwendung der Ressourcen
Armut und Analphabetismus und Kommunikation	Verbesserung des Wissens aller Bürger über Haushalt- und Steuerpolitik
Capacity Building innerhalb der lokalen Verwaltung und der zivilen Gesellschaft	Gemeinden können mit entsprechenden NGOs bei Fragen zum Capacity Building zusammenarbeiten.
Faire Gewichtung von Erwartungen der Bürger und des vorhandenen eingeschränkten lokalen Handlungsspielraumes bei Einnahmen- und Ausgabenbeschlüssen	Ausgabe moderater Ziele und Informationsaustausch mit Bürgern
Auseinandersetzung mit Spannungen zwischen den Räten und den Meinungsführern	Förderung des Dialoges und Institutionalisierung von wesentlichen Grundsätzen guter Regierungsführung.
Mangelnde Qualität der Partizipation aufgrund des niedrigen Bildungsgrades bei einigen Ratsmitgliedern und eine hohe Analphabetenquote in der lokalen Bevölkerung	Durchführung von Capacity-Building-Maßnahmen für die Bevölkerung. Vermeidung einer Politisierung der Bürgerhaushaltsprozesse.
Zukunftsfähigkeit	Verringerung der Abhängigkeit von Fremdfinanzierungen und Vermeidung einer Politisierung der Bürgerhaushaltsprozesse

Kommentar:
Josh Lerner, New School for Social Research
(New York, USA)



Im Verlaufe dieses Forums sprachen wir über Testprojekte zum Bürgerhaushalt, die von verschiedenen europäischen und afrikanischen Städten durchgeführt wurden. Daraus ergaben sich interessante Fragen und Ansatzpunkte im Hinblick auf die Rolle von Vision, Beratung, Entscheidungsfindung und Veränderung.

Zunächst resultierten aus diesen **verschiedenen Testprojekten sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Zweck des Bürgerhaushalts**. Welche Art von Welt sollte er hervorbringen? Während die meisten der in Deutschland durchgeführten Testprojekte als Mittel zur Modernisierung gesehen wurden, ging es bei den afrikanischen um verantwortungsbewusste Regierungsführung und bei den spanischen und britischen mehr um soziale Gerechtigkeit und Ermächtigung. Diese Vorstellungen von den betreffenden Bürgerhaushalten haben wiederum deren praktische Umsetzung geprägt. Der Bürgerhaushalt gewann u. a. deswegen an Popularität, weil er den bedürftigen Bevölkerungsschichten Ressourcen zuweisen kann. Wenn soziale Gerechtigkeit kein Teil dieser Vorstellung ist, gehen dann dadurch die Energie und die Unterstützung innerhalb der Bevölkerung verloren?

Zum Zweiten wurde **der Beratung** bei den Prozessen des Bürgerhaushalts **sehr unterschiedliche Bedeutung zugemessen**. In Deutschland beispielsweise gibt es nur wenige Foren, in denen persönlich diskutiert wird, und bei vielen Bürgerhaushalten kann ohne Beratung online abgestimmt werden. In Spanien dagegen wird nicht nur über Haushaltsprojekte beraten, sondern auch über die Kriterien zur Bewertung dieser Projekte. Diese tiefgreifen-

den Beratungsgespräche zielen darauf ab, das öffentliche Interesse an einem bestimmten Thema zu wecken. Dazu werden die Bürger gebeten, Projekte mit Augenmerk auf die Prioritäten der breiten Öffentlichkeit zu bewerten. In Afrika wird in den Beratungsgesprächen nicht nur darüber diskutiert, wie bestimmte Mittel verwendet werden, sondern auch darüber, auf welchen neuen Wegen öffentliche Mittel beschafft werden können. Prozesse, bei denen Beratungsgespräche im Vordergrund stehen, profitieren nicht nur von besseren Entscheidungen über die Verwendung der Gelder, sondern die beteiligten Bürger machen auch einen Lernprozess durch und es werden Kapazitäten und Gemeinschaften geschaffen.

Zum Dritten nahm der Entscheidungsfindungsprozess viele verschiedene Formen an, abhängig davon, wer die Beschlüsse gefasst hat und worüber und ob diese Beschlüsse verbindlich waren. Bei vielen Testprojekten durften die Bürger über die Verwendung der Mittel mitentscheiden. Bei den meisten Projekten in Deutschland dagegen wurde die Entscheidungsfindung auf Angestellte der Stadtverwaltung oder Politiker übertragen. In Spanien durften die Bürger nicht nur über die Verwendung der Gelder mitbestimmen, sondern auch über die Richtlinien des Prozesses, die Kriterien zur Bewertung von Projekten und die Einstufung von Projekten gemäß diesen Kriterien. Diese Beschlüsse waren allgemein verbindlich, während sie in Deutschland der Stadt eher als Empfehlung vorgelegt wurden.

Schließlich gab es viele **Bedenken hinsichtlich einer Veränderung**. Einige deutsche Städte wollten den Bürgerhaushalt erst dann einführen, wenn der perfekte Prozess gefunden wurde. Viele der internationalen Gäste meinten dazu jedoch, dass auf Perfektion nur dann hingearbeitet werden kann, wenn man anfängt, das System zu erproben. Die Prozesse eines Bürgerhaushalts ändern sich ständig, und viele der dauerhaftesten Bürgerhaushalte haben diese Veränderung als normalen Bestandteil des Prozesses integriert. Jedes Jahr oder alle zwei Jahre bewerten die Teilnehmer den Prozess und nehmen Veränderungen vor. Veränderungen sind ein integraler Bestandteil des Bürgerhaushalts und seines Ergebnisses. So werden jedes Jahr neue und bessere Wege aufgezeigt, den Prozess zu organisieren.

Im **November 2009** wurde von Alderman Joe Moore und den Einwohnern des **49. Bezirks in Chicago** ein

Demokratieexperiment durchgeführt. Über fünf Monate lang durften Gemeindemitglieder in öffentlichen Sitzungen darüber entscheiden, wie Moores frei verfügbarer Haushalt in Höhe von 1,3 Mio. USD verwendet werden solle. Damit war es Bürgern **in den USA zum allerersten Mal** möglich, über die Verwendung des städtischen Haushalts direkt zu entscheiden. Dieser Prozess ist weltweit als Bürgerhaushalt bekannt. Das Participatory Budgeting Project, eine Organisation, die sich für die Einführung von Bürgerhaushalten in Nordamerika starkmacht, hat Alderman Moore während dieses Experiments begleitet. Wir begannen im April 2009, indem wir **über 30 lokale Organisationen und Institutionen** (Schulen, kirchliche Einrichtungen, Gemeindeorganisationen, Nichtregierungsorganisationen und Wohngegendgruppen) zu einem Lenkungsausschuss zusammenschlossen. Dann hielten wir eine Reihe von **partizipatorischen Workshops und Sitzungen** ab, in denen der **Lenkungsausschuss über die Grundstruktur und die Richtlinien** des Prozesses abstimmte.

Der partizipatorische Prozess **begann im November** mit neun **Wohngegendversammlungen**, in denen die Einwohner Infrastrukturverbesserungen vorschlugen, diskutierten und für die Wohngegend als prioritär einstufte und Gemeindevertreter wählten. Im Laufe der **nächsten vier Monate kommen die Vertreter in sechs Ausschüssen zusammen**: Parks und Umwelt, Öffentliche Sicherheit, Straßen, Verkehrssicherheit, Verkehrswesen und Kunst und andere Projekte. Während dieser Sitzungen entwickeln sie auf Grundlage von für die Gemeinde festgelegten Prioritäten Projektvorschläge und beraten sich intensiver mit der Gemeinde. **Im April** werden alle **Einwohner des Bezirks dazu eingeladen, über die Projektvorschläge abzustimmen**, und ihre Stimmen entscheiden, welche Projekte umgesetzt werden. Der Prozess des Bürgerhaushalts hat bereits kreative neue Ideen der Geldverwendung, ein besseres Verständnis für Haushaltsangelegenheiten, eine neue Organisation und Zusammenarbeit zwischen den Einwohnern, den Gemeindeorganisationen und dem Büro von Alderman hervorgebracht. **Dieses Pilotprojekt zeigt, dass Gemeindeverwaltungen und Gemeinden gleichermaßen profitieren, wenn die Bürger demokratisch**

darüber abstimmen können, wie ihre Steuergelder eingesetzt werden³⁸.

³⁸ Weitere Informationen sind auf den Internetseiten von The Participatory Budgeting Project (Bürgerhaushaltsorganisation): <http://www.participatorybudgeting.org> und von 49th Ward Participatory Budgeting (Bürgerhaushalt des 49. Stadtbezirks von Chicago): http://www.ward49.com/site/epage/86601_322.htm zu finden.

IV. 2. Forum II: Repräsentative Demokratie, Föderalismus und politische Bildung

World Café,

Moderation: Ralf Elsässer, CIVIXX



Wie am Vortag wurden zunächst Themen vorgestellt, die dann in kleinen Tischgruppen mit wechselnder Zusammensetzung der Teilnehmenden diskutiert wurden. Am zweiten Forumstag wurde die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen generell und darauffolgend der besondere Fall eines Bürgerhaushalts der Gymnasien in einer französischen Region betrachtet. Ein weiterer Aspekt der Partizipation wurde durch einen Vortrag über eine portugiesisch-kapverdische Kooperation beigetragen. Die Diskussionsergebnisse der einzelnen Tischrunden wurden von den Gruppen weitergeführt, sodass der Moderator am Forumsende die Resultate der Tischgruppen zusammenfassend festhalten konnte.

Tisch 1: Thomas Ködelpeter, Ökolog. Akademie e.V.: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Erfahrungen aus der Praxis



Was interessiert Jugendliche? In einer im Jahr 2009 veröffentlichten empirischen **Studie** der Bertelsmann-Stiftung über „**Jugend und die Zukunft der Welt**“ erklärten sechs von zehn deutschen Jugendlichen, dass sie sich Gedanken über die Auswirkungen ihres Lebensstils auf andere Menschen und die Natur machen.

Als größte Probleme sehen die Jugendlichen Armut, Klimawandel und die Umweltzerstörung und Mangel an Nahrung und Trinkwasser. Am wenigsten dringlich ist für sie unter anderem die Wirtschafts- und Finanzkrise. Dies ist erklärungsbedürftig. Mögliche Interpretationen könnten sein: der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Finanzkrise und Armut wird nicht gesehen, die Wirtschafts- und Finanzkrise wird als bereits weitgehend überwunden angesehen oder diese Krise ist in der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen noch nicht angekommen.

Fast jeder zweite Jugendliche meint, dass für die Krisenbewältigung individuelle Verhaltensänderungen erforderlich sind. Zwei Drittel der befragten Jugendlichen stimmen der Aussage zu, dass Jugendliche aus aller Welt gehört/beteiligt werden, wenn es um Lösungsvorschläge für die Probleme der Welt geht. Ihr Engagement ist dann am effektivsten, wenn es in Netzwerke und einen gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess eingebunden ist. 46% der deutschen Jugendlichen sagen von sich, dass sie sich für das Wohl von Menschen oder der Umwelt in der Schule oder einer Organisation engagieren.

Beteiligungspraxis und Anforderungen an den Wandel: In der kommunalen Praxis der Kinder- und Jugendbeteiligung findet die Bereitschaft von Kindern und Jugendlichen zum Engagement und ihr Interesse an der Planung und Gestaltung ihrer Zukunft beteiligt zu werden, noch viel zu selten entsprechende Modelle vor.

Zur Schaffung förderlicher **Rahmenbedingungen**, die im gleichen Maße auch für eine erfolgreiche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Prozess des Bürgerhaushalts beitragen kann, gehören³⁹ in der Schule der Ausbau von Beteiligungsrechten, die Entwicklung und der Ausbau einer Partizipationspädagogik und -didaktik sowie die Organisation von bürgerschaftlichem Engagement als Partizipationserfahrung dazu.

Am Wohnort soll der massive Ausbau und die strukturelle Absicherung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, eine massive Veränderung der Einstellungen und Haltungen der Erwachsenen, eine optimierte Informationspolitik mit kinder- und jugendnahen Medien und vielfältigen Mitbestimmungsformen, die Einstellung qualifizierter Personen sowie die Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer und Jugendarbeiter sowie die Entwicklung eines Gesamtmodells der kommunalen Kinderpartizipation gefördert werden.

Begriff der Partizipation: Unter Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird das Recht zur Teilhabe und die Fähigkeit zur Teilnahme an demokratischen Prozessen in allen sie betreffenden Angelegenheiten und Fragen verstanden⁴⁰.

Welche **Formen der Partizipation** von Kindern und Jugendlichen gibt es? Es gibt **repräsentative Beteiligungsformen** wie beispielsweise Kinder- und Jugendparlamente und Beiräte, die in der Regel ein Rede- und Vorschlagsrecht im Rat der Gemeinde oder in Ausschüssen besitzen. Auch **offene Beteiligungsverfahren** wie Kinder- und Jugend-

versammlungen, Zukunftskonferenzen und Zukunftswerkstätten und **projektorientierte Beteiligung**, thematisch und zeitlich begrenzte Projekte mit klarem Ziel und greifbarem Produkt, gehören zu den Formen der Partizipation.

Wie ist die **Art der Beteiligung** von Kinder und Jugendlichen? Hier sind **drei verschiedene Arten von Politiken** zu nennen: Politik **von** Kindern und Jugendlichen in repräsentativen oder parlamentarischen, offenen oder projektorientierten Formen; Politik **mit** Kindern und Jugendlichen die entweder durch Beteiligung an Institutionen der Erwachsenenwelt oder durch punktuelle Beteiligung realisiert wird und Politik **für** Kinder und Jugendliche, hier nehmen Erwachsene die Kinder-/Jugendinteressen stellvertretend wahr.

Was sind die **Merkmale von Beteiligungsprojekten von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde?** Partizipationsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune sind ergebnisorientierte und ergebnisoffene Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse zwischen betroffenen und zuständigen Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen zu Fragen, die für die Kinder und Jugendlichen bedeutsam sind und bei denen echte Alternativen möglich sind⁴¹.

³⁹ vgl. Schneider, Helmut/Stange, Waldemar/Roth, Roland (2009): Kinder ohne Einfluss? Eine Studie des ZDF zur Beteiligung von Kindern in Familie, Schule und Wohnort in Deutschland 2009, ZDF Mainz

⁴⁰ vgl. Knauer, Raingard/ Sturzenhecker, Benedikt (2005). Partizipation im Jugendalter, in: Hafenecker, Benno/Jansen, Mechthild, M./ Niebling, Torsten (Hrsg.): Kinder- und Jugendpartizipation. Im Spannungsfeld von Interessen und Akteuren, Opladen, S.63-94, S. 68

vgl. Olk, Thomas/ Roth, Roland (2007): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh, S. 20

vgl. Bukow, Wolf-Dietrich (2000): Zwischen Partizipation und Mitbestimmung, in: Bukow, Wolf-Dietrich/ Spindler, Susanne (Hrsg.): Die Demokratie entdeckt ihre Kinder. Politische Partizipation durch Kinder- und Jugendforen, Opladen, S.171-190

⁴¹ vgl. Knauer, Raingard/ Friedrich, Bianca/ Herrmann, Thomas/ Liebler, Bettina (2004): Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Vom Beteiligungsprojekt zum demokratischen Gemeinwesen, Wiesbaden, S. 64

Tisch 2:
Dr. Anja Röcke,
Humboldt-Universität zu Berlin:
Bürgerhaushalt der Gymnasien in der
französischen Region Poitou-Charentes



Der „Bürgerhaushalt der Gymnasien“ (budget participatif des lycées) in der Region Poitou-Charentes ist das interessanteste Beispiel partizipativer Haushaltspolitik in Frankreich sowie das **erste Verfahren auf regionaler Ebene in Europa**. Der „Bürgerhaushalt der Gymnasien“ basiert auf dem starken politischen Willen der Regionalpräsidentin Ségolène Royal und verleiht den Teilnehmenden **direkte Entscheidungskompetenzen** über 10 Millionen Euro jährlich, das heißt zehn Prozent des Budgets für Gymnasien, sowie einen indirekten Einfluss auf Entscheidungen der regionalen Schulpolitik allgemein.

Wie funktioniert das Verfahren, das die Organisatoren unter das Motto der „partizipativen Demokratie“ gestellt haben? Was waren bisher die **wichtigsten Ergebnisse**? Der **Zyklus** der Beteiligung gestaltet sich hier so: Der „Bürgerhaushalt der Gymnasien“ wurde im **Jahr 2004** von der neu gewählten Regionalpräsidentin Royal (Sozialistische Partei) initiiert und ist seitdem **jährlich** durchgeführt und weiter entwickelt worden. Das Verfahren **basiert auf zwei Versammlungen**, die in jedem der 93 Gymnasien organisiert werden und allen betroffenen Akteuren offen stehen. Die Sitzungen, auf denen stets auch ein Vertreter oder eine Vertreterin der Regionalverwaltung und des Regionalrates sind, werden von externen Diskussionsleitern animiert.

Zu Beginn des **ersten Treffens** (November-Dezember) wird zunächst das Verfahren vorgestellt. In einem **zweiten Schritt** werden Arbeitsgruppen gebildet, um Projekte zur Verbesserung des Schulalltags zu diskutieren. **Schließlich** stellen Vertreter und Vertreterinnen jeder Gruppe die jeweiligen Ergebnisse im allgemeinen Plenum vor.

In den **darauf folgenden Wochen** begutachtet die **regionale Verwaltung** die einzelnen Vorschläge (maximale Summe pro Vorschlag: 150.000 Euro), bewertet, ob sie unter den Zuständigkeitsbereich der Region fallen und berechnet die Kosten. Eventuell findet zur Spezifizierung eines Projekts noch ein weiteres Treffen zwischen den Antragstellern und einem regionalen Verwaltungsmitarbeiter statt.

Auf der **zweiten Versammlung** (Januar-Februar) werden die derart begutachteten Projekte von der Repräsentantin oder dem Repräsentanten der Region vorgestellt. Es folgt eine Diskussion über die Notwendigkeit und den Nutzen der verschiedenen Anträge, wonach die Abstimmung stattfindet. Der Regionalrat hat sich verpflichtet, im Gesamtrahmen der zehn Millionen Euro die vorrangigen Projekte jedes Gymnasiums zu realisieren. Die Ergebnisse der Abstimmung, sowie alle weiteren Dokumente können auf der Internetseite des Bürgerhaushaltes eingesehen werden. So findet im März die Wahl der Projekte durch Regionalrat statt und von April bis Juli werden die Projekte realisiert.

Die **Ergebnisse** sind: **Demokratisierung und Verwaltungsmodernisierung**. Im Schuljahr 2007/2008 haben 16.400 Menschen an beiden Veranstaltungsrunden teilgenommen, das heißt **sieben bis acht Prozent der eingeladenen Bürgerinnen und Bürger** (Gesamtzahl 120.000) sowie **40 Prozent aus der Gruppe der Schülerinnen und Schüler**. Dies ist ein sehr beachtliches Ergebnis im Vergleich zu vielen anderen Beteiligungsverfahren, bei denen die Beteiligungsrate oft um ein Prozent liegt. Mit Blick auf die **Vielzahl der Versammlungen**, insgesamt 186, der eingesetzten logistischen wie personellen Mittel sowie der in manchen Schulen vorherrschenden Beteiligungsverpflichtung der Schülerinnen und Schüler erscheinen die **Ergebnisse hingegen etwas weniger weit reichend**. Das Beteiligungsniveau sowie die Qualität der Debatten hängen maßgeblich davon ab, ob der Bürgerhaushalt vom Lehrpersonal und der Direktorin oder dem Direktor in den Schulen unterstützt wird.

Wie ist der **konkrete Einfluss** der Teilnehmenden? Sie verfügen einerseits über eine **beachtliche Autonomie**, da sie die Rangfolge der Projekte in einer Wahl festlegen, die von der Region akzeptiert wird (de facto Entscheidungskompetenz); andererseits wird der Prozess fast ausschließlich „von oben“ organisiert, also von der Regionalregierung und den in ihrem Auftrag arbeitenden Moderatoren. Nichts desto trotz berücksichtigen die Organisatoren in wachsendem Maße die Perspektiven der Teilnehmenden auf das Verfahren sowie auf die regionalen Prioritäten in der Schulpolitik allgemein. Aus diesem Grund verleiht der „Bürgerhaushalt der Gymnasien“ den Teilnehmenden auch einen **indirekten Einfluss auf weiter reichende politische Fragen** und nicht nur auf konkrete Projekte in einzelnen Schulen (mehr als 700 Projekte in den Jahren 2004–2007).

Eine **zweite Beteiligungsebene**, die eine Diskussion zwischen einzelnen Schulen ermöglicht hätte, wurde **bisher nicht realisiert**, ist aber voraussichtlich für den Zeitraum nach den Regionalwahlen 2010 geplant (im Falle eines erneuten Wahlsiegs der Sozialistischen Partei). Aus diesem Grund lassen sich aus dem Verfahren **keine direkten sozialen Umverteilungseffekte** ableiten, sondern diese entstehen über die Prioritätensetzung auf regionaler Ebene. Die **Einbeziehung aller Schülerinnen und Schüler**, die in den bestehenden repräsentativen Gremien in den Schulen eine sehr geringe Rolle spielen, hat zu neuen Informationen über den Zustand bzw. Probleme in den einzelnen Schulen geführt. Die regionalen Verantwortlichen konnten konkrete Antworten auf die neu entdeckten Probleme entwickeln, wie eine bessere Ausstattung in Internaten, mehr kulturelle Aktivitäten für Schüler oder mehr lokale Produkte in Schulkantinen. Durch die größere Transparenz von Entscheidungen, der besseren Kommunikation zwischen Schulen und Verwaltung sowie der größeren Kontrolle von Entscheidungen hat der „Bürgerhaushalt der Gymnasien“ zu einem **umfassenden Reformprozess in der regionalen Verwaltung** geführt.

Auch wenn es den Organisatoren vor allem um die Realisierung einer „partizipativen Demokratie“ im Sinne einer Verbindung von direkter Partizipation und repräsentativen Institutionen geht, ist dieses Verfahren an erster Stelle ein gelungenes Beispiel für eine Verwaltungsmodernisierung durch Partizipation und daher auch von besonde-

rem Interesse für die Diskussion zum Bürgerhaushalt in Deutschland.

Als **Herausforderungen oder auch zentralen Probleme** dieses „Bürgerhaushalts der Gymnasien“ können vier Aspekte genannt werden: der so genannte „Weihnachtsmann-Effekt“, also der Verlust der politischen Dimension (zentrales Anliegen der Organisatoren): Im Vordergrund stehen zum Teil nur mehr die Akquirierung zusätzlicher Mittel, aber nicht (mehr) politische Bildung oder Erziehung zur Demokratie (1). Darüber hinaus finden viele Debatten statt, in denen die Dominanz des Schulpersonals gegenüber Schülerinnen und Schülern und „technischem“ Personal beobachtet werden kann (2). Trotz der Evaluation durch Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestimmt bisher weitgehend die Region das Verfahren (3). Zudem finden nicht, wie ursprünglich geplant, Diskussionen zwischen den Gymnasien statt (4). Dies scheiterte zuerst am Widerstand der Schulen, dann am Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2007. Damit handelt es sich hier nicht um einen Bürgerhaushalt nach den Kriterien von Sintomer, Herzberg, Röcke (2009) und es gibt keine Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Gymnasien im Verfahren.

Demgegenüber stehen **viele positive Ergebnisse** wie die Sichtbarmachung bisher unbeachteter Probleme in den Schulen wie veraltete Sanitäreinrichtungen, ungesundes Essen in der Kantine oder ein Mangel an Kultur. Es kommt zu einer Öffnung der traditionell sehr hierarchischen Institution „Schule“ und zu Kosteneinsparungen (verwaltungsintern aufgrund von Ausgabenkontrolle; in Schulen aufgrund Aufgabenübernahme). Der Bürgerhaushalt der Gymnasien hat zu mehr Kontakt und besserer Koordination zwischen Regionalverwaltung und Schulen geführt. Das hatte weitgehend unerwartete Auswirkungen auf die Regionalverwaltung: sie agiert schneller und transparenter; es gibt eine bessere interne Koordination; es werden neue Themenschwerpunkte in der Regionalverwaltung gesetzt; z.B. wurden „kulturelle Moderatoren“ eingesetzt; auch stehen mehr Mittel für Kulturprojekte zur Verfügung. Seit 2006 findet eine jährliche Evaluation mit zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmern zur Weiterentwicklung des Verfahrens statt.

Welche Herausforderungen sind zu bewältigen? Eine stärkere Entwicklung der politischen Dimension sollte erzielt werden, doch mit welcher Strategie? Hier gibt es zwei

Optionen: die „Community-Orientierung“ (mehr selbstverwaltete Projekte in Schulen, die in Kooperation von Schülerinnen und Schülern und kulturellen Moderatoren durchgeführt werden) oder die Einrichtung einer zweiten Partizipationsebene zwischen den einzelnen Gymnasien; dadurch würde das Verfahren komplexer. Wäre beides denkbar? Und was passiert nach den Regionalwahlen 2010?

[Am 21. März 2010 wurde Ségolène Royal als Regionalpräsidentin von Poitou-Charentes wiedergewählt – mit fast 61% der Stimmen.]

Tisch 3: Dr. Giovanni Allegretti, Centro Estudos Sociais (Portugal): Stärkung der Demokratie durch Kooperation: Beispiel Portugal und Kapverdische Inseln



Obwohl es in Brasilien und Portugal bereits viele Bürgerhaushalte gibt, haben **andere portugiesischsprachige Länder**, besonders Angola, Guinea-Bissau und Osttimor, wo lokale Behörden noch immer von Zentralregierungen bestimmt werden, hier **noch Nachholbedarf**. Einzig in Mosambik und Kap Verde gibt es einige interessante Versuche.

In **Maputo**, der Hauptstadt von Mosambik mit 1,1 Mio. Einwohnern, startete im Jahr 2004 ein erster schwacher Versuch eines Bürgerhaushalts. Er war Teil eines Wahlprogrammes des FRELIMO⁴²-Kandidaten Eneas Comiche und wurde während eines partizipatorischen Prozesses in einen kommunalen Entwicklungsplan (PROMAPUTO⁴³) überführt. Das vorgeschlagene Bürgerhaushaltsmodell wurde auf drei Diskussionsebenen vorgestellt (63 Wohngegenden, sieben Bezirke und die gesamte Gemeinde). Die Wohngegend fungiert hierbei als kleinste „Planungseinheit“ für Abstimmungen über Prioritäten und ist mit den anderen Ebenen durch Delegierte der Bürger verbunden.

Bei dieser **Methodik** wurde für die im Bürgerhaushalt verfügbaren, lokal eingenommenen und transferierten Gelder eine Höchstgrenze von 15 Prozent festgelegt, wobei allerdings nur 12 Prozent dieser Summe für 14 Mikroprojekte verwendet wurden, die proportional zur Größe, Einwohnerzahl und zum Steueraufkommen der Bezirke ver-

⁴² „Frente da Libertação de Moçambique“ (Mosambikanische Befreiungsfront)

⁴³ <http://web.worldbank.org/external/projects/main?Projectid=P096332&theSitePK=40941&pagePK=64283627&menuPK=228424&piPK=73230>

wirklicht wurden. Im Mai 2008, 40 Tage nachdem eine technische/politische Delegation des Maputoer Rathauses am „Afrikanischen Regionalseminar zum Bürgerhaushalt“ teilgenommen hatte, welches von MDP-ESA zusammen mit dem UN-HABITAT, der Weltbank und der Schweizer Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit in Durban organisiert wurde, kündigte der Stadtrat von Maputo ein neues und besser organisiertes Bürgerhaushalt-Pilotprojekt an, das im Stadtbezirk Catembe anlaufen soll. Der folgende Prozess wurde in 24 Wohngegenden organisiert, wobei besonders darauf geachtet wurde, die weiter entfernten Gemeinden in den größeren Bezirksräten zu repräsentieren. Die größten Probleme, die es zu lösen galt, waren die Stromversorgung, der Verkehr und die grundlegenden Infrastrukturen. Mit dem Ende der Amtszeit von Bürgermeister Eneas Comiche im November 2008 wurde auch der Bürgerhaushalt auf Eis gelegt. Derzeit ruht die Arbeit des zur Umsetzung des Bürgerhaushalts aufgestellten technischen Teams, während einige der vordringlichen Anliegen der Bürger noch nicht umgesetzt werden konnten.

Hoffnung besteht **heute** vor allem deshalb, weil Maputo immer noch ein formeller Partner des Brasilianischen Netzwerkes von Bürgerhaushalten im Projekt „Passo-a-passo para a Implementação do Orçamento Participativo“⁴⁴ ist, das vom niederländischen Treuhandfonds mitfinanziert wird. Dies ist Teil des Programms „Belebung der Zusammenarbeit zwischen Afrika und Lateinamerika“, einem von der Weltbank finanzierten Experiment, das im Jahr 2008 gestartet wurde und die Testprojekte um den Bürgerhaushalt in Afrika in einer Süd-Süd-Zusammenarbeit ausdehnen will.

Es sollte betont werden, dass die Gemeinden in Mosambik heute **verschiedene Typen des partizipatorischen Prozesses** anwenden, von denen einige die Prinzipien des Bürgerhaushalts beinhalten. So zum Beispiel im partizipatorischen Planungssystem (Experiment) in Dondo (71.600 Einwohner) und in anderen Prozessen, die von der Schweizer Agentur für Entwicklung und Zusammenarbeit in Cuamba, Metangula, Montepuez, Mocímboa da Praia und Ilha de Moçambique von 2001 bis 2007 im Rahmen

eines Projekts zur kommunalen Dezentralisierung mitfinanziert wurden. Dondo wurde als Beispiel in den UN Training Companion aufgenommen, ein vom UN-HABITAT herausgegebenes Handbuch zur Förderung der Umsetzung von Bürgerhaushalten in verschiedenen afrikanischen Ländern. Denn in Dondo wurden Entwicklungskeimzellen von Wohngegenden und eine Vereinigung von Gemeindediensten eingerichtet, die die Grundlage für ein Gemeindeentwicklungsmodell der städtischen Verwaltung bildeten. Dondo hatte 1999 die Herausforderung der Umsetzung eines partizipatorischen Prozesses, der das sozioökonomische Wachstum der Gemeinden fördern könnte, auf Vorschlag von gemeindebasierten Gruppen angenommen. Dieser beinhaltete im Jahr 2007 bestimmte Diskussionen zu den Ausgaben des Haushaltsplans, der mit Beteiligung der Bürger und verschiedenen Akteuren aus dem privaten Sektor, die dem Prozess beiwohnten, beschlossen wurde. Heute liegt die **Herausforderung darin, das System des Bürgerhaushalts zu vertiefen und es für schwache soziale Gruppen zu öffnen**, indem eine spezielle Methodik angewandt wird und die Qualität der Debatte besonders auf der gesamten Stadtebene durch ein groß angelegtes Bildungsprogramm und Capacity Building-Schulungen verbessert wird.

Im Fall von **Kap Verde 2005** begannen die Debatten über einen Bürgerhaushalt im Jahr 2005, als UNICEF eine erste Kooperationsvereinbarung über die Schulung lokaler Behörden zu diesem Thema mit einigen der 22 Gemeinden abschloss. Später wurde das „Projekt zur Umsetzung des Bürgerhaushalts“ von der Generaldirektion der lokalen Verwaltung, einer staatlichen Behörde, koordiniert, und vom UN Fund for Good Governance unterstützt. Im Jahr 2007 beteiligte sich In-Loce, eine portugiesische NGO, die ein von der EU finanziertes nationales Projekt zur Schulung von gewählten Beamten und Technikern im ganzen Land auf dem Gebiet des Bürgerhaushalts koordiniert⁴⁵.

Das **Programm** wurde auf die im ersten Jahr festgestellten lokalen Bedürfnisse zugeschnitten. Ursprünglich nahmen nur die Gemeinden Santa Cruz und São Miguel (Santiago

⁴⁴ Übersetzung: Schritt für Schritt für eine Implementierung von Bürgerhaushalten

⁴⁵ www.op-portugal.org

Island), Paul (Santo Antão) und Mosteiros (Fogo) teil, doch nach einigen Veränderungen – sowohl im Ministerium als auch bei den Verwaltungswahlen – wurde das Projekt für alle interessierten Städte geöffnet. Diese neue Phase wurde im Sommer 2009 durch eine internationale Konferenz, die Beispiele von Bürgerhaushalten aus Lateinamerika und Portugal aufzeigte, eingeleitet. Nun, da einige hinderliche Umstände beseitigt worden waren (z. B. wie Schauplätze mit Bürgerbeteiligung vor dem Hintergrund eines fehlenden Gesetzes zum Bürgerhaushalt mit den gewählten Institutionen verbunden werden können), konzentriert sich das Projekt darauf, die Kontinuität des Werkzeugs Bürgerhaushalt und den bereits davor vorhandenen partizipatorischen Prozessen zu gewährleisten. Das erste Pilotprojekt startete im Jahr 2009 in der 8.500 Einwohner zählenden Gemeinde Paul, einem ländlichen Fleckchen mit großem Tourismuspotenzial. **Im Zentrum dieses Prozesses steht die Wohnungsproblematik**, die in einer Bürgerbefragung als sensibles Thema in diesem Gebiet genannt wurde.

In der nahen Zukunft wird sich **ein anderes Projekt mit der Umsetzung des ersten Bürgerhaushalts in Kap Verde beschäftigen**. Es wird vom Zentrum für Gemeinschaftskunde der Universität Coimbra koordiniert mit dem Ziel, die Bürgerhaushalt-Testprojekte in Kap Verde und Portugal parallel überwachen zu können und die Beziehung der lokalen Behörden der beiden Länder zueinander zu stärken. Am neuen Projekt ist auch die NGO Africa 70 beteiligt, die hauptsächlich in Kap Verde und dem staatlichen Schulungszentrum für lokale Behörden von Portugal (CEFA) tätig ist. Dieses wartet für die neu geschaffene beratende Gesellschaft der Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Länder FORAL-CPLP mit verschiedenen Aktivitäten auf. Die Gesellschaft wurde im Jahr 2009 zur Führung eines permanenten Dialogs zwischen den lokalen Behörden von acht Ländern gegründet.

Was bei diesem Beispiel bemerkt werden muss, ist, **wie sehr die Zusammenarbeit zwischen Ländern und verschiedenen Institutionstypen** wie lokalen Behörden, Universitäten und NGOs die **Bürgerhaushalt-Testprojekte vorantreiben und ihre Ergebnisse verbessern könnte**. Das

Vorhandensein von anderen sozialen Akteuren, die sich um die Verbesserung der Qualität des Bürgerhaushalts kümmern, könnte in der Tat eine unentbehrliche Ressource darstellen, wenn lokale Behörden nicht die Kapazitäten besitzen, den Prozess zu überwachen und sie versuchen, die Prozessrichtlinien jedes Jahr abzuändern, um die Effektivität des Prozesses zu verbessern.

Im Fall von Kap Verde konnten die Fehler, die im ursprünglich nach dem Top-Down-Prinzip konzipierten Projekt gemacht wurden, dank der weitreichenden Zusammenarbeit von verschiedenen sozialen Akteuren überwunden werden.

Arbeitsergebnisse der Tischgruppen

In den Diskussionen des zweiten Tages wurden sowohl die vorgetragenen Themen als auch die Ergebnisse des Vortages aufgegriffen, zudem wurden Einzelaspekte angesprochen. So wurde von der erfolgreichen Einrichtung einer Jugendjury⁴⁶ in Berlin berichtet und auch von Patenschaftsmodellen, in denen Kinder- und Jugendinitiativen Patenschaften mit Vertretern aus Politik und Verwaltung schließen. Ebenso führen sogenannte „Vereinbarungsverträge“ zwischen Verwaltung und Kinder- und Jugendinitiativen zu oftmals positiven Resultaten.

Grundsätzlich wurde festgehalten, dass die Diskussion der Ideen der Kinder und Jugendlichen auf Augenhöhe mit den Erwachsenen stattfinden sollte, da sie Expertinnen und Experten in ihrem Lebensfeld sind. Deshalb wurde die Schaffung eines jugendgerechten Zugangs zum Verfahren des Bürgerhaushalts gefordert, der auch die erfolgreiche Einbindung von Kindern mit Migrationshintergrund und damit auch ihrer Eltern möglich macht.

Neben diesen allgemeinen Aspekten wurden wie am Tag zuvor auch Erfahrungen aus anderen Ländern kurz angerissen: So wurde von unterschiedlichen Ansätzen des Bürgerhaushalts in Finnland berichtet, der als Beginn einer Innovationskette gesehen wird. Die Idee wirkt von den Kommunen aus auf die Region, auf das Land und schließlich auf die Nationalebene. Ein Beispiel aus Peru zeigte, dass Partizipation unerlässlich ist. Hier wurde ein

⁴⁶ <http://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/presse/archiv/20091009.1150.141878.html>

Gesetz⁴⁷ erlassen, dass die Kommunen verpflichtet, einen Bürgerhaushalt durchzuführen. Das Ergebnis zeigte, dass zwar grundsätzlicher Bedarf an der Durchführung eines Bürgerhaushalts besteht, doch die Kommunen, die schon vor Gesetzeserlass einen solchen Haushalt befürwortet hatten, waren viel erfolgreicher als die, die nur auf Grund des Zwangs einen Bürgerhaushalt einführen.

Grundsätzlich ist der Bürgerhaushalt als ein Element eines gesamten Beteiligungskonzeptes zu sehen, das in einer Bürgerkommune umgesetzt wird. Er soll nicht nur politische, sondern auch gesellschaftliche Prozesse verändern. Der Bürgerhaushalt ist ein Weg der Bürgerschaft zu mehr Transparenz und Einfluss in vielen Bereichen.

Die **Sammlung der Ergebnisse der Tischgespräche beider Veranstaltungstage** ergab eine Liste mit Anregungen, die im Folgenden thematisch sortiert wurden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums nahmen eine Gewichtung der einzelnen Punkte vor, die markierten Vorschläge wurden mehrheitlich für besonders bedeutend erachtet:

Leitbild und Struktur:

- Die Leitbildentwicklung ist der Beginn eines Bürgerhaushalts-Prozesses
- **Grundlegend ist das Leitbild einer solidarischen, nachhaltigen Bürgerkommune**
- **Die Struktur sollte so beschaffen sein: Bürgerkommune -> Beteiligungskonzept -> Bürgerhaushalt -> mit begleitenden Lernprozessen**
- **Schaffung von Modellprojekten mit speziellen gesetzlichen Rahmenbedingungen (freie Gemeinden)**

Budgetfragen:

- Vordiskussion von Budgets in Interessengruppen -> danach Diskussion in größeren Foren
- Finanznotlagen: Zwang zur Information -> Bürgerinnen und Bürger wollen kein ‚Notnagel‘ sein
- Auch „ohne“ Verteilungsspielraum soll die Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen werden
- Auch die Einnahmen der Kommune im Bürgerhaushalt sollten kritisch betrachtet werden, ebenso wie indirekte- und Folgekosten

Zum Verfahren:

- Verfahren müssen von der Stadtspitze angestoßen sein
- Mit Beteiligungsverfahren sollte bereits in der Schule begonnen werden
- **Top-down und Bottom-up Verfahren müssen zusammen spielen**
- Die Rückkopplung der Ergebnisse an die Beteiligten ist wesentlich
- **Wichtig ist die größtmögliche Transparenz der Entscheidungsprozesse und der Rechenschaftslegung**
- Reflexion der Entscheidungsprozesse
- Zu Prozessbeginn sind klare Rahmenbedingungen zu bestimmen und zu kommunizieren
- Prozesse sollten zum Aufbrechen von Feindbildern genutzt werden
- **Scheitern als Möglichkeit akzeptieren (-> Chance zur Weiterentwicklung)**

Politik und Gesellschaft:

- Politiker sollten die Fachkompetenzen der Bürgerschaft aufgreifen
- Die Qualifizierung der Politiker ist als Chance zu betrachten
- Interessengruppen sollten in eigener Sache nicht zu viel Einfluss haben
- Lernen, die unterschiedlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu respektieren
- Die Zivilgesellschaft sollte der Verwaltung Mut zu Innovation machen

Kinder und Jugendliche:

- **Politische Bildung z.B. in Schulen ist an konkrete Projekte anzuknüpfen z.B. mit Budgets**
- Einrichtung einer **Kinder- und Jugendjury** mit Verfügung über Geld
- Die Kopplung von Beteiligung an Schulen mit Bürgerhaushalt als Herausforderung betrachten
- **Entwicklung von Schulen als Kompetenzzentrum im Raum/Stadtteil**
- Kinder müssen für den Fortgang ihrer Vorschläge Verantwortung übernehmen können

⁴⁷ www.internationalbudget.org/themes/PB/LatinAmerica.pdf Stand: 6.Februar 2010, S. 7

IV. 3. Forum III: Soziale Gerechtigkeit und Gender Budgeting

Workshop,
Moderation: Marlene Grauer und
Florian Rister, teamGLOBAL



Die Leitfrage des zweiten Tages in Forum III war: Wie können Bürgerhaushalte einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten? Im ersten Vortrag wurde eine Einführung in die Etablierung von Bürgerhaushalten in Brasilien und die nachweisbaren Erfolge dort geboten. Im zweiten Vortrag waren Konzepte der Bürgerbeteiligung als Instrument für eine verbesserte Stadtplanung Gegenstand. Abschließend ging es um die Erfahrungen der kanadischen Wohnungsgesellschaft Toronto Community Housing, die als größter Wohnraumanbieter Kanadas seit dem Jahr 2001 ihren Mietern ein Mitbestimmungsrecht bei der Verwendung des Budgets einräumt. Die Qualität der Lebensumstände konnte durch diese Mitbestimmung ebenso gesteigert werden wie der Zustand der Wohnanlagen. In der anschließenden Fishbowl-Diskussion richteten die Teilnehmenden Fragen an die Referierenden, die Diskussionsaspekte wurden von dem Moderatorenteam in Themenclustern notiert.

Steve Floros, Director Toronto Community Housing (Kanada): Bürgerhaushalt bei der Wohnungsverwaltung: Toronto



Ich möchte Sie zuerst mit **einigen Fakten** über Toronto Community Housing (TCHC) vertraut machen: Zu unseren Kunden zählen 164.000 Mieter, was sechs Prozent der gesamten Stadtbevölkerung ausmacht; 98.400 davon sind Frauen und 20.600 Jugendliche im Alter zwischen 13 und 25 Jahren. In einem Drittel aller Haushalte leben Personen im Alter von über 59 Jahren und über 19.000 sind noch Kinder. 93 Prozent der Mieter zahlen einkommensabhängige Mieten (Rent-Geared-to-Income) und insgesamt werden von den Mietern mehr als 18 Sprachen gesprochen.

Als **Mietsherr** ist es unser Ziel, das Wohlbefinden unserer Gemeinschaften zu verbessern. In diesem Zusammenhang lässt sich ein **neues Modell** von TCHC aufzeigen – ein **Mietermitbestimmungssystem**, in dem Instrumente der **Bürgerhaushaltsprozesse** zum Einsatz kommen. Für uns stellt ein Engagement der Mieter ein geeignetes Mittel dar, um Verbesserungen durchzuführen. Die Hauptaufgabe besteht darin, Bedingungen zu schaffen, unter denen Mieter in der Lage sind, Partizipationsbarrieren abzubauen und im eigenen Namen für Gleichberechtigung in der Dienstleistungs- und Zivilgesellschaft einzutreten.

Aufgrund der **demographischen Zusammensetzung unseres Kundenstammes** ist es naheliegend, dass unser Schwerpunkt entsprechend auf Haushalten liegt, die von alleinerziehenden Müttern geführt werden. Daher richten **problemorientierte Organisationen** sich selbst und ihre Arbeit auf **soziale Eingliederung** aus und **fokussieren sich**

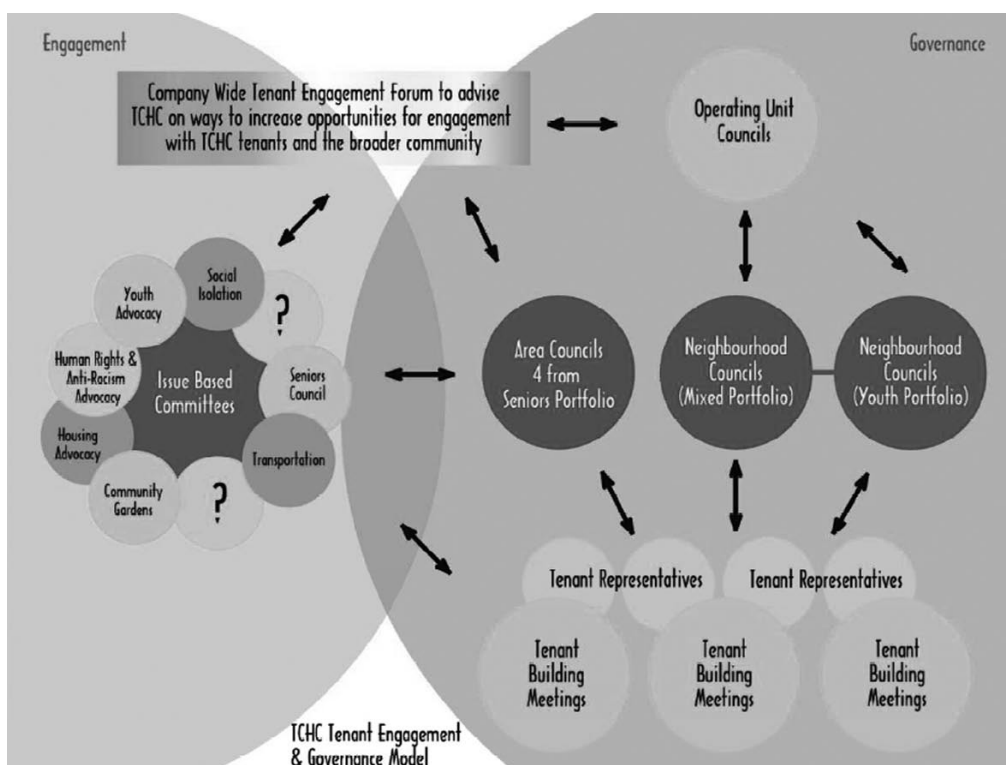
zudem auf Frauen, die sich auf Kinder- und Jugendarbeit konzentrieren. Das neue Mietermitbestimmungssystem wurde in Zusammenarbeit mit den Mietern aufgebaut. Dabei wurde ein umfangreiches System entworfen, das zur Umsetzung einer stärkeren Partizipation und Entscheidungsfindung zum Einsatz kommt.

Die voranschreitenden organisatorischen Veränderungsprozesse waren notwendig, um die strategischen Ziele von TCHC bei der sozialen Entwicklung und Eingliederung zu erreichen. Wir erreichen dies unter Verwendung mehrerer unterschiedlicher Strategien, einschließlich partizipatorischer Planung und Bürgerhaushalten, Mieterbeteiligung, Stadtteilentwicklung, Gemeinschafts- und Mieterengagement, zivilgesellschaftlichen Engagements und sozialer Maßnahmen.

Was sind die **Hauptbestandteile** des Systems? Zu den Bestandteilen gehören die Beschäftigung mit städtebaulichen Themen auf Gebäudeebene, die Stärkung lokaler Entscheidungsprozesse, die formelle Beibehaltung eines Wahlsystems und die Erweiterung des Partizipationsangebots. **Dieses neue Modell wurde unter Mithilfe der Mieter** mit der Absicht entwickelt, ein System zu schaffen, das sich

besser an die neue organisatorische Struktur anpasst. Im Zentrum steht nun die **Unterstützung von Mietern** bei der Auseinandersetzung mit Bereichen, die sich auf ihre Lebensqualität auswirken. Aufgrund der Schwierigkeiten, denen in Armut lebende und wegen ihrer Hautfarbe diskriminierte Bürger begegnen, ist die **soziale Gerechtigkeit** ein wichtiger Aspekt des neuen Systems.

Die **Chance** für die Mieter besteht darin, dass sie sich an der Gestaltung ihrer Gemeinschaften, ihrer Stadtteile und der Stadt beteiligen können. Die organisatorische Verantwortlichkeit von Mietern in ihren Gemeinschaften ist gestiegen, und wir konnten sinnvolle Wege finden, um die Mieter zu einem Engagement zu bewegen, die respektvoll, integrativ und zugänglich sind. Das **Ziel** ist es, dafür zu sorgen, dass die Mieter unabhängig von ihrem Wohnsitz den **gleichen Zugang zu allen Dienstleistungen** der Stadt haben. Die Hauptbestandteile des neuen Systems konzentrieren sich darauf, die **Führung der Mieter auf jede erdenkliche Art zu unterstützen**. Mithilfe dieses Systems ist es möglich, **Frauen zu unterstützen**, da eine Vielzahl von Haushalten von alleinerziehenden Müttern geführt wird. Aus diesem Grund sind wir dabei, bei der



Das Mietermitbestimmungs- & Governance-Modell von Toronto Community Housing.

Bekämpfung von Problemen hinsichtlich der Gebäude eine **stärkere Beziehung zwischen unserem Personal und den Mietern** aufzubauen. Unser Schwerpunkt liegt auf dem Bereich der **Anwohnerbeteiligung**, und heute bestehen bereits mehrere Fragen der **sozialen Gerechtigkeit**.

Was ist der **Kontext** unserer Bürgerhaushalte? Toronto Community Housing richtete seine Bürgerhaushalte 2002 ein. Dabei mussten wir uns mit unterschiedlichen Organisationskulturen auseinandersetzen. Wir arbeiten mit regierungsbasierenden Verantwortlichkeitsstrukturen und versuchten, neue Wege einschließlich des gemeinschaftlichen Wohlbefindens, der sozialen Eingliederung und der Beteiligung sowie der gemeinschaftlichen Verantwortlichkeit einzuschlagen. Dem Toronto Community Housing Modell stehen bei der Arbeit mit Bürgerhaushalten 9 Millionen kanadische Dollar (ca. 7 Millionen Euro) aus einem insgesamt 53 Millionen (ca. 42 Mio. Euro) großen Gesamtbudget zur Verfügung. 80 Prozent davon – bzw. 7,2 Millionen Dollar (ca. 5,7 Mio. Euro) – werden durch die Anzahl der Gebäudeeinheiten geteilt und für Entscheidungen in Bezug auf den Bau / laufenden Betrieb von Einheiten zur Verfügung gestellt. 20 Prozent bzw. 1,8 Millionen Dollar (ca. 1,4 Mio. Euro) werden für einmalige Leistungen zurückgestellt. Unseren Auflagen zufolge muss das Projekt durchführbar und bedeutend sein. Eine Prämienzahlung erfolgt, wenn dadurch wirtschaftliche Möglichkeiten für die Mieter gestaltet werden. Das **Gesamtwerk der Bürgerhaushalte** besteht aus Hausversammlungen, Wahl der Mietervertreter, Betrieb der Gebäudeeinheit/Sortieren der Prioritäten durch die Gemeinschaft, Ausgabenentscheidungen und Entscheidungen darüber, ob ein Projekt für eine Finanzierung mit einem Teil der 20 Prozent in Frage kommt.

Welche **Vorteile** sind zu nennen? Das Ergebnis einer Umfrage zeigt, dass Bürgerhaushalte die **beliebteste durchgeführte Geschäftsverbesserung** sind. Damit werden die getroffenen geschäftlichen Entscheidungen **legitimiert**.

Ein verstärktes Interesse besteht daran, Eigentum zu erhalten, besonders dann, wenn Bürgerhaushalte mit wirtschaftlichen Chancen für die Mieter verbunden sind.

Im Jahr 2009 konnte im Laufe der **Bürgerhaushalts-evaluierung** unter den Projekten eine ganze Reihe von Highlights ausgemacht werden. Mietforscher wurden beauftragt, die Bürgerhaushaltsprozesse auszuwerten und Empfehlungen für Verbesserungen im Jahr 2010 auszusprechen. Erstmals konnte beim Identifizieren der Prioritäten im West-Portfolio eine große Beteiligung der Jugend festgestellt werden. Dank vertraglicher Vereinbarungen wurden für Mieter Arbeitsplätze geschaffen und Begleitausschüsse beaufichtigten die Umsetzung der Bürgerhaushaltsprojekte.

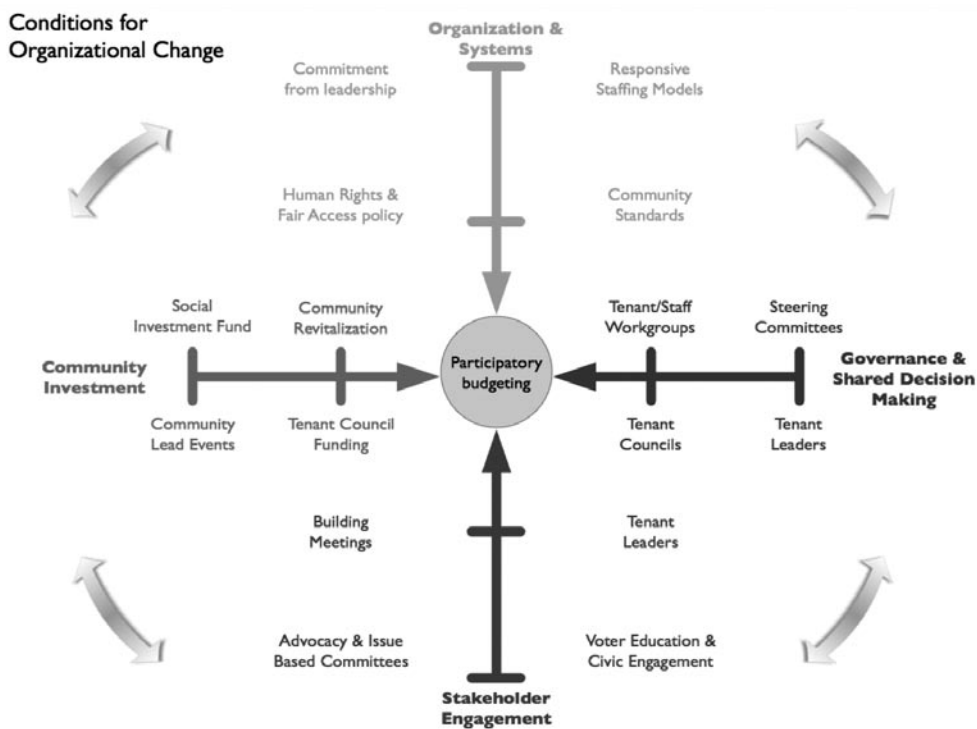
Wir arbeiten mit **problemorientierten Gruppen** zusammen: **Ihre Arbeit konzentriert sich auf soziale Eingliederung**.

Drei erste Gruppen gehören hinsichtlich der Mieterinteressen dazu. Es handelt sich hier ausschließlich um aufstrebende Gruppen, die sich mit der Arbeitsplanung für das Jahr 2010 beschäftigen. Der bisherige Prozess war ein wesentlicher Entwicklungsansatz für die Gemeinschaft; die Funktion der Mitarbeiterunterstützung tritt mit jeder Organisationsversammlung immer deutlicher zu Tage. Einige Barrieren bei der Partizipation der Frauen konnten durch die Einrichtung einer Kinderbetreuung und die Bereitstellung von Transportmöglichkeiten beseitigt werden.

Soziale Gerechtigkeit: Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit ist die Förderung von Themen in Bezug auf psychische Gesundheit, Homosexualität und Gesellschaft⁴⁸, Menschenrechte, Antibleismus, Status-sowie Immigrations- und Flüchtlingsfragen, frauenpolitische Fragen, den Zugang zu Bildung und Arbeitnehmerrechte. Momentan liegt der Schwerpunkt auf den Bereichen Menschenrechte, psychische Gesundheitsförderung, Immigration und Flüchtlingshilfe sowie Lohnkampf.

Zivilgesellschaftliches Engagement: Das Ziel des zivilgesellschaftlichen Engagements ist die Auseinandersetzung mit

⁴⁸ <http://en.wikipedia.org/wiki/LGBT>: LGBT (oder GLBT) ist eine Abkürzung, die sich gleichzeitig auf lesbische, schwule, bisexuelle und transsexuelle Personen bezieht. Der Begriff "LGBT" wird seit den 1990er Jahren verwendet und ist eine Abänderung der Abkürzung "LGB", die wiederum den Ausdruck „Schwulenszene“ ersetzt, der nach Ansicht vieler Mitglieder der LGBT-Szene nicht alle betroffenen Personen umfasst. Im heutigen Sprachgebrauch soll LGBT die Vielfalt von Kulturen hervorheben, die „auf Sexualität und Geschlechtsidentität“ beruhen und bezieht sich mitunter auf alle nicht-heterosexuellen Personen statt ausschließlich auf die Personen, die homosexuell, bisexuell oder Transgender sind. Um diesen Einschluss kenntlich zu machen, wird bei einer beliebigen Variante der Buchstabe Q für „queer“ (schwul, sonderbar) und „questioning“ (Befragung) für die Personen hinzugefügt, die nicht explizit mit LGBT gemeint sind (z. B. „LGBTQ“), wie z. B. Pansexuelle, Intersexuelle usw. Die Abkürzung hat sich als eine Selbstbenennung durchgesetzt und wurde von der Mehrheit der LGBT-Szenezentren und den LGBT-Medien in vielen englischsprachigen Ländern übernommen.



*Bürgerhaushaltsstruktur des
onto Community Housing*

Themen aus den Bereichen Medien, Wähleraufklärung, gemeinschaftliche Sicherheit, Rückbau, Wohnungsbaupolitik, Jugend, Senioren, Politik, politische Interessenvertretung und ethnorrassischen Zugang.

Wirtschaftliche Entwicklung von Gemeinden: Beschäftigt sich mit der Förderung von Themen aus den Bereichen Armutsbekämpfung, Nahrungsmittelsicherheit und Zugang zu Nahrungsmitteln, Parkanlagen, Zugang zu Branchen und Berufen. Der gegenwärtige Schwerpunkt verteilt sich auf zwei Bereiche: Armutsbekämpfung und Zugang zu Nahrungsmitteln.

Tatsächlich gibt es **vier problemorientierte Organisationen**: Ein als Dachorganisation tätiger **hispanoamerikanischer Mieterbund** mit dem Hauptaugenmerk auf Sozialwohnungen einschließlich der TCH-Mieter und der Repräsentanz aus dem Genossenschaftssektor und des Betreuten Wohnens. Sie fokussieren sich auf die Aufklärung der lateinamerikanischen Gemeinschaft über Wohnungswesen, den Social Housing Reform Act (Sozialwohnungsreformgesetz), Aufklärung von Wählern, gemeinschaftliche Sicherheit und sonstige zivilgesellschaftliche Fragen. Der **Antibleismus-Ausschuss** ist eine Organisation, bei deren Arbeit das Eintreten für und die

Aufklärung über Themen der Barrierefreiheit und der psychischen Gesundheitsförderung im Vordergrund stehen.

Der somalische Mieterbund befindet sich momentan in der Entwicklungsphase. Dabei untersteht er der Leitung vom Einsatzteam der West Community Health (Gesundheitsversorgung der West Community) und wird von den East-Community-Direktoren gesponsert und vom kommunalen Gesundheitsamt unterstützt. Beim **Antirassismus-Studienzirkel** für Mieter und Mitarbeiter handelt es sich um drei Pilotprojekte, die 2007 gestartet wurden und von denen eines bereits erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Ein Antirassismus-Programm wurde auf Eis gelegt, bis eine soziale Eingliederungsstrategie entwickelt worden ist.

Unser **Fokus richtet sich auf Frauen**: Es muss in **Kinder- und Jugendbereiche** investiert werden.

Wie stellt sich unsere **Strategievorstellung in Bezug auf Kinder- und Jugendbereiche** dar? Kinder und Jugendliche, die in TCH-Gemeinschaften leben, haben die Möglichkeiten, ihr Wissen, Kompetenzen und Stärken zu erweitern, um das eigene Potenzial voll ausschöpfen zu können. Damit sie dies erreichen können, erhalten sie bei der Beteiligung an qualitativ hochwertigen Leistungen und

der breiten Gemeinde Unterstützung, die allen Kindern und Jugendlichen in Toronto zukommt. Weiter verbessert werden diese Möglichkeiten dank starker Partnerschaften mit kommunalen Dienstleistern sowie hauptamtlichen Fachkräften, die bei ihrer Arbeit kommunale Entwicklungsansätze anwenden. 40 Kinderprogramme gingen in der Zeit von 2006 bis 2009 auf über die ganze Stadt Toronto verteilte externe Partner über. Das Netzwerk der Elterninteressenvertretung wurde eingerichtet, um Eltern (vorrangig Frauen) zu helfen, Kompetenzen und eine Wissensgrundlage zu entwickeln, die es ihnen ermöglichen, sich im eigenen Interesse für mehr Gerechtigkeit bei Leistungen des öffentlichen Systems einzusetzen.

Die in TCH-Gemeinschaften lebenden **Jugendlichen** werden Teil einer gemeinsamen Vision, die auf die Entwicklungsförderung der Jugendlichen ausgerichtet ist, damit diese ihre Herausforderungen meistern und gute Ergebnisse erzielen. Wirtschaftliche Chancen und nachhaltige Lebensgrundlagen, wie etwa berufliche Karrieren und nicht nur Überlebensjobs, sind enorm wichtig, damit die Jugend den Teufelskreis der Armut durchbrechen kann. Koordinierungsprogramme werden in 27 Gemeinschaften innerhalb unseres Kundenbestandes angeboten. Es bestehen Partnerschaften mit der kanadischen United Nations Association, dem Ontario Justice Education Network und anderen Organisationen mit dem Ziel, die Jugend stärker in zivilgesellschaftliche Themen einzubinden. Jugendwahlen und 13 Jugendräte befinden sich gegenwärtig in der Entwicklungsphase, um der Jugend eine Plattform zur Beteiligung an Entscheidungsprozessen in ihren Gemeinschaften zu bieten. Jugendlichen innerhalb der TCH-Gemeinschaften werden Arbeits-, Studien- und Praktikumsplätze sowie Schulungsmöglichkeiten angeboten – davon machen jährlich ca. 300 Jugendliche Gebrauch.

Nils Scheffler, Dipl.-Ing. Raumplanung, Bereiche Stadtentwicklung & Stadtplanung: Aktivierung und Beteiligung von marginalisierten Gruppen



Warum ist Beteiligung sinnvoll? Planungen und Lösungen werden oft „für“ Orte und Gruppen „vom Schreibtisch weg“ entwickelt, ohne deren Probleme und Bedürfnisse tiefgründig zu kennen. Um zu tragfähigen Lösungen zu kommen, die von den „betroffenen“ Akteuren mitgetragen, unterstützt oder sogar selbst umgesetzt werden, bedarf es der Einbindung dieser Gruppen in die Entwicklung von Maßnahmen und Lösungen. Dies bedeutet, dass Beteiligung nicht das Ziel ist, sondern ein Instrument, um Planungen und Maßnahmen – unter anderem - besser an und auf die Bedürfnisse der betroffenen Gruppen auszurichten, lokales Wissen und Ressourcen für die Planung und Umsetzung zu erschließen sowie die Gruppen für die Bedürfnisse anderer Gruppen zu erschließen und die Gruppen für die Bedürfnisse anderer Gruppen zu sensibilisieren und damit die Umsetzung von Planungen und Maßnahmen zu erleichtern.

Beteiligung ist ein Instrument, nicht das Ziel! Beteiligung soll helfen, bedürfnisangepasste Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. In der Praxis stellt sich die Einbindung und Beteiligung der Akteure, insbesondere marginalisierter Gruppen, aber nicht selten als schwierig dar, da „sie sich einfach nicht beteiligen, obwohl wir eine große Bürgerveranstaltung organisiert hatten“ oder „sie haben überhaupt nicht konstruktiv mitgewirkt, sondern nur gemeckert“.

Wer ist zu beteiligen? Zu beteiligen sind nicht nur die Marginalisierten, sondern auch sonstige „betroffene“ Gruppen!

Was kennzeichnet „Marginalisierung“? Marginalisierung kennzeichnet sich dadurch, dass die „Betroffenen“ weniger Möglichkeit haben, aktiv ihre Lebensbedingungen zu gestalten und sie oft nicht an formalen Entscheidungsprozessen teilnehmen. **Wie sind „Marginalisierte“ zu beteiligen?** Große Bürgerveranstaltungen erreichen oft nicht die Zielgruppe der Beteiligung! Beteiligung soll helfen, bedürfnisangepasste Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Über die Beteiligung sind die „Betroffenen-Gruppen“ zu involvieren, die sonst keinen Einfluss bzw. Macht auf die Entscheidungsfindung haben. Große, offene Bürgerveranstaltungen erreichen meist nicht die „Marginalisierten“! Die „Betroffenen“ sind also aktiv und zielgruppenorientiert anzusprechen und ihnen sind zielgruppengerechte Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten.

Welche Anforderungen gibt es für erfolgreiche Beteiligungsverfahren? Allgemeine Beteiligungsmöglichkeiten sowie große Beteiligungsveranstaltungen, an denen „jede und jeder“ teilnehmen kann, führen oft dazu, dass organisierte Interessensgruppen und sogenannte „Beteiligungsprofis“ sowie die „üblichen Verdächtigen“ teilnehmen, die oft solche Veranstaltungen dominieren. Dies führt dazu, dass nicht alle Bedürfnisse, insbesondere

die von marginalisierten Gruppen, zur Sprache kommen. Dies liegt unter anderem daran, dass insbesondere marginalisierte Gruppen nicht gewöhnt sind, sich zu artikulieren, ihre Meinung in größeren Gruppen vor Menschen zu präsentieren. Sie nehmen deshalb an solchen Veranstaltungen oft nicht teil oder halten sich als passive Zuschauer mit ihrer Meinung zurück.

Um dieses „**Manko**“ zu vermeiden, sollten die Zielgruppen, die in ihrem Alltagsleben direkt von der Planung bzw. der Maßnahme „betroffen“ sind, zu Beginn identifiziert werden. So soll sichergestellt werden, dass die wirklich „Betroffenen“ involviert werden und deren Bedürfnisse Gehör finden. Die Zielgruppen müssen frühzeitig eingebunden und aktiv, aktivierend und zielgruppengerecht angesprochen werden. Das Angebot sollte sich durch zielgruppenspezifische, kleinteilige und niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten auszeichnen, damit sie dort abgeholt werden, wo sie sind und so auf die individuellen Eigenarten der jeweiligen Gruppe eingegangen werden kann. Deren Meinungen und Bedürfnisse sind ernst zu nehmen und zu respektieren.

Welche Techniken sind geeignet? Um die „betroffenen“ Akteure in Planungen sowie die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen einbinden zu können, bedarf es in einem ersten Schritt der Aktivierung und in einem zweiten Schritt der Beteiligung dieser Gruppen. Die Aktivierung und Beteiligung ist eine wichtige, wenn

Direkte Techniken	Beteiligungsverfahren	quartiersbezogene Öffentlichkeitsarbeit
Informationsveranstaltungen	Stadtteilkonferenzen und Bürgerforen	Broschüren, Informationsmaterial
Kiezspaziergänge	Arbeitskreise / Workshops	Stadtteilzeitung
Aktivierung über Multiplikatoren (Mund-zu-Mund-Propaganda)	Beteiligungsorientierte und zielgruppenspezifische Projekte	Kunst- und Kulturprojekte
Unterschriftensammlung, Straßeninterviews, informelle Gespräche, Befragungen	Quartiersfonds / Bürgerfonds	Plakate, Flyer
Workshops, Wettbewerbe	Bürgergutachten	Dokumentationen
Kiezfeste und Veranstaltungen	„Planning for real“	Internetangebote
Bürgerversammlungen, regelmäßig stattfindende Treffs und Stammtische	Zukunftswerkstätten	
Beratungsangebote	Runde Tische / Beiräte	

auch nicht zu unterschätzende Aufgabe. Es gilt besonders, die Beteiligungsbereitschaft der marginalisierten Gruppen zu erreichen. Denn deren Bedürfnisse werden bei Planungen oft nicht beachtet, weswegen sie allgemeinen Beteiligungsmöglichkeiten oft skeptisch bis ablehnend gegenüber stehen. Zur Aktivierung dieser Personengruppe sollte deshalb in Erfahrung gebracht werden, was an Problemlösung gewollt ist. Diese Probleme sollten zum Dreh- und Angelpunkt der Aktivierung und Beteiligung gemacht werden⁴⁹. Dazu sind vor Ort gruppen- und interessenspezifische Formen der Aktivierung und Beteiligung zu entwickeln.

Ein Beispiel hierzu: Im Rahmen des Quartiersmanagements kommen dabei unterschiedliche Formen zur Anwendung, die sich in direkte Techniken, in quartiersbezogene Öffentlichkeitsarbeit und Beteiligungsverfahren unterscheiden lassen⁵⁰.

Die **Techniken** dienen dazu, die unterschiedlichen Zielgruppen in den Quartiersmanagementgebieten zu animieren, an der Quartiersentwicklung mitzuwirken. Zudem soll damit das Selbstbewusstsein und die Fähigkeiten der Bewohner gestärkt werden, die eigenen Interessen zu vertreten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. **Die Aktivierung ist Voraussetzung zum Aufbau der selbsttragenden und nachhaltig wirksamen Strukturen im Quartier.**

⁴⁹ Kuhle, Holger: Soviel Quartier wie nötig und soviel Gesamtstadt wie möglich. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik (Hrsg.): Modernisieren ohne auszuschließen: Quartiersentwicklung zur Verhinderung einer städtischen Unterschicht. Bonn 1999: 113-128, S. 117

⁵⁰ vgl. Franke, Thomas: Aktivierung und Beteiligung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“. In: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 02/2002: Soziale Stadt info 7. Berlin: 2-6, S. 3-4
vgl. Empirica: Soziale Stadtentwicklung in Berlin: Evaluationszwischenbericht zum Quartiersmanagement. Berlin 2001, S. 9

Prof. Dr. Leonardo Avritzer (Brasilien): Die sozialen Effekte der Bürgerhaushalte in Brasilien



Was stellen Bürgerhaushalte gemäß der Begriffsdefinition und den der Umsetzung in Brasilien dar?

Bürgerhaushalte sind eine lokale partizipative Strategie, die aus deliberativen Foren besteht und auf Bedürfnisse eher schwacher Schichten eingeht, um eine gerechtere Verteilung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen in brasilianischen Städten zu erzielen. Sie vereint soziale Akteure, Mitglieder von Nachbarschaftsvereinigungen und gewöhnliche Bürger in einem Verhandlungs- und Deliberationsprozess unter Verwendung sowohl der direkten als auch der repräsentativen Partizipation.

Bürgerhaushalte gehen auf eine einzigartige Weise auf den Ausbau der Partizipation und die Etablierung von Gerechtigkeitskriterien im Deliberationsprozess ein.

Der **Ursprung der Bürgerhaushalte** geht auf das Jahr 1989 in Porto Alegre durchgeführte Testprojekt zurück. Es gab eine starke Basisorganisation (UAMPA⁵¹) und die Forderung nach einer Mitsprache bei Haushaltsentscheidungen (seit 1986) und den Sieg der PT-Partei (Arbeiterpartei) bei den Kommunalwahlen 1989. In Porto Alegre war und ist eine Vielzahl von Akteuren tätig.

In Bezug auf die **Methodologie** schenken wir verschiedenen Aspekten Beachtung. Erstens wären hier die Regionalisierung der Stadt und die Einrichtung von Foren und regionalen und themenbezogenen Versammlungen zu

⁵¹ <http://www.hagah.com.br/locais/jsp/default.jsp?regionId=1&action=detail&uf=1&local=1&locale=C1&ingrid=286468>

nennen – eine Präsentation der Bedürfnisse und eine Diskussion über Prioritäten muss in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden. Zweitens findet eine Anpassung der Diskussion über eine Reihe von Regeln und Verfahren statt, wie zum Beispiel Armutsindikatoren und Zugang zu öffentlichen Gütern und Leistungen – Umverteilungskriterien. Der dritte Aspekt beschäftigt sich mit der Bildung eines Bürgerhaushaltsrates (Vertreter und Räte), der den Investitionsplan und den Haushaltsentwurf festlegt. Schließlich findet eine Kontrolle, Aufsicht und Fiskalisierung der Umsetzung der genehmigten Projekte statt.

Der **innovative Aspekt der Bürgerhaushalte** liegt in der Tatsache, dass sie möglicherweise aufgrund der Verbindung von zwei wesentlichen Faktoren, die bei der Verteilung von öffentlichen Gütern und Leistungen zu einer Steigerung der **Gerechtigkeit** führen, einen innovativen Ansatz der politischen Betätigung darstellen:

- a) die direkte Beteiligung von sozial schwachen Gruppen am Entscheidungsprozess über öffentliche Investitionen;
- b) die Einführung von objektiven Kriterien, wie z. B. Indizes, mit deren Hilfe sich ein direkter und objektiver Vergleich von Regionen im selben Territorium durchführen lässt.

Der **IQVU-Index, ein Index zur Lebensqualität in Städten**, ist ein solches Indikationssystem. Er wurde als ein Instrument für Richtlinien und Programme entwickelt. Er setzt sich aus berechneten Indikatoren mit Informationen aus 16 verschiedenen Quellen zusammen und misst das Angebot an und die Zugänglichkeit zu Ressourcen. Der Indikator legt

den Zugang zu Indikatoren städtischer Ressourcen fest, die mithilfe von elf thematischen Faktoren ausgewertet werden. Die Indikatoren haben einen Bezug auf die folgenden Bereiche: Handel und Dienstleistungssektor, Kultur, Wirtschaft, Ausbildung, Wohnungssituation, Gesundheit, städtische Verwaltungsinstrumente, Beteiligung an und Organisation von Sozialpolitik, städtische Umwelt, öffentliche Sicherheit und Verkehr.

Der IQVU-Fall von Belo Horizonte zeigt die Vielfalt, die sogar innerhalb einer Stadt und nicht nur zwischen unterschiedlichen Gemeinden auftreten kann: Einige der Stadtviertel sind in einem mit Skandinavien vergleichbaren Zustand, andere wiederum so arm wie die Städte in Bolivien. Bürgerhaushalte stellen ein Instrument dar, mithilfe dessen ein Zugang zu den oben genannten öffentlichen Gütern gewährleistet werden kann.

Beim Blick auf die **Häufigkeit von Bürgerhaushalten** können wir sehen, wie die ersten Testprojekte aufkamen und deren Zahl mit der Zeit immer weiter anstieg; bis 2008 konnten in unserem Land ca. 200 Bürgerhaushalte durchgeführt werden. Das Aufkommen und die Verbreitung der Bürgerhaushalte über die Gemeindeverwaltung konnte in Brasilien in der Zeit zwischen der ersten Periode – von 1988 bis 1992 – und der zweiten Periode von 1993 bis 1996 verdreifacht werden, und in der letzten Periode zwischen 2005 und 2008 konnte selbst in der westlichen Region eine aufstrebende Entwicklung beobachtet werden. Die **Verbreitung** von Bürgerhaushalten über die Gemeindeverwaltung nimmt in Brasilien stetig zu, insbesondere in der südöstlichen Region. In den letzten Jahren wurden auch

Durchschnittliche Steuererhöhung für Arbeitnehmer aus drei öffentlichen Bereichen für jede MIPP-Stufe und für die Legislatur von 1996 bis 2008 (in Prozent)	MIPP		
	Niedrige Stufe	Mittlere Stufe	Obere Stufe
Arbeitnehmer im Gesundheitsbereich (auf tausend Einwohner)	27,3	17,3	60,6
Arbeitnehmer im Bildungsbereich (auf tausend Einwohner)	12	24,9	29
Arbeitnehmer im Sozialhilfebereich (auf tausend Einwohner)	4,8	18,3	49,8

Bessere Sozialleistungen hängen mit einer höheren Partizipationsquote zusammen

in der nördlichen (und ärmeren) Region Brasiliens vereinzelt Bürgerhaushalte durchgeführt.

Angesichts der herrschenden **Armut in den brasilianischen Gemeinden** dürften die Hauptaufgaben klar sein. Bürgerhaushalte werden hauptsächlich in brasilianischen Gemeinden mit einem über dem Durchschnitt liegenden **Human Development Index (HDI – Index der menschlichen Entwicklung)**⁵² umgesetzt. Bei einem Vergleich des HDI-Durchschnittswertes in ganz Brasilien und in der Nordost-Region mit den entsprechenden Regionen ohne die Einbeziehung der durchgeführten Bürgerhaushaltsprojekte wird ersichtlich, dass der HDI hier mit den Bürgerhaushalten 10 Prozent höher ist als ohne.

Eine Besonderheit Brasiliens ist der Aufbau der sozialen Infrastruktur. Je weiter man sich vom Stadtzentrum entfernt, desto seltener findet man soziale und kulturelle Einrichtungen vor. Wie sehen nun die **Prioritäten bei der Verteilung der Ressourcen** aus? Partizipation steht an erster Stelle, Sonstiges an zweiter Stelle, an dritter die Armut der Region und dann, mit großem Abstand, folgen die Sozialpolitik und Infrastruktur. Dies führt zu einer weiteren Frage: **Ist die Partizipation für die Gemeinden wirklich von Bedeutung?** Bei der Beantwortung dieser Frage ist es hilfreich, den „Municipal Index of Participation“ (MIPP – Gemeindenbeteiligungsindex) zu Rate zu ziehen. Der Index und seine **Bestandteile, die vier „Ds“**, sind:

- **Dichte:** misst die Anzahl der vorhandenen Performance-Indikatoren (PIs) und ihre Entwicklung
- **Diversität:** misst die Reichweite vorhandener PIs innerhalb behördlicher Maßnahmen
- **Dauer:** misst den Fortbestand vorhandener Pis über die Zeit, insbesondere über politische Legislaturperioden hinweg.
- **Deliberation:** misst sowohl den potenziellen Wert für die durch das institutionelle Design der PIs proportionierte Deliberation als auch die tatsächlich auftretende Deliberation

Die abschließende Frage lautet: **Welche Art der Partizipation verspricht den größten Erfolg?**

In Brasilien gibt es nicht die eine Bürgerhaushaltmethode, die effektivste Methode ist eine **Mischung aus partizipatorischen Elementen und Instrumenten** verschiedener Institutionen. Bürgerhaushalte müssen in andere partizipatorische Prozesse eingebunden sein, damit sie die bestmöglichen Ergebnisse erzielen.

Fishbowl-Diskussion



Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden die vorgestellten Themen aufgegriffen und von den Teilnehmenden tiefergehend diskutiert. Das Moderatorenteam begleitete den Prozess und fasste parallel die wichtigsten Erkenntnisse an einer Pinnwand zusammen. Nach dem Ende der 45minütigen Diskussion wurde die Zusammenfassung vorgestellt und kurz mit den Teilnehmenden diskutiert.

In folgenden Punkten gelangten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu abschließenden Erkenntnissen:

- die Kommunikationsform ist extrem wichtig, damit die Betroffengruppen erreicht werden
- Ein Bottom-Up oder Top-Down der Entwicklung muss von beiden Seiten kommen
- Legitimation und zu straffe Regelungen bilden potentielle Konfliktpunkte
- Es gibt keine Musterlösung
- Die Flexibilität der politischen Entscheidungsträger ist unabdingbar
- Der Prozess ist oftmals schon das Ziel, Rückschläge sind mit einzuplanen
- Das Expertenwissen der Betroffenen soll verstärkt genutzt werden

⁵² <http://hdr.undp.org/en/statistics/indices/hdi/>

IV. 4. Forum IV: Medien, Modernisierung und Evaluation

Podiumsdiskussion,

Moderation: Benno Trütken, forum b



Am zweiten Tag des Forums wurde in drei Vorträgen der Einsatz des Mediums Internets für den Bürgerhaushalt sowie die konkreten und generell positiven Erfahrungen der Stadt Köln mit dem Medium bei der Durchführung des Bürgerhaushalts vorgestellt. Neben den deutschen Berichten wurde das in China angewandte Losverfahren als Instrument der Mobilisierung von Beteiligten präsentiert. Die gesamten Erkenntnisse wurden, wie am Vortag, von einem Kommentator zusammengefasst. Nach der Beantwortung der Fragen aus dem Plenum folgte ein kurzes Abschlussstatement aller Referenten.

Dr. Oliver Märker, ZebraLog GmbH: Die Möglichkeiten des Internets für den Bürgerhaushalt



Der Kölner Bürgerhaushalt ist nicht der erste oder einzige, der mit Internetunterstützung durchgeführt wurde. Schon im Jahr 2003 setzte das Mittelzentrum Esslingen, eine Stadt mit knapp 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, erstmals das Internet als Beteiligungsmedium für einen Bürgerhaushalt ein. Damals herrschten allerdings andere **Rahmenbedingungen** als heute, denn es gab insgesamt weniger Internetnutzer, zudem war die Technologie seinerzeit nur wenig nutzerfreundlich. Beide Faktoren haben sich in den Folgejahren positiv verändert.

Dennoch gilt: **Technologie ist kein Allheil-, sondern ein Organisationsmittel.** Schon 1976 zur Einführung der Breitbandtechnologie sagte Klaus Lenk: „Demokratie ist ein Organisationsproblem und neue Medien sind ein Organisationsmittel⁵³.“

Wichtig ist: Das Internet spricht nicht für sich selbst, Politik und Verwaltung müssen dem **Internet eine Beteiligung zugewiesene Relevanz** geben! Wenn dies nicht gegeben ist, läuft die Partizipation ins Leere. Ist diese Prämisse erfüllt, ist der Einsatz des Internets als Zusatz- oder auch als Hauptbeteiligungsmedium sinnvoll.

Welche **Vorteile** sind mit dem Einsatz des Internets verbunden? Das Internet fungiert als **Informations- und Dokumentationsmedium:**

- Bei der Durchführung eines Bürgerhaushalts mithilfe

⁵³ www.fk2.uni-oldenburg.de/InstRW/vw/download/Demokratie.pdf

des Internets **dokumentiert sich die Beteiligung selbst**, denn sie liegt schriftlich vor. Das Internet ist auch für diejenigen ein hervorragendes Dokumentationsmedium, die nach der Online- oder aktiven Beteiligungsphase des Bürgerhaushalts wissen wollen, was seinerzeit passiert ist.

- **Informationen** über den Haushalt werden lesbar, interaktiv und spielerisch zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse – wie Beschlüsse, Rechenschaft und Monitoring – werden an zentraler Stelle zusammengeführt und transparent dargestellt. Diese Transparenz gilt für die gesamte Wertschöpfungskette der Bürgerhaushalte: vom Bürgervorschlag über die Entscheidung bis (falls positiv beschieden) zur Umsetzung.

Auch die Darstellungsmöglichkeiten, die das Internet bietet, sind vielfältig. Das Verfahren des Bürgerhaushalts kann beispielsweise in Form einer Ampel effizient verdeutlicht werden: grün bedeutet: der Vorschlag ist umgesetzt, gelb: befindet sich in der Umsetzung, rot: wird nicht umgesetzt, da die Politik anders entschieden hat.

Das Internet ist ein gutes **Einstiegsmedium für Partizipation**, das durch weitere Beteiligungsmedien ergänzt werden kann. Vor allem in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wird es deshalb bei der Durchführung eines Bürgerhaushalts als Organisationsmedium eingesetzt.

Durch das Internet werden – in **Kombination mit guter Öffentlichkeitsarbeit** – viele Einwohnerinnen und Einwohner erreicht. Davon beteiligen sich etwa 10 Prozent lesend am Prozess, ein Prozent hiervon ist aktiv mit dabei. In Köln waren dies in beiden Verfahren weit über 10.000 Teilnehmende. Auch **andere Medien** – vor allem Printmedien – nutzen das **Internet als Plattform** für ihre **laufende Berichterstattung** über das Verfahren des Bürgerhaushalts. Und diese Berichterstattung ist wesentlich für die Mobilisierung von Teilnehmenden.

Welche **Hauptbedenken** bestehen gegen das Internet als Medium? Wenn das Internet als Referenz- und Leitmedium eingesetzt wird, werden **politikferne Menschen** nicht erreicht – doch jede Beteiligungsmethode ist **selektiv**. Internetaffinität findet sich vor allem bei Menschen im Alter von 25 bis 55 Jahren, sie sind mittelstandszentriert und tendenziell sind hier noch mehr männliche denn weibliche User

präsent. In Köln waren allerdings bei der Durchführung des zweiten Bürgerhaushalts mehr Frauen als Männer beteiligt, was typisch ist für viele Bürgerhaushalte, die mehrfach durchgeführt werden.

Eine abschließende kritische Frage: Werden diese Verfahren von gut organisierten Menschen genutzt, um ihre Interessen zu mobilisieren? Dies trifft zu, doch auch die nicht-organisierten Bürgerinnen und Bürger beteiligen sich, sie ergreifen per Internet sogar verstärkt das Wort. So zeigt das Medium **Internet** auch in dieser Hinsicht seine inhärente Eigenschaft, **Vielfalt zu ermöglichen**.

Jürgen Behrendt, Stadtverwaltung Köln: Erfahrungen der Stadt Köln mit dem Internet

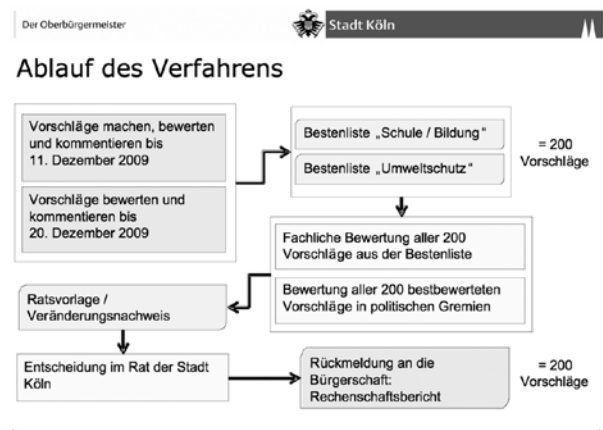


Köln führte als erste deutsche Großstadt einen Bürgerhaushalt auf Basis des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) durch. Mit dem Pilotprojekt zum Bürgerhaushalt 2008 wurde dabei gleichzeitig „E-Participation“ als neuer Service der Stadtverwaltung eingeführt, der das Ziel verfolgt, Bürgerbeteiligung mit Hilfe des Internets effektiv, transparent und handlungsorientiert zu unterstützen. Neben der Möglichkeit Vorschläge im Internet einreichen zu können, gab es weitere Optionen: Die Bürgerinnen und Bürger konnten sich auch telefonisch via eines städtischen Call-Centers und schriftlich beteiligen. Doch das Internet erwies sich schon beim ersten Verfahren 2007 als Leitmedium, denn mehr als 85 Prozent der Vorschläge, etwa 5000, gelangten über diesen Kanal an uns. Beim zweiten Verfahren für den Haushalt 2010 ist mit 98 Prozent aller Vorschläge sogar noch mehr Beteiligung erreicht worden. Aufgrund dieser und anderer Erfahrungen wird in Köln die These vertreten, dass das Internet sich zur Basistechnologie der Kommunikation gerade auch für den Verwaltungsbereich etablieren wird und der Bürgerhaushalt als wesentlicher Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung gilt.

Der in Köln verfolgte Ansatz von E-Participation geht über die bisher in anderen Kommunen praktizierten eher punktuellen Beteiligungsverfahren hinaus. Mit Unterstützung der Politik geht die Kölner Stadtverwaltung einen neuen und weitreichenden Weg der Bürgerorientierung und Bürgerbeteiligung, da das am Bürgerhaushalt zu erproben-

de Beteiligungsverfahren auf alle in Frage kommenden bürgeroffenen Fachverfahren übertragen werden soll.

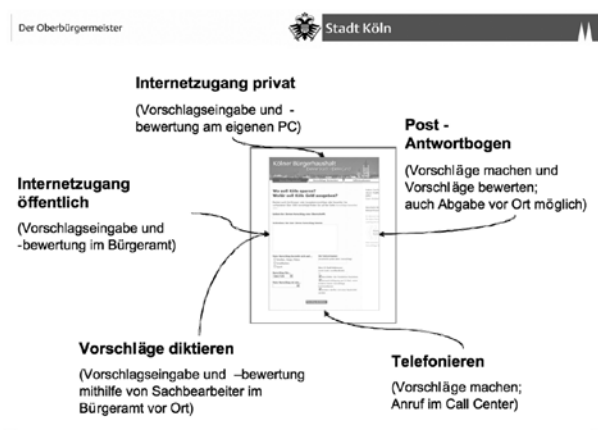
E-Participation wird damit zu einem Standardangebot der Verwaltung für ihre Bürgerinnen und Bürger ausgebaut werden. Die für diesen ersten Kölner Bürgerhaushalt ausgewählten Produktbereiche waren „Straßen/Wege/Plätze“, „Grünflächen“ und „Sport“ mit einem Budget von insgesamt 311 Mio. Euro. Für die kommenden Haushaltsplanungen soll die Bürgerbeteiligung auf weitere Bereiche des Haushaltes ausgeweitet werden.



Verfahrensablauf in Köln: Vorschlagseingabe, Voting, Bestenliste, Fachkommentierung, politische Bewertung, Ratsvorlage und –entscheid und letztlich Rechenschaft.

Der vierwöchige Online-Dialog für den Kölner Bürgerhaushalt 2008 fand in der Zeit vom 22.10 bis 19.11.2007 statt und war äußerst erfolgreich: 10.234 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben sich auf der Internet-Plattform registriert. Zu den abgegebenen 4.973 Vorschlägen wurden 9.184 Kommentare eingestellt und insgesamt 52.746 Bewertungen (Pro- oder Kontra-Stimme) abgegeben. Die Vorschläge wurden insgesamt rund 464.000 Mal aufgerufen. Genau 873.476 Mal wurden Seiten der Beteiligungsplattform aufgerufen. Rund 120.000 identifizierbare Zugriffe (unique visitors) wurden gezählt. Mit diesen Beteiligungszahlen übertrifft der Kölner Bürgerhaushalt deutlich vergleichbare Online-Verfahren in Deutschland und europaweit. Auch in den Medien ist intensiv über das Projekt berichtet worden. Am zweiten Durchlauf des Kölner Bürgerhaushalts für 2010 nahmen ebenso viele Bürgerinnen und Bürger teil, die Zahl der Vorschläge ist geringer, sie liegt bei rund 1300.

Mit ihrem Internetauftritt unter www.stadt-koeln.de hat die Stadt Köln ein Instrument zur Information der Bürgerinnen und Bürger. Um nun auf elektronischem Weg das Wissen und die Meinung der Öffentlichkeit zum Bürgerhaushalt einzuholen und zur Planungs- und Entscheidungsvorbereitung zu nutzen, wurde mit Unterstützung des Fraunhofer Instituts IAIS ein neues Beteiligungsverfahren eingeführt und ein spezifisches, softwareunterstütztes System installiert. Die internetbasierte Beteiligungsplattform steht im Mittelpunkt eines mehrkanaligen Angebots, das zusätzlich noch die Kanäle Telefon (Call-Center), Brief und persönlicher Kontakt einbezieht.



Möglichkeiten der Vorschlagseingabe in Köln – im aktuellen Bürgerhaushalt 2010 wurden 98 Prozent der Vorschläge via Internet eingereicht.

Der Rat der Stadt Köln hat inzwischen beschlossen, die jeweils 100-Top-Vorschläge jedes Bereichs umzusetzen und dafür ein zusätzliches Maßnahmenvolumen von insgesamt 8,2 Millionen Euro für den Doppelhaushalt 2008/2009 bereit zu stellen. Weitere Mittel werden im Haushaltsplan 2010 folgen. Für die zweite Stufe des Verfahrens ist die Einrichtung eines Online-Workflow-Systems geplant. Deutschlandweit erstmalig wird die Stadt Köln dann die gesamte Prozesskette „Bürgerbeteiligung > politische Annahme > Entscheidung und Rechenschaft > Monitoring der Beschlüsse“ in ein professionelles, IT-gestütztes Gesamtsystem der Haushaltplanung integrieren und öffentlich abbilden.

Fragen

Prof. Dr. Helmut Klages: Die Unterschiede zwischen den beiden Durchläufen des Bürgerhaushalts sind nicht plausibel, aber auffällig: Im ersten Durchlauf wurden etwa 5000 Vorschläge eingereicht, beim zweiten nur noch etwa 1300. Wie ist dieser Rückgang erklärbar, ist dies die typische Schrumpfung vor dem Ende des Prozesses?

Dr. Oliver Märker: Ich denke nicht, dass der zweite Bürgerhaushalt in Köln schlechter als der erste ist, denn die Zahl der Beteiligten ist wesentlich und diese ist unvermindert hoch. Dahingegen ist die Anzahl der Vorschläge weder als ein Qualitätsmerkmal noch als konzeptioneller Hinweis zu verstehen. Die Menschen haben verstanden, dass es nicht darum geht, eine Masse von Vorschlägen zu produzieren, sondern dass die Bewertung der Vorschläge zu ihrer Realisierung führt. Bitte trennen Sie das Kölner Konzept und das Internet: Es gibt Städte, die das Internet nutzen, um ausschließlich Sparvorschläge der Verwaltung zur Diskussion zu stellen und die Bürgervorschläge komplett in den Hintergrund gedrängt werden.

Jürgen Behrendt: Es ist richtig, dass wir beim zweiten Mal weniger Vorschläge vorliegen haben, doch die Zahl der Teilnehmenden ist gleich hoch geblieben. Hier gibt es einen qualitativen Aspekt zu berücksichtigen: Beim ersten Verfahren gab es eine große Zahl von Zwei- und Dreifachvorschlägen zum selben Thema. Jetzt kennen die Leute das Verfahren, deshalb gibt es viel weniger Dubletten als beim ersten Durchlauf. Jeder einzelne Vorschlag wurde viel intensiver diskutiert, deshalb hat sich die Zahl der Kommentare je Vorschlag verdoppelt. Außerdem sind diesmal nur zwei statt zuvor drei Themenbereiche angesprochen.

Frage: Die E-Partizipation soll weiterbetrieben werden, reichen die verschiedenen Ämter auch Vorschläge für das Voting ein? Wie ist die Relation von Sparvorschlägen und Ausgabewünschen? Wie ist die Haushaltssituation in Köln, ich sehe keine finanzielle Begrenzung der Bürgervorschläge, wie gehen Sie mit teuren Vorschlägen um?

Jürgen Behrendt: Wir haben uns bewusst gegen die Darstellung von Verwaltungsvorschlägen entschieden, damit die Bürgerinnen und Bürger unabhängig von uns ihre eigenen Vorschläge formulieren. Der Stadtrat entscheidet über die einzelnen Vorschläge, die eingebettet in ein

Gesamtkonzept, realisiert werden. Aktuell sind 26 Prozent aller Vorschläge Sparvorschläge, diese bedürfen allerdings noch der Prüfung. Zur Haushaltssituation in Köln: Köln steht kurz vor der Haushaltssicherung mit einem strukturellen Defizit von über 300 Millionen Euro. Dennoch haben wir den Ansatz des Bürgerhaushalts nicht verlassen. Jetzt muss die Politik entscheiden, wie sie damit umgeht. Ob und wie der dritte Bürgerhaushalt gehandhabt wird, ist von der Auswertung des jetzigen abhängig. Generell gilt: wenn die Defizite nicht sinken, muss das Sparen mehr in den Vordergrund rücken.

Frage: Wie viele Bürgervorschläge wurden realisiert?

Jürgen Behrendt: 67 Prozent aus den Bestenlisten wurden umgesetzt.

Dr. Elke Löffler: Im Zusammenhang mit der Ausweitung der Online-Verfahren auf andere Verwaltungsbereiche frage ich, ob es nicht sinnvoll wäre, den Bürgerhaushalt in Köln zu institutionalisieren im Sinne eines aktiven Beschwerdemanagements, denn hier ging es weniger um Haushaltsvorschläge. Die Vorschläge des ersten Durchgangs des Bürgerhaushalts in Köln zeugen hiervon: Nur 0,1 Prozent des gesamten Finanzvolumens waren hiervon betroffen. Warum sollten die Bürgerinnen und Bürger nur zu einer bestimmten Zeit Vorschläge einreichen können und nicht ganzjährig zu allen Bereichen? Sollte es nicht eher um Prioritätensetzung gehen?

Jürgen Behrendt: Wir denken durchaus in diese Richtung, denn wenn eine solche Technik eingesetzt wird, liegt der Schluss nahe, ein umfassendes Dialogsystem zu installieren. Dies wird allerdings nicht den Bürgerhaushalt ersetzen, denn dieser ist in das Haushaltsplanverfahren mit bestimmten jährlich wiederkehrenden Fristen eingebettet.

Margarete Gallhof: Im Sinne der Qualitätssicherung sehe ich Engpässe im Verfahren, die eher entmutigend als motivierend für die Bürgerschaft sind.

Jürgen Behrendt: Dies ist das eigentliche Verwaltungsgeschäft, mit Vorläufen, Fristen, Beratungszyklen, das durch einen Bürgerhaushalt nicht auszuhebeln ist. Mit dem Bürgerhaushalt versuchen wir, die Abläufe zu beschleunigen.

Andrea Burzacchini: Wie kann vermieden werden, dass der Bürgerhaushalt eine zweite lokale Agenda 21 wird? Wie schafft man es, dass die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger nicht verbindlich für die Stadt sind, aber in einem zyklischen Prozess betrachtet werden?

Dr. Oliver Märker: Welche Bedeutung dieses Verfahren im Gesamtsystem einer Stadt hat: Der Bürgerhaushalt ist unter vielen ein Beitrag zur politischen Kultur, der nicht überfrachtet werden darf. Generell sollte ein Bürgerhaushalt nicht überfordert werden, denn solche Verfahren können nicht alles leisten, sie sind begrenzt.

**Prof. Dr. He Baogang,
Deakin University (China/Australien):
Losverfahren als Instrument
der Mobilisierung?**



Zuerst möchte ich erklären, dass das Losverfahren zwar den Anschein eines technischen Sachverhaltes hat, aber es ist mehr als das, es ist eine der wichtigsten Charakteristika des Bürgerhaushaltsprozesses. Wie wählen wir die Teilnehmer aus? Bei der **Auswahl der Teilnehmer** lassen sich **vier Methoden** anwenden.

Die erste Methode ist die **administrative Auswahl**. Hier sprechen wir über Interessengruppen, die bei der Entscheidung eine Rolle spielen. Die Tatsache, dass diese Methode Manipulationen ausgesetzt ist, ist ein Argument gegen diese Methode. In diesem Fall kann vermutlich der gesamte Bürgerhaushaltsprozess manipuliert und somit die Bürgerhaushaltsidee grundlegend untergraben werden.

Die **freiwillige Beteiligung** stellt die zweite Möglichkeit der Auswahl dar, bei der die Verwaltung außen vor gelassen wird und die Leute aus eigener Motivation heraus mitmachen. Sie interessieren sich für Bürgerhaushalte und kommen daher zu den Versammlungen, um sich an den Gesprächen zu beteiligen. Diese Methode muss sich jedoch mit einigen Problemen auseinandersetzen: es beteiligen sich nur diejenigen, die an der Sache wirklich interessiert sind; alle anderen kommen nicht. Im Falle von Brasilien sieht man, dass fast nur die Armen zu den Bürgerhaushaltsveranstaltungen kommen, den Veranstaltungsablauf und die Themen dominieren und die Gelder folglich auch zugunsten der Armen verteilt werden. Ein anderes Beispiel dafür, wie ungerecht dieses Auswahlverfahren sein kann, ist eine Stadt in China, in der

vorrangig alte Menschen an Bürgerhaushalten teilnehmen, womit die dort besprochenen Themen entsprechend von den Interessen der älteren Bevölkerung beherrscht werden und die Belange der jüngeren Generation unberücksichtigt bleiben. Dies ist bei weitem keine Vertretung der gesamten Bevölkerung, sondern eine verzerrte Repräsentation.

Die **zufällige Auswahl** ist ein wissenschaftliches Verfahren zur Widerspiegelung der Bevölkerung. Hinter dem Losverfahren steckt die Idee, bei Sozialstudien statistische Methoden anzuwenden. Mithilfe der wissenschaftlichen Methode des Losverfahrens wird die gesamte Bevölkerung dargestellt; die Methode spiegelt das Gleichheitsprinzip wider und steht für eine Repräsentation der Gemeinschaft. Somit wird eine Manipulation der Teilnehmer durch Regierungsvertreter ausgeschlossen und die Verwaltung legitimiert. Ein großer Vorteil dieser zufälligen Auswahl liegt darin, dass deliberative Abstimmungen repräsentativer und demokratischer sind. Das Ergebnis hat eine direkte Auswirkung auf die Politik, da ein Losverfahren einen hohen Stellenwert in Bezug auf Repräsentation und Legitimierung hat. Andere Vorteile sind mit der Fairness und der Gleichheit verbunden, dass statistisch betrachtet alle über die gleichen Chancen verfügen, ausgewählt zu werden und sich beteiligen zu können. Letztlich kann ein Losverfahren die vollständige Einbindung von Randgruppen gewährleisten, da statistisch betrachtet alle Menschen gleich sind, niemand ausgeschlossen wird und Minderheiten einbezogen werden.

Wie wird ein Losverfahren durchgeführt? Am einfachsten ist dies mithilfe einer Computersoftware zu bewerkstelligen, was billiger ist. In China werden in der Stadt Zeguo die Teilnehmer durch eine „Tischtennisball-Auslosung“ bestimmt. Dabei wird jedem Bürger eine Wahlregistrierungsnummer zugeordnet und bei der Tischtennisball-Auslosung werden die Nummern gezogen. In China misstrauen die Leute der Computertechnik und bevorzugen daher eine lokale Auswahl durch die Ziehung der Zahlen direkt vor den Augen der versammelten Bürger. Dadurch entstehen sehr hohe Kosten, da die Verwaltungsbeamten jedes Dorf für zwei oder drei Tage aufsuchen müssen. Es ist jedoch eine offene und faire Methode, die eine Botschaft über die Transparenz in China in sich trägt.

Was sind die Nachteile der zufälligen Auswahl? Die administrative Methode ist für Analphabeten normaler-

weise nicht zugänglich, während das Losverfahren zehn Prozent von ihnen erreicht. Sie sind nicht in der Lage, die Haushaltsunterlagen gänzlich zu verstehen und folglich auch nicht immer imstande, sich verständlich zu machen und sich während des Verfahrens an den Diskussionen zu beteiligen. Ein anderes Problem ist die Ungewissheit. Man kann nicht wissen, wer kommen wird – hier fehlt jedwede Kontrolle. Darüber hinaus lässt sich ein geringes Deliberationsniveau feststellen, da die betroffenen Personen nicht immer anwesend sind. In Bezug auf spezielle Themen, wie zum Beispiel die Geschlechter-Problematik, sind manchmal nur wenige Frauen anwesend, was kein ausgewogenes Verhältnis darstellt. Somit kann nicht sichergestellt werden, dass sämtliche Interessengruppen anwesend sind, und es kann passieren, dass einige von ihnen vom Bürgerhaushaltsprozess ausgeschlossen werden.

Die letzte Auswahlmethode, die **Mischmethode**, ist wahrscheinlich das beste Auswahlverfahren. Im Falle von chinesischen Dörfern beginnen wir mit werbebasierenden Aufrufen zur Beteiligung von Freiwilligen und wenden dann unter ihnen das Losverfahren an. Auf diese Weise wird eine Verbindung von freiwilliger Beteiligung und zufälliger Auswahl erreicht. Das Ergebnis ist, dass sich am Prozess nun ausschließlich sehr interessierte Bürger beteiligen.

Im direkten Vergleich hat jede der oben vorgestellten Methoden ihre Vor- und Nachteile. Das Losverfahren gepaart mit der freiwilligen Beteiligung bietet jedoch die meisten Vorteile. Schauen Sie sich dazu die nachfolgende Tabelle an.

	Representation	Participation	Cost
Random	High	not sure	high
Voluntary participation	low	high	low
Administrative appointment	uncertain ?	high	low
Mixed Method	high	high	high

Überblick über die Vor- und Nachteile der verschiedenen in chinesischen Bürgerhaushaltsprozessen verwendeten Auswahlmethoden.

Fragen

Frage: In Berlin-Marzahn-Hellersdorf haben wir mit einem Losverfahren nach Altersgruppen nur drei Prozent Beteiligung erreicht, dies ist kaum repräsentativ. Ich sehe kein rechtsstaatliches Mittel, um jemanden zu veranlassen mitzumachen. Jetzt werden wir dies durch direkte Ansprache organisieren. Wie erreichen Sie diese hohe Beteiligung?

Prof. He Baogang: Das Losverfahren im Sinne eines demokratischen Instrumentes ist nichts Neues und geht auf die griechische Geschichte zurück. Ihr Einwand ist berechtigt: Man kann die Menschen nicht zu einer Beteiligung zwingen. Also haben wir Geld investiert: Am Ende eines ganzen Tages bekommen die Teilnehmer als Anreiz einen kleinen materiellen Gewinn ausgehändigt.

Dr. Elke Löffler: Ich gratuliere Ihnen zu Ihrer Präsentation, obwohl ich mit Ihren Aussagen nicht einverstanden bin. Partizipative Demokratie kann, darf und sollte niemals repräsentativ sein. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass wir bereits gewählte lokale Politiker haben. Die Bildung einer weiteren Form, die für sich beansprucht, repräsentativ zu sein, ist überaus kontraproduktiv, wie die Situation der Bürgerhaushalte in Cordoba mit einer Vielzahl von Ausschüssen und einem hundert Seiten starken Handbuch, das keiner versteht, aufzeigt. Der zweite Grund: Die meisten Bürger haben kein Interesse an abstrakten Zahlen in Haushaltsaufstellungen. Dies ist ein Grund, warum die Bürgerhaushalte in Köln derart clever aufgebaut sind – die Leute werden nach Themen und nicht nach Zahlen befragt. Daher sollten die Regierungen auf der ganzen Welt versuchen herauszufinden, woran die Bürger wirklich interessiert sind. Jeder von uns macht sich über ein oder zwei Themen Gedanken, ist aber sicherlich nicht an allem interessiert. Wenn wir das Partizipationsniveau verbessern wollen, sollten wir mithilfe von Marktstudien herausfinden, was die Leute beschäftigt. Auch die Plätze, an denen Leute befragt werden, spielen eine Rolle: Es ist nicht das Rathaus, sondern der Pub an einem Freitagabend, wo man rausfinden kann, was für die Menschen wichtig ist.

Prof. He Baogang: Die Bürgerhaushalte sollten nicht repräsentativ sein, da wir bereits eine repräsentative Demokratie haben. Als Bürgermeister des Gemeinderates muss man

sich mit der Frage der Legitimität der Repräsentation beschäftigen. Wenn Leute zu einem kommen, dabei aber jedoch nicht die Gemeinschaft vertreten – sollte man dies akzeptieren oder doch ablehnen? Ich denke, dass der Repräsentationsgedanke in den gesamten Prozess der Bürgerhaushalte eingebettet ist.

Bei meinen Untersuchungen kam ich zu zwei Ergebnissen: Das erste stellt eine echte Herausforderung dar: Wir wählen die Teilnehmer zufällig aus, wobei gleichzeitig einige Leute, die tatsächlich an öffentlichen Haushalten interessiert sind, nicht berücksichtigt werden und ihre Meinung von den ausgewählten Bürgern nicht vertreten wird. Der Zweite Punkt ist, dass eine Ausgewogenheit zwischen dem sozialwissenschaftlichen und politischen Einfluss des Prozesses notwendig ist. Wenn wir jedoch zu sehr den sozialwissenschaftlichen Bezug wie das auf Zufall basierende Losverfahren oder Befragungen hervorheben, dann reduzieren wir den politischen Aspekt der Thematik.

Frage: Was ist der Inhalt des chinesischen Bürgerhaushalts? Über welche Budgets kann in den Dörfern und Gemeinden bestimmt werden?

Prof. He Baogang: In den Jahren 2004 und 2005 bestimmten sie über 40 Prozent des Haushalts, 2007 und 2008 hatten sie Einfluss auf den gesamten Haushalt, allerdings mit dem Fokus auf die Infrastruktur. Viele Haushaltspunkte sind festgesetzt und stehen nicht zur Debatte.

Prof. Dr. Hans Lietzmann: Betrifft das Budget, über das entschieden wird, wirklich alle Fragen der Kommunen und sind diese vergleichsweise autark in ihren Entscheidungen oder sind dies nur Teilbereiche? Wir führen in der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung Wuppertal viele Planungszellen mit Zufallsauswahl durch, bei der wir Teilnahmen von 30 bis 60 Prozent verzeichnen. Wir legen keinen großen Wert auf Repräsentativität und erreichen dennoch de facto sozialwissenschaftlich betrachtet eine sehr hohe Repräsentativität bei der Beteiligung. Wie kommt es in Ihren Kommunen zu einer Teilnahme von 80 Prozent?

Prof. He Baogang: Dies muss im Kontext der politischen Kultur in China und der sozialkommunistischen Praxis betrachtet werden. Die hohe Teilnahme ist mit einer traditi-

onellen chinesischen Haltung verbunden: Wenn man öffentliche Veranstaltungen organisiert, dann gehen auch die meisten Leute hin.

Frage: Welche Erfahrungen konnten Sie mit bereits gegründeten Interessengruppen machen? Es ist ein starkes Misstrauen der Zivilgesellschaft dahingehend zu beobachten, dass ein gewöhnlicher Bürgerhaushaltsprozess bereits von mächtigen und wohlhabenden Bürgern beeinflusst ist, die ihre eigenen Interessen vertreten. Somit hat ein Bürgerhaushaltsprozess den Zweck, den möglichen Einfluss der Personen zu erhöhen, die momentan zu Randgruppen zu zählen sind. Das gestern vorgestellte britische Modell schien eine überlegenswerte Alternative zu sein, um mit diesem Problem fertig zu werden. Welche Erfahrungen konnten in China bezüglich dieses Problems gemacht werden?

Prof. He Baogang: Hinter der Idee eines Bürgerhaushalts mit deliberativer Abstimmung steht ein offener Prozess. Wir wählen die Leute nicht nur zufällig aus, wir teilen sie danach noch zusätzlich in zufällig zusammengesetzte Gruppen auf. Damit ist es für sie nicht mehr möglich, eine etwaige Interessengruppe zu bilden.

Diskussion mit dem Podium



Stefan Kreutzberger: Wir haben als Bürgerschaftsinitiative, der Lokalen Agenda 21 in Köln, diesen Prozess des Bürgerhaushalts auf den Weg gebracht. Die Stadtverwaltung hat dies gut umgesetzt und der Erfolg ist öffentlich dargestellt und gewürdigt worden. Das Problem unseres aktuellen Bürgerhaushalts ist nicht etwa die gesunkene Zahl der Vorschläge, sondern ein Vertrauensverlust gegenüber der Politik, denn im aktuellen Bürgerhaushalt werden keinerlei finanziell relevanten Dinge entschieden. Die Bürgerschaft kann also keinen wirklichen Einfluss auf den kommunalen Haushalt ausüben. Die „Heiligen Kühe“ wie kommunale Großprojekte und die Wirtschaftsförderung bleiben nach wie vor unangetastet.

Jürgen Behrendt: Ein Bürgerhaushalt kann keine Prozesse in der politischen Entscheidungsfindung ersetzen, er ist lediglich ein zusätzliches Element, das nur begrenzt Einfluss ausüben kann. Fakt ist, dass angesichts der Kölner Haushaltslage freiwillige und Pflichtleistungen gekürzt werden müssen. Doch prinzipiell gilt: Ein Bürgerhaushalt ist nicht wirkungslos, denn er schafft Transparenz. Zudem kann er zur Verschiebung von Prioritäten dienen.

Dr. Oliver Märker: Wir sollten von einem Bürgerhaushalt nicht zu viel erwarten, da er im Kontext der gesamten, kommunalen, politischen Kultur nur ein kleines, neues Element ist, das mit pragmatischem Vorgehen Veränderungen herbeiführen kann.

Martin Burwitz: Wie kleinteilig werden Vorschläge dargestellt, wie genau ist die Darstellung des Verfahrens im Internet?

Jürgen Behrendt: Geplant ist ein halbjährlicher Bericht, so dass die einzelnen Eckdaten transparent und übersichtlich dargestellt werden. Zur Zukunft des Bürgerhaushalts in Köln. Natürlich können wir das Verfahren in der Form nicht mehr durchführen, denn der Fokus wird sich auf das Thema Sparen verschieben müssen. Eine weitere Frage: Wie können wir die moderne Technik des Internets mit traditionellen Ansätzen wie Gemeinwesenorientierung verbinden? Denn nur durch das Internet lassen sich soziale Initiativen vor Ort miteinander vernetzen und in einen Beteiligungsprozess einbinden.

Prof. Dr. Hans J. Lietzmann: In Wuppertal, das ebenfalls einen defizitären Haushalt hat, dient die Bürgerbeteiligung zur Generierung von Sparvorschlägen. Hier handelt es sich um ein gänzlich anderes Verfahren als das in Köln praktizierte. Auch weil in Wuppertal eine andere Politikumgebung herrscht, wird die Bürgerbeteiligung hier spannender sein als in Köln. Bürgerhaushalt ist eine Form von Politik. Angesichts der Situation der verarmten Kommunen sind Verwaltung und Räte dankbar für die Bürgerbeteiligung, die als Legitimationsressource dient.

Frage: Wie können internetgestützte Bürgerhaushaltsverfahren so gestaltet werden, dass Manipulationen von außen nicht möglich sind? Im Falle unseres Bürgerhaushalts in Berlin Marzahn-Hellersdorf waren über 75 Prozent offensichtlich manipulierte Eingaben. Wie kann ich sicher sein, dass die restliche Beteiligung und auch die Bewertung nicht manipuliert sind?

Dr. Oliver Märker: Wenn ein Bürgerhaushalt in eine gute Öffentlichkeitsarbeit eingebettet und auch gesamtstädtisch sowie mit einer hohen Bürgerbeteiligung durchgeführt wird, ist der Missbrauch nur marginal. In Köln wurden im ersten Verfahren von rund 15.000 schriftlichen Beiträgen lediglich vier aufgrund von regelwidrigen Äußerungen ausgeblendet. Hier waren sowohl die Stadt als auch die Bürgerinnen und Bürger selbst aktiv.

Frage: Wie kann man den Bürgerhaushalt oder partizipative Modelle im schulischen Unterricht thematisieren? Gibt es Überschneidungen von politischer und ökonomischer Bildung?

Dr. Oliver Märker: Ein Bürgerhaushalt spricht ganz allgemein die Bürgerschaft an. Unsere Erfahrung zeigt, dass sich jüngere Menschen sehr viel weniger als ältere beteiligen. In Bergheim beispielsweise wurden Schülerinnen und Schüler in den Schulen angesprochen, um sie für das Konzept der Bürgerbeteiligung zu sensibilisieren. Ihnen wurde der städtische Haushalt vorgestellt und eine ‚Laptop-Klasse‘ wurde mit der Aufgabe betraut, älteren Bürgerinnen und Bürgern im Rathaus bei der Bewertung und Kommentierung von Vorschlägen zu helfen. Die Schülerinnen und Schüler erhielten eine Aufgabe und wurden so als aktive Teilnehmende gewonnen. Dies hatte einen weiteren positiven Nebeneffekt: Mehr Jugendliche als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht beteiligten sich am Bürgerhaushalt.

Das Kölner Verfahren sollte abstrahiert betrachtet werden, die dort gemachten positiven Erfahrungen können durchaus übertragbar sein: die Verwaltungsnähe des Bürgerhaushalts, die das Verfahren transparent macht und einen Lernprozess ermöglicht, sowie die Tatsache, bei vielen Menschen Interesse für das Thema Haushalt geweckt zu haben. Doch es geht nicht um eine Bewertung des Kölner Konzeptes, vielmehr braucht jede Kommune ihr eigenes Konzept.

Michael Beseler: Ich möchte feststellen, dass ein kommunaler Haushalt strengen gesetzlichen Regularien unterworfen ist und eine Verwaltung nicht willkürlich verfahren kann. Wir führen in Offenbach, einer Kommune mit rund 120.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, ein sogenanntes Bürgerforum durch, ähnlich dem eines Bürgerhaushalts. In Offenbach findet allerdings mehr Information und Diskussion statt als eine Beratung durch die Bürgerinnen und Bürger. Aufgrund der überschaubaren Größe unserer Stadt ist dies so handhabbar, für größere Kommunen wird dies kaum gelten.

Prof. He Baogang: In China gibt es ein Gesetz zum Internet. Was ist das Problem? Auf nationaler Ebene ist die Anzahl der Beiträge per Internet erdrückend hoch und wird nur von einigen wenigen Leuten bearbeitet. Somit wird das Internet für die Administratoren zu einer Last, sodass sie eine Software entwickelten, mit der sich diese Beiträge zusammenfassen ließen.

Erik Jansen: Zwei Fragen zum Kölner Internetangebot: Wie können Einflüsse, die von Personen, die nicht der Kommune zugehörig sind, verhindert werden? Wie viel Einfluss hat der Moderator auf den Prozess?

Jürgen Behrendt: Gute Vorschläge sind Ideen, gleichgültig von wem sie kommen. In der Praxis gibt es nur selten Vorschläge von anderen Kommunen und diese werden dann auch gehört.

Dr. Oliver Märker: Moderation muss neutral sein und dazu gehört Professionalität. Diese kann auch von der Verwaltung oder der Bürgerschaft selbst übernommen werden. Grundsätzlich sollte das Angebot moderiert sein, damit ein Missbrauch durch wenige verhindert wird.

Peter Wilberts: Ein Hinweis zum Bildungsaspekt und der Einbeziehung von Jugendlichen: In Rösrath gibt es ein Jugendparlament, das sich für die Einbeziehung anbieten würde. In den 70er Jahren war die Zeit der sozio-kulturellen Zentren – diese Ansätze sollten durchaus in die aktuellen Beteiligungsverfahren einbezogen werden.

Wolfgang Prauser: Das Kölner Modell ist ermutigend, denn wie konnten so viele Menschen einbezogen werden? Wie kann man Randgruppen wie beispielsweise Migrantinnen und Migranten einbeziehen und aktivieren?

Jürgen Behrendt: Eine breitere Basis kann zu mehr Beteiligung auch bei Randgruppen dienen.

Benno Trütken: Einige sprachen die grundsätzlichen Veränderungen in der kommunalen Situation an. Wie reagieren wir methodisch auf diese Veränderungen und wie können wir den Bürgerhaushalts-Prozess methodisch weiterentwickeln? Welche Lehren nehmen wir von den Erfahrungen der anderen mit?

Dr. Oliver Märker: Wenn es um große Infrastrukturen geht, die von mehreren Kommunen gemeinsam genutzt werden stellt sich die Frage nach der Möglichkeit, einen stadtnetzbasieren Bürgerhaushalt durchzuführen, um so Gelder einzusparen. Gibt es auf Seiten von Politik und Verwaltung hierzu Überlegungen oder Erfahrungen?

Peter Wilberts: In Rösrath, einer Kommune mit rund 27.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, wurden in den 70er Jahren sogenannte Zweckverbände mit benachbarten Kommunen gegründet. Es kann sich allerdings herausstel-

len, dass die betreffenden Kommunen die gemeinsam getragenen Leistungen sehr unterschiedlich nachfragen. Dies könnte durch einen Bürgerhaushalt im Vorfeld abgefragt und dementsprechend geregelt werden.

Prof. Dr. Hans J. Lietzmann: Bei den sogenannten „Heiligen Kühen“ der Kommunalpolitik, wie der Förderung der Hochkultur oder der Wirtschaft, stellt sich die Frage: Sind die damit verbundenen langfristigen Überlegungen der komplexen Zusammenhänge in dem relativ kurzfristigen Verfahren eines Bürgerhaushalts zu vermitteln? Ist hier nicht das Korrektiv der langfristig verantwortlichen Politik geeigneter?

Wortmeldung: Ich stimme Ihnen zu, gerade Überlegungen, die am Gemeinwohl und nicht einer Interessensvertretung orientiert sind, dürften im Rahmen einer Face-to-Face Kommunikation, also nicht via Internet, sehr viel besser vertreten sein.

Wenn der Verteilungsspielraum gegen Null geht, ist es bei Stadtteildiskussionen sehr wohl möglich, aus Vorschlägen von Planungszellen ausgehende kompakte Vorschlagspakete im Rat zu diskutieren.

Nils Jonas: Der Bürgerhaushalt ist das Instrument der vielen, kleinen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und kein Instrument zur Handhabung von Großprojekten. Zur Kommunikation: Jedes Beteiligungsinstrument, das sich nur auf eine Kommunikationsform bezieht, wird Probleme haben, denn jeder Kommunikationskanal hat seine Vor- und Nachteile. Es muss Ziel sein, möglichst viele Kanäle für die Beteiligung zu öffnen.

Abschließende Statements

Jürgen Behrendt: Ich konnte hier viele, verschiedene Ansichten und Erfahrungen zum Thema Bürgerhaushalt gewinnen. Letztendlich wird jede Kommune ihren eigenen Weg zu mehr Bürgerbeteiligung finden müssen. Das Internet ist momentan das einzige Medium, das Kommunikationsprozesse anschaulich bündeln kann.

Dr. Oliver Märker: DAS Internet gibt es nicht – doch es gibt spezielle technische Infrastrukturen, die für die Bürgerbeteiligung mehr oder weniger gut geeignet sind.

Zunächst sollten konzeptionelle Überlegungen angestellt werden, von denen die technische Umsetzung abhängt. Das Internet sollte dienend sein. Es ist bei der Entwicklung von Beteiligungsinfrastrukturen sinnvoll, denn wenn Kommunen eine gemeinschaftliche Nutzung mit anderen Städten und Gemeinden eingehen, kann eine allein zu tragende Komplettentwicklung vermieden werden. Interkommunale Kooperation dient der Nutzung soziotechnischer Konzepte!

Prof. He Baogang: Der Vergleich der von Ihnen gemachten Erfahrungen mit der Situation in China stimmt mich zuversichtlich in Bezug auf die Bürgerhaushaltstestprojekte, die in China intern oftmals kritisiert werden. Einen der Unterschiede im Vergleich mit den hiesigen Bürgerhaushalten stellen die Allgemeinbedingungen dar: In Deutschland geht es darum, Geld zu sparen. Die Frage in China lautet aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung: wie kann man den verfügbaren Geldbetrag am klügsten verwenden? Darüber hinaus ist mir klar geworden, dass in China eine ähnliche Debatte über die administrative Logik geführt wird, die sich stets darüber Gedanken macht, wie sich der Regierungsapparat stärken lässt. Die Bürgerhaushalte machen jedoch nur einen kleinen Teil des Prozesses aus und sollten keinen Ersatz für den Entscheidungsprozess der Regierung darstellen. Der andere Aspekt ist die Vermittlungslogik der Bürger, die darauf abzielt, den Menschen immer mehr Macht zu geben, sodass sie über die Verwendung des zur Verfügung gestellten Budgets bestimmen können – was eine größere Motivation zur Folge hat. Diese zwei Sichtweisen überschneiden sich, und diese Erkenntnis kann für die zukünftige Entwicklung der Bürgerhaushalte interessant sein, um sie nachhaltiger und realitätsnaher zu gestalten. Wie können Bürgerhaushalte den Regierungsapparat stärken und gleichzeitig ein Empowerment der Bürger zum Ziel haben?

V. Abschlussplenum

Vertreter und Vertreterinnen der einzelnen Gruppen berichteten dem Plenum über die von ihnen erarbeiteten Impulse und Perspektiven für den Bürgerhaushalt in Deutschland und weltweit. In den kurzen Präsentationen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Einblick in die einzelnen, thematisch und methodisch sehr unterschiedlichen Foren erhalten. Danach wurden die Ergebnisse in einer allgemeinen Diskussion aufgearbeitet.

Forum I, erster Tag, Präsentation: Volker Vorwerk

Das klassisch als Vortragsforum organisierte erste Forum bot eine große Bandbreite an Themen: Aus der vergleichsweise kleinen deutschen Kommune Steinfurt präsentierte Bürgermeister Andreas Hoge seine Erfahrungen mit dem dortigen Bürgerhaushalt. Hier ging es vor allem um die Organisation des Prozesses und die institutionelle Ausgestaltung des Bürgerhaushaltes, der sich in Steinfurt um eine zentrale eintägige Versammlung mit zufällig ausgewählten Teilnehmenden dreht. Im weiteren Verlauf der Vorträge und Fragen von Teilnehmenden zeigte sich, dass es viele unterschiedliche Organisationsmöglichkeiten gibt. Danach erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Eindruck über den Bürgerhaushalt in Schweden, der sich noch am Beginn der Implementierung befindet. Hierzu schilderte Lena Langlet drei Beispiele, die sich stark auf die Zielgruppe der Jugendlichen konzentrieren. Die zuvor mangelnde Beteiligung von Jugendlichen an partizipativen Prozessen wurde zum Anlass genommen, sich in erster Linie an diese Zielgruppe zu richten. Um sie zu erreichen, hat sich insbesondere das Internet bewährt. Anders die Beteiligtenstruktur in Spanien, über die Ernesto Ganuza anhand einer vergleichenden Studie über spanische Bürgerhaushalte berichtete. Mit Bürgerhaushalten werden in Spanien etwa ein bis drei Prozent der Bevölkerung erreicht. Männer sind zunächst überrepräsentiert, aber nach mehrmaligen Durchläufen überwiegen die Frauen. Bei den Altersgruppen sind die 30 bis 59jährigen stärker vertreten, als ihr Anteil an der Bevölkerung misst. Der Anteil der – politisch – organisierten Personen nimmt mit der Zeit zu. Die Teilnahme an Versammlungen wird insgesamt vor allem durch das Alter, die vertretende Ideologie, das Interesse an

Politik und die Organisiertheit stark beeinflusst. Auffällig ist: In dem südeuropäischen Land sind insbesondere Jugendliche unterrepräsentiert.

Diese spanischen Ergebnisse decken sich in weiten Teilen mit der Situation in Deutschland, deshalb stellt sich hier wie dort die Aufgabe, bestimmte Bevölkerungsgruppen stärker in den Beteiligungsprozess einzubinden. Je nach Prozess werden 0,5 bis 2,0 Prozent der Bevölkerung erreicht. Die heterogene Zusammensetzung dieser Personengruppe kann durch Zufallsverfahren repräsentativer gestaltet werden, da hier am ehesten auch weniger aktive Personen erreicht werden und nicht nur die bereits Organisierten. Denn eine zentrale Aufgabe der Bürgerhaushalte in allen Ländern ist es, ausreichend viele Personen aus allen Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

Forum I, zweiter Tag, Präsentation: Josh Lerner

Auf dieser Konferenz diskutierten Gelehrte und Fachleute über von ihnen gemachte Erfahrungen auf dem Gebiet der Bürgerhaushalte in verschiedenen Städten in Europa, Afrika, Lateinamerika und Nordamerika. Auf Grundlage dieser Diskussionen wurden vier Themen und Fragen herausgearbeitet: die Rolle von Vision, Deliberation, Entscheidungsprozessen und Veränderung.

Zuerst sprachen wir über die **Vision hinter** den Bürgerhaushalten und kamen zum Ergebnis, dass es **sehr unterschiedliche Sichtweisen in Bezug auf den Zweck** der Bürgerhaushalte gibt. Die meisten deutschen Bürgerhaushalte, wie zum Beispiel der in Berlin-Lichtenberg, scheinen den Fokus auf Modernisierung zu legen, während in Afrika der Schwerpunkt auf guter Regierungsführung liegt und die spanischen Bürgerhaushalte wiederum sich eher an sozialer Gerechtigkeit und dem Empowerment orientieren. Was bedeutet dies für die **praktische Umsetzung** der Bürgerhaushalte? Wer profitiert davon? Sollten Bürgerhaushalte eine Ausrichtung auf die soziale Gerechtigkeit innehaben? Wenn sie dies nicht haben, handelt es sich dann immer noch um Bürgerhaushalte oder wenn nicht, um was dann?

Als Zweites sprachen wir darüber, inwieweit dies die Deliberation und die Entscheidungsfindung beeinflusst.

Wer berät über was und wer trifft welche Entscheidungen? Deliberation impliziert nicht nur einzelne Projekte, sondern schließt auch große Themen ein, wie etwa die Kriterien für soziale Gerechtigkeit. Somit sind die Funktionen der Deliberation von sehr **unterschiedlicher Natur**. Während es in Deutschland beispielsweise nur wenige Foren gibt, in denen persönlich diskutiert wird, hat die Deliberation in Spanien, zum Beispiel beim Dialog zwischen Verwaltungsmitarbeitern und den Bürgern, eine große Bedeutung als eine Methode zur Bildung einer Gemeinschaft, bei der es um mehr geht, als nur bessere Entscheidungen zu treffen und ein Verständnis anderer Perspektiven zu entwickeln. In Afrika beschäftigen sich viele Deliberationen nicht nur mit der Verteilung von Ressourcen, sondern auch mit Haushaltseinnahmen und der Suche nach neuen Wegen der Erschließung öffentlicher Gelder.

Der dritte Punkt, die **Entscheidungsfindung**, kann mehr als nur das Entscheiden über Projekte oder über die Finanzierung sein, sie kann ebenfalls partizipatorisch sein, indem über Verfahrensregeln entschieden wird oder über Kriterien bei der Bewertung eines Projektes oder über die Anwendung dieser Kriterien, wie dies in Spanien der Fall ist. Bei vielen Projekten hatten die gewöhnlichen Bürger die Möglichkeit, über die Verteilung von Ressourcen zu bestimmen, bei den meisten deutschen Projekten wurde die Entscheidungsfindung ausschließlich den Mitarbeitern der Stadtverwaltung und den Politikern überlassen. In Deutschland hatten die Entscheidungen öfter einen Empfehlungscharakter, während in Spanien die Entscheidungen dagegen bindend waren.

Zum Schluss sprachen wir über **Wandel**. Wandel ist ein fester Bestandteil und ein Ergebnis von Bürgerhaushalten – jedes Jahr werden dadurch neue und bessere Wege gefunden, den Prozess durchzuführen. Bürgerhaushaltsprozesse ruhen niemals, sie sind ständig in Bewegung. Daher führt ein guter Bürgerhaushalt zu einer Anregung von Veränderungen. Die Leute können durch ihre Beteiligung neue Ideen einbringen. Einige Städte in Deutschland wollen ihre Bürgerhaushalte erst dann starten, wenn sie den perfekten Bürgerhaushaltsprozess entwickelt haben; wie wir jedoch gesehen haben, führt der einzige Weg zur Perfektion über den Beginn mit Testprojekten. Jedes Jahr bzw. jedes zweite Jahr bewerten die Beteiligten den Prozess und sorgen somit für Veränderungen. Es bleibt zu hoffen, dass die

fruchtbare Diskussion in Berlin dazu beiträgt, dass noch mehr Städte die Bürgerhaushaltsidee übernehmen und sich daran beteiligen, den Prozess mit mehr Demokratie, Partizipation und Empowerment auszustatten.

Forum II, Präsentation: Ralf Elsässer

Das Forum II beschäftigte sich mit politischer Bildung und Bürgerhaushalt. Die Ergebnisse des Forums aus beiden Tagen wurden in einer gelisteten Vorschlagsform zusammengetragen und von den Teilnehmenden des Forums gewichtet. An beiden Tagen wurde die Frage nach der Einbettung des Bürgerhaushalts in die kommunale Strategie immer wieder aufgegriffen. Idealerweise sollte ein **Leitbild einer Bürgerkommune** existieren, mit einem daraus abgeleiteten **Beteiligungskonzept**, in dem der Bürgerhaushalt mit begleitenden Lernprozessen umgesetzt wird. Das Leitbild sollte das einer solidarischen und nachhaltigen Bürgerkommune sein. Bei der Betrachtung der **Prozessgestaltung** bestand Einigkeit, dass weder ein reiner „bottom-up“ noch ein „top-down“ Prozess wünschenswert ist, ein gemeinsames Vorgehen ist erfolversprechender und besitzt mehr Potential.

Zur **politischen Bildung**: Diese sollte in Schulen an konkrete Projekte und reale Budgets anknüpfen. Die Weiterentwicklung derartiger Projekte sollte die Schulen zu einem Kompetenzzentrum vor Ort werden lassen. Sie sollten sich im Stadtteil als ein allgemeiner Lernort, nicht nur für Kinder und Jugendliche, positionieren.

Für die **Verfahren** selber wurde deutlich darauf hingewiesen, dass eine größtmögliche Transparenz in den Kommunikationsprozessen zu erreichen ist. Dies ist vor allem nach Abgabe der Bürgervorschläge von Bedeutung.

Ich greife zwei Punkte, die aus der **internationalen Debatte des Forums** hervorgingen, heraus: Beteiligungsprozesse sind Entwicklungsprozesse. Auch von Seiten der Zivilgesellschaft sollte man die Verwaltung ermutigen, sich auf Risiken einzulassen. Denn Scheitern bedeutet keine Schande, sondern die Möglichkeit, daraus zu lernen und eine Weiterentwicklung zu erreichen. Wünschenswert wäre die Schaffung von rechtlichen Sonderfällen – freie Gemeinden –, in denen andere, als sonst in deutschen Gemeinden übliche Regelungen, zulässig sind.

Ergänzung: Zwei weitere Aspekte sollen noch erwähnt werden: Welche Dinge kommen in den Haushalt? Ist der Bürgerhaushalt von heute nur ein Teil eines umfassender formulierten Haushaltes von morgen? Wie weit kommen auch Finanzposten mit hinein, die sich bisher noch in keinem kommunalen Haushalt wieder finden. Die in diesem Kontext bedeutenden Stichworte sind Externalitäten und ehrenamtliches Engagement, die als zusätzliche Ressourcen durch einen Bürgerhaushalt mobilisiert werden können.

Forum III, Präsentation: Marlene Grauer und Florian Rister

In diesem Forum wurden an den Veranstaltungstagen unterschiedliche Themen beraten. Am ersten Tag ging es um Gender Budgeting. Der erste Vortrag von Manfred Köhnen führte in das Konzept des Gender Budgeting ein. Dabei ging Manfred Köhnen im Besonderen auf die Termini Gender und Gender Mainstreaming ein, um einen einheitlichen Wissensstand zu ermöglichen. Der Vortrag von Graciela Ciciliani aus Rosario in Argentinien illustrierte eine praktische Anwendung von Gender Budgeting im Bürgerhaushalt der Kommune Rosario. Wir lernten die Vorgehensweise, die Erfolge aber auch die Hürden des Gender Budgeting kennen. Nach den beiden Vorträgen arbeiteten die Teilnehmenden in einer Fishbowl-Diskussionsrunde weiter, in der alle Beteiligten die Möglichkeit zum Austausch über ihre eigenen Projekte und zu weiteren Fragen hatten. Hier stand die Frage im Vordergrund, wie Gender Budgeting in den deutschen bzw. europäischen Bürgerhaushalt integriert werden kann. Dazu wurden in der Diskussion vier Hauptthemen diskutiert: Im Bereich der **Kommunikation** ist eine gender-gerechte Kommunikation des Bürgerhaushalts an die Bürgerinnen und Bürger und an die örtliche Verwaltung notwendig. Eine adäquate Kommunikation kann dabei durch transparente Umsetzungsprozesse sichergestellt sowie die Vorführung der sichtbaren Ergebnisse, also der gelungenen Implementation der Vorschläge. Projektbudgets sollten bereits bei der Abstimmung z. B. im Internet öffentlich gemacht werden.

Um auf Seiten der **Verwaltung** eine gendergerechte Haltung zu schaffen, sollten Fortbildungen der Verwal-

tungsbelegschaft in Gender Mainstreaming und Gender Budgeting durchgeführt werden. Die einzelnen Haushaltstitel sollten nach Genderkriterien aufgeschlüsselt sein und die Bedarfsanalyse für den Haushalt sollte gender-gerecht gestaltet sein. Hier ist auch die Sammlung und Analyse von statistischen Daten – auch - nach Genderkriterien sinnvoll. In diesem Kontext wurde die **Internetbeteiligung** angesprochen. Der Grad der Anonymisierung bei Internetabstimmungen ist interessant, denn Erfahrungen verschiedener Bürgerhaushalte zeigen, dass ein hoher Grad an persönlicher Anonymität die Zahl der Teilnehmenden erhöht. Gleichzeitig sinkt die Teilnehmendenzahl bei der Erhebung von sozial-statistischen Daten nicht.

Bei der Betrachtung des Themenkomplexes **Chancengleichheit** ging es um die Frage, ob ins Gender Budgeting auch andere marginalisierte Gruppen mit einbezogen werden sollten. Die konnte nicht abschließend geklärt werden und wurde am zweiten Forumstag weiter diskutiert.

Forum III, zweiter Tag, Präsentation: Florian Rister

Die Leitfrage dieses Tages war: Wie können Bürgerhaushalte einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit leisten? Prof. Leonardo Avritzer von der Universität Minas Gerais in Brasilien gab eine Einführung in die Etablierung von Bürgerhaushalten in Brasilien und die Erfolge, die nachweisbar festgestellt wurden. Prof. Avritzer hat im Rahmen seiner Forschung verschiedene Kriterien zur Bewertung der Effekte von Bürgerhaushalten und ihre Eigenschaften entwickelt. Neben dem Human Development Index untersuchte er auch, inwiefern Städte und Regionen mit Bürgerhaushalten verstärkte Investitionen in Bildung und Gesundheitseinrichtungen vornehmen. Nils Scheffler präsentierte Konzepte zum Einsatz der Bürgerbeteiligung als Instrument für eine verbesserte Stadtplanung. Dabei rückte die direkte Ansprache durch politische Entscheidungsträger oder Angehörige der Verwaltung in den Mittelpunkt. Anstatt den Bürgerwillen nur zu antizipieren oder auf die stark vertretenen Interessensgruppen zurückzugreifen, sollten Maßnahmen zur Einbringung betroffener Randgruppen ergriffen werden. Danach schilderte Steve Flores die Erfahrungen der kanadischen Wohnungsgesellschaft

Toronto Community Housing. Dieser größte, staatliche Wohnraumanbieter Kanadas räumt seit dem Jahr 2001 seinen Mietern ein weitreichendes Mitbestimmungsrecht bei der Verwendung des Budgets ein. Durch diese Mitbestimmung konnten die Qualität der Lebensumstände ebenso gesteigert werden wie der Zustand der Wohnanlagen. Erfolge lassen sich insbesondere in größeren Mietanlagen mit potentiell sozial schwächeren Bewohnern feststellen. Auch hier sind Rückschläge nicht vermeidbar, führen aber zu einer Verbesserung des Prozesses und damit auch zu einem besseren Ergebnis.

In der Fishbowl Diskussion wurden die folgenden Thesen erarbeitet: Die Kommunikationsform ist extrem wichtig, die Betroffenenengruppen müssen erreicht werden. Eine Bottom-Up- oder Top-Down-Entwicklung muss von beiden Seiten erfolgen. Die Legitimation oder zu strenge Regelungen bleiben ein Konfliktherd. Es gibt keine Musterlösung. Die Flexibilität der politischen Entscheidungsträger muss vorhanden sein. Der Prozess ist oft schon das Ziel, Rückschläge sind mit einzuplanen. Das Expertenwissen der Betroffenen soll genutzt werden.

Forum IV, erster Tag, Präsentation: Dr. Hilmar Sturm

Die von Benno Trütken geleitete Podiumsdiskussion begann mit dem Vortrag von Prof. Helmut Klages, der sich der Darstellung von Grundsätzlichem widmete: Warum gibt es Beteiligungsprozesse und was sind die möglichen Vorgehensweisen? Sein präferiertes Modell besteht in einem Mix aus schriftlichen, repräsentativen Befragungen und der Sammlung von Einzelvorschlägen. Dies sollte in den Gesamtprozess der Haushaltsplanung einbezogen sein. Ruth Jackson berichtete von den Bürgerhaushalt-Erfahrungen in Großbritannien, dort gibt es in allen vier Landesteilen Bürgerhaushalte. Die PB-Unit veröffentlichte mit den beteiligten Kommunen vor kurzem ein Handbuch, in dem Standards und bestimmte Werte für die Beteiligung vorgegeben werden. Michaela Maurer stellte die Erfahrungen mit Bürgerhaushalten aus deutschen Kommunen vor. Ihre Schlussfolgerungen waren klar: Maßgeschneiderte Instrumente sind wichtig für die Kommunen, dennoch sollten keine zu perfektionistischen

Erwartungen gestellt werden. Wichtig ist vor allem, dass sich der Informationsfluss innerhalb der Verwaltung verbessert. Sie plädierte dafür, mit dem Bewusstsein, auch Fehler begehen zu dürfen, zu beginnen! Danach stellte Prof. Norbert Kersting ein System der Differenzierung vor: Welche Funktionen haben Bürgerhaushalte und welche verschiedenen Herangehensweisen gibt es? Aus der südafrikanischen Erfahrung des Bürgerhaushalts wird vor allem die Wirkung des Beteiligungsverfahrens nachgefragt und festgestellt, dass diese Wirkung schwer zu fassen ist. Prof. Kerstings Vorschlag hierzu lautet: Der Bürgerhaushalt sollte stärker mit Elementen der direkten Demokratie verbunden werden, um so einen verbindlichen Aspekt der politischen Mitwirkung zu schaffen.

In der Diskussion wies Prof. Klages darauf hin, dass der Inhalt vieler Bürgerhaushalte nicht der wirkliche Haushaltsplan ist, sondern vielmehr einem Vorschlagswesen entspricht. Wenn es nur um die Verteilung eines kleinen Etatstückchens geht, sollte eine andere, zutreffendere Begrifflichkeit als Bürgerhaushalt gefunden werden. Im Weiteren wurde die Frage nach den real messbaren Folgen des Bürgerhaushalts gestellt: Ist in den Stadtteilen mit Bürgerhaushalt eine quantitative Veränderung gegenüber den Stadtteilen ohne messbar? Daraus entwickelte sich ein weiterer Diskussionspunkt: Wie ist das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu den gewählten politischen Vertreterinnen und Vertretern? Zwischen diesen Akteuren ist mehr Information und Dialog gefordert, denn gerade solche Beteiligungsverfahren machen manche Probleme erst sichtbar. Doch der Erfolg dieser Sichtbarkeit, der sicherlich ein wesentlicher Aspekt ist, ist kaum messbar. Josh Lerner unterschied daraufhin zwei verschiedene Typen des Bürgerhaushalts: eine politische und eine apolitische Herangehensweise. Die politische richtet sich mehr auf Empowerment und kollektives Vorgehen und findet oft ohne Technikeinsatz statt. Die apolitische Weise fokussiert mehr die Modernisation, ist eher individualbezogen und setzt technische Mittel ein, um vor allem die Probleme der Verwaltung zu lösen. Hieraus ergab sich die Diskussion um die Notwendigkeit einer repräsentativen Beteiligung. Wenn Legitimation intendiert wird, ist ein repräsentatives Vorgehen notwendig. Steht hingegen Empowerment im Fokus, ist dies nicht erforderlich. Bei der Erörterung der international unterschiedlichen kommunalen Verfassungen wurde auch die unterschiedliche politische

Kultur deutlich. Ist diese politische Kultur Voraussetzung für Bürgerhaushalte oder verändern sie vielmehr die politische Kultur? Unser Forum endete mit der Forderung, dass Bürgerhaushalte sich bis in die Tiefen der Haushaltsplanung vorwagen und nicht mit wenigen, marginalen Teilen des Haushalts abspesen lassen. Doch wir bewegen uns in einem Spannungsfeld, denn es gibt Widerstände wie beispielsweise das Beschleunigungsgesetz, die eine Bürgerbeteiligung schnell beenden können.

Forum IV, zweiter Tag, Präsentation: Benno Trütken

Nach dem Film über den ersten Kölner Bürgerhaushalt wurde im Forum mit einem Vortrag über den zweiten Bürgerhaushalt in Köln fortgefahren. Es zeigten sich Lern- und Veränderungsprozesse bei Bürgerschaft und Verwaltung: So wurden im zweiten Durchgang des Verfahrens beispielsweise weniger Vorschläge eingereicht, dafür jedoch erhöhte sich die Zahl der Kommentare. Hier wurde auf Bürgerseite die Erkenntnis umgesetzt, dass nur 200 Vorschläge zur Bewertung in den Stadtrat gelangen. Auch in diesem Forum wurde die schon zuvor gehörte Kritik laut, ob nicht auch Großprojekte Inhalt eines Bürgerhaushalts sein sollten. Deshalb ist es wichtig zu realisieren: Welche Instrumente setzen wir wozu richtig ein? Wie können wir mit diesen Methoden an einer Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts angesichts neuer Herausforderungen arbeiten? Neue Aspekte zur Partizipation lieferte auch der Bericht aus China von Prof. He. Dort werden verschiedene Überlegungen zur Beteiligungsstruktur und -verfahren in den Bürgerhaushalt einbezogen: Es gibt die administrative, von „oben“ besetzte Beteiligung, die sich dem Vorwurf der Manipulation stellen muss und eine freiwillige, von „unten“ ausgehende Partizipation, bei der allerdings eine wirklich repräsentative Struktur in Frage gestellt ist. Um beiden Problemen zu begegnen, wurde die Zufallsauswahl der Bürgerinnen und Bürger eingeführt, die sich in China als geeigneter Weg erwiesen hat. In der anschließenden Diskussion ging es um die Frage, vor welchen aktuellen Herausforderungen wir mit den Bürgerhaushalten stehen. Erneut werden wir in Bürgerhaushaltsprozessen nur mit Teilhaushalten betraut – doch diese sind leer. Deshalb kann

es jetzt in den Bürgerhaushalten nur noch um den gesamten kommunalen Haushalt gehen. Hierfür ist die Entwicklung der entsprechenden Methoden erforderlich und dabei ist ein Blick über die kommunalen Grenzen hinaus, im Sinne von intrakommunalen Bürgerhaushalten, hilfreich. Es gilt, mit dem Bürgerhaushalt den Wandel zu gestalten!

„Murmelfase“

In dieser zeitlich kurzen Phase haben die Teilnehmenden die Gelegenheit zum direkten, nachbarschaftlichen Austausch. Nach Beendigung der Murmelphase sammelte der Moderator weitere Eindrücke im Publikum.

Wortmeldung: Für mich waren die Inhalte neu und die gesamte Veranstaltung deshalb sehr aufschlussreich. Ich sehe hier vor allem den demokratischen Aspekt des Bürgerhaushalts im Vordergrund, weniger die Verteilung von Mitteln.

Wortmeldung: Wir stehen in unserer Kommune vor der Entscheidung, ob ein Bürgerhaushalt eingesetzt werden soll oder nicht, deshalb sind die hier präsentierten Erfahrungen für mich eine wertvolle Hilfestellung.

Wortmeldung: Für mich als Vertreter des Bürgerhaushalts in Potsdam sind die vorgestellten und erörterten Erkenntnisse wertvoll. Wir haben in Potsdam bei der Durchführung des dritten Bürgerhaushalts-Verfahrens mit vier Prozent der möglichen Teilnehmenden eine hohe Beteiligungsquote erreicht. Daneben haben wir auch andere Erfahrungen gesammelt: So wurde ein Bürgerhaushalts-Prozess wegen mangelnder Repräsentativität von den Stadtverordneten abgelehnt. Jetzt führen wir zur Aktivierung von Beteiligten eine große Befragung zur Sammlung von Vorschlägen durch. Dies hat sich als erfolgreich herausgestellt und wird in den nächsten Jahren so fortgesetzt werden.

Wortmeldung: Wir sprechen über das Verhältnis von sozialer Gerechtigkeit und Bürgerhaushalt – dieses Themenfeld könnte noch eingehender diskutiert werden.

Ruth Jackson: Mir wurde zum ersten Mal klar, wie viele Bürgerhaushaltsmodelle es auf der Welt gibt. Darüber hinaus verstehe ich nun, welche unterschiedlichen Gründe es

dafür geben kann, einen Bürgerhaushalt durchführen zu wollen.

Andreas Hoge: Die Vielfalt der weltweiten Bürgerhaushalte und vor allem die Durchführung des Bürgerhaushalts in Afrika sind für mich sehr beeindruckend. Hier können wir viel vom Süden lernen!

Wortmeldung: Ich sehe jetzt vieles differenzierter – allerdings haben sich auch viele weiterführende Fragen ergeben. Doch genau dies habe ich von einer guten Veranstaltung zu erwarten!

Wortmeldung: Ich nehme viele der Anregungen aus den Kommunen und Ländern als Argumentationshilfe für die Implementierung eines Bürgerhaushalts mit.

Wortmeldung: Mein Fazit ist: Der Bürgerhaushalt ist ein gesellschaftlicher Lernprozess, der Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und intermediäre Organisationen einschließen sollte. Wie könnte es weitergehen?

Steve Floros: Die Erfahrung hat mich Folgendes gelehrt: Alles beginnt mit einem kleinen Modell. Es bringt jedoch nichts, auf das perfekte Modell zu warten; es wird nicht kommen. Man sollte einfach Schritt für Schritt vorgehen und auf seine Wähler hören.

Wortmeldung: Es gibt weitere Organisationen, die sich mit dem Thema des Bürgerhaushalts befassen, deshalb sehe ich die Notwendigkeit, die verschiedenen Akteure zu einem Netzwerk zusammenzubringen, so dass der Bürgerhaushalt ein wesentlicher Bestandteil der nachhaltigen Weiterentwicklung der Kommunen wird.

Wortmeldung: Ich danke allen Organisatoren für diese beiden thematisch ausdifferenzierten Tage, die mit vielen verschiedenen Methoden unterlegt waren. So war eine genaue Wahl der jeweils interessanten Themen leicht möglich.

Wortmeldung: Wie werden die hier gesammelten Erfahrungsressourcen verwertet? Wird es eine Folgeveranstaltung geben?

Benno Trütken: Hier ist das Netzwerk Bürgerhaushalt mit seinen maßgeblichen Vertreterinnen und Vertretern – der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / InWEnt und der Bundeszentrale für politische Bildung – der richtige Ansprechpartner. Arbeiten Sie weiter am Bürgerhaushalt und an der Bürgergesellschaft!

Svetlana Alenitskaya: Alle Inhalte dieses Kongresses wurden protokolliert und werden Ihnen selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Wir werden die Anregungen, einen Folgekongress zu veranstalten, eingehend erörtern. Eine Veröffentlichung des Kongressmaterials finden Sie auf unserer ständig aktualisierten Website: www.buergerhaushalt.de. Bitte nutzen Sie diese Seite auch für Ihre Fragen und Ideen. Wir freuen uns über Ihre Beteiligung!

VI. Anhang

Programm

Donnerstag, den 21.01.2010

12.00 – 13.55 Uhr Begrüßung und Eröffnungsvorträge

- Grußwort, *Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung*
- Grußwort, *Dr. Béatrice von Hirschhausen, Centre Marc Bloch*
- Grußwort und Vortrag: Herausforderungen für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, *Anita Reddy, Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (Deutschland)*
- Verfahren und Modelle des Bürgerhaushalts und ihre Umsetzung in Deutschland, *Dr. Anja Röcke und Dr. Carsten Herzberg, Centre Marc Bloch*
- Kurzfilm „Bürgerhaushalt“

14.10 – 17.40 Uhr Foren inkl. Kaffeepause

(vgl. unten: das ausführliche Programm der Foren)

Forum I: Bundesweite und internationale Beispiele (Impulsvorträge mit anschl. Diskussion)

Forum II: Repräsentative Demokratie, Föderalismus und politische Bildung (World-Cafe)

Forum III: Soziale Gerechtigkeit und Gender Budgeting (Workshop)

Forum IV: Medien, Modernisierung und Evaluation (Podiumsgespräch mit Diskussion)

17.45 – 18.30 Uhr Vom Süden lernen?

- Film über Bürgerhaushalte aus dem globalen Süden
- Internationale Kooperationsnetzwerke zum Bürgerhaushalt. Möglichkeiten der Kooperation für Kommunen, *Dr. Giovanni Allegretti, Centro Estudos Sociais (Portugal)*

18.30 Uhr Abendessen und Ende

Freitag, den 22.01.2010

09.30 – 12.45 Uhr Wiederholung der Foren mit veränderten thematischen Schwerpunkten

(vgl. unten: das ausführliche Programm der Foren)

12.45 – 14.00 Uhr Mittagessen

14.00 – 15.00 Uhr Impulse und Perspektiven für den Bürgerhaushalt in Deutschland

Berichte aus den einzelnen Gruppen und Diskussion

15:00 Uhr Ende

Foren I. Tag (21. Januar 2010)

Forum I: Bundesweite und Internationale Beispiele	Forum II: Repräsentative Demokratie, Föderalismus und politische Bildung	Forum III: Soziale Gerechtigkeit und Gender Budgeting	Forum IV: Medien, Modernisierung und Evaluation
<p>Moderation: Volker Vorwerk, buergerkwissen</p> <p>Impulsvorträge mit Kommentaren und anschl. Diskussion</p>	<p>Moderation: Ralf Elsässer, CIVIXX World Café</p>	<p>Moderation: Marlene Grauer, Florian Rister, teamGLOBAL Workshop</p>	<p>Moderation: Benno Trütken, forum b Podiumsdiskussion</p>
<p>- Bürgerhaushalt im Rahmen des Konjunkturpaktes <i>Andreas Hoge, Bürgermeister von Steinfurt</i></p> <p>- Bürgerhaushalte in Schweden <i>Lena Langlet, Swedish Association of Local Authorities and Regions (Schweden)</i></p> <p>- Bürgerhaushalte in Spanien: Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern <i>Dr. Ernesto Ganuza, IESA (Spanien)</i></p> <p>Kommentar: <i>Nicolas Bach, Institut Nexus</i></p>	<p>Tisch 1: Bürgerhaushalte im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland <i>Ulrike Loehr, Rechtsanwältin</i></p> <p>Tisch 2: Politische Bildung und Bürgerhaushalt <i>Christa Widmaier, Gutachterin</i></p> <p>Tisch 3: Bürgernahe Beteiligung – Welche Herausforderungen? <i>Prof. Dr. Jochen Franzke, Universität Potsdam</i></p> <p>Tisch 4: Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt aus China <i>Prof. Dr. He Baogang (China/Austral.)</i></p>	<p>- Grundlegendes zu Gender Mainstreaming und Gender Budgeting <i>Manfred Köhnen, Gleichstellung bewegen</i></p> <p>- Möglichkeiten und Chancen des Gender Budgeting im Bürgerhaushalt <i>Graciela Ciciliani, Stadtverwaltung Rosario (Argentinien)</i></p>	<p>- Evaluation von Bürgerhaushalten <i>Prof. Dr. Helmut Klages, Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung Speyer</i></p> <p>- Qualitätskriterien des BH in England <i>Ruth Jackson, PB Unit (Großbritannien)</i></p> <p>- Verwaltung und Einführung von Bürgerhaushalten <i>Michaela Maurer, KGSt</i></p> <p>- Modernisierung, Governance und Partizipation: <i>Prof. Dr. Norbert Kersting, Stellenbosch University (Südafrika)</i></p>

Foren II. Tag (22. Januar 2010)

Forum I: Bundesweite und Internationale Beispiele	Forum II: Repräsentative Demokratie, Föderalismus und politische Bildung	Forum III: Soziale Gerechtigkeit und Gender Budgeting	Forum IV: Medien, Modernisierung und Evaluation
<p>Moderation: Volker Vorwerk, buergerwissen</p> <p>Impulsvorträge mit Kommentaren und anschl. Diskussion</p>	<p>Moderation: Ralf Elsässer, CIVIXX World Café</p>	<p>Moderation: Marlene Grauer, Florian Rister, teamGLOBAL Workshop</p>	<p>Moderation: Benno Trütken, forum b Podiumsdiskussion</p>
<p>- Bürgerhaushalt in Großstädten: Berlin- Lichtenberg <i>Christina Emmrich, Bürgermeisterin von Berlin- Lichtenberg</i></p> <p>- Sevilla: Porto Alegre in Europa? <i>Dr. Ernesto Ganuza, Consejo Superior de Investigaciones Cientificas (Spanien)</i></p> <p>- Bürgerhaushalte in Afrika <i>George Matovu, MDPESA (Zimbabwe)</i></p> <p>- Kommentar: <i>Josh Lerner, New School for Social Research (New York, USA)</i></p>	<p>Tisch 1: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Erfahrungen aus der Praxis <i>Thomas Ködelpeter, Ökologie Akademie e.V.</i></p> <p>Tisch 2: Bürgerhaushalt der Gymnasien in der französischen Region Poitou- Charentes <i>Dr. Anja Röcke, Humboldt Universität zu Berlin</i></p> <p>Tisch 3: Stärkung der Demokratie durch Kooperation: Beispiel Portugal und Kapverdische Inseln <i>Giovanni Allegretti, Centro Estudos Sociais (Portugal)</i></p>	<p>- Bürgerhaushalt bei der Wohnungsverwaltung: Toronto <i>Steve Floros, Director Toronto Community Housing (Kanada)</i></p> <p>- Politikferne Zielgruppen erreichen <i>Nils Scheffler, selbstständiger Dipl.-Ing. Raumplanung, Bereiche Stadtentwicklung & Stadtplanung</i></p> <p>- Die sozialen Effekte der Bürgerhaushalte in Brasilien <i>Prof. Dr. Leonardo Avritzer (Brasilien)</i></p>	<p>- Die Möglichkeiten des Internets für den Bürgerhaushalt <i>Dr. Oliver Märker, ZebraLog GmbH</i></p> <p>- Erfahrungen der Stadt Köln mit dem Internet <i>Jürgen Behrendt, Stadtverwaltung Köln</i></p> <p>- Losverfahren als Instrument der Mobilisierung? <i>Prof. Dr. He Baogang, Australian National University (China/Austral.)</i></p>

Liste der Referentinnen und Referenten

Name	Vorname	E-Mail
Avritzer	Leonardo	avritzer1@uol.com.br
Allegretti	Giovanni	allegretto70@hotmail.com
Baogang	He	baogang.he@deakin.edu.au
Behrendt	Jürgen	juergen.behrendt@stadt-koeln.de
Ciciliani	Graciela	gcicili0@rosario.gov.ar
Elsässer	Ralf	post@civixx.de
Emmerich	Christina	Christina.Emmrich@libgverwalt-berlin.de
Floros	Steve	steve.floros@toronhousing.ca
Franzke	Jochen	franzke@rz.uni-potsdam.de
Ganuzza	Ernesto	eganuzza@iesaa.csic.es
Grauer	Marlene	marlene.grauer@web.de
Herzberg	Carsten	herzberg@soz.uni-frankfurt.de
Hoge	Andreas	a.hoge@stadt-steinfurt.de
Jackson	Ruth	ruth@participatorybudgeting.org.uk
Kersting	Norbert	kersting@sun.ac.za
Klages	Helmut	klages@dhv-speyer.de
Ködelpeter	Thomas	oekologische-akademie@gmx.de
Köhnen	Manfred	koehnen@gender-equality.de
Langlet	Lena	lena.langlet@skl.se
Lerner	Josh	joshalerner@gmail.com
Löhr	Ulrike	Post@Ulrike-Loehr.de
Märker	Oliver	maerker@zebralog.de
Matovu	George	gmatovu@mdpafrica.org.zw
Maurer	Michaela	Michaela.Maurer@kgst.de
Reddy	Anita	anita.reddy@inwent.org
Rister	Florian	fl.rister@googlemail.com
Röcke	Anja	ran@cmb.hu-berlin.de
Scheffler	Nils	scheffler@urbanexpert.net
Sintomer	Yves	sy@cmb.hu-berlin.de
Trütken	Benno	Benno@zukunft-vor-ort.de
Vorwerk	Volker	vorwerk@buergerwissen.de
Widmaier	Christa	christawidmaier@yahoo.com

Liste der Teilnehmenden

Name	Vorname	Institution	Stadt
Adam	Heike	Senatorin für Finanzen Bremen	Bremen
Ahlke	Josef	Stadt Erfurt/ Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung/ Agenda 21	Erfurt
Albert-Trappe	Gabriele	Die Grünen Bonn	Bonn
Alenitskaya	Svetlana	Bundeszentrale für politische Bildung	Bonn
Alheit	Kristin	Stadtverwaltung Pinneberg	Pinneberg
Allegretti	Giovanni	Centro Estudos Sociais	Portugal
Andries	Manuela	Freie Wähler OWG-UWG	Leverkusen
Avritzer	Leonardo	Föderale Universität von Minas Gerais (Brasilien)	Minas Gerais
Bach	Nicolas	Nexus-Institut	Berlin
Bär	Dominik	Kinder- und Jugendbüro Stelgitz-Zehlendorf e.V.	Berlin
Baumann	Frank	BÜRO BLAU	Berlin
Behrendt	Jürgen	Amt für E-Government und Online-Dienste der Stadt Köln	Köln
Benking	Heiner		Berlin
Berger	Joachim	Oromo Horn von Afrika Zentrum	Berlin
Beseler	Michael	Stadt Offenbach	Offenbach
Bieber	Stephanie	Bundeszentrale für politische Bildung	Bonn
Bischoff	Gabriele	LAG Lesben in NRW e.V.	Düsseldorf
Bloch	Richard		Bamberg
Bloj	Christina	Universität Rosario (Argentinien)	Rosario
Brangsch	Petra	Bundestag	Berlin
Bruch	Hans-Joachim	Liste Bürgerbeteiligungshaushalt Pforzheim	Pforzheim
Buchwalter	Tanja	Stadt Köln	Köln
Burwitz	Martin	Mehr Demokratie e.V.	Berlin
Burzacchini	Andrea	aiforia. Agentur für Nachhaltigkeit	Freiburg
Casanova	Karin	Centre Marc Bloch	Berlin
Ceki	Ladislav	Eine Welt Forum Düsseldorf e.V.	Düsseldorf
Chustecka	Magdalena	Workers Initiative Trade Union; Association of Antidiscrimination Education (Arbeitergewerkschaft, Vereinigung für anti-diskriminierende Ausbildung)	Warschau
Ciciliani	Graciela	Stadtverwaltung Rosario (Argentinien)	Rosario
Claussen	Eva	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Daenzer	Frank	Landeshauptstadt Potsdam	Potsdam
Darilmaz	Huelya	Bundeszentrale für politische Bildung	Bonn
Dienel	Hans-Liudger	Nexus-Institut	Berlin
Döbel	Reinald	Eine-Welt-Forum Münster	Münster
Eilenberger	Rudolf	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Elsässer	Ralf	CivixX - Werkstatt für Zivilgesellschaft	Leipzig
Emmrich	Christina	Bürgermeisterin Berlin-Lichtenberg	Berlin
Eriksson	Kjell-Ake	SALAR Swedish Association of Local Authorities and Regions (Schwedischer Verband für Gemeinden und Regionen)	Stockholm

Floros	Steve	Bürgerhaushalt Toronto	Toronto
Franzke	Jochen	Universität Potsdam	Potsdam
Gallhoff	Margarete	Mehr Demokratie e.V. Sachsen	Leipzig
Ganuza	Ernesto	Instituto de Estudios Sociales Avanzados (Institut für Sozialstudien)	Cordoba
Gerritsen	Jan Dirk	Institute for Political Participation (Institut für politische Partizipation)	Amsterdam
Gobaille	Claire	Centre Marc Bloch	Berlin
Graf	Lars	Senatsverwaltung für Inneres und Sport	Berlin
Grauer	Marlene	Bundeszentrale für politische Bildung/ teamGLOBAL	Berlin
Gröber	Silvia	Bezirksamt Lichtenberg	Berlin
Gröger	Julian	Robert Bosch Stiftung	Berlin
Grollmisch	Karl-Heinz	Seniorenbeirat im Landkreis Oberhavel	Oranienburg
Grunow	Katja	InWEnt gGmbH	Berlin
Guldner	Gerhard	TH Wildau	Wildau
He	Baogang	Universität Deakin	Melbourne
Heiden	Klaus	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Hendrich	Klaus-Dieter	Thüringer Ministerium für Forsten, Umwelt und Naturschutz	Erfurt
Henssler	Anette	Bürgerverein Friedrichshagen	Berlin
Herzberg	Carsten	Centre Marc Bloch	Berlin
Hesse	Silvia	Landeshauptstadt Hannover	Hannover
Hoffmann	Edwin	Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin	Berlin
Hoge	Andreas	Bürgermeister Steinfurt	Steinfurt
Holzhaus	Sven-Martin	Universität Kassel	Kassel
Jackson	Ruth	Participatory Budgeting Unit (PBU – Bürgerhaushaltsverband)	Manchester
Jansen	Erik	Mönchengladbach	Freiburg
Jonas	Nils	Mehr Demokratie e.V.	Berlin
Kaleveldt	E. Reinier	Fraktion DIE LINKE	Hamburg
Kersting	Norbert	Universität Stellenbosch (Südafrika)	Stellenbosch
Kirchhof	Manfred	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin / Abt. Fin. u. Kult.	Berlin
Klages	Helmut	Deutsches Institut für öffentliche Verwaltung	Speyer
Klimek	Barbara	The Association of Leaders of Local Civic Groups (Vereinigung von Führungskräften lokaler Bürgerorganisationen)	Warschau
Knoblich	Jens	Stadtverwaltung Strausberg	Strausberg
Ködelpeter	Thomas	Ökologische Akademie e.V.	Linden
Köfel	Manuel	KDZ-Zentrum für Verwaltungsforschung	Wien
Köhnen	Manfred		Berlin
Kraszewski	Dariusz	The Association of Leaders of Local Civic Groups (Vereinigung von Führungskräften lokaler Bürgerorga- nisationen)	Warschau
Kreisel	Katrin	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg	Berlin

Kreuter	Gertrud	InWEnt gGmbH - Regionales Zentrum Niedersachsen	Hannover
Kreutzberger	Stefan	InWEnt gGmbH	Köln
Krüger	Felix	<i>Protokollant i.A. der bpb</i>	Bonn
Krüger	Thomas	Bundeszentrale für politische Bildung	Bonn
Krummel	Detlef	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Kuhle	Heinz-Michael	Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin / Abt. Fin. u. Kult.	Berlin
Kwiatkowski	Szymon		Lodz
Lammerding	Renate	<i>Protokollantin i.A. der bpb</i>	Bonn
Langlet	Lena	SALAR Swedish Association of Local Authorities and Regions (Schwedischer Verband für Gemeinden und Regionen)	Stockholm
Lerner	Josh	New School for Social Research (Schule für Sozialforschung)	New York
Lietzmann	Hans J.	Bergische Universität Wuppertal	Wuppertal
Löffler	Elke	Governance International	Birmingham
Löhr	Ulrike	Strategie- und Managementberatung für kommunale Verwaltungen	Düsseldorf
Loosen-Bach	Toni	Stadtverwaltung Trier	Trier
Lübcke	Maren	TuTechInnovation GmbH	Hamburg
Luthardt	Dagmar	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Marie	Hugo	Centre Marc Bloch	Berlin
Maritzen	Lars	<i>Protokollant i.A. der bpb</i>	Bonn
Märker	Oliver	ZebraLog	Bonn
Martin	Marlen	büro für kulturelle angelegenheiten	Berlin
Matovu	George	Municipal Development Partnership for Eastern and Southern Africa (Gesellschaft für Gemeindeförderung in Ost- und Südafrika)	Harare
Maurer	Michaela	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)	Köln
Mende	Claudia	welt-sichten	München
Mojkowski	Karol	The Association of Leaders of Local Civic Groups (Vereinigung von Führungskräften lokaler Bürgerorganisationen)	Warschau
Mörchen	Annette	Katholisch Soziales Institut (KSI) Bad Honnef	Andernach
Münch	Jeanette	BA Pankow	Berlin
Neunecker	Martina	Goethe Universität Frankfurt/Main	Frankfurt
Nieber	Claudia	<i>Protokollantin i.A. der bpb</i>	Bonn
Nordh	Anders	SALAR Swedish Association of Local Authorities and Regions (Schwedischer Verband für Gemeinden und Regionen)	Stockholm
Oestereich	Jürgen	Agenda 21 Ratingen	Ratingen
Olpen	Oliver	<i>Protokollant i.A. der bpb</i>	Bonn
Ortmann	Thomas	Senatskanzlei Berlin	Berlin
Osthoff	Winfried	Freie Wähler OWG-UWG	Leverkusen

Pakowska	Anna	Center of Promotion and Development of Civil Initiatives (Zentrum für Förderung und Entwicklung von Bürgerinitiativen)	Lodz
Pfau	Susanne	Stadt Offenbach	Offenbach
Pietsch	Robert	Universität Potsdam	Berlin
Pigorsch	Stephanie	Stadtjugendring Potsdam	Potsdam
Pinetzki	Michael	die raumplaner	Berlin
Pohle	Dagmar	Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin	Berlin
Prauser	Wolfgang	LH Hannover	Hannover
Preußner	Bernd	Stadtteilzentrum Hellersdorf Süd (Berlin)	Berlin
Prykowski	Lukasz	Center of Promotion and Development of Civil Initiatives (Zentrum für Förderung und Entwicklung von Bürgerinitiativen)	Lodz
Querengässer	Horst	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Raabe	Isabel	büro für kulturelle angelegenheiten	Berlin
Rapp	Siegfried		Berlin
Reddy	Anita	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, InWEnt gGmbH	Bonn
Rister	Florian	Bundeszentrale für politische Bildung/ teamGLOBAL	Berlin
Röcke	Anja	Humboldt-Universität zu Berlin	Berlin
Roeder	Eva	GTZ	Eschborn
Röhrig	Wally	SPD Bundesvorstand	Berlin
Ronde	Nicola	Duller, Schneider & Ronde	Trier
Sauerbrey	Franziska	büro für kulturelle angelegenheiten	Berlin
Schaub	Michael		Bonn
Scheffler	Nils		Berlin
Schleef	Hella	Kinder- und Jugendbüro Stelgitz-Zehlendorf e.V.	Berlin
Schneider	Heinrich	SPD-Kreisvorstand	Stuttgart
Schwarz	Kerstin	Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf	Berlin
Schwarz	Jil	<i>Protokollantin i.A. der bpb</i>	Bonn
Sikorska	Anna	Center of Promotion and Development of Civil Initiatives (Zentrum für Förderung und Entwicklung von Bürgerinitiativen)	Lodz
Sippel	Hanns-Jörg	Stiftung Mitarbeit	Bonn
Staudinger	Angelika	GSJ gGmbH	Berlin
Steffen	Kai	BTU Cottbus	Cottbus
Steils	Daniel	Bundeszentrale für politische Bildung	Bonn
Strecker	Michael	LA21 B-Mitte Future-on-Wings e.V.	Berlin
Striek	Judith	GTZ	Algier
Strotzer	Sibylle	Landeshauptstadt Potsdam	Potsdam
Sturm	Hilmar	gfb Gesellschaft für Bürgergutachten	München
Teichmann	Stefanie		Jena
Thomas	Dieter	Bezirksamt Pankow von Berlin	Berlin
Thomaschewski	Sieglinde	Stadt Halle	Halle

Tillmann	Christina	Bertelsmann Stiftung	Gütersloh
Treichel	Robert	Orbit e.V.	Jena
Trütken	Benno		Bonn
Ulbricht	Gerd	Verein für ambulante Versorgung Hohenschönhausen e.V.	Berlin
Vaerst	Tobias		Seeheim-Jugenheim
von Hirschhausen	Béatrice	Centre Marc Bloch	Berlin
Vorwerk	Volker		Bielefeld
Warsewa	Günter	Univ. Bremen / IAW	Bremen
Weigand	Mirjam		Berlin
Weigler	Stefan	Stadt Wolgast	Wolgast
Weise	Katharina	Rosa-Luxemburg-Stiftung	Berlin
Wendland	Susanne	Institut für Arbeit und Wirtschaft Bremen	Bremen
Wenner	Christiane	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)	Köln
Wessels	Hartmut		Mönchengladbach
Weyrich	Luisa	büro für kulturelle angelegenheiten	Berlin
Widmaier	Christa		Bonn
Wilhelm	Christian	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, InWEnt gGmbH	Bonn
Woitas	Kathi		Berlin
Wolbring	Renate	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, InWEnt gGmbH	Bonn
Wülfing	Heike	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, InWEnt gGmbH	Bonn
Wunsch	Chris	büro für kulturelle angelegenheiten	Berlin
Zielmann	Bernd	Fraktion DIE LINKE	Hattingen

Abkürzungsverzeichnis

AAIC	Action Aid International China
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
CCP	Communist Party of China
CEFA	Centre for Local Powers of Portugal
CFE	Confédération Fiscale Européenne
CMB	Centre Marc Bloch
CPLP	Comunidade dos Países de Língua Portuguesa – Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Länder
CWI	China and the World Institute
EU	Europäische Union
FRELIMO	Frente da Libertação de Moçambique – Mosambikanische Befreiungsfront
GB	Gender Budgeting
GG	Grundgesetz
GPF	Groupement de Promotion Féminine
HBS	Hans Böckler Stiftung
HIV	Humane Immundefizienz-Virus
ICT	Information and communication technologies
IED Afrique	innovation environnement développement Afrique
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
LAF/FAL	Local Authorities Forum for Social Inclusion
MDP-ESA	Municipal Development Partnership – Eastern and Southern Africa
NGO	Nongovernmental Organisation
NKF	Neues Kommunales Finanzmanagement
NPC	National Peoples' Congress (NPC)
NRO	Nichtregierungsorganisation
OE	Organisationsentwicklung
OIDP	International Observatory of Participatory Democracy
PB Unit	Participatory Budgeting Unit
PI	performance indicator
PPPP	Partizipatives Public Privat Partnership
RECODEF	Regroupement communautaire pour l'auto-développement de Fissel
SAHA	Programme d'Appui au Développement Rural
SALAR	Swedish Association of Local Authorities and Regions
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
TCHC	Toronto Community Housing
UCLG	United Cities and Local Government
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNICEF	United Nations Children's Fund
UN-Habitat	United Nations Human Settlements Programme

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen).

Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 1.: Give me hope Jo'hanna?! Von Rio in die deutschen Kommunen nach Johannesburg – von Schwierigkeiten und Erfolgen der Agenda-Prozesse in Deutschland. Oktober 2002. [vergriffen]
- Heft 2.: Pressespiegel 2002. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2002. Dezember 2002. [vergriffen]
- Heft 3.: Globales Handeln lokal verankern. Befragung 2002 der Kommunen und Nichtregierungsorganisationen zum Stand der Lokalen Agenda 21 und der Eine-Welt-Arbeit in Deutschland. Januar 2003. [vergriffen]
- Heft 4.: Die Lokale Agenda 21 braucht professionelle Moderation – Eine-Welt-Referenten informieren Moderatoren. Dokumentation einer Informationsveranstaltung am 12.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 5.: Porto Alegres Beteiligungshaushalt – Lernerfahrung für deutsche Kommunen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.12.2002, Bonn, Februar 2003. [vergriffen]
- Heft 6.: Faires Miteinander. Leitfaden für die interkulturell kompetente Kommune. Bonn, August 2003. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 7.: Hauptstadt des Fairen Handels 2003. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, Februar 2004. [vergriffen]
- Heft 8.: Global vernetzt – lokal aktiv 2004. Der Wettbewerb 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2004.
- Heft 9.: Partner in alle Richtungen: Gestaltung und Nutzen kommunaler Partnerschaften in der Einen Welt. Ein Praxisleitfaden. Bonn, September 2004. Neuauflage Dezember 2005.
- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005. Neuauflage Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007. [vergriffen]
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18.: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.
- Heft 19.: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. Bonn, Dezember 2008. (deutsch/englisch/chinesisch)
- Heft 20.: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW – Ghana. Bonn, August 2008.
- Heft 21.: Hauptstadt des Fairen Handels 2009. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2009.
- Heft 22.: Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene – Ein Praxisleitfaden. Bonn, November 2010.
- Heft 23.: Praxisleitfaden Faires Handeln in Kommunen. Bonn
- Heft 24.: Internationaler Kongress zu Modellen des Bürgerhaushalts. Berlin 2010. Dokumentation. Bonn, November 2010

Material-Reihe der Servicestelle:

- Nr. 1.: Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung; und: Aufruf von Johannesburg. Autorisierte Übersetzung in Deutsch. [vergriffen]
- Nr. 2.: Local Government Declaration To The World Summit On Sustainable Development; and: Johannesburg Call. [vergriffen]
- Nr. 3.: Faires Beschaffungswesen. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 19.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 4.: Kommunikationstraining für Eine-Welt-Akteure. Tipps und Anregungen zum erfolgreichen Kommunizieren von Eine-Welt-Themen. Dokumentation einer Veranstaltung vom 13.12.2002. [vergriffen]
- Nr. 5.: Maastrichter Erklärung zum Globalen Lernen vom 17.11.2002. [vergriffen]
- Nr. 6.: Interkulturelle Gärten. Werkstattgespräch zum Thema „Internationale Gärten in Deutschland“ 29./30. November 2002 Berlin. Dokumentation.
- Nr. 7.: Erstes bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 29.09.2003.
- Nr. 8.: Synergien für kommunale Partnerschaften. Umsetzung der Erklärung der Kommunen zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung. Dokumentation eines Fachgesprächs vom 29.10.2003.
- Nr. 9.: Pressespiegel 2003. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2003. [vergriffen]
- Nr. 10.: ModeratorInnen-Briefing. Herausforderung Kommune – strategische Zukunftsthemen für ModeratorInnen. Dezember 2003.
- Nr. 11.: Bonn Action Plan. Bonner Aktionsplan – zur Stärkung kommunaler Partnerschaften. Mai 2004.
- Nr. 12.: ModeratorInnen-Briefing. Methoden und Themen – Das Netzwerk „bildet“ sich. September 2004. Mai 2004. [vergriffen]
- Nr. 13.: Pressespiegel 2004. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2004. [vergriffen]
- Nr. 14.: Zweites bundesweites Netzwerktreffen Bürger- und Beteiligungshaushalt. Dokumentation vom 12.10.2004. [vergriffen]
- Nr. 15.: ModeratorInnen-Briefing. Thementeams bilden. Dezember 2004.
- Nr. 16.: Partner schaffen Partnerschaften. Die kommunale Servicestelle – Partnerschaftsinitiative.
- Nr. 17.: Bürgerhaushalt – Umsetzungsmöglichkeiten und Erfahrungen. Beispiel Schleswig-Holstein.
- Nr. 18.: Pressespiegel. Medienberichterstattung zur Servicestelle Partnerschaftsinitiative. Januar-Juli 2005.
- Nr. 19.: Pressespiegel 2005. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2005.
- Nr. 20.: Ein Jahr nach dem Tsunami. Dialogveranstaltung 07.12.2005. Dokumentation.
- Nr. 21.: Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Dokumentation vom 19.06.2006. [vergriffen]
- Nr. 22.: Pressespiegel 2006. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2006.
- Nr. 23.: Viertes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 18.12.2006.
- Nr. 24.: Faires Beschaffungswesen in Kommunen und die Kernarbeitsnormen. Rechtswissenschaftliches Gutachten. Revidierte Neuauflage 2009.

- Nr. 25.: Städte als Partner für nachhaltige Entwicklung – Bilanz und Perspektiven 15 Jahre nach Rio. Sonderausgabe eines Beitrags in: Der Planet der Städte. Germanwatch (Hg.). Münster 2007.
- Nr. 26.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Auftaktworkshops vom 27.04.2007.
- Nr. 27.: Pressespiegel 2007. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2007.
- Nr. 28.: Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 29.: Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 30.: Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
- Nr. 31.: Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008.
- Nr. 32.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.
- Nr. 33.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
- Nr. 34.: Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt – vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008
- Nr. 35.: Pressespiegel 2008. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2008.
- Nr. 36.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Dokumentation des Workshop in Ettlingen vom 15. November 2008 (Deutsch/Französisch) [vergriffen]
- Nr. 37.: Die Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen. 1988-2009. Bonn, September 2009.
- Nr. 38.: Pressespiegel 2009, Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2009.
- Nr. 39.: Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika. Grundlagen, Stand und Perspektiven. Bonn, Juni 2010
- Nr. 40.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Stationen des Modellprojekts 2008-2009. Bonn, November 2010.
- Nr. 41.: Kommunale Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana. Dokumentation des Workshops vom 22.4.2010 in Köln. Bonn, Juli 2010
- Nr. 42.: 50 Kommunale Partnerschaften bis 2015. Vorstudie. Bonn, Juni 2010

Leporello – Kurzinformationen der Servicestelle:

- Kommunalpolitik auf neuen Wegen: Der Bürger- und Beteiligungshaushalt. (September 2003) [vergriffen]
- Gewusst wie: Ressourcen für Nachhaltigkeitsprojekte. (Dezember 2003) [vergriffen]
- Gesucht, gefunden: ModeratorInnen für kommunale Entscheidungsprozesse. (Februar 2004) [vergriffen]
- Servicestelle Partnerschaftsinitiative / Service Agency Partnership Initiative (September 2005) [Englisch und Deutsch] [vergriffen]
- Kulturen der Welt vor Ort. Argumente für eine weltoffene Kommune. (Juni 2005) [vergriffen]
- Südafrika 2010 – Deutschland 2006. Kompetenz und Stärkung kommunaler Zusammenarbeit und Entwicklung (2007) [Englisch und Deutsch]

Sonstige Publikationen der Servicestelle:

- Unsere Strategie. Bonn 2010.
- Konzeption der Servicestelle [vergriffen]
- Unser Profil [Englisch und Deutsch]
- Über Uns. Kurzprofil der Servicestelle [Deutsch, Englisch, Französisch]
- Dokumentationen „Petersberger Gespräch“/“Petersberg Dialogue“ am 18.06.2002. [vergriffen]
- CD-Rom zum bundesweiten Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv!“ Präsentation der Wettbewerbssieger und des Konzepts, Bonn 2002. (Englisch und Deutsch) [vergriffen]
- Empfehlungen von Magdeburg. Schlussempfehlungen der 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Magdeburg, November 2004 (Deutsch)
- Empfehlungen von Hamburg. Schlusserklärung der 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet Hamburg, November 2006 (Deutsch)
- Herausforderung Klimawandel. 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Bonn 2009.
- Erklärung von München. Schlusserklärung der 11. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Verabschiedet München, Juni 2009 (Deutsch/Englisch/Französisch)
- UN-Millennium-Gates. Acht Tore. Acht Ziele. Flyer zur Ausstellung im Rahmen der Kampagne 2015. (Deutsch)
- Evaluation der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, Dezember 2005.
- No Excuse 2015. Aktiv vor Ort – Kommunen handeln jetzt! UN-Millenniumentwicklungsziele: Chancen in den Kommunen nutzen! Bonn, September 2005.
- Infotainment und Bildungsarbeit in Deutschland. Infotainment and Educational Campaigns in Germany. Bonn, November 2007.

Publikationen in Kooperation mit der Servicestelle:

- Broschüre: Vom Süden lernen. Porto Alegres Beteiligungshaushalt wird zum Modell für direkte Demokratie. Hrsg.: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Misereor, DGB Bildungswerk, Aachen, Düsseldorf, Bonn, Neuauflage 2003.
- Tagungsdokumentation: Agendaprozesse verknüpfen. Die Rolle der Kommunalverwaltungen bei der Sicherung zukunftsfähiger Entwicklung in Zentralamerika und Deutschland. Hrsg.: InWEnt gGmbH, Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Bonn, 2002. [vergriffen]
- Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit. Unter Mitwirkung der Servicestelle und elf weiterer Institutionen entstanden. Bonn, Juli 2003. [vergriffen]
- Witzel/Seifried: Das Solarbuch. Fakten, Argumente, Strategien. Energieagentur Regio Freiburg (Hg.). Freiburg 2004. [Bezug über den Buchhandel]
- Halbig/Maurer/Nitschke: Nachhaltigkeit messen – Zukunft gestalten. Leitfaden des Pilotprojektes „Kommunen in der Welt“. Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V. (Hg.), Aachen 2004.
- Documentation „Bonn Policy Forum. New Directions in Local Development: Challenges and Perspectives for City-to-City-Cooperation.“ 12-13 December 2003. In Kooperation mit der Abtlg. Demokratieförderung und Verwaltungsreformen der InWEnt gGmbH. [in Englisch] [vergriffen]
- Documentation: Local Renewables 2004. Municipal Leaders' Conference on Renewable Energy Source for the Local Level. Bonn 30.-31. May 2004. In cooperation with: Agenda-Transfer bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. Bonn 2004. [in Englisch]
- Genuss mit Zukunft – Francisco Aguilar und sein Bio-Kaffee. dwp eG (Hg.), Ravensburg. CD-ROM/DVD. Bezug: dwp, info@dwp-rv.de
- Mayors's Conference on Early Warning – on the occasion of the Third International Conference on Early Warning in Bonn, 26th March 2006. In cooperation with City of Bonn and German Committee for Disaster Reduction/DKKV e.V., Bonn 2006.
- Nach dem Tsunami. Von der Nothilfe zu langfristigen Partnerschaften. In Kooperation mit: Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e.V. (Hg.), Frankfurt/M., Reihe Dritte Welt-Information. Pädagogik praktisch, Heft 1/2/2006, Frankfurt/M. 2006.
- Buy Fair – Ein Leitfaden für die öffentliche Beschaffung von Produkten aus dem Fairen Handel. In Kooperation mit ICLEI. Freiburg/Bonn 2007. [vergriffen]
- Nachhaltigkeit: Das Plus vor Ort. In Kooperation mit Agenda-Transfer. Bonn 2007.
- Nord-Süd-Schulpartnerschaften – wie geht das? Eine Orientierungshilfe. In Kooperation mit: Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein sowie Diakonisches Werk Schleswig-Holstein. Kiel, Rendsburg, Bonn 2007.
- Documentation: Mayors Conference 2008 „Local Action for Biodiversity“. Bonn 29. May 2008.
- Flyer: FairTradeTown und Hauptstadt des Fairen Handels. In Kooperation mit TRANSFAIR e.V., Köln und Bonn 2008.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.

Über uns

Eine Welt beginnt vor Ort

Viele deutsche Städte und Gemeinden nutzen bereits die Potenziale, die die Realisierung nachhaltiger Entwicklungsstrategien und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit für ihre Kommune und weltweit in sich trägt. Der Bogen reicht von Schul- und Städtepartnerschaften über Bürger- und Beteiligungshaushalte und ein faires Beschaffungswesen bis hin zur interkulturellen Kompetenzbildung. Sie wissen, ein Engagement für die Eine Welt ist für Städte und Gemeinden in Deutschland und in den Partnerländern in vielerlei Hinsicht ein Gewinn: Wirtschaft, Bürgerschaft und Kultur profitieren vom Standortfaktor „Internationalität“.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt unterstützt Sie, als Akteure in Verwaltung, Zivilgesellschaft und Politik, diese Potenziale für sich vor Ort und Ihre kommunalen Partner weltweit zu entwickeln und zu nutzen.

Das leistet die Servicestelle: informieren, beraten, vernetzen und qualifizieren

Wir arbeiten zu den drei kommunalen Zukunftsthemen:

- Stärkung und Ausbau kommunaler Partnerschaften
- Interkulturelle Kompetenzbildung in deutschen Kommunen – Zusammenarbeit mit lokalen Diasporen
- Faires Beschaffungswesen – der kommunale Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels

Die Servicestelle informiert, berät, vernetzt und qualifiziert Städte und Gemeinden rund um diese Zukunftsthemen.

Wir bieten Ihnen:

- vielfältige Publikationen, wie unsere „Dialog Global“- und Materialreihe
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“
- unsere umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de. Hier stehen die Publikationen der Servicestelle zum Download bereit. Neben aktuellen Informationen und umfangreichen Links erhalten Sie die Möglichkeit zur Nutzung unseres Finanzierungsratgebers und einen Zugang zum ModeratorInnen-Netzwerk.

Wir unterstützen Sie durch:

- persönliche, kostenlose Beratung, gerne auch vor Ort
- Veranstaltungen wie Workshops, Netzwerktreffen und Konferenzen
- Wettbewerbe und Vermittlung von Fördermitteln

Unsere Motivation sind Ihre Ideen, Anregungen und Konzepte, Ihre Kreativität und Ihr Durchsetzungsvermögen. Kommunales Engagement für die Eine Welt zahlt sich für alle Beteiligten aus – wir unterstützen Sie dabei!



Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Fon: +49 (0)2 28 – 4460 – 1600

Fax : +49 (0)2 28 – 4460 – 1601

www.service-eine-welt.de

InWEnt – Kompetent für die Zukunft

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH ist ein weltweit tätiges Unternehmen für Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog.

InWEnt arbeitet mit Menschen in Schlüsselpositionen zusammen und unterstützt sie darin, Veränderungsprozesse in ihren Ländern zu gestalten. Unsere Capacity Building-Programme richten sich an Fach- und Führungskräfte aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. InWEnt qualifiziert Menschen und trägt dazu bei, dass sie ihr Wissen weitergeben und langfristig Strukturen verändern.

Unsere Auftraggeber

Als Organisation der internationalen Zusammenarbeit leistet InWEnt im Auftrag der Bundesregierung, der Länder und der deutschen Wirtschaft einen wichtigen Beitrag für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung. 60 Prozent aller Programme führen wir im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durch. Darüber hinaus sind wir auch für andere Bundesministerien tätig. Zudem kooperieren wir mit deutschen Unternehmen in Public Private Partnership Projekten.

Internationale Auftraggeber sind die Europäische Union, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Welthandelsorganisation und die Vereinten Nationen.

Unser Angebot

Die Programme für Menschen aus Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern sind speziell auf den Bedarf unserer Partner zugeschnitten. InWEnt bietet berufsspezifische und praxisorientierte Weiterbildung und Trainings, Dialogveranstaltungen und Online-Kurse auf der eigenen Internet-Plattform Global Campus 21®. Über ein aktives Alumni-Netzwerk bleiben die Teilnehmer/innen auch nach ihrer Fortbildung untereinander und mit InWEnt im Gespräch.

InWEnt berät auch die deutsche Wirtschaft bei ihrem Engagement in Entwicklungs- und Transformationsländern. Dabei setzen wir zunehmend auf den Erfolg von Public Private Partnership Projekten, in denen sich wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele miteinander verbinden lassen.

InWEnt bereitet zudem Fachkräfte der Internationalen Zusammenarbeit auf ihren Aufenthalt im Ausland vor. Jungen Menschen aus Deutschland bietet InWEnt mit Austausch- und der Vermittlung von Stipendienprogrammen die Chance, weltweit Berufserfahrung zu sammeln.

Unsere Standorte

Der Hauptsitz der InWEnt gGmbH ist in Bonn. Mit 14 Regionalen Zentren ist InWEnt in den Ländern der Bundesrepublik präsent und somit in jeder Region ansprechbar. Unsere Büros in Neu-Delhi, Hanoi, Kairo, Kiew, Lima, Managua, Manila, Moskau, Peking, Pretoria, São Paulo und Daressalam führen wir überwiegend in Partnerschaft mit anderen deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit.



Internationale Weiterbildung
und Entwicklung gGmbH

InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

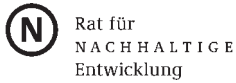
Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Fon +49 228 4460-0

Fax +49 228 4460-1766

www.inwent.org



Die Servicestelle in der InWent gGmbH wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen und der Stadt Bonn.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche

Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenschaft, Deutsche UNESCO-Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik und Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V.